

**Mehr Flüchtlinge kommen - Berlin braucht Unterkünfte; ASYL Rund 5.000
Flüchtlinge nimmt Berlin dieses Jahr auf. Senator Czaja (CDU) will
Notunterkünfte dauerhaft herrichten lassen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 18. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 530 words

Byline: MARINA MAI

Highlight: ASYL Rund 5.000 Flüchtlinge nimmt Berlin dieses Jahr auf. Senator Czaja (CDU) will Notunterkünfte dauerhaft herrichten lassen

Body

Bis Jahresende muss Berlin noch rund 2.700 weitere Flüchtlinge aufnehmen. Das gehe aus einer erstmals erstellten Prognose des Bundesamts für Migration hervor, erläuterte Sozialsenator Mario Czaja (CDU) gestern bei der Vorstellung des Jahresberichts des Landesamtes für Gesundheit und Soziales. 2.300 Flüchtlinge seien dieses Jahr bereits untergebracht worden.

Zusätzlich zu den Asylsuchenden kämen 250 Kontingentflüchtlinge aus Syrien, erläuterte Czaja. Voraussichtlich kämen die ersten gut 100 Menschen bereits diesen Monat.

Da gleichzeitig zahlreiche Flüchtlinge Berlin wieder verlassen, geht Czaja von rund 1.000 Plätzen aus, die dieses Jahr in Berlin neu geschaffen werden müssen. Diese Zahl verwendet Czaja seit mehr als zwei Monaten, obwohl in diesem Zeitraum mehrere hundert neue Plätze neu entstanden. De facto liegt damit eine deutliche Erhöhung der Prognose vor.

Notunterkünfte nutzen

Der Senat plant, dort, wo es möglich ist, in Notunterkünfte zu investieren, um sie in dauerhafte Unterkünfte umzuwandeln. Als Beispiel nannte Czaja die Karl-Bonhoefer-Nervenklinik in Wittenau, in der es derzeit 500 Notunterkünfte gibt. Wir haben mit Bezirk und Träger vereinbart, die Gebäude in Ordnung zu bringen und sie dauerhaft für Asylbewerber zu nutzen.

Das Problem: Der aktuelle Haushalt sieht keine Investitionen in Asylunterkünfte vor. Die Gelder dafür muss also der Träger aufbringen – also etwa einen Kredit aufnehmen und den durch die Tagessätze zurückzahlen, die er für die Bewohner vom Land Berlin bekomme. Czaja sagte, dass seine Verwaltung auch im kommenden Haushalt keine Änderungen plant.

Mehr Flüchtlinge kommen - Berlin braucht Unterkünfte ASYL Rund 5.000 Flüchtlinge nimmt Berlin dieses Jahr auf. Senator Czaja (CDU) will Notunterkünfte dauerhaft....

Die Opposition kritisierte das. Die Grüne Canan Bayram forderte Geld für die Investitionen vom Land: Mit Geldern im Landeshaushalt könnten wir Wohnraum für Asylsuchende langfristiger planen und müssten nicht immer wieder kurzfristig Notunterkünfte in eigentlich ungeeigneten Gebäuden einrichten.

Moderierende Töne schlug Czaja gegenüber den Bezirken an. Das Konzept, die Asylbewerber gleichmäßig auf alle Bezirke zu verteilen, greift, sagt er. Die Bezirke werden zunehmend unsere Partner. Erheblicher Nachholbedarf bei der Schaffung neuer Unterkünfte bestünde in Steglitz-Zehlendorf und Neukölln. Auch dort jedoch gebe es konstruktive Gespräche.

Kritik gab es allerdings für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf, wo kürzlich eine Informationsveranstaltung zu einem geplanten Flüchtlingsheim eskaliert war. Es ist wenig zielführend, wenn Bürgermeister Stefan Komoß (SPD) vor den Medien erklärt, er sei über die Einrichtung der Notunterkünfte zu spät informiert worden. Ich erwarte, dass wir da in Zukunft an einem Strang ziehen, sagte Czaja.

Aus dem Desaster von Hellersdorf habe das Land Konsequenzen gezogen: In Zukunft müssen Hinweise vom Verfassungsschutz im Vorfeld der Eröffnung neuer Asylunterkünfte ernst genommen werden. Man müsse die Debatte über Flucht und Asyl auf Landesebene führen.

Der Berliner Flüchtlingsrat forderte für das Asylheim in Hellersdorf unterdessen ein umfassendes Sicherheitskonzept. Dazu gehört laut einer Presseerklärung des Flüchtlingsrats eine Nulltoleranzstrategie durch Polizei und Bezirk für flüchtlingsfeindliche Aktivitäten jeder Art.

MARINA MAI

Load-Date: July 17, 2013

Griechenland interniert syrische Flüchtlinge; AUFNAHME Wer dem Bürgerkrieg in Syrien entkommen ist, landet in Europa oft in Haft und nicht in Sicherheit. Das liegt daran, dass diese Menschen wie gewöhnliche Asylsuchende behandelt werden

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. September 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 334 words

Byline: CHRISTIAN JAKOB

Highlight: AUFNAHME Wer dem Bürgerkrieg in Syrien entkommen ist, landet in Europa oft in Haft und nicht in Sicherheit. Das liegt daran, dass diese Menschen wie gewöhnliche Asylsuchende behandelt werden

Body

BERLIN taz | Assad und dem Krieg entkommen, in Europa eingesperrt: Syrische Flüchtlinge müssen in Griechenland mit wochenlanger Internierung rechnen. Das ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei. Demnach geht das Bundesinnenministerium davon aus, dass syrische Flüchtlinge nicht anders als sonstige in Griechenland aufgegriffene Ausländer behandelt werden .

Somit kommen die Syrer vom Regen in die Traufe. Denn seit Jahren ist Griechenland zur Abschreckung papierloser Migranten dazu übergegangen, diese in sogenannte Administrativhaft zu nehmen. Sie werden für einen Zeitraum von einigen Tagen bis mehreren Monaten der Normalfall sind einige Wochen in geschlossenen Aufnahmelagern interniert. In diesen Zentren, etwa im thrakischen Fylakio, herrschen nach übereinstimmenden Berichten von Menschenrechtsorganisationen katastrophale Zustände: Überfüllung, mangelnde Gesundheitsversorgung, kein Zugang zu Anwälten. Die EU-Staaten müssen eine ungehinderte Weiterreise dieser Menschen innerhalb der EU sicherstellen , sagt die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke.

Denn vor allem gibt es in Griechenland kein Asylsystem. Syrischen Flüchtlingen, die in Griechenland aufgegriffen und registriert werden, ist somit in der gesamten EU die Möglichkeit versperrt, Asyl zu bekommen. Denn gemäß der Dublin-II-Richtlinie ist der Asylantrag immer nur im Land des ersten Grenzübertritts möglich. In der Türkei halten sich derzeit mindestens 80.000 Flüchtlinge aus Syrien auf. Im Juli hatte Athen aus Angst vor ihnen 1.800 Soldaten zusätzlich abkommandiert, um die Grenze zur Türkei zu bewachen.

Die Bundesrepublik kann die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz nicht einfach an die Nachbarstaaten Syriens abschieben , sagt Jelpke. Zwar besteht in Deutschland seit Mai 2011 ein Abschiebestopp nach Syrien. Dieser gilt jedoch nur für ihr Heimatland selbst, nicht aber für Transitstaaten. Seit Anfang 2011 hat Deutschland rund 1.700 SyrerInnen offiziell Schutz gewährt. CHRISTIAN JAKOB

Griechenland interniert syrische Flüchtlinge AUFNAHME Wer dem Bürgerkrieg in Syrien entkommen ist, landet in Europa oft in Haft und nicht in Sicherheit. Das lie....

Load-Date: September 18, 2012

End of Document

Das hässliche Gesicht von Berlin; EIN NEUES ASYLHEIM

taz, die tageszeitung

Samstag 30. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 42

Length: 396 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: EIN NEUES **ASYLHEIM**

Body

Es waren dumpfe Ressentiments, die am Dienstagabend im Rathaus Reinickendorf das Wort führten. Warum, fragte das wütende Bürgertum, müssten die Ausländer gerade vor ihre Haustür? Was tun, wenn sie plötzlich im Garten stünden? Gemeint waren 220 **Asylbewerber**, die künftig in einem ehemaligen Seniorenheim untergebracht werden sollen.

220 Menschen in einem Bezirk von 250.000 Einwohnern und die Bürger drehen durch. Es war das hässliche Berlin, das sich am Dienstagabend zeigte. Man kannte es aus Heinersdorf, das einst wochenlang gegen einen Moscheebau ätzte. Man kennt es aus den Sälen der volkstümlichen Sarrazin-Claqueure. Ein Kleingeisttum, das man im Multikulti-Berlin längst überwunden glaubte. In einer Stadt, in der jeder vierte Migrationshintergrund hat. In der der SPD-Fraktionschef ein eingewanderter Palästinenser ist, die Gorki-Theaterchefin geborene Türkin, der Hertha-Star ein Brasilianer.

Nur zieht sich diese Mentalität hoch bis in die Bezirksspitzen. Gut 5.400 Flüchtlinge, verkündete die Sozialverwaltung diese Woche, warten in Sammelunterkünften derzeit auf Asyl. So viele wie seit Jahren nicht. Und doch eine verschwindend geringe Größe in einer 3,5-Millionen-Metropole. Umso hanebüchener, was mancher Bezirk vorschiebt, um Obdach zu verweigern. Auch in Reinickendorf weigerte sich die zuständige CDU lange, das alte Pflegeheim als Flüchtlingsort zuzulassen. Dabei nimmt der Bezirk bisher auf: gut 100 Flüchtlinge. Beschämend. Zum Vergleich: In Lichtenberg sind es 1.200. Mit dem Geist Reinickendorfs jedenfalls wird Berlin seiner Aufgabe, schutzsuchenden Menschen auch wirklich Schutz zu gewähren, nicht gerecht.

Es geht anders. Man kann von Kreuzberg halten, was man will aber dort wird die gern gepredigte Weltoffenheit dieser Tage praktisch eingelöst. Als am Mittwoch das Vergabeverfahren für die von Asylsuchenden besetzte Schule begann, erklärten mehrere Initiativen, nur gemeinsam mit den Flüchtlingen einziehen zu wollen. Und am Oranienplatz öffnen Anwohner für die dort campierenden Flüchtlinge ihre Wohnungen und Duschen, spenden Kleider, betreuen Kinder.

Sicher, nicht alle tun das. Und seit Wochen schon schleicht ein Kreuzberger ums Asylcamp und zetert über die Dreckhöhle. Erneut ein CDU-Mann, Kurt Wanser. Da ist es wieder, das hässliche Berlin. KONRAD LITSCHKO

Das hässliche Gesicht von Berlin EIN NEUES ASYLHEIM

220 Menschen in einem Bezirk von 250.000 Einwohnern und die Bürger drehen durch

Load-Date: March 29, 2013

End of Document

Kein Platz für Flüchtlinge; ASYLPOLITIK II Das neue Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen in Brandenburg geht auf Abstand zu seinen ursprünglichen Zielsetzungen. Opposition und Flüchtlingsrat betrachten es als gescheitert

taz, die tageszeitung

Dienstag 09. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 455 words

Byline: AKW

Highlight: ASYLPOLITIK II Das neue Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen in Brandenburg geht auf Abstand zu seinen ursprünglichen Zielsetzungen. Opposition und Flüchtlingsrat betrachten es als gescheitert

Body

Es war nach mehrmonatiger Verlängerung der Beratungszeit dringend erwartet worden: das neue Unterbringungskonzept Brandenburgs für Flüchtlinge. Auch in dem dünn besiedelten Land stellt eine wachsende Zahl Schutzsuchender die Kommunen bei der Wohnraumversorgung zunehmend vor Probleme. Das 65-seitige Konzept, das Sozialstaatssekretär Wolfgang Schröder vergangene Woche in Potsdam präsentierte, erntet allerdings vor allem heftige Kritik.

Wir hatten endlich ein Unterbringungskonzept erwartet und erhielten einen Bericht über das Scheitern eines solchen, sagt etwa die sozialpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag, Ursula Nonnemacher. Das vorrangige Ziel des neuen Konzepts, Flüchtlinge in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen und so ihre Integration zu erleichtern, sei auf den Sankt Nimmerleinstag in der nächsten Legislaturperiode verschoben worden.

Tatsächlich macht das Konzept wenig Hoffnung auf baldige Verbesserung der aktuell schwierigen Wohnsituation für Flüchtlinge in Brandenburg. Die Zahl der dem Land von Bundesamt für Migration zugewiesenen Asylsuchenden ist vor dem Hintergrund bundesweit steigender Flüchtlingszahlen von 570 im Jahr 2007 auf 1.700 2012 gestiegen. Wohnheime sind überfüllt, vielerorts werde der seit 20 Jahren geltende Schlüssel von sechs Quadratmeter Wohnraum pro Person nicht mehr eingehalten, klagt der Landesflüchtlingsrat. Auch für soziale Betreuung sei nicht ausreichend gesorgt.

Vor allem in diesen Punkten sollte das Konzept Abhilfe schaffen. Doch das Papier aus dem Sozialministerium macht keinen Hehl daraus, dass es angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen diese Ziele aufgibt: Die grundsätzlichen Zielrichtungen müssten vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Unterbringungssituation relativiert werden, heißt es da. Zudem ergebe sich aus der heterogenen Situation in den Kommunen, dass es

Kein Platz für Flüchtlinge ASYLPOLITIK II Das neue Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen in Brandenburg geht auf Abstand zu seinen ursprünglichen Zielsetzu....

sich bei einem Unterbringungskonzept für das Land Brandenburg nicht um ein auf die Kreisebene heruntergebrochenes Konzept mit detaillierten Vorgaben handeln kann . Mit anderen Worten: Das Land will den für die Unterbringung verantwortlichen Kommunen gar keine verbindlichen Vorschriften machen. So weisen die Verfasser auch die von Kommunen geäußerten Zweifel an der Finanzierbarkeit der Wohnungsunterbringung zurück: Da das neue Konzept keine verbindlichen Vorgaben an die Kommunen enthalte, gehe auch die Argumentation zur angeblichen Unterfinanzierung weitgehend in die Irre .

Das Konzept löst keine Probleme , sagt Simone Tetzlaff vom Flüchtlingsrat Brandenburg. Es sei bedauerlich, dass die Landesregierung nicht in der Lage war, etwas Konkreteres zu entwickeln . Die Konsequenzen trügen weiterhin die Flüchtlinge. AKW

Load-Date: July 8, 2013

End of Document

Frontex Auftrag ist das Problem; CHRISTIAN JAKOB ÜBER EIN URTEIL UND EUROPAS FLÜCHTLINGSPOLITIK

taz, die tageszeitung

Freitag 24. Februar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 341 words

Byline: CHRISTIAN JAKOB

Body

CHRISTIAN JAKOB ÜBER EIN URTEIL UND EUROPAS FLÜCHTLINGSPOLITIK

Vom Offshore-Prinzip leben ganze Staaten: Steueroasen etwa, die das Kapital von allen lästigen Verpflichtungen befreien, ohne dass dafür allzu offen gegen geltendes Recht verstoßen werden müsste.

Ganz ähnlich verfährt Europa im Bereich der Menschenrechte: Die Buchstaben der völkerrechtlichen Konventionen tastet es nicht an – doch jene, die als Flüchtlinge daraus lästige Ansprüche stellen könnten, werden kurzerhand aus dem Bereich der eigenen Jurisdiktion ferngehalten.

Genau diese Praxis hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am Mittwoch verurteilt: Auch auf Hoher See gilt das internationale Flüchtlingsrecht, sofern ein Unterzeichnerstaat ins Spiel kommt. Asylanträge müssen geprüft werden, der Rechtsweg muss Flüchtlingen offen stehen, so die Richter.

Sie griffen damit eine zentrale Strategie des europäischen Grenzregimes an. Denn das sofortige Zurückschieben von Papierlosen ist keine Form der Notwehr, wie Italien es glauben machen will; keine Folge vermeintlich übermäßiger Belastungen durch die Ankunft Papierloser. Es ist vielmehr Teil der Umsetzung einer wohldurchdachten Strategie: Flüchtlingen den Zugang zu Europa zu verschließen und die unverändert gültige Genfer Konvention so gar nicht erst zum Tragen kommen zu lassen.

Die EU hat dafür die Grenzschutzagentur Frontex aufgebaut, die längst eine eigene Außenpolitik betreibt. An Europas Außengrenzen werden Ankömmlinge aktiv gehindert, ihr Recht auf ein Asylverfahren geltend zu machen; teils durch Zurückschieben, teils durch sogenanntes Migrationsmanagement. Das funktioniert nur dank einer mal erkaufen, mal erzwungenen Zusammenarbeit: So, wie Berlusconi es einst mit Gaddafi vorgemacht hat, gemeindet Frontex heute EU-Anrainer im Osten und Süden als Hilfsgrenzschützer ein. Das ist sein Auftrag – und der ist das Problem. Diese Lehre muss Europa aus dem Straßburger Urteil ziehen.

Frontex Auftrag ist das Problem CHRISTIAN JAKOB ÜBER EIN URTEIL UND EUROPAS
FLÜCHTLINGSPOLITIK

Europas Strategie: Zugang verschließen und die Genfer Konvention gar nicht erst greifen lassen

Load-Date: February 23, 2012

End of Document

Schweden öffnet seine Grenzen für Flüchtlinge; SYRIEN Als erstes EU-Land gewährt Schweden allen Flüchtlingen aus dem Bürgerkriegsland eine permanente Aufenthaltserlaubnis

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. September 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 02

Length: 621 words

Byline: REINHARD WOLFF / INES KAPPERT / ERIC BONSE

Highlight: SYRIEN Als erstes EU-Land gewährt Schweden allen Flüchtlingen aus dem Bürgerkriegsland eine permanente Aufenthaltserlaubnis

Body

VON REINHARD WOLFF, INES KAPPERT UND ERIC BONSE

OSLO/BERLIN/BRÜSSEL taz Als erstes europäisches Land hat Schweden beschlossen, allen syrischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Juristisch wird ihnen eine permanente Aufenthaltserlaubnis angeboten, die ihnen selbst einen unbegrenzten Aufenthalt ermöglicht und auch den Weg zum Familiennachzug für Angehörige öffnet.

Direkt betroffen von dieser Regelung sind zunächst rund 8.000 Flüchtlinge, die sich bereits in Schweden aufhalten und bislang befristete Aufenthaltserlaubnisse hatten. Sie gilt aber auch für alle Syrer, die in Zukunft nach Schweden kommen.

Der Konflikt habe sich gelinde gesagt deutlich verschlimmert und man gehe davon aus, dass er in absehbarer Zeit nicht beendet sein wird, gab Anders Danielsson, Generaldirektor der Migrationsbehörde als Begründung an. Er betonte, dass sich damit erstmals für Syrer ein legaler Weg in die EU geöffnet hat. Man sei sich bewusst, dass nun der Zustrom von Flüchtlingen aus Syrien steigen werde, sagte Migrationsminister Tobias Billström in einem Interview und nannte es deshalb auch wichtig, dass andere Länder, dem schwedischen Beispiel folgen. Cecilia Malmström, die schwedische EU-Kommissarin für Innenpolitik, erklärte, sie werde andere auffordern, so wie Schweden zu handeln.

Vertreter mehrerer schwedischer Kommunen begrüßten den Beschluss Stockholms: Die Sicherheit, dass diese Menschen nun dauerhaft bleiben könnten, erleichtere ihre Aufnahme und Etablierung in Schweden.

Deutschland hatte sich im März diesen Jahres dazu entschlossen, maximal 5.000 Syrern eine befristete Aufenthaltsgenehmigung für zwei Jahre zu erteilen. Bevorzugt werden Flüchtlinge, die Verwandtschaft in Deutschland haben. Die meisten Visa werden von der deutschen Botschaft im libanesischen Beirut ausgestellt.

Schweden öffnet seine Grenzen für Flüchtlinge SYRIEN Als erstes EU-Land gewährt Schweden allen Flüchtlingen aus dem Bürgerkriegsland eine permanente Aufenthalts....

Bislang sind 250 Kontingentflüchtlinge in Deutschland eingetroffen. Diese sind sämtlich individuell eingereist und haben ihr Flugticket selbst bezahlt. Der erste von der Bundesregierung finanzierte Charterflug mit rund 110 syrischen Flüchtlingen wird am nächsten Mittwoch in Hannover erwartet. Bis Anfang 2014 dürften dann alle der akzeptierten 5.000 Flüchtlinge hier sein, heißt es aus dem Innenministerium.

Diese Personen werden zunächst im niedersächsischen Friedland untergebracht und dann auf die Bundesländer verteilt. So entfallen etwa auf Bayern 750 Flüchtlinge, auf Nordrhein-Westfalen 1.061 und auf Baden-Württemberg 650. Anders als Asylsuchende erhalten die Flüchtlinge eine Arbeitsgenehmigung und haben im Falle einer nachweisbaren Bedürftigkeit auch Anrecht auf Hartz-IV-Leistungen.

Aufgrund der katastrophalen humanitären Lage in Syrien haben sich einzelne Länder, darunter etwa Baden-Württemberg, dazu entschlossen, zusätzlich 500 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Allerdings gilt dies nur, wenn sie Verwandte in Deutschland haben und diese sich verpflichten, für sämtliche anfallenden Kosten aufzukommen. Bundesinnenminister Friedrich (CSU) hat grundsätzlich einem erweiterten Familienzuzug zugestimmt. Die Länder müssen beim Innenministerium entsprechende Anträge stellen. Der Sprecher der Bundesregierung Steffen Seibert betonte am Mittwoch, die Bundesregierung werde bei europäischen Partnern dafür, ihr Engagement zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge zu erhöhen.

Die EU rechnet zwar mit einer Verschärfung der Flüchtlingskrise in Syrien, plant aber noch keine gemeinsame Antwort. Bisher entscheidet jedes EU-Land allein, ob es syrische Flüchtlinge aufnimmt oder nicht. Die für humanitäre Hilfe zuständige EU-Kommissarin Georgieva wies zwar darauf hin, dass sich die Zahl der Flüchtlinge seit März verdoppelt habe. Es gelang ihr jedoch ebenso wenig wie der Außenbeauftragten Ashton, eine gemeinsame Strategie zu formulieren.

Load-Date: September 4, 2013

Hilfe, die Flüchtlinge kommen!; MIGRATION In Bremen diskutieren die Stadtteil-Parlamente über neue Flüchtlingsunterkünfte - mit teils fremdenfeindlichen Tönen. Dabei will auch die rot-grüne Regierung keine Sammelunterkünfte, sondern dezentrales Wohnen. Eine Bestandsaufnahme

taz, die tageszeitung

Samstag 03. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. 44

Length: 1740 words

Byline: JEAN-PHILIPP BAECK

Highlight: **MIGRATION** In Bremen diskutieren die Stadtteil-Parlamente über neue **Flüchtlingsunterkünfte** mit teils fremdenfeindlichen Tönen. Dabei will auch die rot-grüne Regierung keine Sammelunterkünfte, sondern dezentrales Wohnen. Eine Bestandsaufnahme

Body

VON JEAN-PHILIPP BAECK

+++ USA, 25. Juli: Im seit mehr als zwei Jahren andauernden Bürgerkrieg in Syrien sind nach Angaben von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon inzwischen mehr als 100.000 Menschen ums Leben gekommen. +++

Im Philosophenweg in Bremens Bahnhofsvorstadt queren ein Mann und eine Frau die Fahrbahn. Mit zwei Tüten von Aldi in der Hand verschwinden sie im Eingang eines ehemaligen Stundenhotels. Keine einladende Gegend, Sex-Shops reihen sich hier an Oben-ohne-Bars und Schlager-Diskotheken.

Das Pärchen hat sich das neue Zuhause nicht ausgesucht: Die beiden gehören zu den 50 **Flüchtlingen**, die seit Mitte Juli in dem umfunktionierten Hotel unterkommen sollen. Es ist die erste von fünf neuen **Flüchtlingsunterkünften**, die die Stadt Bremen geplant hat. Drei Standorte sollen als Container-Siedlungen entstehen.

500 **Flüchtlinge** werden in Bremen für dieses Jahr noch erwartet. 2013 sollen es doppelt so viele werden wie im Jahr zuvor. 50 **Flüchtlinge** aus Syrien kommen noch hinzu. All das schlägt in der Stadt derzeit hohe Wellen. Denn über jede neue Unterkunft entscheiden in Bremen die Stadtteil-Beiräte mit. Und zunehmend werden die Versammlungen auch zur Bühne für fremdenfeindliche Ausfälle.

Erst 2010 ist das neue Beirätegesetz in Kraft getreten, die rot-grüne Regierung wollte die Bürgerbeteiligung stärken. Den ganzen Sommer über tingeln Sozialstaatsrat Horst Frehe (Grüne) und sein Referatsleiter für Zuwanderungs-Angelegenheiten, Heiko Hergert, nun durch die Stadtteil-Parlamente. Jedes Mal erklären sie das

Hilfe, die Flüchtlinge kommen! MIGRATION In Bremen diskutieren die Stadtteil-Parlamente über neue Flüchtlingsunterkünfte - mit teils fremdenfeindlichen Tönen. D....

Gleiche: Bremen muss knapp ein Prozent der deutschen Flüchtlinge aufnehmen. 20 Prozent davon landen in Bremerhaven. 2013 kamen bis einschließlich Juni 401 Personen in die Stadt, 2012 waren es bis Juni 182. Die Menschen fliehen aus Syrien, der Russischen Föderation, Afghanistan, Irak, Iran, Pakistan.

+++ Irak, 2. Juli: Bei mehreren Anschlägen auf belebten Märkten sterben mindestens 43 Menschen. +++

In Bremen-Mitte erklären Staatsrat Frehe und Referatsleiter Hergert auf einer Beiratssitzung, dass das Sozialressort händeringend nach neuen Wohnmöglichkeiten für Flüchtlinge sucht. In allen Stadtteilen. Allerdings herrsche Wohnungsmangel. Das Hotel im Philosophenweg sei gut geeignet. Ein Bürger meldet sich. Er könne sich doch bei den ganzen Flüchtlingen nicht mehr auf die Straße trauen. Der Beirat stimmt dennoch zu.

Eigentlich sind Massenunterkünfte in Bremen gar nicht gewollt. Zumindest nicht politisch. Flüchtlingsinitiativen hatten SPD und Grüne überzeugen können, dass die Massenunterbringung eigentlich für alle schlecht ist: Teurer für die Stadt, nervig, ausgrenzend und manchmal entwürdigend für die Geflüchteten. Und: gesundheitsgefährdend, wie das Gesundheitsamt Bremen in einem eigenen Bericht feststellte.

Im April 2012 wurde deshalb in der Bremischen Bürgerschaft beschlossen, den bis dato bestehenden Zwang für Flüchtlinge, für zwölf Monate in Übergangsheimen wohnen zu müssen, zu verkürzen. Mindestens sechs Wochen, höchstens drei Monate sind es nun die Zeit, in der das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Asylantrag bearbeitet.

Seit März 2012 steht dazu auch ein ambulantes Konzept: Vier BeraterInnen sollen Geflüchteten helfen, trotz Wohnungsmangels und möglicher Diskriminierung durch die Vermieter eine eigene Bleibe zu finden. Derzeit aber sind die bestehenden Sammelunterkünfte überbelegt, Wohnungen nicht in Sicht.

+++ Irak, 5. Juli: Bei einem Selbstmordanschlag sterben in Bagdad 15 Menschen, 30 weitere werden verletzt. +++

Am Abend zuvor lehnt das Stadtteil-Parlament in Bremen-Vegesack den Bau einer Mobilbau-Siedlung für Flüchtlinge ab. Ob denn keiner an die deutschen Kinder denke, an die Kriminalität. Der Stadtteil sei schon belastet genug. Staatsrat Frehe und Referatsleiter Hergert können kaum ausreden. Die Botschaft aus Vegesack: Nicht hierher!

Ende Juli warnt der Bremer Rat für Integration ein sonst eher braves Gremium vor einer Gefahr für die Demokratie. Die Vorsitzende des Integrationsrats, die Radio-Bremen-Redakteurin Libuse Cerna, beschreibt die Stimmung in der Stadt mit den Worten: Diffuse Ängste und Vorurteile bestimmen zunehmend den öffentlichen Diskurs.

Was sonst von rechtsextremen Gruppen geschürt werde, gehe in Bremen von großen Parteien aus, sagte Cerna zur taz. Dass Flüchtlinge kämen, um die man sich kümmern müsse, sei ein ganz normaler Vorgang. Offenbar geht das nicht, das ist unfassbar. Anfang August stehen in den Stadtteilen Gröpelingen und Obervieland noch Beiratssitzungen an. Die Diskussion um Flüchtlingsunterkünfte dürften nicht zum Thema im Bundestagswahlkampf gemacht werden, sagt Cerna.

+++ Afghanistan, 29. Juli: Eine Bombenexplosion in der Provinz Kandahar tötet eine Mutter mit ihren beiden Töchtern. +++

In Bremen-Obervieland werden gegen den Bau einer Container-Unterkunft Unterschriften gesammelt. 120 Geflüchtete sollen dort wohnen. Ein Flugblatt kursiert: Weil die mittellosen Flüchtlinge direkt mit dem Wohlstand der angrenzenden Neubausiedlung konfrontiert würden, sei das Konfliktpotenzial nicht kalkulierbar. Der Bau bedeute einen Wertverlust für das Siedlungsgebiet.

Für den Aktivisten Marc Millies ist die Situation schwer auszuhalten. Mit dem Flüchtlingsrat kämpft er seit Jahren für bessere Bedingungen für Flüchtlinge. Das Gremium, in dem sich Geflüchtete selbst organisieren, hat jahrelang erklärt, warum es problematisch, ja unverantwortlich ist, Menschen auf wenigen Quadratmetern, mit Gemeinschaftsduschen und -toiletten wohnen zu lassen. Ist er nun gegen die neuen Unterkünfte? Oder spielt das

Hilfe, die Flüchtlinge kommen! MIGRATION In Bremen diskutieren die Stadtteil-Parlamente über neue Flüchtlingsunterkünfte - mit teils fremdenfeindlichen Tönen. D....

den Falschen in die Hände? Manche der Argumente des Flüchtlingsrats werden in den Beiratssitzungen derzeit auch von der CDU aufgegriffen und gegen eine neue Massenunterkunft im jeweiligen Stadtteil vorgebracht. Alles scheint recht.

Dass die bisherigen Heime überfüllt sind, weiß kaum jemand besser als die Menschen im Flüchtlingsrat. Millies will die Forderungen dennoch nicht herunterschrauben: Wir plädieren nach wie vor für ein selbstbestimmtes Leben und eine Teilhabe von Flüchtlingen, sagt er. Bei den Unterkünften müssten die Mindeststandards erfüllt werden. Das gelte insbesondere, wenn es um unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge geht. 50 von Ihnen leben in der Zentralen Aufnahmestelle. Sie sollen womöglich in ein eigenes Heim nahe der Bremer Diskomeile, weil sie erst dann regulär zur Schule gehen können. Dennoch hält der Flüchtlingsrat die Diskomeile für den falschen Ort. Millies sagt: Es geht zwar darum, Lösungen zu finden, aber nicht um jeden Preis.

+++ Syrien, 15. Juli: Bei Luftangriffen auf Dörfer in der Provinz Idlib werden mindestens 29 Menschen getötet, darunter sechs Kinder. +++

In Bremen-Gröpelingen erklärt der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Elombo Bolayela, selbst ehemaliger Asylbewerber: Wichtig ist, die Stadtteile mit besonders schwieriger Soziallage nicht zu überfordern. Die Beirats-SPD ist gegen ein neues Flüchtlingsheim. Gleiches kommt von der CDU. Die Flüchtlinge seien eine Belastung.

Marc Millies kann nicht nachvollziehen, wie es zu der aktuellen Lage kam. Es sei doch bekannt, dass seit 2008 die Flüchtlingszahlen wieder steigen: Für uns ist es eher eine Überraschung, dass die Begleitstrukturen nicht in dem Maße angepasst wurden, so Millies. Umgekehrt hatte das gut funktioniert: Bis 2008 war die Zahl der Asylsuchenden stetig zurückgegangen seit 1993 das neue Asylrecht in Kraft getreten war. Die Strukturen wurden zurückgebaut.

Im Philosophenweg in der Bahnhofsvorstadt ging alles ganz schnell. Das Treppenhaus sieht nicht renoviert aus, Spiegel, Wandleuchten, robuste Tapeten alles riecht noch nach der alten, gewollt einladenden Atmosphäre eines Stundenhotels und späteren Herberge für Montagearbeiter. Die Türen tragen noch die Zimmernummern, vor einigen stehen Schlappen, im Flur ein Bobbycar. Über dem Treppenaufgang zeigt eine Überwachungskamera in Richtung Eingang. Staub und Spinnweben verraten: Sie ist nicht neu, das rote Betriebslämpchen leuchtet weiterhin.

+++ Pakistan, 28. Juli: Mehr als 60 Shiiten sterben bei einem Terroranschlag gegen die Minderheit im Stammesgebiet Kurram. +++

In Bremen-Hemelingen melden sich AnwohnerInnen mit Bedenken. Sie seien von der neuen Unterkunft überrascht worden. Der Beirat hatte dem Bau einer Container-Siedlung auf einem alten Acker einstimmig zugestimmt, von Linkspartei bis CDU. Schulen seien in der Nähe, gleich nebenan das Jugendzentrum. Ein Forderungskatalog zur besseren Betreuung der Flüchtlinge wurde mit verabschiedet. Der Protest der Bürger aber war so laut, dass nun für Ende August eine Anwohnerversammlung anberaumt werden musste.

Dass sich sowohl bei der Unterbringung als auch bei der gesellschaftlichen Stimmung die 1990er-Jahre nicht wiederholen dürfen, darin sind sich in Bremen die Regierenden mit der radikalen Linken einig. Doch: Was tun? Hinter den Kulissen, so hört man, nimmt das SPD-geführte Rathaus die Asylheim-kritischen Beiratsgenossen ins Gebet. Die Linkspartei macht Sprechstunden in den Bezirken: Unterstützt von Bürgerschaftsabgeordneten sollen Vorurteile ausgeräumt werden.

Orte zu finden, die als Unterkünfte geeignet sind, hat seit Mitte Juli in Bremen Priorität: Der Senat beschloss, dass alle Ressorts ihre Grundstücke, Immobilien und Sondervermögen daraufhin prüfen müssen. Vor jedem Grundstücksverkauf hat das Sozialressort das Vetorecht. Vermeiden will Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) auf jeden Fall, dass Zelte aufgestellt werden müssen wie zuletzt in Hamburg.

Flüchtlingsaktivist Millies ist wichtig, dass mehr Flüchtlinge nicht gleich mehr Probleme bedeuten. Er verweist auf die neuen Unterkünfte im Bremer Ostertor-Viertel und in Schwachhausen: Es haben Begegnungen stattgefunden, Vorurteile haben sich in Luft aufgelöst. Zuvor hatte es auch dort auf den Beiratssitzungen Kritik gehagelt, wurden

Hilfe, die Flüchtlinge kommen! MIGRATION In Bremen diskutieren die Stadtteil-Parlamente über neue Flüchtlingsunterkünfte - mit teils fremdenfeindlichen Tönen. D....

Ängste vor den Fremden deutlich. Nach dem Umbau einer alten Schule in Schwachhausen hat die Nachbarschaft begonnen, sich zu engagieren. Es gibt freiwillige HelferInnen und mittlerweile mehr Spielzeug-Spenden als nötig.

In Vegesack lädt die radikale Linke für den 10. August zur antirassistischen Demonstration. Wer sich laut pöbelnd und rassistisch gegen die Unterbringung von Asylsuchenden ausspricht, heißt es in dem Aufruf, nimmt billigend in Kauf, dass zu körperlicher Gewalt und Brandsätzen gegriffen wird.

+++ Syrien, 25. Juli: Eine Autobombe hat in einem Vorort von Damaskus zehn Menschen getötet und weitere 66 Menschen verletzt. +++ (Mit Material von dpa)

Load-Date: August 2, 2013

End of Document

Anerkennung? Keine Chance; FLÜCHTLINGE Bundesinnenminister Friedrich sieht einen "zunehmenden Asylmissbrauch". Die Zahlen klingen weniger dramatisch: Rund 1.900 Asylsuchende hat die Millionenstadt Köln dieses Jahr aufgenommen - 400 mehr als 2010. Hier bleiben werden die wenigsten

taz, die tageszeitung

Mittwoch 17. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: THEMEN DES TAGES; S. 03

Length: 697 words

Byline: PASCAL BEUCKER

Highlight: **FLÜCHTLINGE** Bundesinnenminister Friedrich sieht einen zunehmenden **Asylmissbrauch**. Die Zahlen klingen weniger dramatisch: Rund 1.900 **Asylsuchende** hat die Millionenstadt Köln dieses Jahr aufgenommen 400 mehr als 2010. Hier bleiben werden die wenigsten

Body

AUS KÖLN PASCAL BEUCKER

Die Turnhalle am Reitweg im Kölner Stadtteil Deutz ist umzäunt von Stacheldraht. Vier Männer und eine Frau kauern vor dem Eingang im Nieselregen und rauchen. Sie sehen ärmlich aus. Und traurig. Sie anzusprechen ist nicht möglich: Ein privater Wachdienst sichert das Gelände. Er lasse nur Bedienstete der Stadt und Menschen mit einer speziellen Genehmigung durch, sagt der bullige Wachmann in freundlichem, aber bestimmtem Ton. Und Personen mit einem **Asylausweis** um den Hals .

Rund 200 Flüchtlinge befinden sich derzeit in der Sporthalle des Deutzer Berufskollegs, die die Stadt als Notunterkunft bereitgestellt hat. Die meisten von ihnen sind Roma aus Serbien und Mazedonien. Nach Köln sind sie Ende vergangener Woche gebracht worden, weil die Erstaufnahmeeinrichtungen Nordrhein-Westfalens in Dortmund und Bielefeld überfüllt sind. Auch die Durchgangseinrichtungen in Hemer und Schöppingen platzen aus allen Nähten.

Die Flüchtlinge bleiben nur bis zum 20. Oktober, dann geht es weiter in die nächste NRW-Stadt. So jedenfalls hat es Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD) Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD) zugesichert. Der hatte eine Aufnahme zunächst mit Verweis auf die bereits prekäre Unterbringungssituation in Köln abgelehnt. Die Kapazitäten in den 31 Flüchtlingsheimen seien erschöpft, die Zuzüge von Asylsuchenden hätten sich in den letzten Wochen verdoppelt und die Möglichkeiten zur Unterbringung völlig gesprengt , teilte die Stadt mit.

Anerkennung? Keine Chance FLÜCHTLINGE Bundesinnenminister Friedrich sieht einen "zunehmenden Asylmissbrauch". Die Zahlen klingen weniger dramatisch: Rund 1.900

Die realen Zahlen klingen weit weniger dramatisch. Rund 1.900 Asylsuchende hat die Millionenstadt Köln in diesem Jahr bislang aufgenommen, gerade mal 400 mehr als 2010. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beantragten von Januar bis September 2012 insgesamt 40.201 Menschen Asyl in der Bundesrepublik. Das sind zwar 7.769 mehr als im Vorjahreszeitraum, aber ein Bruchteil der bis zu 438.191 Menschen, die Anfang der 1990er Jahre Asyl beantragten.

Die Flüchtlingszahlen seien weder exorbitant noch über Nacht angestiegen, konstatiert der Flüchtlingsrat NRW. Vielmehr wachse ihre Zahl kontinuierlich seit zwei Jahren. Die Behörden hätten genug Zeit gehabt, dieser Entwicklungen gerecht zu werden. Es ist unverantwortlich, dass Land und Bund so schlecht vorbereitet sind, kritisiert Vorstandsmitglied Kirsten Eichler.

Mit 13.020 Flüchtlingen kam der größte Anteil aus Afghanistan, Irak und Syrien. Aus Serbien und Mazedonien stammen 6.773 Menschen. Vorwiegend Roma nutzen die seit 2009 geltende Visafreiheit, um elenden Lebensverhältnissen zu entfliehen. In ihren Heimatländern seien sie einer allumfassenden Diskriminierung ausgesetzt, beklagt die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl. Eine Einschätzung, die die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz bestätigt. Eine reale Chance auf Asyl in Deutschland haben die Roma vom Balkan trotzdem nicht: Die EU-Beitrittskandidaten Serbien und Mazedonien gelten als sichere Staaten.

Von einem zunehmenden Asylmissbrauch spricht deswegen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). In den Medien ist sogar von einer Flüchtlingsflut zu lesen. Das erinnert an den Jargon, die einst die Anschläge in Hünxe, Hoyerswerda, Rostock und Mölln befeuerte.

Das von Politik und Medien gezeichnete Bild unkontrollierbarer Flüchtlingsströme ist nicht nur falsch, sondern auch hochgefährlich, warnt der Flüchtlingsrat NRW und fordert mit Pro Asyl und mehreren Roma-Organisationen: Schluss mit der rassistischen Hetze gegen Roma! Roma aus Exjugoslawien dürften nicht länger vom Asylrecht ausgeschlossen werden. Sie hätten ein Recht auf Einzelfallprüfung, innerhalb deren die rassistische Diskriminierung in ihren Heimatländern in angemessener Weise zu berücksichtigen ist.

Das dürfte ein frommer Wunsch bleiben. Innenminister Friedrich plädiert für die Wiedereinführung der Visumpflicht. Außerdem setzt er sich im Kampf gegen die vermeintlichen Wirtschaftsflüchtlinge für schnellere Asylverfahren und Abschiebungen ein. Zudem müsse das Asylbewerberleistungsgesetz ergänzt werden: Wer aus sicheren Herkunftsstaaten kommt dazu zähle ich Mazedonien und Serbien, soll künftig weniger Barleistungen erhalten, sagte Friedrich der Bild-Zeitung.

Load-Date: October 16, 2012

Hinter der glänzenden EU-Fassade; Chris Grodotzki (Text und Fotos)

taz, die tageszeitung

Samstag 02. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. 01

Length: 432 words

Byline: Chris Grodotzki

Body

Chris Grodotzki (Text und Fotos)

Vor knapp einem Jahr berichtete ich zum ersten Mal mit der Kamera über die Situation illegaler **Migranten** im französischen Calais. In der kleinen Stadt am Ärmelkanal bleiben zahllose **Flüchtlinge** auf ihrem Weg nach Großbritannien stecken – kaum 40 Kilometer von ihrem Ziel entfernt. Durch die Konzentration dieser illegalen **Migranten** und das schonungslose Vorgehen des französischen Staates gegen sie wird Calais zu einem Symbol für die Grenzpolitik der gesamten EU.

Ich habe nichts, sagt Noory. Das stimmt, er hat tatsächlich kaum etwas, außer dem, was er am Körper trägt: ein zweites Paar Schuhe, einen Schlafsack aus der Altkleidersammlung, ein Handy. Letzteres liegt zwei Meter entfernt von uns auf einem kleinen Tisch. Ab und zu krächzen abwechselnd Korangesänge und Noorys großes Idol Bob Marley aus den Lautsprechern.

Noory ist illegal hier. Vor Krieg und Armut in seiner sudanesischen Heimat Darfur geflohen, lebt er in Frankreich ohne Aufenthaltsgenehmigung, ohne Asyl und somit ohne Aussicht auf Arbeit, Bildung oder Sozialhilfe. Er ist einer der Gesichtslosen Europas – einer von rund 500 allein hier in der Hafenstadt Calais.

So symbolisch sich die Problematik in Calais darstellt, so komplex ist sie auch. Die erste Reportage, über eine abrisssreife, von afrikanischen Flüchtlingen besetzte Fabrik, konnte dieser Komplexität nur bedingt gerecht werden. Ein Jahr nach der Entstehung dieser ersten Reportage ging ich deshalb noch einmal nach Calais. Mit dem Anspruch, die Geschichte noch umfassender darzustellen und sie, zu diesem Zwecke, um ein weiteres Medium zu bereichern, dokumentierte ich erneut das Leben der Sans Papiers (Papierlosen) und ihrer unverzagten Helfer. Dieses Mal in Bild und Ton.

Knappe drei Wochen lang begleitete ich die jungen Aktivisten der Calais Migrant Solidarity durch den Untergrund von Calais. Durch Jungle-Camps in Wäldern und Dünen, durch verlassene Industriekomplexe am Rande der Stadt. Das Ergebnis ist eine Audioslideshow-Dokumentation, die einen Blick hinter die glänzende Fassade der Europäischen Union ermöglicht. Einen Blick in das Leben derer, die vom Traum des in Vielfalt geeinten Europa ausgeschlossen sind und bleiben sollen.

Hinter der glänzenden EU-Fassade Chris Grodotzki (Text und Fotos)

Chris Grodotzki, geboren 1989, ist freier Fotojournalist mit Schwerpunkt auf sozialen und ökologischen Themen. Er lebt momentan in Stuttgart, fotografiert seit deren Beginn für die Kontext:Wochenzeitung, ist Teil der Fotografen-Kooperative visual.rebellion und Mitherausgeber des gleichnamigen Blogs

Die Audioslideshow von Chris Grodotzki finden Sie unter vimeo.com/39134950.

Load-Date: June 1, 2012

Familie aus Syrien bleibt in Deutschland; JUSTIZ Asylbewerber dürfen nicht nach Italien zurückgeschickt werden. Denn dort drohe ihnen eine unmenschliche Behandlung, so das Verwaltungsgericht Stuttgart. Der Beschluss ist unanfechtbar

taz, die tageszeitung

Freitag 13. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 372 words

Highlight: JUSTIZ Asylbewerber dürfen nicht nach Italien zurückgeschickt werden. Denn dort drohe ihnen eine unmenschliche Behandlung, so das Verwaltungsgericht Stuttgart. Der Beschluss ist unanfechtbar

Body

STUTTGART dpa/dapd | Eine über Italien nach Deutschland gekommene Asylbewerberfamilie darf nach einer Gerichtsentscheidung nicht dorthin zurückgeschickt werden, weil ihr nach Ansicht der Richter eine unmenschliche Behandlung droht. Das hat das Verwaltungsgericht Stuttgart in einem unanfechtbaren Beschluss vom 2. Juli für eine staatenlose palästinensische Familie aus Syrien festgelegt, wie eine Gerichtssprecherin am Donnerstag mitteilte.

Die Mehrheit der Asylsuchenden sei in Italien ungeschützt, ohne Obdach und gesicherten Zugang zu Nahrung, Wasser und Elektrizität. Auch die Gesundheitsversorgung sei nicht ausreichend sichergestellt, hieß es zur Begründung. (Az. A 7 K 1877/12)

In dem Verfahren hatte ein staatenloses palästinensisches Ehepaar aus Syrien mit drei kleinen Kindern gegen die Rückführung der Familie nach Italien geklagt. Sie waren über das Mittelmeerland nach Deutschland eingereist. Die Familie hatte geltend gemacht, sie sei in Italien nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung aufgefordert worden, das Land zu verlassen.

Zudem habe man sie in eine Unterkunft eingewiesen, wo sie weder Bett noch Decken erhalten hätten. Sie seien zusammen mit einer weiteren Familie in einem kleinen Zimmer untergebracht gewesen. Es habe am Tag nur eine Mahlzeit gegeben.

Die Richter argumentierten, Italien sei zwar als Mitglied der Europäischen Union ein sicherer Drittstaat. Angesichts der aktuellen Situation von Flüchtlingen bestünden aber Anhaltspunkte dafür, dass das Land seine Verpflichtungen derzeit nicht erfülle.

Familie aus Syrien bleibt in Deutschland JUSTIZ Asylbewerber dürfen nicht nach Italien zurückgeschickt werden. Denn dort drohe ihnen eine unmenschliche Behandlu....

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss das Asylverfahren nun in Deutschland fortsetzen. Die Familie war zunächst nach Italien gekommen, hatte dort aber keinen Asylantrag gestellt, sondern erst nach ihrer Ankunft in Deutschland. Nach Rechtslage war trotzdem Italien für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig.

Hintergrund ist die Dublin-II-Verordnung: Ein Asylbewerber soll nicht in mehreren EU-Ländern gleichzeitig einen Antrag stellen können. Für Asylverfahren ist immer zunächst das Land zuständig, über das der Asylbewerber in die EU eingereist ist. Deutschland hatte bereits die Rückführung von Asylbewerbern nach Griechenland wegen der dortigen humanitären Notsituation für ein Jahr gestoppt.

Load-Date: July 12, 2012

End of Document

Gastarbeit wieder ermöglichen

taz, die tageszeitung

Dienstag 08. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: THEMEN DES TAGES; S. 03

Length: 597 words

Byline: CHRISTIAN JAKOB

Body

Die Lage

Nicht alle, die mit Schlepperbooten nach Europa kommen, sind **Flüchtlinge**. Und nicht alle wollen **Asyl**. Als nach dem Arabischen Frühling Tausende junge TunesierInnen die neue Freiheit nutzten und mit dem Boot nach Italien übersetzten, flohen sie nicht vor Repression. Sie suchten Arbeit. Gleichwohl ertranken Hunderte von ihnen.

Denn seit dem Anwerbestopp für Gastarbeiter in den 1970er Jahren ist eine legale Arbeitsmigration in die EU kaum noch möglich. Gleichwohl kommen irreguläre Arbeitsmigranten hierher. Der Weg für sie ist gefährlich, ihre Lage prekär. Vor allem in Südeuropa wird die Rechtlosigkeit Papierloser von ganzen Wirtschaftszweigen ausgenutzt.

Die Reform

Europa braucht Zuwanderung, Deutschland braucht Zuwanderung, auch von außerhalb der EU, sagt der Migrationsforscher Klaus Bade. Man sollte endlich dazu kommen, die Grenze zwischen Flucht und Arbeitsmigration fließend zu machen. Bade will nicht einsehen, wieso jeder Ankommende gefragt wird, ob er politisch verfolgt ist und nur dann können wir darüber nachdenken, ob er bleiben darf. Europa müsse Wege finden, das Potenzial derjenigen, die kommen, aufzufangen.

Vorschläge dazu, den europäischen Arbeitsmarkt für Kontingente von Jobsuchenden auch aus Afrika zu öffnen, gab es immer wieder, auch aus Regierungskreisen. Den Aufschlag machten 2006 die konservativen damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Frankreichs Nicolas Sarkozy. Sie propagierten die zirkuläre Migration: Jobsuchende sollten drei bis fünf Jahre zum Arbeiten nach Europa kommen dürfen. Mit ihren neuen Kompetenzen sollten sie zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer beitragen.

Oft wandern qualifizierte Berufsgruppen wie Lehrer oder Pflegekräfte aus, für die betroffenen Länder ist das ein Problem. Deshalb sollten nun auch nicht hochqualifizierte Jobsuchende kommen dürfen, eine Ausbildung machen, Geld verdienen und Erfahrungen sammeln.

Programme zirkulärer Migration sind kein Allheilmittel. Sie bieten aber ein hohes entwicklungspolitisches Potenzial, das genutzt werden sollte, sagte Heinz Faßmann vom Sachverständigenrat Migration. Das Gremium empfiehlt für

Gastarbeit wieder ermöglichen

Deutschland ein Pilotprogramm für zirkuläre Migration im Gesundheitsbereich, im Tourismus, in der metallverarbeitenden und der Autoindustrie. Als Partnerländer kämen etwa die Maghreb-Staaten und Ägypten oder die GUS-Nachfolgestaaten infrage. Gekoppelt mit einer grundsätzlich erleichterten Zuwanderung nach Deutschland wäre das ein substanzieller Beitrag zu einer Verbesserung der deutschen Migrations- und Entwicklungspolitik, so die Wissenschaftler.

Wer hätte etwas davon?

Uneigennützig ist das Ganze nicht: Das Zauberwort lautet Triple Win – die Wandernden, ihre Herkunfts- und die Zielländer sollen profitieren. Die Nachfrage nach Arbeitsvisa für Europa dürfte enorm sein.

Der HakenDer sogenannte Brain Drain, der Verlust von Fachkräften, ist nachteilig für die Herkunftsländer: Das bloße Abgreifen etwa schon ausgebildeten Pflegepersonals zum Beispiel. Um Familien nicht zu trennen, müssten die temporären Aufenthaltserlaubnisse auch für Familien gelten. Wenige Jahre reichen nicht für eine Rentenanwartschaft – nach einer Ausreise verfallen also gezahlte Sozialversicherungsbeiträge – ein Ausgleich wäre nötig. Zudem sollte auch eine langfristige Integration möglich sein. Denn die Erfahrungen mit den Gastarbeitern zeigen, dass die Migranten nach Jahren oft bleiben wollen.

Aussichten auf Umsetzung

Nicht utopisch. Immer wieder haben nicht nur konservative Politiker, sondern auch Wirtschaftsverbände Vorstöße in diese Richtung unternommen.

CHRISTIAN JAKOB

Load-Date: October 7, 2013

Campen gegen Lagerhaltung; MIGRATION Nach 600 Kilometern Fußmarsch kommen die protestierenden Flüchtlinge im Kreuzberger Camp an. Hier wollen sie erstmal bleiben. Samstag wird erneut demonstriert

taz, die tageszeitung

Montag 08. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 597 words

Byline: NIKOLAI SCHREITER

Highlight: **MIGRATION** Nach 600 Kilometern Fußmarsch kommen die protestierenden **Flüchtlinge** im Kreuzberger Camp an. Hier wollen sie erstmal bleiben. Samstag wird erneut demonstriert

Body

VON NIKOLAI SCHREITER

Kein Mensch ist illegal! , schallt es über den Kreuzberger Oranienplatz. Unter den Bäumen stehen Menschen zwischen den Zelten, essen Nudeln mit Hackfleisch oder veganes Risotto. Einige klatschen den Rhythmus der Parolen mit. Eine Gruppe posiert für Fernsehkameras. Die **Flüchtlinge** aus ganz Deutschland sind vor wenigen Minuten in Protestcamp angekommen. Nikmal Dostakhel aus Lübeck ist einer von ihnen. Das Camp ist gut für uns, wir sind jetzt viele , sagt der 18-jährige Afghane. Wir sind Menschen, wir müssen unsere Rechte bekommen.

150 Personen hatten sich am Samstag auf dem Oranienplatz versammelt, um die 150 Ankömmlinge willkommen zu heißen. 35 der Flüchtlinge haben 600 Kilometer Fußmarsch hinter sich. Am 8. September waren sie im bayerischen Würzburg losgelaufen. Eine zweite Gruppe war mit dem Bus von Würzburg durch das Ruhrgebiet und Norddeutschland gefahren. In Potsdam trafen sie sich wieder und liefen gemeinsam nach Berlin.

Zweck der Karawanen war der Protest gegen die Gesetze, die in Deutschland vielen Asylsuchenden die Möglichkeit auf ein menschenwürdiges Leben verstellen. So reduziert die Residenzpflicht ihren Bewegungsradius in vielen Bundesländern auf ein Minimum, meist den Landkreis. Das generelle Arbeitsverbot steht der finanziellen Unabhängigkeit im Weg. Zudem müssen die Flüchtlinge oft jahrelang auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag warten. Währenddessen können sie wenig anderes tun, als im Lager herumzuhängen. Gegen dieses Gesamtpaket der Ausgrenzung richten sich die Flüchtlinge im Kreuzberger Camp.

Die aktuelle Protestwelle nahm ihren Anfang im März in Würzburg nach der Selbsttötung eines Flüchtlings. In mehreren Städten entstanden in der Folge Protestcamps, Anfang August errichteten Flüchtlinge aus Berlin auf dem Kreuzberger Heinrichplatz ein Zelt. Bis vergangene Woche war dort nicht viel los. Nun musste das Camp trotzdem an den Oranienplatz umziehen, denn das Lager war zum Ziel der Karawane aus Würzburg geworden.

Campen gegen Lagerhaltung MIGRATION Nach 600 Kilometern Fußmarsch kommen die protestierenden Flüchtlinge im Kreuzberger Camp an. Hier wollen sie erstmal bleiben....

Im Camp stehen fünf große Schlafzelte bereit, dazu eine Küche, Toiletten und ein großes Versammlungszelt. Am Tag der Ankunft verbreitet sich rasch ausgelassene Atmosphäre. Es gibt Essen, einige gehen bei AnwohnerInnen duschen, nach 600 Kilometern Wanderschaft ein Luxus. Es bieten sich Szenen des Wiedersehens, Schilder hießen die Ankömmlinge Willkommen in Berlin . Für den Abend sind Konzerte angekündigt.

Als alle satt sind, ruft eine Frau durch ein Megafon zum Plenum nur für Flüchtlinge. Ihnen ist wichtig, dass die politische Agenda von ihnen selbst kommt und dass die anderen Leute sie im Hintergrund unterstützen durch Kochen, Abwaschen, Organisatorisches. Zum Plenum versammeln sich etwa 60 Personen. Kennenlernen steht auf dem Programm, denn den beiden Gruppen haben sich unterwegs weitere Flüchtlinge angeschlossen. Eine dritte Gruppe hat in Berlin das Camp organisiert.

Mit der Ankunft der Karawanen sei eine wichtige Etappe der Proteste beendet, sagt Houmer Hedayatzadeh, ein 23-jähriger iranischer Flüchtling aus Regensburg. Nun müssten sie diskutieren, wie es weitergeht: Die Fußgruppe hat Vorschläge, die Busgruppe und die aus Berlin auch. Über die weiteren Schritte werden wir in den nächsten zwei bis drei Tagen entscheiden.

Dass es weitergeht, ist bereits klar. Am Samstag ist eine Demonstration vom Oranienplatz zum Bundestag geplant. Und in fast jedem Gespräch mit den Flüchtlingen auf dem Oranienplatz fällt ein sehr entschlossener Satz: Wir bleiben, bis die Forderungen erfüllt sind.

Wir sind Menschen, wir müssen unsere Rechte bekommen

FLÜCHTLING NIKMAL DOSTAKHEL, 18

Load-Date: October 7, 2012

**Endlich eine eigene Wohnung für Mariam Blal; ASYL Krankes
Flüchtlingskind und seine Mutter erhalten nach acht Jahren
Aufenthaltserlaubnis**

taz, die tageszeitung

Montag 05. März 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 358 words

Byline: EMILIA SMECHOWSKI

Highlight: ASYL Krankes Flüchtlingskind und seine Mutter erhalten nach acht Jahren Aufenthaltserlaubnis

Body

HAMBURG taz Der Fall der achtjährigen Mariam Blal, die seit ihrer Geburt im Flüchtlingslager in Mecklenburg-Vorpommern lebt und an einer Epilepsie leidet, nimmt ein gutes Ende. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erteilte nun ein Abschiebungsverbot für ihr Herkunftsland Algerien. Mit diesem Bescheid erhalten beide automatisch eine Aufenthaltserlaubnis.

Die taz hatte am 11. Februar über Mariam Blal berichtet, die trotz ihrer schweren Erkrankung von der Ausländerbehörde im Flüchtlingslager in Parchim leben muss obwohl laut Gesetz auch eine Unterbringung in einer Wohnung möglich wäre.

Nach Bekanntwerden des Falls hatte das CDU-geführte Innenministerium angekündigt, dafür zu sorgen, dass etwas passieren werde. Thomas Wanie, Anwalt der Kleinfamilie, sagt: Über Jahre ist nichts passiert. Es ist irgendwie zynisch, dass erst gehandelt wird, wenn ein Schicksal der breiten Öffentlichkeit bekannt ist.

In dem Bescheid über das Abschiebungsverbot, der der taz vorliegt, heißt es zur Begründung, dass Sara Blal aufgrund ihrer unehelich im Bundesgebiet geborenen Tochter im Falle einer Rückkehr nach Algerien geächtet würde und keinerlei Möglichkeit der sozialen Reintegration hätte. Mariams Geburt liegt acht Jahre zurück.

Sie und ihre Mutter wurden jahrelang in Deutschland nur geduldet. Noch leben sie weiterhin in ihrem 18 Quadratmeter großen Zimmer im Flüchtlingslager, Küche und Bad teilen sie sich mit anderen Bewohnern. Die Ausländerbehörde weigerte sich bisher trotz zweier ärztlicher Gutachten mit der Bitte um dezentrale Unterbringung die beiden in einer Wohnung unterzubringen. Opposition, Flüchtlingsrat und Pro Asyl kritisierten, der Fall verstoße gegen die UN-Kinderrechtskonvention.

Die Aufenthaltserlaubnis ist für die Blals wie ein Jackpot: Sie dürfen sich in der Bundesrepublik frei bewegen, Sara Blal hat freien Zugang zum Arbeitsmarkt; bis sie einen Job findet, steht ihr der Hartz-IV-Regelsatz zu, das

Endlich eine eigene Wohnung für Mariam Blal ASYL Krankes Flüchtlingskind und seine Mutter erhalten nach acht Jahren Aufenthaltserlaubnis

Jobcenter stellt den beiden eine Wohnung. Ich glaube das nicht , sagt Sara Blal. Erst wenn wir aus dem Lager raus sind, kann ich wieder ruhig schlafen. Sie will mit Mariam nach Hamburg ziehen.

EMILIA SMECHOWSKI

Load-Date: March 5, 2012

End of Document

Freibad-Verbot für Flüchtlinge; SCHWEIZ Asylbewerber in den "Bundeszentren" sind strikten Einschränkungen unterworfen. Wer sich widersetzt, wird bestraft

taz, die tageszeitung

Freitag 09. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 599 words

Byline: ANDREAS ZUMACH

Highlight: SCHWEIZ Asylbewerber in den Bundeszentren sind strikten Einschränkungen unterworfen. Wer sich widersetzt, wird bestraft

Body

AUS GENF ANDREAS ZUMACH

Baden verboten! Bislang galt ein solches an Gewässern aufgestelltes Schild immer unterschiedslos für alle Menschen. Doch in Bremgarten im Schweizer Kanton Aarau ist das neuerdings anders. Dort ist lediglich den Flüchtlingen, die hier im Anfang dieser Woche eröffneten ersten von sechs geplanten Bundeszentren für Asylbewerber untergebracht werden, der Zugang zum örtlichen Freibad durch ein großes Verbotsschild untersagt. Die Flüchtlinge bislang 23 Männer, Frauen und Kinder, unter anderem aus Tibet und dem Sudan, dürfen auch alle anderen Sportanlagen des Ortes, die Kirchen sowie die Bibliothek nicht betreten. Bei Zuwiderhandlung drohen Strafen.

Als rechtswidrig und behördlichen Rassismus kritisiert die Zürcher wochenzeitung(woz) in ihrer jüngsten Ausgabe diese Restriktionen für Asylsuchende. Ähnlich urteilt die Menschenrechtsgruppe Augenauf, die die Verbote öffentlich gemacht hatte. Beim UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) in Genf sieht man in diesen Maßnahmen einen Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention.

Doch Bremgartens Stadtpräsident (Bürgermeister) Raymond Tellenbach von der rechtsliberalen FDP rechtfertigt die Verbote als Vorsichtsmaßnahme, damit es nicht zu sexuellen Belästigungen von Schülerinnen oder zu Drogenverkäufen durch Asylsuchende kommt. Auch das für die Unterbringung von Asylsuchenden zuständige Bundesamt für Migration (BFM) in Bern steht hinter den massiven Einschränkungen. BFM-Direktor Mario Gattiker befürchtet, dass Kinder und ihre Eltern in der Freizeitgestaltung gestört werden, wenn Asylsuchende in großen Gruppen auftreten. Mit der Einschränkung sollen ihnen die hiesigen Sitten und Gebräuche klargemacht werden.

Eine rechtliche Grundlage für diese Maßnahmen kann das BFM allerdings nicht vorlegen. Doch selbst ohne diese Verbote hätten die AsylbewerberInnen in Bremgarten nur eingeschränkte Gelegenheit, das Schwimmbad, die

Freibad-Verbot für Flüchtlinge SCHWEIZ Asylbewerber in den "Bundeszentren" sind strikten Einschränkungen unterworfen. Wer sich widersetzt, wird bestraft

Bibliothek oder andere öffentliche Einrichtungen zu besuchen. Ihre Unterkunft im ersten Bundeszentrum für Asylbewerber dürfen sie nur zwischen 9 und 17 Uhr verlassen. Das Zentrum befindet sich in einem ehemaligen Truppenlager der Schweizer Armee. Umgeben von einem schwarzen Zaun und bewacht von der privaten Sicherheitsfirma Abacon Sicherheit AG. In Stelleninseraten mit der Überschrift Anstellung mit Zukunft sucht die Firma derzeit neue Mitarbeiter mit Militärausbildung und Erfahrung in Selbstverteidigung. Denn in nächster Zeit sollen in der Schweiz fünf weitere Zentren für Asylbewerber eröffnet werden. Ebenfalls in Liegenschaften der Armee.

Grundlage ist die verschärfte, von der sozialdemokratischen Justizministerin Simonetta Sommaruga konzipierte Asylgesetzgebung, die die Eidgenossen bei einer Volksabstimmung Anfang Juni gutgeheißen hatten.

Sommaruga hält die Zentren für unerlässlich, um Asylverfahren zu beschleunigen. Denn in den Zentren befänden sich alle beteiligten Personen am selben Ort: die Asylsuchenden, die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Rechtsvertreter, die Dolmetscherinnen und die Rückkehrberatung. Indem alle Verfahrensschritte direkt vor Ort abgewickelt werden, sollen diese Verfahren nach Vorstellung der Justizministerin nur noch maximal 100 Tage dauern. Damit könnten die Ablehnung der Asylbewerber in den letzten Jahren lag die Quote bei über 90 Prozent und ihre Ausweisung in die Heimatländer viel schneller erfolgen als bisher. Für diese Forderung trommelt die ausländerfeindliche, rechtspopulistische Schweizer Volkspartei (SVP).

Menschenrechtsgruppen kritisieren die Verbote als behördlichen Rassismus

Load-Date: August 8, 2013

Verhöre mit Verwechslungsgefahr; AUSGEHORCHT In Niedersachsen kritisieren Flüchtlingsrat und Grüne Geheimdienst-Befragungen von Asylbewerbern unter anderem im Grenzdurchgangslager Friedland. Erkenntnisse daraus gehen auch ans Ausland - und werden für militärische Zwecke verwendet

taz, die tageszeitung

Freitag 22. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 21

Length: 559 words

Byline: TERESA HAVLICEK

Highlight: AUSGEHORCHT In Niedersachsen kritisieren **Flüchtlingsrat** und Grüne Geheimdienst-Befragungen von **Asylbewerbern** unter anderem im Grenzdurchgangslager Friedland. Erkenntnisse daraus gehen auch ans Ausland und werden für militärische Zwecke verwendet

Body

VON TERESA HAVLICEK

Landtagsgrüne und **Flüchtlingsinitiativen** in Niedersachsen mahnen Aufklärung über Befragungen von **Asylbewerbern** durch Geheimdienste an. Erkenntnisse aus diesen Verhören gehen auch an die USA und Großbritannien und werden dort für militärische Zwecke wie US-Drohneinsätze genutzt, wie NDR und Süddeutsche Zeitung berichten. Verhört werden die **Flüchtlinge** von der Hauptstelle für Befragungswesen (HBW), einer Abteilung des Bundesnachrichtendienstes. Bundesweit, auch in Niedersachsen.

Was genau die Landesregierung über die HBW in Niedersachsen weiß und ob das Land womöglich kooperierte, wollen die Landtagsgrünen jetzt in einer Parlamentsanfrage wissen. Für ihre Befragungen hat die HBW in Hannover und im Durchgangslager Friedland bei Göttingen ein eigenes Büro eingerichtet. In Friedland bringt Niedersachsen Flüchtlinge vornehmlich aus Krisenregionen wie derzeit Syrien während ihres Asylverfahrens unter. Nicht nur dort, landesweit fordert die HBW per Brief zu vertraulichen Gesprächen über die Lage in den Heimatländern auf.

Dass die Informationen auch an die USA und an Großbritannien gehen, wird in den Schreiben, die der taz vorliegen, nicht erwähnt. Ebenso wenig die militärische Verwendung bei Drohneinsätzen bis hin zu Tötungsbefehlen, über die SZ und NDR berichten. Ausländische Agenten sollen demnach auch heimlich an Verhören beteiligt sein. Lassen sich Flüchtlinge auf die Verhöre ein, soll sich das mitunter positiv auf ihre Asylverfahren auswirken.

Verhöre mit Verwechslungsgefahr AUSGEHORCHT In Niedersachsen kritisieren Flüchtlingsrat und Grüne Geheimdienst-Befragungen von Asylbewerbern unter anderem im Gr....

Eine Praxis, die Kai Weber vom Flüchtlingsrat kritisch sieht. Es ist die Frage, wie belastbar Erkenntnisse sind, die mit dem Versprechen eines Aufenthaltsrechts als Köder gewonnen werden, sagt er. Zudem könne für die Flüchtlinge missverständlich sein, wer sie da eigentlich befragt. Vor allem in Friedland sieht er eine Verwechslungsgefahr. Dort führt auch das Bundesamt für Migration Anhörungen durch, bei denen Asylbewerber detailliert ihre Flucht und die Gründe dafür schildern müssen ein entscheidender Schritt im Asylverfahren.

Weber bezweifelt, dass die Betroffenen dabei immer unterscheiden können, wer sie gerade verhört: die Asylbehörde oder ein Geheimdienst. Auch der Grünen-Innenpolitiker Belit Oney spricht von einer undurchsichtigen Gemengelage. Dass Geheimdienstler Flüchtlinge anzapfen, sei zwar seit Jahrzehnten bekannt. Viel mehr als Mutmaßungen gebe es aber nicht. Was sich im Detail und mit welcher rechtlichen Grundlage abspielt, wissen wir nicht, sagt er. Im Bundestag stellen Linke und Grüne zwar immer wieder Anfragen, blitzen damit bei der Bundesregierung aber stets ab. Die betont nur, die Befragungen basierten auf absoluter Freiwilligkeit. Zur genauen Praxis, Rechtsgrundlagen oder Kooperationen mit Auslands-Geheimdiensten aber schweigt sie mit Verweis auf schutzwürdige Interessen.

In Hannover wollen die Grünen jetzt über ihre Landesregierung Aufklärung erwirken, zumindest über Verhöre auf niedersächsischem Boden. Wie aussichtsreich das ist, bleibt abzuwarten. Das Innenministerium mochte sich nicht äußern und verweist an den Bund. Der Flüchtlingsrat rät Asylbewerbern unterdessen, sich nicht auf Geheimdienstler einzulassen, solange keine Transparenz herrsche, an wen die Infos gehen und ob sie für militärische Zwecke missbraucht werden.

Die Landtagsgrünen sprechen von einer undurchsichtigen Gemengelage

Load-Date: November 21, 2013

"Auch Berlin ist verantwortlich"; FLÜCHTLINGE Der ehemalige Direktor des Hilfswerks "Cap Anamur", Elias Bierdel, geißelt die angeblich neue EU-Asylpolitik als unmenschlich

taz, die tageszeitung

Donnerstag 06. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 435 words

Byline: RUTH REICHSTEIN

Highlight: FLÜCHTLINGE Der ehemalige Direktor des Hilfswerks Cap Anamur, Elias Bierdel, geißelt die angeblich neue EU-Asylpolitik als unmenschlich

Body

INTERVIEW RUTH REICHSTEIN

taz: Herr Bierdel, an diesem Donnerstag wird die neue europäische Asylpolitik beschlossen. Wird jetzt alles besser?

Elias Bierdel: Auf keinen Fall. In Griechenland sehen wir die Trümmer der europäischen Asylpolitik und das Scheitern der Dublin-Verordnung. Mit der Neufassung hat sich praktisch nichts geändert. Das Prinzip bleibt: Zuständig für den Asylantrag ist das Land, über das der Flüchtling einreist. Dublin ist typisch für die derzeitige Politik: Man macht weiter, obwohl man sieht, dass es so nicht weitergeht. Und das bezahlen Flüchtlinge mit ihrem Leben. Man lässt sie im Mittelmeer absaufen und akzeptiert unmenschliche Bedingungen in den Abschiebelagern.

Welche Rolle spielt die EU beim Umgang mit Flüchtlingen in Griechenland?

Zynischer geht es nicht mehr. Einerseits übt man Druck auf Griechenland aus, die Grenzen dicht zu machen, und gleichzeitig sagt man ihnen, sie müssen aber die Menschenrechte beachten. Es gilt eine Strategie der Abschreckung und der Abwehr.

Wie sieht das konkret an den griechischen Grenzen aus?

Es kommt ganz darauf an, wie viel Raum zwischen den Kontinenten liegt. Vor Lampedusa wird man die Flüchtlinge los mit systematischer unterlassener Hilfeleistung. So kann man sie verschwinden lassen. In der Ägäis sind es aber nur 700 Meter Meer. Da hat die griechische Küstenwache gezielte Techniken zur Abwehr entwickelt. Die zivile Küstenwache wendet zum Beispiel die Kimata-Technik an. Das bedeutet so viel wie Wellen machen. Die kleinen Schlauchboote werden mit gezielten Heckwellen von den großen Booten abgedrängt. Außerdem gibt es

"Auch Berlin ist verantwortlich" FLÜCHTLINGE Der ehemalige Direktor des Hilfswerks "Cap Anamur", Elias Bierdel, geißelt die angeblich neue EU-Asylpolitik als un....

Sondereinsatzboote, die die EU den Griechen finanziert hat. Die fahren jetzt ohne jede Kennzeichnung aufs Wasser und schlitzten den Migranten auch mal die Boote auf.

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex ist ebenfalls vor Ort?

Ja. Frontex macht nicht die Schweinereien, aber die Beamten stehen mit verschränkten Armen da und schauen zu. Die haben eine Mitverantwortung.

Die Innenminister feiern Dublin III als den Anfang einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik. Haben die Richtlinien diesen Namen verdient?

Auf keinen Fall. Das neue Paket ist lediglich eine Verschärfung der Abwehrmaßnahmen. Sonst nichts. Es gibt keine Bereitschaft, sich gemeinsam für die Grenzen zuständig zu fühlen. Vor allem Deutschland lehnt es ab, die Flüchtlinge auf alle Mitgliedsstaaten zu verteilen. Während der deutschen Ratspräsidentschaft gab es dazu bereits ein klares Nein, und das hat sich nicht geändert. Die Verantwortung für die Leute, die im Mittelmeer oder in den Abschiebelagern in Griechenland sterben, liegt eindeutig auch in Berlin.

Load-Date: December 5, 2012

Ein Mensch mit eigener Geschichte; INTEGRATION Der nächste Integrationsbeauftragte soll selbst Migrant sein - das fordert der Migrationsrat

taz, die tageszeitung

Dienstag 28. Februar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 347 words

Highlight: INTEGRATION Der nächste Integrationsbeauftragte soll selbst Migrant sein das fordert der Migrationsrat

Body

Der künftige Berliner Integrationsbeauftragte muss selbst Migrationshintergrund haben das fordert der Migrationsrat Berlin-Brandenburg. Der Nachfolger des Ende Juni ausscheidenden Günter Piening sollte eine eigene Migrationsgeschichte haben, so die Geschäftsführerin des Verbands von 75 Migrantenorganisationen, Angelina Weinbender, am Montag.

Zugleich wünscht der Migrationsrat eine Umbenennung des Amtes zum Migrations- und Partizipationsbeauftragten. Auch forderte Weinbender Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) auf, sich mit dem Migrationsrat zusammenzusetzen, um über die künftigen Aufgaben des neuen Beauftragten zu sprechen.

Die Grünen im Abgeordnetenhaus werteten den Weggang Pienings als weiteres Zeichen für die Uneinigkeit der Koalition in der Flüchtlings- und Integrationspolitik. Der rot-schwarze Senat solle das Amt des Integrationsbeauftragten nicht zu einer Art Sarrazinversteherrn umfunktionieren, erklärten die mit Migrationsfragen befassten Sprecherinnen Susanna Kahlefeld und Canan Bayram. Von dem neuen Beauftragten werde erwartet, dass die interkulturelle Öffnung in Schule, Bildung und Verwaltung vorangetrieben wird und er sich mehr als sein Vorgänger für die Belange der Flüchtlinge einsetzt. Zugleich wollen die Grünen mehr Mitbestimmung der Migrantenorganisationen.

Der Migrationsbeauftragte der evangelischen Landeskirche EKBO, Hanns Thomä, warnte davor, dem Amt künftig weniger Aufmerksamkeit zu schenken. Wir sind nicht so weit, dass wir die Hände in den Schoß legen könnten, sagte er. Bei der Auswahl des neuen Integrationsbeauftragten müsse die Qualifikation erstes Kriterium sein, fügte Thomä hinzu. Er wünsche sich eine Person, die Erfahrung aus Politik oder Verwaltung mitbringt, fachliche Unabhängigkeit besitzt und gut vernetzt ist, um den Kontakt zu Migranten und deren Vertretern auch bei Wohlfahrtsverbänden und Kirchen zu intensivieren. Er könne sich gut vorstellen, dass eine entsprechend qualifizierte Person auch unter Menschen mit Migrationshintergrund zu finden ist. Zumindest wäre das spannend und toll, sagte Thomä. (epd)

Ein Mensch mit eigener Geschichte INTEGRATION Der nächste Integrationsbeauftragte soll selbst Migrant sein - das fordert der Migrationsrat

Load-Date: February 27, 2012

End of Document

"Wir müssen jeden Einzelfall prüfen"; ASYL Baden-Württembergs grün-rote Landesregierung will Roma wieder in das Kosovo abschieben. Memet Kilic, der migrationspolitische Sprecher der Grünen, fordert dafür strenge Kriterien

taz, die tageszeitung

Freitag 17. Februar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 07

Length: 550 words

Byline: KAREN GRASS

Highlight: ASYL Baden-Württembergs grün-rote Landesregierung will Roma wieder in das Kosovo abschieben. Memet Kilic, der migrationspolitische Sprecher der Grünen, fordert dafür strenge Kriterien

Body

taz: Herr Kilic, in Baden-Württembergs herrschte für Roma aus dem Kosovo ein faktischer Abschiebestopp, die grün-rote Landesregierung hebt ihn nun auf. Was ist da los?

Memet Kilic: Wir Grünen wissen um die prekäre Lage der Minderheiten im Kosovo. Aber um einer Volksgruppe eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu gewähren, muss das Bundesinnenministerium damit einverstanden sein. Dieses Okay gibt es derzeit nicht.

Also ist Grün-Rot in Baden-Württemberg gezwungen, Roma ins Kosovo abzuschieben?

Ja, zumindest in einigen Fällen. Das Aufenthaltsgesetz besagt, dass für Abschiebestopps von mehr als einem halben Jahr die Zustimmung des Bundes und aller Länder nötig ist.

Die Grünen in Baden-Württemberg wollten das aber nicht akzeptieren. Deshalb suchten sie mit dem Landespetitionsausschuss kürzlich selbst Beweise für die schlechte Lage der Minderheiten im Kosovo. Was fanden Sie vor?

Solche Reisen sind voll gestopft mit offiziellen Programmpunkten. Vier Tage reichen nicht, um festzustellen, ob Abschiebehindernisse vorliegen. Deshalb müssen auch Berichte von NGOs einbezogen werden. Das UN-Flüchtlingshilfswerk und andere Organisationen haben aktuell Beweise für die wirtschaftliche Not und gesellschaftliche Diskriminierung der Roma und anderer Minderheiten im Kosovo vorgelegt. Diese Menschen haben dort keine Lebensperspektive. Wenn eine Landesregierung eine eigene Entscheidung über Abschieberegeln treffen will, muss das schon einfließen. In Baden-Württemberg werden die Grünen auf die Situation im Kosovo jetzt verstärkt bei Einzelfallprüfungen schauen.

"Wir müssen jeden Einzelfall prüfen" ASYL Baden-Württembergs grün-rote Landesregierung will Roma wieder in das Kosovo abschieben. Memet Kilic, der migrationspol....

Im rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen hat sich das nicht bewährt, es wird weiter kräftig ins Kosovo abgeschoben. Werden die Grünen damit nicht unglaublich?

Wenn ein rot-grün-regiertes Land ähnliche Abschiebebilanzen aufweist wie das schwarz-gelbe Niedersachsen, dann ist das bedenklich. In Nordrhein-Westfalen sind Alte, Kranke oder Alleinerziehende weitestgehend vor Abschiebungen geschützt. In Baden-Württemberg sollten die Kriterien der Einzelfallprüfung noch weiter gefasst werden, man muss auch die Chancen auf wirtschaftliche Teilhabe berücksichtigen. Drei von vier rückgeführten Romakindern gehen im Kosovo nicht zur Schule, die Arbeitslosigkeit liegt bei 90 Prozent. Personen ohne fertige Ausbildung oder albanische Sprachkenntnisse haben null Perspektive. Sie sollten von der Abschiebung ausgenommen sein.

Die baden-württembergische SPD will die Möglichkeiten ausdehnen, dass Familien ein Bleiberecht bekommen können, wenn die Kinder gut in der Schule sind. Ist das gut?

Das wäre Sippenhaft: Das Kind würde sich lebenslang schuldig fühlen, wenn seine Familie gehen musste, weil es nicht gut genug in der Schule war. Erfolg in unserem Bildungssystem, das Migranten nach wie vor stark benachteiligt, kann kein Kriterium für ein Bleiberecht sein.

Wie muss das Bleiberecht reformiert werden?

Die Innenminister der Länder und des Bundes müssen sich für alle Flüchtlinge auf eine humane Regelung einigen, die unabhängig von Stichtagen funktioniert. Es darf nicht mehr verlangt werden, dass Geduldete mit einem Aufenthaltsrecht auf Probe den eigenen Lebensunterhalt sichern müssen, um ein langfristiges Aufenthaltsrecht zu bekommen. Daran scheitern viele Roma, die durch Vorurteile bei der Jobsuche benachteiligt sind.

INTERVIEW: KAREN GRASS

Load-Date: February 16, 2012

Hamburg spielt Flüchtlingswelle; ASYL In Hamburg werden Flüchtlinge in Zelten zusammengepfercht. Die Stadt gibt sich von der Zunahme der Asylbewerberzahlen überrascht. Flüchtlingsorganisationen wittern eine gezielte Abschreckungsstrategie

taz, die tageszeitung

Mittwoch 31. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 21

Length: 591 words

Byline: LENA KAISER

Highlight: ASYL In Hamburg werden Flüchtlinge in Zelten zusammengepfercht. Die Stadt gibt sich von der Zunahme der Asylbewerberzahlen überrascht. Flüchtlingsorganisationen wittern eine gezielte Abschreckungsstrategie

Body

VON LENA KAISER

Vor einer Woche wurde in Berlin das Denkmal für die im Faschismus ermordeten Sinti und Roma eröffnet. Und was macht Hamburg? Die Innenbehörde hat in Groß Borstel im Norden Hamburgs vier beheizte Zelte aufgestellt, um Asylsuchende in eng aneinander stehenden Etagenfeldbetten unterzubringen.

Wir registrieren einen verstärkten Zulauf aus Serbien und Mazedonien, sagt der Sprecher der Innenbehörde, Frank Reschreiter. Konkret kamen demnach von 305 Asylbewerbern im September 124 aus den beiden Ländern.

Bei der Unterbringung in den Zelten handele es sich um ein Ausweichquartier, betont Reschreiter. Die zentrale Erstaufnahmestelle ist derzeit ausgelastet. Demnächst soll die Einrichtung um weitere Räume erweitert werden, die derzeit noch von der Sozialbehörde genutzt werden. Die Innenbehörde habe die Zelte vorsorglich aufgestellt, solange die Räume noch nicht freigibt, so Reschreiter.

Die Hamburger Flüchtlingspolitik steht schon lange in der Kritik. Entgegen anderslautender Versprechen hält der SPD-Senat weiter am umstrittenen Flüchtlingslager im mecklenburgischen Horst mit nun 200 Plätzen fest. Die zentrale Erstaufnahmestelle in Hamburg-Groß Borstel soll auf 250 bis 300 Plätze aufgestockt werden. Darüber hinaus ist die Innenbehörde dabei, weitere Standorte zu prüfen. Dabei setzt sie auf vorübergehende Lösungen. Wenn wir dauerhaft Kapazitäten schaffen, ist das vielleicht auch nicht sinnvoll, sagt Reschreiter.

Hamburg spielt Flüchtlingswelle ASYL In Hamburg werden Flüchtlinge in Zelten zusammengepfercht. Die Stadt gibt sich von der Zunahme der Asylbewerberzahlen überr....

Das Bundesamt gibt in diesem Jahr eine Steigerung der Flüchtlingszahlen von rund 25 Prozent an. Demnach haben in Hamburg im laufenden Jahr rund 400 Menschen mehr als im Vorjahr einen Antrag auf Asyl gestellt. Von Januar bis September zählte die Innenbehörde 1.572 Asylbewerber, 2011 waren es im Vergleichszeitraum 1.162.

Kritik kommt von der Opposition und den Flüchtlingsorganisationen. Durch das Aufstellen von Zelten wird der optische Eindruck einer riesigen Flüchtlingswelle erzeugt und so auch Ressentiments gegen Flüchtlinge verstärkt, sagt Anne Harms von der kirchlichen Hilfsstelle für Flüchtlinge Fluchtpunkt. Eine Stadt wie Hamburg müsse nicht wegen der gestiegenen Zahlen Zelte aufstellen. Vor zwei Jahren haben wir einen Anstieg um knapp 50 Prozent ohne Zelte bewältigt, sagt Harms. Und im Vergleich zu den 90er-Jahren lägen die heutigen nur bei etwa zehn Prozent. Das Problem sei hausgemacht, denn die aktuelle Entwicklung sei für die Stadt nicht überraschend gekommen. Hamburg habe ungeachtet aller Warnungen Unterbringungsplätze soweit abgebaut, dass Schwankungen kaum mehr aufgefangen werden können.

Dafür, dass ausgerechnet die Roma, denen gegenüber unsere historische Schuld so groß ist, öffentlich verunglimpft und mit unrechtmäßigen Methoden abgewehrt werden, dafür muss man sich schämen, sagt Harms.

Mit sogenannten Direktverfahren können Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien bereits bei der Einreise ohne Berücksichtigung der Fluchtgründe abgelehnt werden. Wir haben in der Vergangenheit in vielen Einzelfällen belegen können, dass Anträge von Roma aus Serbien und Montenegro alles andere als unbegründet sind, betont Harms. Dafür brauche man aber ein reguläres rechtstaatliches Verfahren.

Bettina Clemens vom Referat Migration und Flucht des Diakonischen Werks Hamburg sagt: Die Kirchen haben Räume, in denen man Leute unterbringen kann, die Stadt kommt aber selten auf sie zu.

Die Grünen-Bürgerschaftsabgeordnete Antje Möller wertet das Vorgehen der Innenbehörde als gezieltes Abschreckungsmanöver. Es gebe in der Stadt etliche leer stehende öffentliche Gebäude.

Load-Date: October 30, 2012

Umzug in den Container; MIGRATION In der Vahr ziehen Flüchtlinge aus einer Turnhalle in Wohncontainer. Die Anwohner zeigen sich solidarisch, der Flüchtlingsrat kritisiert die Massenunterbringung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 32

Length: 581 words

Byline: JAN-PAUL KOOPMANN

Highlight: **MIGRATION** In der Vahr ziehen **Flüchtlinge** aus einer Turnhalle in Wohncontainer. Die Anwohner zeigen sich solidarisch, der **Flüchtlingsrat** kritisiert die Massenunterbringung

Body

VON JAN-PAUL KOOPMANN

In der Vahr ziehen heute die ersten 34 **Flüchtlinge** in neue Wohncontainer. Zuvor kamen sie übergangsweise in der Turnhalle einer alten Schule in der Bardowickstraße unter. Gleich nebenan enthält der neue, zweistöckige Klotz Wohneinheiten für insgesamt 60 Menschen. Die kleinsten Zweibettzimmer haben 24 Quadratmeter, in den größten Zimmern leben sechsköpfige Familien auf 42 Quadratmetern. An einigen Türen hängen Namensschilder die zukünftigen Bewohner haben sich schon Zimmer ausgesucht.

Viel ist im Inneren noch nicht zu sehen. Bettgestelle und Kühlschränke sind bereits da, Tische und Stühle kommen noch. Waschräume mit Duschen und eine kleine Küche sollen gemeinschaftlich genutzt werden.

Als Sozialstaatsrat Horst Frehe (Grüne) die Container Mittwoch besichtigt, wird noch an den Stromleitungen gearbeitet. Das ist jetzt schon ansprechend außen wie innen, sagt er.

Auch Ortsamtsleiterin Karin Mathes (Grüne) und Beiratssprecher Bernd Siegel (SPD) sind zufrieden. Dass der Bau hier zustande kam, geht auf einen einstimmigen Beiratsbeschluss zurück. Und das ist in Bremen keine Selbstverständlichkeit: In anderen Stadtteilen wurde gegen die Unterbringung von Flüchtlingen protestiert, in Vegesack waren auf einer öffentlichen Anhörung rassistische Zwischenrufe zu hören.

Wir sind hier von Anfang an auf die Anwohner zugegangen und haben sie in die Planungen einbezogen, sagt Mathes. Die Ängste seien im Vorfeld immer größer als die tatsächlichen Probleme. Ein Unterstützungsnetzwerk vom Mütterzentrum bis zur islamischen Föderation habe Hilfe angeboten, Kleidung und Nikolausgeschenke für die Kinder gebracht. Auch Sportvereine planen Angebote für die Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und dem ehemaligen Jugoslawien.

Umzug in den Container MIGRATION In der Vahr ziehen Flüchtlinge aus einer Turnhalle in Wohncontainer. Die Anwohner zeigen sich solidarisch, der Flüchtlingsrat k....

Auch wenn das Projekt in der Vahr gut angelaufen ist, sollen solche Massenunterkünfte nur Notlösungen sein: Wohncontainer sind nicht das, was wir uns für die Unterbringung von Flüchtlingen wünschen, sagt Frehe. Unter den gegebenen Umständen sind sie aber ein vertretbares Angebot. Dass die Räumlichkeiten der Schule weiterhin für Gemeinschaftsaktivitäten und Sprachkurse genutzt werden könnten, sei ein besonderer Vorteil.

Marc Millies vom Flüchtlingsrat begrüßt die Solidarität der AnwohnerInnen in der Vahr. Trotzdem ist die Unterbringung in Containern keine menschenwürdige Einrichtung. Das sind Zeichen für verpasste Chancen, tragfähige Strategien im sozialen Wohnungsbau zu entwickeln, sagt er und verweist auf einen Bericht des Gesundheitsamtes. Darin wurde schon vor Jahren festgestellt, dass die Unterbringung in Massenunterkünften schlecht für die Gesundheit ist. Letztlich sei privater Wohnraum sogar günstiger, so Millies: Es müssen perspektivische Lösungen gefunden werden, damit wir die gleichen Fragen nicht im nächsten Jahr schon wieder diskutieren.

Der Bedarf an Unterkünften wird weiter steigen, denn Bremen muss in diesem Jahr etwa 1.000 Flüchtlinge aufnehmen. Das ist knapp ein Prozent derer, die in Deutschland ankommen. Bernd Schneider, Sprecher der Sozialsenatorin, sagt, die Belegung der Zentralen Aufnahmestelle für AsylbewerberInnen sei auf 200 Personen ausgelegt, zwischenzeitlich hätten bis zu 290 Menschen darin gelebt.

Im nächsten Schritt sollen 60 Betten in der Bremer Jugendherberge an der Weser und 70 Plätze im ehemaligen Schwesternwohnheim am Klinikum Ost zur Verfügung gestellt werden übergangsweise.

Wir sind von Anfang an auf die Anwohner zugegangen

Karin Mathes, Ortsamtsleiterin Schwachhausen/Vahr

Load-Date: December 4, 2013

"Abkommen bleiben"; VORTRAG Nach dem Arabischen Frühling wird die Zukunft der Migrationskontrolle der EU diskutiert HEUTE IN BREMEN

taz, die tageszeitung

Freitag 20. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 24

Length: 335 words

Byline: JPB / MNZ

Highlight: VORTRAG Nach dem Arabischen Frühling wird die Zukunft der Migrationskontrolle der EU diskutiert

Body

taz: Hat der Arabische Frühling die Migration aus Nordafrika verändert, Herr Schmid?

Bernhard Schmid: Erstmal gab es ganz unmittelbar mehr Migration. Die polizeiliche Kontrolle ließ nach, was vielen die Flucht über das Mittelmeer ermöglichte. Aber auf einmal musste die EU den Krieg gegen Flüchtlinge im Mittelmeer wieder verstärkt selbst führen, was zuvor erfolgreich an die Despoten Nordafrikas delegiert worden war.

Welches Interesse haben Tunesien und Libyen an einer Zusammenarbeit mit der EU bei der Migrationspolitik?

Ein widersprüchliches. Einerseits sind Migranten in die EU auch eine ökonomische Stütze für diese Länder und ihre Infrastruktur, weil sie Geld an ihre Verwandten überweisen. Andererseits brauchen diese Länder eine gute Beziehung zum Norden. Tunesien ist stark auf den EU-Binnenmarkt und seine Touristen angewiesen. Und die EU möchte, dass unerwünschte Migration unterbunden wird. Deswegen gab es bilaterale Abkommen. Etwa, dass Tunesien die Fluchtwege schließt, die EU dafür jährlich 8.000 beruflich qualifizierte Migranten aufnimmt.

Mit Gaddafi und Ben Ali gab es Abkommen. Und nun?

Die Abkommen sind geblieben und ich befürchte, sie werden beibehalten, weil die Übergangsregierungen auf gute Kontakte setzen. Sie sind stark mit ihren inneren Umbrüchen beschäftigt. Keine der Parteien will die Migrationspolitik verändern. Nun aber ist überhaupt eine demokratische Diskussion darüber möglich.

Andererseits wurden Menschen evakuiert.

Ja, aus Libyen, wegen des Bürgerkrieges. Allerdings wurden Transit-Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer, wie Mali oder den Senegal ausgeflogen. Das alte Regime übernahm eine Gendarmen-Funktion für die EU. Mit Hilfe der Grenzschutzagentur Frontex wurde und wird versucht, die Grenzen wieder dicht zu machen. Dabei wurden Flüchtlingsboote abgedrängt oder Menschen in Seenot die Hilfe verweigert. Tausende starben 2011 bei dem

"Abkommen bleiben" VORTRAG Nach dem Arabischen Frühling wird die Zukunft der Migrationskontrolle der EU diskutiert HEUTE IN BREMEN

Versuch, Europa zu erreichen oder wurden gleich nach der Einreise wieder abgeschoben. INTERVIEW: JPB & MNZ

Villa Ichon, 19.30 Uhr, Raum 2

Load-Date: January 19, 2012

End of Document

Auf der Suche nach dem besseren Leben; ARBEITSMIGRATION Vor allem Polen und Bulgaren zieht es nach Berlin. Wie viele Menschen aber ohne legalen Aufenthaltsstatus hier leben, weiß keine Statistik

taz, die tageszeitung

Samstag 22. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLINER THEMA; S. 40

Length: 461 words

Byline: SEBASTIAN HEISER

Highlight: ARBEITSMIGRATION Vor allem Polen und Bulgaren zieht es nach Berlin. Wie viele Menschen aber ohne legalen Aufenthaltsstatus hier leben, weiß keine Statistik

Body

Aus keinem Land kommen derzeit so viele **Migranten** nach Berlin wie aus Polen: 1.990 Menschen waren es laut Statistischem Landesamt von Januar bis März dieses Jahres. Neuere Zahlen liegen noch nicht vor. Auf Platz zwei liegt Bulgarien mit 1.478 **Migranten**, aus Rumänien kamen 1.063 und 1.050 aus Spanien. Und die meisten Menschen, die nach Berlin ziehen, sind zwischen 20 und 30 Jahre alt. Bei den Polen noch beliebter als Deutschland ist übrigens Skandinavien oder Großbritannien.

Der Vergleich mit dem Jahr 2006 zeigt, dass Polen und Spanien schon damals zu den häufigsten Herkunftsländern der Migranten zählten – zusammen mit Frankreich und Großbritannien. Bulgarien und Rumänien aber waren damals noch weit abgeschlagen in der Statistik. Erst die EU-Osterweiterung im Jahr 2007 ermöglichte es mehr Menschen, aus diesen beiden Ländern nach Deutschland zu migrieren.

Was lockt, ist der höhere Lebensstandard. Die Migration erfolgt vorwiegend aus industriell unterentwickelten Ländern, analysiert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in seinem Atlas über Migration, Integration und Asyl. In Bulgarien liegt das Bruttoinlandsprodukt pro Person bei 452 Euro im Monat – hier sind es 2.749 Euro.

Es gibt keine offizielle Statistik darüber, zu welchen Stundenlöhnen Bulgaren und Polen in Deutschland arbeiten. Niemand weiß, wie viele von ihnen nur 2 oder 3 Euro die Stunde erhalten. Es gibt keine realistischen Schätzungen, weil das überhaupt nicht sichtbar ist, sagt Nivedita Prasad von Ban Ying, einer Beratungsstelle für ausgebeutete Arbeitnehmer. Während einige Arbeiter gar nichts bekommen, weil sie fiktive und überhöhte Schulden für ihre Einschleusung nach Deutschland abarbeiten müssen, kommen andere auf 10 Euro pro Stunde. Oft wird am Ende auch weniger gezahlt als versprochen.

Meist schmutzige Arbeiten

Auf der Suche nach dem besseren Leben ARBEITSMIGRATION Vor allem Polen und Bulgaren zieht es nach Berlin. Wie viele Menschen aber ohne legalen Aufenthaltsstatus....

Noch schlimmer als die der EU-Bürger ist nach Prasads Erfahrung jedoch die Ausbeutung der Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus, etwa aus Asien oder Afrika. Bei ihnen weiß man nicht einmal, wie viele in Berlin leben. Sie pflegen Senioren in Privathaushalten, arbeiten auf dem Bau, als Saisonarbeiter auf dem Bauernhof oder in Nagelstudios. Die Arbeiten sind meist schmutzig, gefährlich oder erniedrigend , so Prasad.

Viele Betroffene haben mehrere Jobs, um sich nicht an einen Arbeitgeber alleine zu binden. Prasad: Unser Tipp ist: Arbeitgeber sollten gar nicht erst erfahren, dass man keine Papiere hat. Sonst würden die Zahlungen sofort eingestellt. Prasad: Die Arbeitgeber wissen, dass ein Mensch ohne Papiere nie zum Gericht gehen wird. Weil sonst der Arbeitgeber den Behörden Bescheid sagt, die dann beim Gerichtstermin auftauchen um die Opfer der Ausbeutung abzuschieben. SEBASTIAN HEISER

- Beratungsstelle Ban Ying, Telefon 0 30-440 63 73

Load-Date: December 21, 2012

End of Document

Ein unsicherer Kontinent; MARTIN KAUL ÜBER DEN DURSTSTREIK VOR DEM BRANDENBURGER TOR

taz, die tageszeitung

Dienstag 15. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 309 words

Byline: MARTIN KAUL

Body

MARTIN KAUL ÜBER DEN DURSTSTREIK VOR DEM BRANDENBURGER TOR

Es ist ein gewagtes Mittel und sicher kein Spaß: Mit einer radikalen Form des Protests wollen 28 Asylbewerber in Berlin auf ihre Situation aufmerksam machen. Seit Montag verweigern sie neben der Nahrungs- nun auch die Wasseraufnahme. Mit diesem Durststreik fordern sie die Anerkennung ihrer Asylanträge. Wer einen solchen Schritt wagt, begibt sich auf ein ethisch vermintes Terrain.

Denn ist es angesichts der zahllosen Opfer vor den Küsten Europas nicht zynisch, sich in Deutschland also gerettet, an Land nun selbst auf den symbolisch aufgeladenen Pfad des Todes zu begeben? Oder ist es, umgekehrt, gerade die Pflicht dieser Flüchtlinge, als Botschafter der Ausgeschlossenen mit ihren schärfsten Waffen das Leid um die migrationspolitische Katastrophe Europa ins Zentrum des Kontinents zu tragen? Weder noch. Wer jetzt fragt, ob es legitim ist oder nicht, mit einem solchen Schritt Aufmerksamkeit zu erregen, hat die Dimension der Flüchtlingskatastrophe in Europa nicht erfasst. Der Durststreik treibt symbolisch auf die Spitze, was die Krankheit des europäischen Kontinents ausmacht: Es ist ein Kontinent, der politisch verunsichert ist.

Einerseits erzielen rechtspopulistische Parteien bei Wahlen europaweit Rekordergebnisse, andererseits ertrinken die Menschen in ungezählten humanitären Katastrophen vor den Toren des Kontinents. Politiker in ganz Europa finden ganz offenbar keine Antwort auf diese Unsicherheit, die unüberschaubar erscheint. Europa hat selbst keine Antwort auf seine angebliche humanitäre Idee.

Es gibt aber Menschen, die diese Unsicherheit nicht abstrakt, sondern am eigenen Leib erfahren. Das sind jene Flüchtlinge in Europa, die sich verlassen fühlen und isoliert. Ihre Schreie gehören dorthin, wo sie sind: ins Zentrum Europas, wo niemand sie hören will.

Inland SEITE 7

Load-Date: October 14, 2013

Ein unsicherer Kontinent MARTIN KAUL ÜBER DEN DURSTSTREIK VOR DEM BRANDENBURGER TOR

End of Document

Auf Tragen fixiert ins Krankenhaus; GERÄUMT Der Hunger- und Durststreik der Asylsuchenden aus dem Iran, Afghanis-tan, Äthiopien, Syri-en und Sierra Leone auf dem Münchner Rindermarkt wurde durch einen Polizei-einsatz beendet

taz, die tageszeitung

Montag 01. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: THEMEN DES TAGES; S. 03

Length: 701 words

Byline: MARLENE HALSER

Highlight: GERÄUMT Der Hunger- und Durststreik der **Asylsuchenden** aus dem Iran, Afghanis-tan, Äthiopien, Syri-en und Sierra Leone auf dem Münchner Rindermarkt wurde durch einen Polizei-einsatz beendet

Body

AUS MÜNCHEN MARLENE HALSER

Akute Räumungsgefahr am Rindermarkt! Feuerwehr, Rettungswagen und Lkws mit Betten sammeln sich an der Theresienwiese! Bitte sofort kommen, hatten die Unterstützer von Refugee Tent Action gegen vier Uhr morgens noch auf Facebook gepostet. Eine Stunde später war es so weit: 350 Polizisten rückten an, um das **Flüchtlingscamp** in Münchens Innenstadt zu räumen.

Darunter waren auch Beamte des Unterstützungskommandos (USK), das für Einsätze mit besonderem Gefährdungspotenzial bestimmt ist. Wir haben den Versammlungsort schlagartig umstellt, so Münchens Polizeivizepräsident Robert Kopp nach der Aktion. Dann habe man den Rettungskräften schnellstmöglich Zugang verschafft.

Damit war der Hunger- und Durststreik der zuletzt noch 44 Asylsuchenden aus dem Iran, Afghanistan, Äthiopien, Syrien und Sierra Leone beendet. Seit mehr als sieben Tagen hatten sie nichts gegessen und seit fünf auch nichts mehr getrunken. Die stark geschwächten Menschen wurden ins Krankenhaus gebracht zum Teil gegen ihren Willen. Einige wurden von Polizei und Rettungskräften auf Tragen fixiert, wie Augenzeugen berichteten.

Begonnen hatte die Aktion am Samstag vor einer Woche. Nach einer Demo gegen Bayerns Flüchtlingspolitik ließen sich etwa einhundert Demonstranten auf dem nur wenige hundert Meter vom Marienplatz entfernten Rindermarkt nieder und traten in Hungerstreik. Gemeinsam mit UnterstützerInnen errichteten sie ein Zeltlager. Ihr Ziel: Anerkennung aller Asylsuchenden als politisch Geflüchtete und einen Stopp aller Abschiebungen.

Auf Tragen fixiert ins Krankenhaus GERÄUMT Der Hunger- und Durststreik der Asylsuchenden aus dem Iran , Afghanis-tan, Äthiopien, Syri-en und Sierra Leone auf de....

Als die ersten Streikenden in der Nacht zum Mittwoch wegen Dehydrierung kollabierten und per Rettungswagen ins Krankenhaus transportiert werden mussten, initiierte die Regierung von Oberbayern im Auftrag des Sozialministeriums einen runden Tisch . Dort bot das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an, die Asylverfahren zu beschleunigen und die Anträge aller Streikenden binnen zwei Wochen zu bearbeiten jedoch ohne Garantie auf einen positiven Bescheid.

Weil sich im Camp auch Flüchtlinge befanden, deren Asylanträge bereits abgelehnt waren, gingen die Streikenden nicht auf das Angebot ein. Diesmal werden die Flüchtlinge den Protest so lange aufrechterhalten, bis ihre Forderungen erfüllt sind , so deren Sprecher zur taz. Diese Forderung hielt er bis zu seiner Festnahme am Sonntagmorgen aufrecht.

Auf dem Rindermarkt spielten sich dramatische Szenen ab. Immer wieder mussten dehydrierte Asylsuchende von den Rettungskräften auf Baren gehievt und zum Krankenwagen gebracht werden. Bis zum Sonntag waren nach Angaben der Stadt 21 Menschen kollabiert, einige sogar mehrmals, weil sie nach wenigen Stunden in medizinischer Behandlung wieder ins Camp zurückgekehrt waren, um den Streik fortzusetzen. Ein Mann erlitt einen Herzstillstand und musste reanimiert werden. Zudem kam es immer wieder zu lautstarken Diskussionen zwischen Unterstützern und Passanten, die ihre rassistischen Ansichten unverhohlen und lautstark zum Ausdruck brachten und die Streikenden als Kanaken und Neger beschimpften.

Am Freitagabend schließlich berief Münchens Oberbürgermeister Christian Ude einen Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) ein. Am Samstag verständigten sich Bayerns Regierung und die Stadt München zudem auf einen erneuten Vermittlungsversuch: Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel und Ex-CSU-Politiker Alois Glück besuchten das Zeltlager und führten anschließend im nahe gelegenen Stadtmuseum ein Gespräch mit zwei Anwälten und dem Flüchtlingssprecher.

Das war eine Lachnummer , so Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat, da kamen zwei respektable alte Männer ohne Verhandlungsmandat. Sie forderten, die Flüchtlinge sollten den Streik sofort beenden dann könne man über die Bedingungen verhandeln, unter denen Asylbewerber in Bayern leben müssen. Wieder lehnten die Streikenden ab.

Weil der Sprecher der Flüchtlinge den Rettungskräften den Zugang zu den Hungernden verwehrte, ließ das Kreisverwaltungsreferat die Versammlung verbieten. Als weder Unterstützer noch Streikende Anstalten machten, das Camp abzubauen, begann die Polizei mit der Räumung.

Immer wieder beschimpften Passanten die Streikenden als Kanaken und Neger

Load-Date: June 30, 2013

Groß, stolz, redegewandt; ASYL Der Protest habe bislang kaum Erfolg gehabt, sagt Napuli Langa, aus dem Sudan geflohene Aktivistin vom Oranienplatz, bei einer Diskussion im taz-Café. Das Camp sei notwendig, um sichtbar zu bleiben

taz, die tageszeitung

Freitag 06. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 23

Length: 375 words

Byline: PATRICIA HECHT

Highlight: ASYL Der Protest habe bislang kaum Erfolg gehabt, sagt Napuli Langa, aus dem Sudan geflohene Aktivistin vom Oranienplatz, bei einer Diskussion im taz-Café. Das Camp sei notwendig, um sichtbar zu bleiben

Body

Das Erste, was ich von Deutschland gesehen habe, waren Gefängnisse und die Polizei, sagt Napuli Langa. Nur eine Grundlage für ein Leben gab es nicht. Die Konsequenz: Langa, die aus dem Sudan geflohen und seit 2012 in verschiedenen Heimen in Deutschland war, schloss sich den bundesweiten Flüchtlingsprotesten an. Im Oktober 2012 gründete sie das Camp auf dem Kreuzberger Oranienplatz mit, über ihren Asylantrag ist noch nicht entschieden.

Langa und drei MitstreiterInnen – zwei Geflüchtete und ein Vertreter der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration – sprachen am Mittwoch im taz-Café über die ausdauerndsten Flüchtlingsproteste seit Jahrzehnten: eine der seltenen Gelegenheiten, bei einem Podium zum Thema diejenigen zu hören, um die es geht.

Mit Langa machte eine Frontfrau der Kämpfe – groß, stolz, redegewandt – klar, dass ein Ende der Proteste nicht in Sicht ist. Aus eher ernüchternden Gründen allerdings: Bisher habe man kaum etwas erreicht. Ein bisschen weniger Residenzpflicht, fragte Langa fast verächtlich, was soll das? Man werde die Residenzpflicht, die innerhalb der Bundesländer laut Koalitionsvertrag aufgehoben werden soll, auch weiterhin brechen – so lange, bis sie vollständig abgeschafft sei.

Die spätestens seit dem Umzug vieler Flüchtlinge vom Oranienplatz in ein Caritashaus in Wedding befürchtete Zersplitterung der Protestierenden gebe es nicht. Durch die Kontakte der verschiedenen Gruppen existiere mittlerweile gar ein internationales Netzwerk, auf das man künftig zurückgreifen werde. Im Frühjahr wolle man gemeinsam zum Europäischen Parlament nach Brüssel ziehen.

Man kann sich lebhaft vorstellen, dass Innensenator Frank Henkel (CDU) – der nicht ein einziges Mal den Mut bewies, den Flüchtlingen direkt gegenüberzutreten, aber Anfang des Monats die Räumung des Platzes für den 16.

Groß, stolz, redegewandt ASYL Der Protest habe bislang kaum Erfolg gehabt, sagt Napuli Langa, aus dem Sudan geflohene Aktivistin vom Oranienplatz, bei einer Dis....

Dezember angekündigt hatte in einer Diskussion mit Napuli Langa den Kürzeren ziehen würde. Die wird ihm den Gefallen nicht tun, leise das Feld zu räumen: Man brauche das Camp, um sichtbar zu bleiben: Gebt uns, was wir wollen dann gehen wir freiwillig. PATRICIA HECHT

- Die NPD plant für heute ab 18 Uhr eine Kundgebung am Frankfurter Tor. Motto der Gegenkundgebung: Alle sollen feiern! Gegen Rassismus und Rechtspopulismus

Load-Date: December 5, 2013

End of Document

Eine Bleibe für den Winter; WOHNEN Bei der St.Pauli-Kirche sind acht Wohncontainer für Lampedusa-Flüchtlinge aufgestellt worden. Vorrang haben Asylantragssteller, kontrolliert wird das aber nicht

taz, die tageszeitung

Freitag 15. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 460 words

Byline: KAI VON APPEN

Highlight: WOHNEN Bei der St.Pauli-Kirche sind acht Wohncontainer für Lampedusa-**Flüchtlinge** aufgestellt worden. Vorrang haben **Asylantragssteller**, kontrolliert wird das aber nicht

Body

VON KAI VON APPEN

Eine Hürde ist genommen: Am Donnerstag sind die ersten acht Wohncontainer für Lampedusa-**Flüchtlinge** auf dem Gelände der St. Pauli-Kirche aufgestellt worden. Die Christianskirche in Ottensen erwartet noch am Freitag den Bescheid, auch dort Notunterkünfte für die Gruppe Lampedusa in Hamburg, die im Frühjahr nach ihrer Odyssee an der Elbe gestrandet ist und nun ein humanitäres Bleiberecht verlangt, aufstellen zu dürfen.

Die beheizten Wohncontainer geben zwei bis drei Flüchtlingen Platz, in etwas geordneteren Verhältnissen den Winter zu überstehen. Bislang hatten rund 80 libysche Kriegsflüchtlinge auf Isomatten und in Schlafsäcken auf dem Steinfußboden des Kirchenschiffs geschlafen. Da das Kirchenschiff nur bedingt beheizt werden kann, ohne die Kirchenorgel zu zerstören, war eine andere Lösung notwendig.

Die Stadt hat signalisiert, dass sie dankbar ist, wenn die Kirche ihr bei der öffentlichen Unterbringung der Flüchtlinge hilft, sagen die St. Pauli-Pastoren Sieghard Wilm und Martin Paulekun. Die Frage nach der Vor- und Refinanzierung der rund 70.000 Euro sei noch in der Abstimmung. Dieser humanitären Nothilfe war ein politisches Tauziehen der besonderen Art vorausgegangen. Als die Nordkirche im Oktober beim Bezirksamt Altona die Bauanträge stellte, hatte der Staatsrat der Stadtentwicklungsbehörde, Michael Sachs, die neue Bezirksamtsleiterin Liane Melzer (beide SPD) anweisen wollen, einen solchen Beschluss zu verhindern, weil es sich bei den Flüchtlingen formal um illegale handeln würde. Die Bezirksversammlung stimmte jedoch einstimmig dem Begehren der Kirche zu.

Die Mehrheitsfraktionen bauten jedoch einen Pferdefuß ein, in dem die Kirche dafür Sorge zu tragen hätte, was nach dem Baurecht gar nicht geht, dass nur Flüchtlinge dort Platz finden, die bei der Ausländerbehörde einen individuellen Asylantrag gestellt hätten. Von den 80 Personen bei uns haben bis zum heutigen Tag 35 einen

Eine Bleibe für den Winter WOHNEN Bei der St.Pauli-Kirche sind acht Wohncontainer für Lampedusa-Flüchtlinge aufgestellt worden. Vorrang haben Asylantragssteller....

Antrag auf humanitäres Bleiberecht gestellt , sagt Pastor Paulekun. Für dieses Kontingent sei der Bedarf konzipiert. Es werde aber keine Kontrollen geben, die Container könnten ohne Ansicht der Person von den Flüchtlingen genutzt werden. Wir sind nicht die diejenigen, die registrieren und kontrollieren , ergänzt Pastor Wilm: Ich gehe mal nicht davon aus, dass die Polizei kontrollieren wird.

Die Flüchtlinge befinden sich indes in einem Dilemma. Im Moment sagt ihnen die Innenbehörde offiziell noch zu, für alle diejenigen, die einen individuellen Asylantrag stellen, diesen wohlwollend zu bearbeiten. Ab 1. Dezember treten jedoch neue Paragraphen im Aufenthaltsgesetz in Kraft, wonach das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge alle Kompetenzen an sich ziehen kann. Ob es das tut, weiß selbst die Ausländerbehörde nicht.

Load-Date: November 14, 2013

End of Document

5-köpfige Familie aus Syrien sucht; UNTERBRINGUNG Weil die Zuwanderungszahlen zehn Jahre lang zurückgingen, wurden überall im Norden Flüchtlingsunterkünfte geschlossen. Nun steigen die Zahlen wieder - und kein Bundesland hat dafür Vorsorge getroffen Schwerpunkt SEITE 44,45

taz, die tageszeitung

Samstag 03. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 41

Length: 608 words

Byline: MARCO CARINI

Highlight: UNTERBRINGUNG Weil die Zuwanderungszahlen zehn Jahre lang zurückgingen, wurden überall im Norden **Flüchtlingsunterkünfte** geschlossen. Nun steigen die Zahlen wieder und kein Bundesland hat dafür Vorsorge getroffen Schwerpunkt SEITE 44,45

Body

Die Syrer kommen. Seit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich im vergangenen März versprach, 5.000 Menschen aufzunehmen, die vor dem syrischen Bürgerkrieg flüchteten, bereiten sich die Bundesländer auf die Aufnahme der **Flüchtlinge** vor, und die Medien haben ein Thema wiederentdeckt: das **Asylproblem**. Schon Mitte der Neunzigerjahre spaltete es die Republik in diejenigen, die fanden, das Boot sei voll, und diejenigen, die offene Grenzen und ein Bleiberecht für alle forderten.

Bundesweit steigt die Zahl der Flüchtlinge, die nach dem Königsteiner Schlüssel auf alle 16 Bundesländer verteilt werden. Die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien haben an dieser Tendenz einen überschaubaren Anteil: Nur jeder zehnte Flüchtling kommt im laufenden Jahr aus Syrien und den benachbarten arabischen Ländern, was in der Rangliste der Herkunftsländer den zweiten Rang bedeutet.

Fast jeder vierte Flüchtling dagegen kommt aus der Russischen Föderation, die meisten davon wiederum aus Tschetschenien. In der Kaukasus-Republik ist die Menschenrechts- und Sicherheitslage verheerend. Es herrscht Angst wie zu Stalins Zeiten, berichtete Swetlana Gannuschkina von der russischen NGO Bürgerlicher Beistand. Zudem kursiert in dem Land das vermutlich von Schleppern in die Welt gesetzte Gerücht, die Bundesrepublik sei bereit, 40.000 Tschetschenen aufzunehmen. Dass die Bundesrepublik bereits energisch dementierte, hat sich am Nordkaukasus noch nicht herumgesprochen.

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Erstanträge auf Asyl von gut 45.000 auf knapp 65.000. Nach dem Königsteiner Schlüssel musste Niedersachsen knapp 6.000 Flüchtlinge aufnehmen, Schleswig-Holstein 2.200, Hamburg knapp 1.900, in Bremen waren es genau 629. Und im laufenden Jahr dürfte laut einer Prognose des

5-köpfige Familie aus Syrien sucht UNTERBRINGUNG Weil die Zuwanderungszahlen zehn Jahre lang zurückgingen, wurden überall im Norden Flüchtlingsunterkünfte gesch....

Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erstmals seit 1998 wieder die Grenze von 100.000 Asylanträgen überschritten werden.

Die steigende Zahl der Flüchtlinge stellt Kommunen und Landkreise vor Probleme: Es fehlen Raum und Geld, die Menschen unterzubringen und vernünftig zu betreuen. Dabei gab es Mitte der Neunzigerjahre in der Bundesrepublik mehr Betten für Flüchtlinge, als derzeit gebraucht werden. Doch nachdem aufgrund der Drittstaatenregelung die Zahl der Asylsuchenden ab 1996 zurückging, wurden zehn Jahre lang Asylunterkünfte dichtgemacht, umgewidmet, abgerissen. Das Geld, das bis dahin in die Betreuung der Flüchtlinge gesteckt worden war, wurde eingespart und anders verwendet.

Leer stehende Heime muss man rechtfertigen, die wurden mangels Bedarf geschlossen , erinnert sich David Lukaßen, Sprecher der Bremer Sozialsenatorin. 2007 war der Tiefpunkt erreicht: Nicht einmal 20.000 Asylanträge wurden bundesweit gestellt zwölf Jahre zuvor waren es noch knapp 128.000. Und alle taten so, als würde es ewig so weitergehen, als könne sich Deutschland auf Dauer vor den größer werdenden Flüchtlingströmen dieser Welt abschotten.

Weil auch die norddeutschen Bundesländer nicht vernünftig vorgesorgt haben, setzten sie nun verstärkt auf die Lösung, die sie sogar selbst für die schlechteste halten: Massenunterkünfte. Die vorhandenen Unterkünfte haben ihre Kapazitäten längst erreicht , klagt Hamburgs Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) und kündigt an, deutlich mehr Geld in die Unterbringung und Betreuung von Zuwanderern zu investieren. Schleswig-Holstein will im kommenden Jahr das Geld für die Unterbringung und Verpflegung immerhin um ein Drittel aufstocken, von heute 27 auf dann 36 Millionen Euro. Überall in den Kommunen wird unter Hochdruck nach weiteren Möglichkeiten gesucht, die Menschen unter zu bringen. Ein Wettlauf mit der Zeit hat begonnen. MARCO CARINI

Load-Date: August 2, 2013

Vom Krankenhaus direkt ins Flugzeug; FLÜCHTLINGE Ein Teilnehmer des Hungerstreiks in Eisenhüttenstadt wurde am Donnerstag abgeschoben

taz, die tageszeitung

Samstag 27. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 52

Length: 427 words

Byline: ALKE WIERTH

Highlight: FLÜCHTLINGE Ein Teilnehmer des Hungerstreiks in Eisenhüttenstadt wurde am Donnerstag abgeschoben

Body

Ein Flüchtling und Teilnehmer des Hunger- und Durststreiks von Asylsuchenden in Eisenhüttenstadt ist am Donnerstag direkt vom Krankenhaus aus in sein Herkunftsland Georgien abgeschoben worden. Das bestätigte Flüchtlingsanwältin Berenice Böhlo, die den Mann juristisch betreut, am Freitag der taz.

Der Flüchtling sei laut einem Seelsorger, der ihn noch kurz zuvor besucht habe, in einem schlechten Gesundheitszustand gewesen, so Böhlo: Er befand sich ja im Krankenhaus, weil Ärzte der Meinung waren, dass er dorthin gehört. In Unterstützerkreisen ist deshalb von einer widerrechtlichen Entführung des Flüchtlings aus dem Krankenhaus die Rede.

Der Georgier befand sich nach Auskunft seiner Anwältin seit Juni in Deutschland. Ein erster, Bundespolizisten gegenüber geäußelter Asylantrag sei von diesen nicht an das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weitergeleitet worden. Stattdessen wurde der Mann wegen illegaler Einreise in Abschiebehaft genommen. Aus der Haft heraus konnte er dann einen zweiten Antrag stellen allerdings noch ohne anwaltliche Hilfe und Beratung. Dieser sei ganz schnell abgelehnt worden, so Böhlo.

Trotzdem sei aufgrund seiner gesundheitlichen Verfassung die Abschiebung ihres Mandanten juristisch nicht einwandfrei. Denn der Kranke müsse amtlich untersucht und ärztlich begleitet, seine Weiterbehandlung im Herkunftsland gesichert werden, erklärt die Anwältin.

Nach Auskunft der Bundespolizei wurden alle diese Bedingungen bei der Abschiebung erfüllt: Der Mann sei abschließend aus dem Krankenhaus entlassen und bei der Abschiebung ärztlich begleitet worden. Eine Weiterbehandlung sei nicht nötig, da sein schlechter Gesundheitszustand allein Folge des Hunger- und Durststreiks gewesen sei.

Böhlo, die Freitagnachmittag mit ihrem Mandanten sprechen könnte, schildert dessen Darstellung der Abschiebung allerdings völlig anders: Bereits im Krankenhaus sei er daran gehindert worden, um Hilfe zu rufen, habe dieser

Vom Krankenhaus direkt ins Flugzeug FLÜCHTLINGE Ein Teilnehmer des Hungerstreiks in Eisenhüttenstadt wurde am Donnerstag abgeschoben

berichtet. Im Flugzeug sei er mit zugeklebtem Mund und einem Sack über den Kopf transportiert worden, habe der Flüchtling erzählt. Er säße nun ohne Geld und Handy in Tiflis, 600 Kilometer von seinem Heimatort entfernt.

Sollte sich die Schilderung ihres Mandanten bewahrheiten, wäre es möglich, ihn zurückzuholen, so die Anwältin. Denn dann wäre die Abschiebung unter krass rechtswidrigen Umständen erfolgt. Auch der Flüchtlingsrat Brandenburg kritisierte die Abschiebung. Sie sei skandalös und inhuman und verstoße gegen gängige humanitäre Standards, heißt es in einer Presseerklärung. ALKE WIERTH

Load-Date: December 18, 2014

End of Document

Am Ende bist du hetero; PAUL WRUSCH ÜBER DIE NEUEN REGELUNGEN BEI ASYLBEWERBERN

taz, die tageszeitung

Montag 04. Februar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 306 words

Byline: PAUL WRUSCH

Body

PAUL WRUSCH ÜBER DIE NEUEN REGELUNGEN BEI **ASYLBEWERBERN**

Kein homosexueller **Asylbewerber** wird künftig mehr mit der Begründung abgelehnt, er möge seine sexuelle Identität im Heimatland doch bitte verbergen und so einer Verfolgung entgehen. Das ist ein richtiger Schritt, doch das Problem, dass Homosexualität bei **Asylbewerbern** allzu häufig nicht als ausreichender **Asylgrund** angesehen wird, ist leider noch nicht vom Tisch. Viele Indizien sprechen dafür, dass die Behörden jetzt noch schärfer bezweifeln werden, ob die Betroffenen tatsächlich lesbisch oder schwul sind. Denn zwischen Bürgern und Beamten besteht eine deutliche Diskrepanz. Während die Gesellschaft heute deutlich entspannter mit Homosexualität umgeht als noch vor 20 Jahren, ist in den Amtsstuben und Gerichten des Landes eine homophobe Grundhaltung noch immer weit verbreitet.

Hat ein schwuler Sudanese Kinder, zweifelt das Bundesamt an seiner Homosexualität. War er gar verheiratet, ebenfalls. Hält ein iranisches lesbisches Paar bei einer Anhörung nicht ständig Händchen, glaubt der Beamte ihnen nicht. Ist ein schwuler Mann aus Uganda vor der eigenen Familie nicht geoutet, ist er für die Behörde unglaubwürdig. Wurde ein Sudanese als Kind von Männern vergewaltigt, so ist es für die Behörde nicht vorstellbar, dass er später eine schwule Beziehung führen kann. All das sind reale Fälle.

Die Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge bietet jetzt die Chance, dass es in den Ämtern zu einem Sinneswandel kommt. Damit dies nicht dem Zufall überlassen wird, müssen Mitarbeiter, die über schwule und lesbische Asylbewerber entscheiden, intensiv geschult werden. Nur so können Vorurteile ab- und Wissen aufgebaut werden. Es ist nicht zu viel verlangt, dass sich die Behörden bei der ohnehin geringen Zahl von Asylbewerbern ein bisschen Mühe geben.

Inland SEITE 7

Load-Date: February 3, 2013

Am Ende bist du hetero PAUL WRUSCH ÜBER DIE NEUEN REGELUNGEN BEI ASYLBEWERBERN

End of Document

SPD gegen Abschiebeknast; GROSSFLUGHAFEN SCHÖNEFELD

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 18

Length: 216 words

Body

GROSSFLUGHAFEN SCHÖNEFELD

Die Berliner SPD hat sich klar gegen das Flughafenasylverfahren am künftigen Großflughafen Schönefeld positioniert. Der neu gewählte Landesvorstand beschloss auf seiner konstituierenden Sitzung am Montag, dass die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus zeitnah eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Flughafenasylverfahrens anstrengen solle. Zudem will die Landes-SPD dafür eintreten, dass der neu gebaute Abschiebegehwahrsam am Flughafen Willy Brandt gar nicht erst in Betrieb genommen wird, wie der Landesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt, Aziz Bozkurt, und der stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos Berlin, Rejane Herwig, auf epd-Anfrage mitteilten.

Wir erwarten nun auch vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Flughafengesellschaft, Klaus Wowereit, dass er nach Wegen sucht, wie das Abschiebegehwahrsam am BER verhindert werden kann, so Bozkurt und Herwig.

Flüchtlingsorganisationen kritisieren seit Monaten die in Schönefeld geplante Abschiebehaftanstalt. Der einreisende Flüchtling würde dort umgehend interniert, wenn er keine korrekten Papiere hat. Sein Asylantrag muss dann innerhalb von zwei Tagen bearbeitet, ein Widerspruch innerhalb von zwei Wochen von einem Gericht entschieden werden. Danach erfolgt entweder die Einreise oder eine Abschiebung. (epd)

Load-Date: June 19, 2012

Kein Asyl im Nazi-Kiez; UNTERKUNFT Treptow-Köpenick wehrt sich gegen ein Asylheim in der Neonazihochburg Schöneweide. "Für die Flüchtlinge wäre das der blanke Horror", sagt der Bürgermeister

taz, die tageszeitung

Freitag 02. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 711 words

Byline: SEBASTIAN ERB

Highlight: UNTERKUNFT Treptow-Köpenick wehrt sich gegen ein Asylheim in der Neonazihochburg Schöneweide. Für die Flüchtlinge wäre das der blanke Horror , sagt der Bürgermeister

Body

VON SEBASTIAN ERB

Wo viele Neonazis sind, sollen keine Flüchtlinge wohnen. Dieser Ansicht ist der Bezirk Treptow-Köpenick und will deswegen in Schöneweide kein Asylbewerberheim einrichten.

Der Bezirk muss neue Heimplätze schaffen, da er die zwischen den Bezirken vereinbarte Quote nicht erfüllt. Im Gespräch war dabei auch ein Standort in Schöneweide. Doch dagegen wehrte sich der Bezirk erfolgreich, wie nun bekannt wurde. Begründung: Wegen der vielen Neonazis könne man aus Sicherheitsgründen keine Flüchtlinge dorthin schicken. Die Landesbehörden wollen dazu keine Stellung beziehen. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales, das für die Asylbewerberheime zuständig ist, leitete eine taz-Anfrage an die Senatsverwaltung für Soziales weiter. Deren Sprecherin teilte lediglich mit, dass bei der Auswahl der Standorte sowohl die gegebene Infrastruktur als auch die Sicherheit der Asylbewerber von Bedeutung sei.

Die Entscheidung gegen Schöneweide dürfte noch für Diskussionen sorgen. Denn in jüngster Zeit wird in Berlin heftig darüber gestritten, wo Flüchtlinge untergebracht werden. Fast überall, wo ein Asylbewerberheim eröffnet werden soll, protestiert zumindest ein Teil der künftigen Nachbarn. Besonders heftig ist die Situation derzeit in Hellersdorf, wo eine Bürgerinitiative gegen eine Unterkunft mit 400 Plätzen mobilmacht, die in Kürze bezogen werden soll. Auf einer Informationsveranstaltung des Bezirks vor drei Wochen konnten rechtsextreme RednerInnen ungestört ihre Hetze verbreiten. Und viele aus der Mitte der Gesellschaft stimmten mit ein in die Rufe Nein zum Heim .

Als möglicher Standort für ein Asylbewerberheim in Treptow-Köpenick wurde laut Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) vor einigen Monaten ein Gebäude in der Steffelparkstraße in Oberschöneweide diskutiert. Der Bezirk muss auch deshalb handeln, weil eine Notunterkunft mit 138 Plätzen nur vorübergehend betrieben wird.

Kein Asyl im Nazi-Kiez UNTERKUNFT Treptow-Köpenick wehrt sich gegen ein Asylheim in der
Neonazihochburg Schöneweide . "Für die Flüchtlinge wäre das der blanke H....

Für Igel ist die Sache jedoch klar: Schöneweide ist durch rechtsextreme Kreise belastet , sagte er der taz. Unabhängig vom genauen Standort hält er es für unverantwortlich, Asylbewerber in Schöneweide unterzubringen. Es sei nicht weit hergeholt, dass Menschen, die ein bisschen anders aussehen, dort angepöbelt und körperlich angegriffen werden. Für Flüchtlinge, die oft traumatisiert sind, wäre es der blanke Horror , wenn sie dort leben müssten. Die Verantwortung, dass es zu Übergriffen kommen könnte, kann ich nicht auf mich nehmen. Mit der Eröffnung eines Heims würde man einen Konflikt schaffen, der möglicherweise explodiert .

Schöneweide ist seit Langem als Neonazihochburg bekannt. Mehrere Treffpunkte der rechtsextremen Szene befinden sich dort. In der Brückenstraße in Niederschöneweide gehen die Neonazis in der Kneipe Zum Henker ein und aus. Im Angebot: Der Himla -Cocktail, der auf den NS-Verbecher Heinrich Himmler anspielt. Der NPD-Landeschef Sebastian Schmidtke führt ein paar Meter weiter den Szeneladen Hexogen . In einem Büro der Linkspartei in der Brückenstraße werden regelmäßig die Scheiben eingeworfen, auch das Büro der Jusos wurde schon Ziel von Anschlägen. Am 1. Mai haben in Schöneweide 400 Rechtsextreme demonstriert.

Die Neonazis in Schöneweide bildeten aufgrund der Masse ihrer Aktivisten [] einen Schwerpunkt des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin , heißt es im aktuellen Verfassungsschutzbericht. Sie seien bestrebt, den eigenen Kiez gegen Ausländer und Linke zu verteidigen . Das zivilgesellschaftliche Register Treptow-Köpenick hat für das vergangene Jahr allein in Niederschöneweide 68 rassistische, antisemitische und rechtsextrem motivierte Vorfälle dokumentiert.

Sind die Nazis nun ihrem Ziel einer national befreiten Zone näher gekommen, wenn in Schöneweide keine Asylbewerber untergebracht werden?

Bezirksbürgermeister Igel sagt, er sehe das nicht so. Er glaube auch nicht, dass die Neonazis es als Erfolg ausschlagen können. Man gebe den Kampf gegen die Nazis ja nicht auf. Auch wohnten dort nach wie vor Menschen mit Migrationshintergrund. Von Sozialsenator Mario Czaja (CDU) war keine Stellungnahme zu bekommen. Seine Sprecherin richtete aus, er sei im Urlaub und könne sich deswegen nicht zu der Sache äußern.

Die Verantwortung kann ich nicht auf mich nehmen

OLIVER IGEL, BEZIRKSBUERGERMEISTER

Load-Date: August 1, 2013

Senat lässt Lager offen; FLÜCHTLINGE Eigentlich sollte das umstrittene Heim Motardstraße schließen - nun hat es sich Rot-Schwarz offenbar anders überlegt

taz, die tageszeitung

Montag 26. März 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 578 words

Byline: MARINA MAI

Highlight: FLÜCHTLINGE Eigentlich sollte das umstrittene Heim Motardstraße schließen nun hat es sich Rot-Schwarz offenbar anders überlegt

Body

VON MARINA MAI

Rot-Schwarz verabschiedet sich offensichtlich vom Ziel, die umstrittene Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in der Spandauer Motardstraße zu schließen. Das legt die Antwort der Sozialverwaltung auf eine Anfrage der grünen Migrationspolitikerin Canan Bayram nahe.

Als im Jahr 1989 erstmals Flüchtlinge in die Wohncontainer mitten im Industriegebiet ziehen mussten, galt dies als Provisorium. Die Lage, abgeschieden von Schulen, Ärzten und Einkaufsmöglichkeiten, wurde von Anfang an kritisiert. Die Wohnbedingungen in den beengten Räumen lassen keine Privatsphäre zu, sanitäre Einrichtungen und Küchen sind unzureichend. Um das Heim, vom Flüchtlingsrat Lager genannt, windet sich Stacheldraht.

Erst vor gut einem Jahr stellte Rot-Rot nach heftigen Protesten die Weichen auf Schließung des Heims Motardstraße. Die damalige Sozialsenatorin Carola Bluhm plante einen neuen Standort in der Lichtenberger Rhinstraße. Gegenwärtig wird das Heim inmitten eines vietnamesisch geprägten Wohn- und Gewerbegebietes bezogen. Jetzt wird deutlich: Das Heim ist mit 400 Plätzen viel zu klein für die neu nach Berlin kommenden Asylbewerber. Derzeit wohnen laut Sozialstaatssekretär Michael Büge (CDU) 640 Asylsuchende in den beiden Einrichtungen. 25 davon sind gesetzlich zwar nicht verpflichtet, in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen, wo es Essen und Sachleistungen statt Bargeld gibt. Allerdings finden sie weder Wohnungen noch Plätze in einem Folgeheim.

Nach Angaben von Büge ist die Entscheidung über die Schließung der Motardstraße noch nicht gefallen und soll erst nach der vollständigen Inbetriebnahme der Einrichtung in der Rhinstraße getroffen werden in Abhängigkeit von den Zahlen neu einreisender Asylbewerber. Diese Zahl stagniert seit letztem Sommer, nachdem sie zuvor stark angestiegen war. Zudem gibt Büge an, der Senat wolle an mindestens zwei Standorten Erstaufnahmeeinrichtungen

Senat lässt Lager offen FLÜCHTLINGE Eigentlich sollte das umstrittene Heim Motardstraße schließen - nun hat es sich Rot-Schwarz offenbar anders überlegt

betreiben, plane aber aktuell keinen zusätzlichen Standort. Was nichts anderes heißt, als dass es wohl beim Status quo bleibt.

Flüchtlingsratssprecherin Martina Mauer fordert die sofortige Schließung der völlig maroden Containerunterkünfte in der Motardstraße. Offensichtlich hat sich der Senat vom Ziel verabschiedet, Flüchtlinge so schnell wie möglich in Wohnungen unterzubringen, sagt sie und verweist darauf, dass nach amtlichen Angaben von rund 10.000 Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen in Berlin etwa 3.500 in Sammellagern lebten unter zum Teil unwürdigen Bedingungen. Mitte 2010 waren es bei ebenso vielen Asylsuchenden nur 1.500.

Dem Senat fehlt ein Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen, kritisiert auch die Grünen-Abgeordnete Canan Bayram. Statt zwei teure Heime für das Erstaufnahmeverfahren bereitzustellen, von dem eins unzumutbar ist, sollte er endlich das Kontingent für Flüchtlinge in landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften erweitern. Berlin kann nicht gezwungen werden, die teure Motardstraße weiter unter Vertrag zu lassen. Das Heim ist mit einer Frist von drei Monaten jederzeit kündbar.

Der Kritik schließt sich Exsozialsenatorin Carola Bluhm von den Linken an. Es ist sehr bedauerlich, dass die neue Landesregierung nicht an unserem Vorhaben festhält, das abgelegene und dringend sanierungsbedürftige Heim in der Motardstraße zu schließen. Wenn die Kapazität in Lichtenberg nicht ausreicht, muss sie nach Alternativstandorten suchen.

Dem Senat fehlt ein Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen

CANAN BAYRAM (GRÜNE)

Load-Date: March 25, 2012

"Massive Störungen der Wohnnutzung"; STREIT Eine private Flüchtlingsunterkunft in Mitte steht auf der Kippe: Der CDU-Baustadtrat will die Asylbewerber nicht mehr dulden, weil der Kiez zum "allgemeinen Wohngebiet" deklariert wurde

taz, die tageszeitung

Freitag 19. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 23

Length: 548 words

Byline: MARINA MAI

Highlight: STREIT Eine private Flüchtlingsunterkunft in Mitte steht auf der Kippe: Der CDU-Baustadtrat will die Asylbewerber nicht mehr dulden, weil der Kiez zum allgemeinen Wohngebiet deklariert wurde

Body

VON MARINA MAI

Berlins Asylbewerberunterkünfte sind überfüllt, aber der Bezirk Mitte findet nichts dabei, die Situation noch zu verschärfen: Weil Baustadtrat Carsten Spallek (CDU) die Betreiberin eines Heims unter Druck setzt, könnten bald 212 Asylbewerber auf die Straße gesetzt werden.

Diese Menschen wohnen zurzeit in den hinteren Gebäudeteilen eines Gründerzeithauses unweit der BND-Baustelle, im Vorderhaus befindet sich noch ein Hostel. Eigentlich wollte die Betreiberin eine sozial engagierte Migrantin in vier Wochen auch hier Asylsuchende einziehen lassen. Mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) hat sie darüber einen Vertrag über zehn Jahre geschlossen. Die Gebäude wurden vor wenigen Jahren aufwändig saniert, Küchen und sanitäre Einrichtungen sind perfekt.

Im Lageso, wo man händeringend Plätze für Asylbewerber sucht, freute man sich über das Engagement der Betreiberin. Nicht so im Bezirk Mitte. CDU-Baustadtrat Carsten Spallek untersagte der Frau die so verunsichert ist, dass sie mit der Presse nicht reden will den Betrieb eines Asylbewerberheims. Auf Nachfrage begründet er das mit der Einstufung des Kiezes als allgemeines Wohngebiet vor einem Jahr. Dort sei auch ein Hostel wegen des erheblichen Störpotenzials für Nachbarn nicht mehr genehmigungsfähig. Es genieße lediglich Bestandsschutz.

Die Asylbewerber halten sich überwiegend ganztägig auf dem Grundstück oder im unmittelbaren Umfeld auf, teilt Spallek der taz schriftlich mit. Aufgrund der hohen Belegungsdichte ist die Privatsphäre der Bewohner im Gebäude eingeschränkt. Insofern werden sich viele Bewohner im Hof oder vor dem Grundstück aufhalten. Hieraus resultiert eine nicht vertretbare massive Störung der umliegenden Wohnnutzung. Sollte die Betreiberin die Asylbewerber weiter unterbringen, so Spallek, käme zunächst ein Zwangsgeld in Betracht, später eine Räumung.

"Massive Störungen der Wohnnutzung" STREIT Eine private Flüchtlingsunterkunft in Mitte steht auf der Kippe:
Der CDU-Baustadtrat will die Asylbewerber nicht mehr....

Beim Flüchtlingsrat ist man fassungslos. Sprecherin Martina Mauer: Die geplante extrem dichte Belegung des Hauses mit seinen engen Hinterhöfen ist tatsächlich problematisch, jedoch nicht für die Nachbarn, sondern für die Bewohner selbst. Es ist beschämend, wie der Baustadtrat sich gegen die Zuweisung von Flüchtlingen wehrt. Statt dem Land bei der Standortsuche Steine in den Weg zu legen, solle der Bezirk besser überlegen, welche kleineren Objekte zur Unterbringung geeignet wären .

Alternativen hat der Bezirk aber nicht vorgeschlagen, wie Spallek einräumt. Die Grünen in der BVV Mitte haben beantragt, das umstrittene Haus in eine dauerhafte Asylbewerberunterkunft umzuwidmen. Spalleks juristische Raffinessen weisen sie zurück. Von den Linken werden sie unterstützt. Deren Bezirksverordnete Elke Reuter hat die Betreiberin getroffen: Die Frau ist so verunsichert, dass sie aus Angst vor einem Rechtsstreit mit ungewissem Ausgang erwägt, die Asylbewerber von sich aus vor die Tür zu setzen.

Die Linken-Bezirksverordnete fordert von der Senatsverwaltung für Soziales einen runden Tisch mit allen Beteiligten. Der könnte am fehlenden Willen des Stadtrats scheitern. Spallek wettert auf seiner Website gegen die Senatsverwaltung: diese nutze Gebäude zur Unterbringung von Asylbewerbern ohne planungsrechtliche Überprüfung. O-Ton Spallek: Ich bin nicht gewillt, diese unzulässige Verfahrensweise hinzunehmen.

Load-Date: April 18, 2013

Das kann Europa sofort tun; LAMPEDUSA Der Tod von Hunderten Menschen vor Italiens Küste schockiert. Wie können solche Tragödien in Zukunft verhindert werden? Die taz stellt vier Konzepte für eine humane Migrationspolitik vor

taz, die tageszeitung

Dienstag 08. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 01

Length: 244 words

Highlight: LAMPEDUSA Der Tod von Hunderten Menschen vor Italiens Küste schockiert. Wie können solche Tragödien in Zukunft verhindert werden? Die taz stellt vier Konzepte für eine humane Migrationspolitik vor

Body

BERLIN taz | Der Friedhof der Insel Lampedusa ist zu klein für all die ertrunkenen Flüchtlinge. 211 Leichen waren bis zum Montagnachmittag aus dem Meer geborgen worden. Die Körper werden auf das italienische Festland gebracht, wo sie beerdigt werden. Mehr als 100 weitere Tote werden noch im Innern des am Donnerstag gesunkenen Flüchtlingsboots vermutet. Die meisten Menschen stammen aus Somalia und Eritrea.

Das Desaster vor der italienischen Mittelmeerinsel hat eine Debatte zum Umgang der EU mit Migranten ausgelöst. Schon am Dienstag wollen die Innenminister über Konsequenzen beraten. Nach einer menschlichen Katastrophe diesen Ausmaßes sei es selbstverständlich, die bisherigen Regeln zu hinterfragen, sagte der deutsche Regierungssprecher Steffen Seibert.

Zugleich machte Seibert deutlich, dass die Bundesregierung die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Deutschland ablehnt. Zuvor hatte der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz (SPD), verlangt, die Flüchtlinge gerechter innerhalb der Europäischen Union zu verteilen.

Ein angemessener Verteilungsschlüssel ist ein Vorschlag, der von Experten vorangetrieben wird. Andere Initiativen zielen darauf ab, Migranten einen mehrjährigen Arbeits- und Aufenthaltsstatus zu geben oder ihnen schon vor der Flucht übers Mittelmeer ein Einreisevisum zu erteilen, damit sie mit ganz normalen Fähren übersetzen können. Eine Übersicht mit vier Ideen für den menschenwürdigen Umgang mit Migranten auf

Schwerpunkt SEITE 2, 3

Load-Date: October 7, 2013

Das kann Europa sofort tun LAMPEDUSA Der Tod von Hunderten Menschen vor Italiens Küste schockiert. Wie können solche Tragödien in Zukunft verhindert werden? Die....

End of Document

Geflohen nach Schwachhausen; Migration Schneller als erwartet müssen Flüchtlinge in einer Notunterkunft in einer ehemaligen Schule untergebracht werden. Montag sollen die ersten Familien kommen

taz, die tageszeitung

Samstag 26. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 48

Length: 628 words

Byline: EIKEN BRUHN

Highlight: *Migration* Schneller als erwartet müssen *Flüchtlinge* in einer Notunterkunft in einer ehemaligen Schule untergebracht werden. Montag sollen die ersten Familien kommen

Body

VON EIKEN BRUHN

Seit über zehn Jahren leitet Uwe Eisenhut ein Wohnheim für *Flüchtlinge*. Am Wardamm, in einem Niemandsland zwischen einem Kleingartengebiet an der Ochtrum und den ersten Ausläufern von Huchting. Noch nie hat er durch dieses so viele JournalistInnen geführt wie gestern durch seine neue Arbeitsstelle. Diese liegt am Ende einer Stichstraße in Schwachhausen, umgeben von großen Einfamilienhäusern in weitläufigen Gärten. Eine Thujahecke schirmt das Nachbargrundstück ab, aber aus den oberen Stockwerken können die BewohnerInnen den Container sehen, in dem die Duschen untergebracht sind. Jeweils sechs für Männer und für Frauen.

Am Montagmorgen sollen die ersten Flüchtlinge kommen. Für die nächsten Monate ist die ehemalige Schule in der Thomas-Mann-Straße ihr Zuhause. 34 Menschen, darunter 14 Kinder, erwartet Uwe Eisenhut, die beiden jüngsten sind im vergangenen Jahr geboren worden. Für sie müssen noch Betten besorgt werden, denn derzeit stehen in den Klassenzimmern ausschließlich Metallbetten für Erwachsene. Die Matratzen sind noch nicht bezogen, in einem Raum fehlt der Vorhang, in einigen Räumen riecht es nach Kanal, weil die Rohre der Waschbecken abmontiert wurden, aber die Öffnung in der Wand noch nicht verschlossen wurde.

Es musste schnell gehen. Weil im vergangenen Jahr wesentlich mehr Flüchtlinge nach Deutschland kamen als zuvor, sind die Wohnheime, in denen sie laut Gesetz mindestens ein Jahr leben müssen, in Bremen überfüllt. Im September hatte der Staatsrat für Soziales die Presse an die von Uwe Eisenhut geleitete Einrichtung am Wardamm eingeladen, um darüber zu informieren und um Vermieter aufzurufen, an Flüchtlinge zu vermieten. Damals waren nicht so viele Medienleute gekommen wie gestern, erinnert sich Eisenhut.

Viel zu viele Menschen leben auch in Habenhausen in einem Gewerbegebiet: In der Steinsetzer Straße befindet sich die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber, in der alle Ankommenden zunächst leben müssen.

Geflohen nach Schwachhausen Migration Schneller als erwartet müssen Flüchtlinge in einer Notunterkunft in einer ehemaligen Schule untergebracht werden. Montag s....

Zumindest einigen Familien und Paaren bleibt das erspart, sie ziehen jetzt in die Thomas-Mann-Straße. Bis zu 53 Menschen, so hat es die Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) geplant, sollen dort im ersten Stock der ehemaligen Schule übergangsweise leben können. Dies sei immer noch besser als Container, Zelte oder Turnhallen, argumentiert die Sozialsenatorin.

Wie lange das Gebäude für diesen Zweck benötigt wird, das konnte ihr zuständiger Referent, Heiko Hergert, gestern nicht sagen. Wir wissen einfach nicht, wie sich die Lage weiter entwickelt. Im Januar seien bis gestern 50 Flüchtlinge in Bremen angekommen, wahrscheinlich würden es bis Monatsende 60 werden. Anfang des Jahres waren es noch halb so viele. Sie fliehen aus Syrien, Afghanistan, Iran und Irak sowie in leicht zurückgehendem Maße aus den Balkanländern. Wie schwierig Prognosen sind, zeige sich daran, dass im Dezember unerwartet überdurchschnittlich viele Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland um Asyl baten, sagt Heiko Hergert. Wir wissen nicht, woran das liegt.

Die Schule in der Thomas-Mann-Straße musste auch deshalb so schnell hergerichtet werden, weil sich der Umbau eines neuen Wohnheims mit 60 Plätzen in der Eduard-Grunow-Straße im Viertel verzögert. Hergert hofft, dass dies im März bezugsfertig sein wird. Anders als in der Notunterkunft in Schwachhausen können die BewohnerInnen hier selbst kochen und müssen nicht zum Duschen nach draußen. Und die Stadt hat es für zehn Jahre mit dem Zweck gemietet, hier Flüchtlinge unterzubringen.

An beiden Standorten hatten Anwohner gegen die Pläne protestiert. Im Viertel hatte eine Initiative für ein weltoffenes Viertel innerhalb einer Woche 1.331 UnterstützerInnen gefunden.

Montagsmorgen sollen die Ersten kommen. Für die Kinder müssen noch Betten besorgt werden

Load-Date: January 25, 2013

Liste der Einschüchterung; DROHUNG Neonazis veröffentlichen im Internet eine Hass-Liste von Organisationen und Personen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Betroffene nehmen sie ernst

taz, die tageszeitung

Freitag 20. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 475 words

Byline: PETER MÜLLER

Highlight: DROHUNG Neonazis veröffentlichen im Internet eine Hass-Liste von Organisationen und Personen, die sich in der **Flüchtlingshilfe** engagieren. Betroffene nehmen sie ernst

Body

VON PETER MÜLLER

Hamburgs Neonazis machen mobil gegen Organisationen und Personen, die sich im **Flüchtlings-**, **Migrations-** und Integrationsbereich engagieren. Auf der Website mein-HH.info ist in der rechtsextremen Szene gängiger Code für Heil Hitler widmet sich ein langer Beitrag unter dem Titel Das Überfremdungsnetzwerk in Hamburg diversen Gruppen, Organisationen und Vereinen. Teilweise sind deren Adressen angegeben, außerdem werden rund 60 Personen namentlich aufgeführt.

In dem Beitrag wird unter anderem der Flüchtlingsrat als steuerndes Element der Überfremdungsbemühungen in Hamburg bezeichnet. Seine Protagonisten sind bundesweit in Sachen Überfremdung aktiv, heißt es weiter. Aber auch die Werkstatt 3, die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten, das Café Exil oder das Rechtsanwaltsbüro 49 sind den Neonazis ein Dorn im Auge.

Selbst die kirchliche Beratungseinrichtung Fluchtpunkt und der Integrationsbeirat stehen auf der Hass-Liste. Das Diakonische Werk der nordelbischen Kirche wird offen attackiert, weil es dort eine Flüchtlingsbeauftragte gibt. O-Ton: Asylanten Zinnober.

Unterhalten wird mein-HH.info von Leuten aus dem Umfeld des Neonazis Tobias Thiessen und seines Aktionsbüro Norddeutschland. Thiessen gehörte in den 90 Jahren zur inzwischen verbotenen Kameradschaft Hamburger Sturm, die auch eine gleichnamige Publikation herausgab, und danach der ebenfalls verbotenen Partei Nationale Liste. Er engagierte sich auch bei der Neonazi-Publikation Zentralorgan.

Thiessen gilt als enger Vertrauter des Neonaziführers Thomas Wulff, der inzwischen für die NPD in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern aktiv ist. Auch Thiessen gilt zwar noch immer offiziell als

Liste der Einschüchterung DROHUNG Neonazis veröffentlichen im Internet eine Hass-Liste von Organisationen und Personen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagie....

Repräsentant der Kameradschaftsszene, paktiert aber gern mit der NPD. Da ist es kaum überraschend, dass die NPD Stade den Beitrag auf ihrer eigenen Homepage übernommen hat.

Die Betroffenen nehmen den Beitrag ernst: Es ist zwar kein direkter Aufruf zu Straftaten , sagt ein Jurist. Es handele sich aber um ein Signal für die rechte Szene und eine indirekte Aufforderung, vorzugehen. Das ist eine deutliche Drohung: Macht so nicht weiter, wir beobachten euch.

Auch Hamburgs Verfassungsschutzchef Manfred Murck sieht in dem Internet-Beitrag einen relativ massiven Angriff . Zwar seien das Gezeter über Überfremdung sowie die zur Schau gestellte Ausländerfeindlichkeit alter Quark . Als ungewöhnlich und neue Qualität bezeichnet Murck aber, dass sich eine rechte Internetplattform derart intensiv und ausführlich mit dem Komplex Flüchtlingshilfe und Integration auseinandersetzt.

Das dient schon der Einschüchterung , sagt Murck, und könnte von Leuten aus dem rechten Spektrum als Rechtfertigungsplattform verstanden werden.

Das ist eine deutliche Drohung: Macht so nicht weiter, wir beobachten euch

EIN BETROFFENER

Load-Date: January 19, 2012

Bis die Maden kommen; VERWAHRLOSUNG Asylbewerber liegt zwei Monate tot im Heimzimmer. Behörden reagieren erst, als Bewohner über Ungeziefer klagen

taz, die tageszeitung

Dienstag 20. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 583 words

Byline: JENNIFER STANGE

Highlight: VERWAHRLOSUNG Asylbewerber liegt zwei Monate tot im Heimzimmer. Behörden reagieren erst, als Bewohner über Ungeziefer klagen

Body

AUS LEIPZIG JENNIFER STANGE

Die desolaten Zustände in dem Asylbewerberheim in der Torgauer Straße in Leipzig sind lange bekannt. Der von dem sächsischen Ausländerbeauftragten Martin Gillo in Auftrag gegebene Heim-TÜV urteilte bereits 2011: Die zwei Gebäude sind abgewohnt und unhygienisch. Auf die sozialen Bedürfnisse der Bewohner wird nicht eingegangen. Das Heim solle sofort geschlossen werden. Passiert ist nichts.

Hier ist Hisham Yazbek laut Angaben der Staatsanwaltschaft schon Anfang Mai an der Überdosis eines Heroingemischs gestorben.

Erst eineinhalb Monate später, am 13. Juni, wurde seine Leiche gefunden. Allerdings reagierte die Heimleitung laut Medienberichten erst, als sich Bewohner des Heims mehrmals über den Gestank und Ungeziefer beschwert hatten. Mitte letzter Woche ließ die Leipziger Sozialamtsleiterin Martina Kador-Probst verlauten: Wir bedauern diesen Todesfall sehr. Fast genau zwei Monate, nachdem Hisham Yazbeks aufgefunden wurde, hat sie gebraucht. Es war gerade noch rechtzeitig, bevor der MDR über das Schicksal des 34-jährigen Libanesen berichtete.

Elke Herrmann, die migrationspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der Bündnisgrünen, will nun prüfen lassen, ob das Leipziger Sozialdezernat seine Aufsichtspflicht verletzt hat. Sie will wissen, nach welchen Kriterien die Betreiber von Asylbewerberheimen ausgewählt werden. Häufig würden die Kommunen zu dem billigsten Angebot greifen, weil die Unterstützung durch das Land zu knapp bemessen sei. Deshalb fordert Herrmann den sächsischen Innenminister Markus Ulbig (CDU) auf, die Zuweisungen an die Kommunen für die Aufnahme von Asylbewerbern endlich anzuheben. Das Land Sachsen gibt für Verwaltung, Betreuung (auch medizinische) und Unterbringung von Asylbewerbern 13 Euro pro Kopf und Tag aus.

Bis die Maden kommen VERWAHRLOSUNG Asylbewerber liegt zwei Monate tot im Heimzimmer. Behörden reagieren erst, als Bewohner über Ungeziefer klagen

Die Leitung der Flüchtlingsunterkunft in Leipzig hat die Sicherheitsfirma A&S Laval GmbH übernommen. Der Sprecher von ProAsyl, Bernd Mesovic, bezweifelt, dass bei privaten Sicherheitsdiensten die nötigen Qualifikationen vorhanden sind. Schutz kann nicht heißen, dass ein Wachdienst regelmäßig an die Zimmertür klopft, meint Mesovic. Flüchtlinge brauchten vor allem professionelle Unterstützung, um mit den miserablen Bedingungen, in die sie hier gezwungen werden, klarzukommen.

Für derzeit 300 Asylbewerber in der Torgauer Straße werden aktuell zwei Sozialarbeiterstellen bezahlt; Träger ist der Verein für interkulturelle Arbeit RAA Leipzig e. V. Die Grenzen unserer Arbeit sind hier sehr schnell erreicht, erklärt RAA-Geschäftsführerin Brigitte Moritz. Künftig sollen in dem Heim 100 weitere Flüchtlinge untergebracht werden, weiß Moritz. Sie kannte den Verstorbenen schon lange, ebenso waren seine massiven Drogenprobleme bekannt.

Doch nicht alles liegt am Geld, glaubt der sächsische Ausländerbeauftragte Martin Gillo. Der Tod sei letztlich die bedauerliche Konsequenzen einer Zermürbungsstrategie. Das Asylverfahren biete den Flüchtlingen kaum Perspektiven, sie seien auf Dauer zum Nichtstun verdammt. Deshalb sei es nachzuvollziehen, dass sich jemand in Alkohol oder Drogen stürzt. Gemeint ist das Asylverfahren in Deutschland, das Menschen über Jahre in Unsicherheit hält.

Hisham Yazbek wurde 1978 in Berlin geboren. Zwischenzeitlich ging er mit seiner Familie nach Libanon. 2001 kam er nach Deutschland zurück um Deutscher zu werden. Über seinen Asylantrag wurde zwölf Jahre lang nicht entschieden. Nun ist er tot.

Schutz heißt nicht, dass ein Wachdienst an die Tür klopft

BERND MESOVIC, PRO ASYL

Load-Date: August 19, 2013

Todesflug in letzter Minute abgeblasen; ASYL Die Abschiebung des iranischen Studenten Ehsan Abri ist in einer konzertierten Aktion abgewendet worden. Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner (SPD) hatte seinen Berliner Kollegen gebeten, dass er fürs Erste in Deutschland bleiben darf

taz, die tageszeitung

Dienstag 25. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 21

Length: 615 words

Byline: KAI VON APPEN

Highlight: **ASYL** Die Abschiebung des iranischen Studenten Ehsan Abri ist in einer konzertierten Aktion abgewendet worden. Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner (SPD) hatte seinen Berliner Kollegen gebeten, dass er fürs Erste in Deutschland bleiben darf

Body

VON KAI VON APPEN

Die Abschiebung des iranischen Studenten Ehsan Abri ist in der Nacht zum Montag von Bundesinnenminister Hans Peter Friedrich (CSU) gestoppt worden. Abri sollte am Morgen aus dem Abschiebeknast in Rendsburg nach Hamburg gebracht und dort vom Fuhlsbütteler Airport mit dem Flug Lot 400 begleitet von Bundespolizisten ins ungarische Budapest zurückgeführt werden, wo ihm die Ausweisung in den Iran gedroht hätte. Dort hätte dem 25-jährigen Kommunisten und Homosexuellen die Hinrichtung gedroht.

Dem Veto des Innenministers war eine beispielhafte konzertierte Aktion vorausgegangen, in die sich am Sonntag auch Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner (SPD) einschaltete. In einem Brief forderte er Friedrich auf, sich für eine humanitäre Lösung einzusetzen.

Zunächst hatte sich der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein für Abri stark gemacht, als bekannt geworden war, dass die iranische Polizei und der Geheimdienst nach ihm fahnden. Abri war im Mai aus dem Iran nach Ungarn geflohen. Offiziellen Angaben zufolge hat er dort einen Asylantrag gestellt, was er selbst bestreitet. Abri ist dann bei dem Versuch, mit der Bahn von Hamburg nach Kopenhagen zu reisen, von der Bundespolizei aufgegriffen worden.

Wie er selbst sagte, war er auf den Weg zu seiner Lebensgefährtin in Schweden. Seine Festnahme im Zug fällt in den Wirkungsbereich der Bundespolizei, für die das Bundesinnenministerium verantwortlich ist. Er kam nach Rendsburg in Abschiebehaft.

Todesflug in letzter Minute abgeblasen ASYL Die Abschiebung des iranischen Studenten Ehsan Abri ist in einer konzertierten Aktion abgewendet worden. Schleswig-H....

Der in Deutschland gestellte Asylantrag ist vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als unzulässig abgelehnt worden, weil nach dem europäischen Dublin II-Abkommen Ungarn als Einreiseland für Abri zuständig ist. Das BAMF stellte daraufhin bei den ungarischen Behörden einen Antrag auf Wiederaufnahme des Asylverfahrens, dem Ungarn formal auch zustimmte.

In Ungarn finden regelmäßig Abschiebungen in den Iran statt , sagt Martin Link, Geschäftsführer Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein. Die Asylanträge würden weder geprüft noch gebe es Schutz vor einer Ausweisung in Drittländer. Das sei nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshof eine rechtswidrige Praxis.

Am Wochenende schaltete sich die Politik ein. Der grüne Bundestagsabgeordnete Arfst Wagner sowie die Landtagsabgeordneten der Piratenpartei, Angelika Beer und Wolfgang Dudda, kündigten an, sie würden sich der Abschiebung in Rendsburg in den Weg stellen. Das rief Innenminister Breitner auf den Plan: Er bat Friedrich, eine Rücküberstellung nach Ungarn abzuwenden und vom Selbsteintrittsrecht der Bundesrepublik Deutschlands nach dem Dubliner Übereinkommen Gebrauch zu machen. Die Sorgen des Betroffenen, breiter Unterstützerkreise und des Landes Schleswig-Holstein sind, dass Ehsan Abri's Asylgründe, die für ihn als mit einer hohen Schutzquote versehenen Iraner in Deutschland zu einem Aufenthaltsrecht führen würden, in Ungarn nicht anerkannt werden , schrieb er seinem Berliner Kollegen.

In der Nacht zum Montag wurde die Abschiebung gestoppt, Abri zunächst nach Lübeck gebracht, aus der Abschiebehafte entlassen und dem Landesamt für Ausländerangelegenheiten in Neumünster überstellt. Bis die Bundesbehörden entscheiden, wie das Asylverfahren weitergeht, bekommt er eine Duldung. Dennoch mobilisierte der Flüchtlingsrat Hamburg am Montagmorgen 100 Leute, um auf dem Hamburger Airport die Crew des Lot-Fluges notfalls dazu zu bewegen, die Abschiebung zu verhindern was in Einzelfällen auch schon gelungen ist.

Jetzt wird er zum ersten Mal gefragt, warum er aus dem Iran weg ist , sagt Martin Link vom Flüchtlingsrat. Die Entscheidung des Bundesinnenministeriums wertet der Flüchtlingsrat als wichtigen Schritt auch für zukünftige Fälle.

Load-Date: June 25, 2013

Schutz unter Vorbehalt; FLÜCHTLINGE Homosexuelle erhalten in Deutschland und anderen EU-Ländern nach wie vor nur selten politisches Asyl

taz, die tageszeitung

Mittwoch 28. März 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: THEMEN DES TAGES; S. 03

Length: 914 words

Byline: DANIEL BAX

Highlight: FLÜCHTLINGE Homosexuelle erhalten in Deutschland und anderen EU-Ländern nach wie vor nur selten politisches Asyl

Body

VON DANIEL BAX

BERLIN taz | Eigentlich wollte Europa ja toleranter werden. Wer in seiner Heimat aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder seiner geschlechtlichen Identität verfolgt wird, der erhält Asyl, heißt es in der sogenannten Qualifizierungsrichtlinie der EU, die seit 2006 in Kraft ist. Doch in der Praxis hat sich seither nur wenig geändert.

Eher selten werde in Deutschland eine begründete Furcht vor Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung glaubhaft vorgetragen, antwortete die Bundesregierung kürzlich auf eine Anfrage der Linkspartei. Mit anderen Worten: Homosexuelle Flüchtlinge können in Deutschland noch immer nur selten auf Asyl hoffen.

Wissenschaftler der Freien Universität Amsterdam haben kürzlich untersucht, wie die Staaten der EU mit homosexuellen Flüchtlingen verfahren. Ihre Studie Fleeing Homophobia ist im Oktober 2011 erschienen und liegt inzwischen auch in deutscher Übersetzung vor. Das Ergebnis ist ernüchternd: Allein Italien wertet es bereits als Asylgrund, wenn homosexuelle Handlungen im Herkunftsland unter Strafe stehen, was in 76 Staaten der Welt der Fall ist.

Die meisten EU-Partner sind weit weniger großzügig. Obwohl gleichgeschlechtliche Beziehungen von Nigeria über Pakistan, Jamaika und Kenia bis Senegal strafbar sind, betrachtet die Bundesrepublik diese Länder für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle als relativ sicher.

Sogar dass die Todesstrafe Homosexuellen in theokratischen Staaten wie dem Iran oder Saudi-Arabien droht, reicht längst nicht aus, um Asyl zu erhalten.

Die Bundesregierung etwa verweist darauf, dass weder aus dem Iran noch aus anderen Ländern in den vergangenen Jahren Hinrichtungen aus diesem Grund bekannt geworden seien. Tatsächlich liegt der letzte Fall im

Schutz unter Vorbehalt FLÜCHTLINGE Homosexuelle erhalten in Deutschland und anderen EU-Ländern nach wie vor nur selten politisches Asyl

Iran, der weltweit für Aufsehen sorgte, sieben Jahre zurück: Zwei Jugendliche waren damals unter anderem wegen homosexueller Handlungen in der Stadt Marschad öffentlich gehängt worden. Deutsche Gerichte gehen trotzdem meist davon aus, dass Homosexuellen im Iran keine echte Gefahr droht, solange sie nicht die Aufmerksamkeit der iranischen Behörden auf sich ziehen, wie es in einem Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf aus dem Jahre 2009 heißt.

Dieses Urteil sei in der Tendenz typisch, auch wenn es selten so drastisch formuliert werde, sagt der Berliner Anwalt Dirk Siegfried. Für homosexuelle Iraner seien die Chancen auf Asyl hierzulande zwar besser als für homosexuelle Flüchtlinge aus anderen Ländern, so der Anwalt, der häufig solche Fälle vertritt. Eine Garantie ist das aber nicht.

Die meisten homosexuellen Asylbewerber fliehen zudem gar nicht in erster Linie vor staatlicher Verfolgung, sondern aus Angst vor Verwandten, Milizen oder einem homophoben Mob, der sie bedroht. Auch das gilt nach EU-Recht als legitimer Asylgrund. Doch wo zieht man die Grenze zwischen bloßer Diskriminierung, die man ertragen kann, und akuter Verfolgung?

Um diese Frage zu beantworten, stützen sich deutsche Asylbehörden vor allem auf Lageberichte aus dem Auswärtigen Amt. Diese seien zwar besser geworden, aber oft einseitig, findet der Berliner Anwalt Dirk Siegfried. Menschenrechtsgruppen wie Pro Asyl und auch der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) kritisieren den deutschen Umgang mit homosexuellen Flüchtlingen deshalb als zu strikt.

Zwar bestehen deutsche Gerichte nicht mehr, wie es früher oft war, darauf, dass eine Homosexualität irreversibel sein muss: Das kommt bisexuellen Aktivisten wie dem Ugander Eric Bwire (siehe rechts) oder solchen Flüchtlingen, die erst in Deutschland ihr Coming-out erlebt haben, entgegen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) betont außerdem, die Anhörung homosexueller Flüchtlinge würde von Sonderermittlern durchgeführt, die eigens für diese Aufgabe geschult seien.

Aber aus der Studie *Fleeing Homophobia* geht hervor, dass Asylanträge von homosexuellen Flüchtlingen vielerorts noch immer nach klischeehaften Maßstäben beurteilt werden: Wer sich als Mann nicht tuntenhaft verhält, als Frau nicht maskulin genug wirkt, wer verheiratet ist und sogar Kinder hat, dem wird oft nicht geglaubt, tatsächlich homosexuell zu sein.

Die Linkspartei fordert deshalb nun, Deutschland müsse homosexuellen Flüchtlingen vorbehaltlos einen sicheren Schutz zu gewähren, wenn ihre sexuelle Orientierung oder ihre Geschlechtsidentität im Herkunftsland strafrechtlich kriminalisiert wird. Einen entsprechenden Antrag hat die Linke gestern in den Bundestag eingebracht, in den nächsten Monaten soll er dort diskutiert werden. Es darf in der Asylpraxis keine Rolle spielen, ob Flüchtlinge ihre Homosexualität im Herkunftsland angeblich im Verborgenen leben können oder nicht, sagt dazu Ulla Jelpke von der Linkspartei.

Damit ist sie ganz auf der Linie der Autoren, die den Report *Fleeing Homophobia* verfasst haben. Die Gefahr, dass Flüchtlinge eine angebliche Homosexualität vortäuschen könnten, um Asyl zu erlangen, sieht die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion nicht: Das halte ich für abwegig, nicht zuletzt angesichts der enormen Stigmatisierung von Homosexualität in den Herkunftsländern der Betroffenen, sagt sie. Doch selbst wenn dies im Einzelfall nicht ausgeschlossen werden kann, darf dies natürlich nicht dazu führen, Schutzbedürftigen den Schutz zu verweigern.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Deutsche Gerichte gehen davon aus, dass Homosexuellen im Iran keine echte Gefahr droht, solange sie nicht die Aufmerksamkeit der iranischen Behörden auf sich ziehen

Load-Date: March 27, 2012

Schutz unter Vorbehalt FLÜCHTLINGE Homosexuelle erhalten in Deutschland und anderen EU-Ländern nach
wie vor nur selten politisches Asyl

End of Document

Weder für Afrika noch Europa nützlich; ERWIDERUNG Die hier vor einer Woche aufgestellte Forderung von Paul Collier bringt die EU-Debatte über Migration nicht weiter. Der Versuch, Zuwanderung zu kontrollieren, ist sinnlos

taz, die tageszeitung

Samstag 26. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. 12

Length: 976 words

Byline: HOLGER HARMS

Highlight: ERWIDERUNG Die hier vor einer Woche aufgestellte Forderung von Paul Collier bringt die EU-Debatte über Migration nicht weiter. Der Versuch, Zuwanderung zu kontrollieren, ist sinnlos

Body

VON HOLGER HARMS

Einen mutigen Beitrag hat Paul Collier, Professor für Economics and Public Policy, an dieser Stelle vor einer Woche veröffentlicht. Angesichts eines unmenschlichen Umgangs mit Flüchtlingen und unhaltbarer Zustände in Unterkünften auf Lampedusa, aber auch überall sonst in der EU schreibt er, dass unsere Menschenrechtsrhetorik bei Flüchtlingen falsche Hoffnungen weckt. Statt offizieller Einreise gebe es kriminelle Gangs, die Fluchtreisen organisieren. Und bei ihrer Ankunft auf europäischem Festland würden die Geflüchteten dann mit Rechten überschüttet, so Collier. Das kann schon nicht mehr als nur naiv betrachtet werden.

Collier hat recht, wenn er schreibt, dass es nicht sein kann, dass Menschen ihr Leben bei einer hoch gefährlichen Fahrt über das Mittelmeer riskieren. Die europäische Migrationspolitik muss sich ändern. Und Collier hat auch damit recht, dass die Flüchtlinge, die es trotz allem bis nach Europa schaffen, nicht zu den Ärmsten der Armen gehören. Zu kostspielig sind die durch Frontex und durch in Drittstaaten vorverlagerte Kontrollen aufgezwungenen Routen.

Collier zieht daraus den Schluss, dass Europa den Afrikanern einfach mehr Studienplätze zur Verfügung stellen muss, in beiderseitigem Interesse, und ansonsten die Grenzen dicht bleiben sollen. So würden die nach einer Ausbildung in Europa Hochqualifizierten einen Entwicklungsschub in ihren Heimatländern bewirken. Die Forderungen, die er aufstellt, sind weder sinnvoll, noch liefern sie einen neuen Beitrag zur Debatte über Migration.

Schon Wolfgang Schäuble und Nicolas Sarkozy, damals die Innenminister in Deutschland und Frankreich, hatten 2006 das Konzept der zirkulären Migration erdacht, das heute integraler Bestandteil der europäischen Migrationspolitik ist. Das Konzept sieht vor, dass Menschen aus Drittstaaten für eine gewisse Zeit in der EU

Weder für Afrika noch Europa nützlich ERWIDERUNG Die hier vor einer Woche aufgestellte Forderung von Paul Collier bringt die EU-Debatte über Migration nicht wei....

studieren oder arbeiten, schon während ihres Aufenthalts durch Geldsendungen ihre Herkunftsländer unterstützen und schließlich bei ihrer Rückkehr ihre in der EU erworbenen Fähigkeiten in ihrer Heimat nutzen und somit die Entwicklung dieser vorantreiben.

An diesem Konzept gibt es jedoch erhebliche Zweifel. Die EU behauptet, der Abwanderung von Fachkräften aus den kapitalistischen Peripherien entgegenwirken zu wollen und stattdessen eine für alle vorteilhafte Politik zu betreiben: Afrikaner erhalten eine Ausbildung und Europa kann zugleich die Einwanderung kontrollieren und wirtschaftliche Bande für die Zukunft knüpfen.

Die Realität ist aber, dass die EU lediglich ein Nadelöhr für genau die Fachkräfte und wissenschaftlichen und politischen Eliten offen hält, die den Ökonomien der EU-Mitgliedstaaten nützen. Welche Art der Migration den Volkswirtschaften der afrikanischen Staaten nützen würde, bleibt bei gegenwärtiger Machtasymmetrie unberücksichtigt. Von dieser Elite wiederum zu verlangen, in die Heimat zurückzukehren, scheitert nicht nur an der Wirklichkeit. Denn nach Studium, ersten Arbeitserfahrungen, geschlossenen Freundschaften, Familiengründung besteht meist gar kein Interesse zurückzukehren.

Diese Forderung enthüllt auch die nationalistische Vorstellung der Vertreter der zirkulären Migration, dass Menschen dahin gehören, wo sie geboren wurden. Dass auch Europa zur Heimat werden kann, will man einmal bei diesem Wort bleiben, ist nicht vorgesehen, es offenbart ein Denken in rassistischen Kategorien. Eine Vorstellung, die auch Collier zu teilen scheint, wenn er von Afrikanern schreibt, die in ihre Heimat zurücksollen. Natürlich nicht, ohne vorher von uns Fertigkeiten zu erlernen und Einstellungen zu absorbieren. Der Weg zum wohlmeinenden Kolonialherren ist dann nicht mehr weit.

Europa ist mit seinen desaströsen Agrarsubventionen, einseitigem Interesse dienenden Freihandelsabkommen und Kriegseinsätzen um nur einige Punkte zu nennen für das Elend im Mittelmeer mitverantwortlich. Es reicht nicht, ein paar mehr Studienplätze zur Verfügung zu stellen und ansonsten weiterhin an der Militarisierung der Außengrenzen festzuhalten. Nicht eine lediglich an Nützlichkeitserwägungen ausgerichtete Politik, die Menschen je nach Bedarf ein- oder ausschließt, ist angezeigt.

Ganz im Gegenteil bedarf es einer solidarischen internationalen Politik, deren elementarer Bestandteil eine für alle Menschen offene europäische Grenze ist. Dies wird der Tatsache gerecht, dass es Migration immer gab und geben wird und sie nicht beliebig zu steuern ist.

Der vom Rat der Europäischen Union 2005 beschlossene Gesamtansatz zur Migrationsfrage, der nach wie vor handlungsleitend ist, plädiert für eine Politik, welche das Zusammenwirken von Migration und Entwicklung fördert. Im Gegenteil sind die konkreten Schritte vor allem von sicherheitspolitischen Erwägungen, Illegalisierung von Flucht und Migration sowie Maßnahmen der Migrationskontrolle geprägt.

Dass es zu einer Kehrtwende in der europäischen Migrationspolitik kommt, ist leider nicht allzu wahrscheinlich, wie gerade wieder unter Beweis gestellt wurde. Die Chance auf eine Entwicklungspolitik auf Augenhöhe und eine menschliche Migrationspolitik haben die Staats- und Regierungschefs auf der gestern endenden Tagung des Europäischen Rats vertan. Zu groß ist die Angst vor einsetzenden Flüchtlingsströmen, die nicht nur von der extremen Rechten geschürt wird, sondern auch von der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

Außer Acht gelassen wird dabei nicht nur, dass es sich schlicht nicht alle Menschen leisten können, in ein anderes Land zu emigrieren. Auch muss klar sein, dass Europa nicht die einzige Region der Welt ist, in deren Richtung Wanderungsbewegungen stattfinden.

Der Versuch, Migration zu kontrollieren, ist unmenschlich, sinnlos, teuer und letztlich für die wirtschaftliche Entwicklung sowohl Europas als auch Afrikas nicht nützlich. Die Menschen an der Grenze stellen keine Gefahr dar die Grenze selbst ist die Gefahr.

Weder für Afrika noch Europa nützlich ERWIDERUNG Die hier vor einer Woche aufgestellte Forderung von Paul Collier bringt die EU-Debatte über Migration nicht wei....

End of Document

Bezirke sollen Flagge zeigen; ASYL Der Chef des Landesamts für Soziales fordert Solidarität, um berlinweit Flüchtlinge unterzubringen. Gespräche im Kreuzberger Flüchtlingscamp drohen zu scheitern

taz, die tageszeitung

Mittwoch 17. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 603 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: ASYL Der Chef des Landesamts für Soziales fordert Solidarität, um berlinweit Flüchtlinge unterzubringen. Gespräche im Kreuzberger Flüchtlingscamp drohen zu scheitern

Body

VON KONRAD LITSCHKO

In Bezug auf die Unterbringung von Flüchtlingen richtet der zuständige Präsident des Amtes für Gesundheit und Soziales, Franz Allert, einen deutlichen Appell an die Bezirke. Ihm fehle das Verständnis für die Verweigerungshaltung einiger, sagte er der taz: Das ist eine gemeinsame Aufgabe Berlins. Die Bezirke sollten sich dazu bekennen und nicht das Land vorschieben.

Bis Ende Mai nahm Berlin dieses Jahr 1.883 Asylsuchende auf – so viele wie lange nicht. Bei der Unterbringung aber zieren sich einige Bezirke immer wieder. Zuletzt machten auf einer Informationsveranstaltung in Hellersdorf auch Bürger massiv Stimmung gegen eine Notunterkunft. Allert kritisierte scharf, dass dort anwesende Politiker nicht widersprachen. Warum haben sie nicht deutlich gemacht, dass sie die Notwendigkeit sehen, diese Menschen hier aufzunehmen?

Die Linken-Politikerin Petra Pau, die vor Ort war, verwies auf Parteikollegen, die Stellung bezogen hätten. Sie selbst habe bereits im Voraus auf Neonazis hingewiesen. Der Hellersdorfer SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier sagte, er sei unsicher gewesen, wie zu reagieren sei. Es habe die Ansage gegeben, keine politischen Äußerungen zu tätigen.

Trotz der Proteste wollen Land und Bezirk an dem Standort in einer leerstehenden Schule festhalten. Allert kündigte aber an, keinen Termin mehr für den Einzug der Flüchtlinge zu nennen. Ursprünglich sollte das Heim bis Monatsende eröffnen. Die Flüchtlinge würden nun schrittweise die Schule beziehen, sagte Allert – nicht gleich 100 Leute am ersten Tag.

Bezirke sollen Flagge zeigen ASYL Der Chef des Landesamts für Soziales fordert Solidarität, um berlinweit Flüchtlinge unterzubringen. Gespräche im Kreuzberger F....

Bezirksbürgermeister Stefan Komoß (SPD) will Anwohner nur noch in nichtöffentlichen Veranstaltungen informieren. Er lobte die vielen Hilfsangebote, die zuletzt eingegangen seien. Sie reichen von der Lernhilfe für Asylantenkinder bis zu Hilfsaktionen der Alice Salomon Hochschule. Gleichzeitig weigerte sich Komoß, die Anwohner in die rechte Ecke zu stellen .

Unterdessen droht ein Treffen der seit Monaten auf dem Kreuzberger Oranienplatz protestierenden Flüchtlinge mit Bundespolitikern zu scheitern. Die Asylbewerber hatten das Gespräch vor anderthalb Wochen mit einer Straßenblockade eingefordert. Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne) hatte darauf Berliner Senatoren und Bundespolitiker zu einem Treffen am Donnerstag eingeladen. Bisher gab es dafür aber fast nur Absagen.

So heißt es etwa in der Antwort des Bundesinnenministeriums an Schulz, die Asylverfahren des Bundesamtes für Migration enthielten weder ein politisches noch ein sonstiges Ermessen . Daher können die getroffenen Entscheidungen auch nicht Gegenstand von Gesprächen sein. Zudem hätten die Flüchtlinge schon im November im Innenausschuss des Bundestages vorgesprochen. Ein erneutes Gespräch sei weder angebracht noch zielführend .

Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) ließ ausrichten, er nehme an keinen Gesprächen teil, die sich in rechtswidrigen Zuständen bewegen . Absagen gab es zudem von Sozialsenator Mario Czaja (CDU), der Bundesmigrationsbeauftragten Maria Böhmer (CDU), dem CDU-Fraktionschef im Bundestag, Volker Kauder, und Sozialsenatorin Dilek Kolat (SPD). Letztere will aber eine Vertretung aus dem Büro ihrer Integrationsbeauftragten schicken. Auch der Grünen-Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele sagte zu.

Ein Flüchtling aus dem Camp sagte, ihnen sei versprochen worden, dass sich für Asylpolitik Verantwortliche an der Runde beteiligen. Davon gehen wir weiter aus. Ende das Gespräch ergebnislos, werde man den Protest verschärfen. Wir haben gar keine andere Wahl.

Interview SEITE 23

Ein neues Gespräch sei weder zielführend noch angebracht , so das Innenministerium

Load-Date: July 16, 2013

Hungerstreik beendet, besseres Leben kaum in Sicht; ASYL Afghanische Jugendliche essen wieder. Die Behörden versprechen nur wenige Änderungen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 18. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 360 words

Byline: MARLENE HALSER

Highlight: ASYL Afghanische Jugendliche essen wieder. Die Behörden versprechen nur wenige Änderungen

Body

MÜNCHEN taz | Nach Verhandlungen mit Behörden haben die minderjährigen afghanischen Flüchtlinge in der ehemaligen Bayernkaserne im Münchner Norden ihren Hungerstreik beendet.

Mit ihrem Streik hatten insgesamt 60 junge Afghanen für eine bessere Unterkunft, eine schnellere Vermittlung in Jugendhilfeeinrichtungen sowie einen besseren Zugang zu Bildung und Deutschkursen demonstriert. Der Streik dauerte 14 Tage, einige Jugendliche mussten vorübergehend in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Behörden sind nun auf einen Teil der Forderungen eingegangen. Bei Verhandlungen am Montag sicherten sie unter anderem zu, dass ein nahe gelegenes Sozialbürgerhaus künftig als Anlaufstelle für die Jugendlichen dienen soll. Bisher mussten diese die ganze Stadt durchqueren, um das zuständige Sozialbürgerhaus zu erreichen. Außerdem sollen die Jungen künftig regelmäßig mit ihrem Vormund sprechen können. Er wird sie in Zukunft auch zu Anhörungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge begleiten.

Bereits am Freitag hatte das bayerische Kultusministerium zugesagt, in der Bayernkaserne eine zusätzliche Lehrerstelle für Deutschkurse zu schaffen. Außerdem versprach das Ministerium sicherzustellen, dass die Flüchtlinge nach dem Besuch der Kurse lückenlos auf die Berufsschule gehen können sollen, wie es das Gesetz vorsieht. Die Stadt sicherte außerdem zu, dass auch minderjährige Flüchtlinge über 16 Jahren in Jugendhilfeeinrichtungen vermittelt werden.

Monika Steinhauser vom Münchner Flüchtlingsrat kritisierte die Zusagen als nicht ausreichend. Das meiste war vorher schon geplant. Das Grundproblem werde nicht gelöst. Die Jungen gehören nicht in dieses Haus, weil es nicht den Jugendhilfestandards entspricht, sagte Steinhauser. Die Kaserne sei überbelegt und kein ruhiger, sicherer Ort, auch gebe es dort zu wenige Betreuer. Statt der geplanten 50 leben derzeit rund 130 Jugendliche in der ehemaligen Kaserne. Betreut werden sie von insgesamt 13 Sozialpädagogen, die zum Teil nur über halbe

Hungerstreik beendet, besseres Leben kaum in Sicht ASYL Afghanische Jugendliche essen wieder. Die Behörden versprechen nur wenige Änderungen

Stellen verfügen. Das Wohl der Jugendlichen sei in dieser Einrichtung gefährdet, so Steinhauser. Das verstößt gegen das Kinder- und Jugendhilfegesetz.

MARLENE HALSER

Load-Date: January 17, 2012

End of Document

Kein Ende des Konflikts in Sicht; VERHANDLUNGEN Die Lampedusa-Flüchtlinge werden ihre Identität erst preisgeben, wenn es rechtsverbindliche Vereinbarungen gibt. Tausende demonstrierten am Wochenende

taz, die tageszeitung

Montag 28. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 530 words

Byline: KAI VON APPEN / ANNIKA STENZEL

Highlight: VERHANDLUNGEN Die Lampedusa-**Flüchtlinge** werden ihre Identität erst preisgeben, wenn es rechtsverbindliche Vereinbarungen gibt. Tausende demonstrierten am Wochenende

Body

VON KAI VON APPEN UND ANNIKA STENZEL

Die **Flüchtlinge** der Gruppe Lampedusa in Hamburg werden sich auf das Angebot von SPD-Innensenator Michael Neumann nicht einlassen, ohne dass in direkten Verhandlungen mit dem SPD-Senat Details rechtsverbindlich geklärt werden. Neumann hatte in Gesprächen mit Bischöfin Kirsten Fehrs versprochen, er garantiere eine staatliche Duldung, selbst für den Verlauf des eventuell langwierigen Widerspruchsverfahrens, wenn die 300 Männer ihre Identität preisgeben und sich einem üblichem **Asylverfahren** mit Einzelfallprüfung unterziehen.

Denn ein solches Versprechen Neumanns könnte sich bereits am 1. Dezember in Luft auflösen, wenn der neue Paragraf 34 Aufenthaltsgesetz in Kraft tritt. Dann besteht die Möglichkeit, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge alle Kompetenzen an sich ziehen kann. Selbst in der Ausländerbehörde weiß niemand genau, welche konkreten Auswirkungen die Gesetzesänderung in der Realität haben wird, sagt eine Expertin. Das muss noch eruiert werden.

Aber selbst wenn die Gesetzesänderung keine gravierenden Konsequenzen haben würde, begeben sich die Flüchtlinge, die als Wanderarbeiter in Libyen tätig waren und nach ihrer Flucht vor den Nato-Bombardements nach Lampedusa in Italien ein Asylverfahren durchlaufen haben, auf dünnes Eis. Denn nach dem Antrag auf ein Asylverfahren müssten die Männer ihre gültigen italienischen EU-Pässe abgeben und bekommen stattdessen eine Duldung. In dem Asylverfahren werden nur Fluchtgründe wegen politischer oder ethnischer Verfolgung in ihren westafrikanischen Heimatländern geprüft. Der Ausgang ist also völlig offen – eher mit der Tendenz der Abschiebung zurück nach Afrika. Eine Rückführung nach Italien käme dann nicht mehr in Betracht. Deshalb verlangt die

Kein Ende des Konflikts in Sicht VERHANDLUNGEN Die Lampedusa-Flüchtlinge werden ihre Identität erst preisgeben, wenn es rechtsverbindliche Vereinbarungen gibt.

Lampedusa-Gruppe, die am Wochenende ihr weiteres Vorgehen diskutierte, rechtsverbindliche Vereinbarungen und bekräftigte nochmal ihre Forderung nach einer Gruppenlösung aus humanitären Gründen.

Unterdessen dauern die Solidaritätsaktionen an: Nach dem Spiel des FC St. Pauli demonstrierten am Freitagabend 8.000 bis 10.000 Menschen gegen die Flüchtlingspolitik des Hamburger Senats. Zu dem weitestgehend friedlichen Protestmarsch vom Stadion bis zur St. Pauli Kirche hatten neben dem FC St. Pauli rund 110 Vereine, Fan-Organisationen und Stadtteilinitiativen aufgerufen. Die Polizei hatte nach eigenen Angaben mit weit weniger Demonstranten gerechnet, sie war von 1.000 Menschen ausgegangen.

Kurz zuvor hatte eine handvoll Autonome das Gerüst am Schornstein der historischen Hufschmiede in der St. Pauli Bleicherstraße besetzt und ein Transparent 'Kein Mensch ist illegal' angebracht. Dort versammelten sich nach der Demonstration einige Unterstützer.

Am Samstag demonstrierten rund 700 Menschen gegen Polizeiwillkür und rassistischen Kontrollen, begleitet von einem Großaufgebot an Polizei. Nach der Demonstration zogen mehrere hundert Menschen zur Schornsteinbesetzung. Unter dem Einsatz von Pfefferspray und den Drohgebärden eines Wasserwerfers sowie eines Räumpanzers wurde die Straße geräumt, wenig später zog sich die Polizei aber vorerst zurück. Die Besetzer brachen die Aktion am Sonntagmorgen unerkannt ab.

Load-Date: October 27, 2013

Herausforderung ja, Asylproblem nein; FLUCHT Für die baldige Ankunft von knapp 1.000 Menschen aus Syrien in Norddeutschland fehlen noch Unterkünfte. Der Anstieg der Asylsuchenden belebt ausländerfeindliche Parolen. Schleswig-Holstein rechnet mit Zuzug nicht vor September dieses Jahres

taz, die tageszeitung

Donnerstag 25. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 21

Length: 738 words

Byline: MARCO CARINI

Highlight: FLUCHT Für die baldige Ankunft von knapp 1.000 Menschen aus Syrien in Norddeutschland fehlen noch Unterkünfte. Der Anstieg der **Asylsuchenden** belebt ausländerfeindliche Parolen. Schleswig-Holstein rechnet mit Zuzug nicht vor September dieses Jahres

Body

VON MARCO CARINI

5.000 sind es bundesweit, gut 900 von ihnen sollen in den vier Nordländern untergebracht werden – die Rede ist von Menschen, die vor dem syrischen Bürgerkrieg geflohen sind und in den kommenden Wochen im ganzen Bundesgebiet ankommen sollen. 470 von ihnen soll nach dem sogenannten Königsteiner Verteilungsschlüssel Niedersachsen aufnehmen, 160 das Land Schleswig-Holstein, 130 Hamburg, gut 100 Mecklenburg-Vorpommern und 50 **Flüchtlinge** sollen in Bremen eine neue Heimat finden.

Die Unterbringung der **Flüchtlinge** stellt die Bundesländer vor Probleme. Denn die Zahl der **Asylsuchenden** steigt seit 2007 kontinuierlich. Wurden 2007 bundesweit knapp 20.000 **Asylanträge** gestellt, so waren es 2011 über 45.000 und im vergangenen Jahr knapp 65.000. In diesem Jahr, so prognostiziert das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge**, könnte die Hunderttausender-Schallmauer erstmals seit 1998 wieder durchbrochen werden. Das reicht für Springers Regionalzeitung Hamburger Abendblatt, um in seiner Ausgabe von Dienstag kraftvoll zu titeln: Deutschland hat ein neues **Asylproblem**.

Containerdörfer entstehen

Die Bundesländer bereiten sich derweil auf die erwarteten Flüchtlinge vor. Wir erweitern in diesem Jahr unsere Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge um 500 Plätze, erläutert Bernd Schneider von der Bremer Sozialbehörde. So sei in der Eduard-Grunow-Straße schon ein Übergangshaus eröffnet worden. Außerdem werde an drei neuen Containerdörfern mit je gut 100 Plätzen gearbeitet, sagt Schneider.

Herausforderung ja, Asylproblem nein FLUCHT Für die baldige Ankunft von knapp 1.000 Menschen aus Syrien in Norddeutschland fehlen noch Unterkünfte. Der Anstieg

Die Bauten stoßen auf unterschiedliches Echo. In Bremen-Mitte und Schwachhausen wurden die Flüchtlinge von der Nachbarschaft sehr positiv begrüßt und ihnen unterschiedlichste Hilfe angeboten , weiß Schneider. An der Peripherie, in Bremen-Nord und West gäbe es allerdings in der Nachbarschaft der Container-Wohnheime deutliche Vorbehalte in der Nachbarschaft. Hier leben bereits ziemlich viele Armutszuwanderer aus Rumänien und Bulgarien, so dass es heißt, die Stadtteile seien belastet genug , beschreibt Schneider die Erfahrungen mit der Durchführung des Unterbringungs-Programms.

In den anderen Bundesländern sieht es nicht viel anders aus. Nachdem zwischen 1997 und 2007 die Zahl der Flüchtlinge aufgrund der Asylgesetzgebung um 80 Prozent zurückging, bauten alle Länder ihre Unterbringungsplätze rapide ab und müssen sie nun genauso rapide wieder aufstocken.

In Niedersachsen und Schleswig-Holstein, wo das Innenministerium davon ausgeht, dass die ersten Flüchtlinge nicht vor September eintreffen werden, bemühen sich die Landesregierungen derzeit sich mit den Kommunen ins Benehmen zu setzen, wo noch Unterbringungskapazitäten geschaffen werden können.

In Schleswig-Holstein etwa hat sich die Zahl der neu aufgenommenen Flüchtlinge in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum fast verdoppelt von knapp 800 auf über 1.500. Innenminister Andreas Breitner (SPD) betont: Die Lage spitzt sich zu. Hamburg prüft derweil, ob Flüchtlinge aus dem Hamburger Kontingent auch in den Nachbarländern untergebracht werden können, wie das seit Jahren schon in der wegen ihrer abgelegenen Lage hoch umstrittenen Flüchtlingsunterkunft in Horst geschieht.

Die gestiegene Zahl an Flüchtlingen führt dabei bereits nicht nur in den Medien zu Sprachwendungen, die an die Mitte der neunziger Jahre erinnern, wo Asylantenflut und Flüchtlingsschwemme zum allgemeinen Sprachgebrauch gehörten und das Bild vom mit Zuwanderern vollen und im sinken begriffenen Boot ausländerfeindliche Vorbehalte förderte. So forderte Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) vor wenigen Tagen via Lübecker Nachrichten den Bund auf, die versuchte Zuwanderung übers Asylrecht endlich zu begrenzen .

Eine Äußerung, die im Kieler Kabinett nicht für Erheiterung sorgte und Innenminister Andreas Breitner (SPD) zu einer sofortigen Reaktion ermunterte. Unser Boot ist nicht voll , konterte Breitner via Facebook: Wenn in vielen Ecken der Welt Krieg herrscht und der arabische Frühling sich zu einem Herbst mit Flucht und Bürgerkriegen entwickelt, dann kann unsere europäische Antwort kein Flüchtlingsstopp sein.

Das sieht Bernd Schneider aus Bremen ähnlich: Ein Asylproblem haben Staaten wie Jordanien oder der Libanon, die gerade hunderttausende Flüchtlinge aufnehmen müssen nicht wir , lautet die klare Aussage des Bremer Behördensprechers.

Ein Asylproblem haben Staaten wie der Libanon nicht wir

Bernd Schneider, Bremer Sozialbehörde

Load-Date: July 24, 2013

Baby droht Abschiebung; ASYL Fünfköpfige Familie soll ungeachtet des Winters in das Kosovo abgeschoben werden

taz, die tageszeitung

Dienstag 05. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 281 words

Byline: REA

Highlight: ASYL Fünfköpfige Familie soll ungeachtet des Winters in das Kosovo abgeschoben werden

Body

Die Ausländerbehörde will eine Familie mit drei kleinen Kindern trotz des bevorstehenden Winters in das Kosovo abschieben. Noch lebt das Ehepaar M. mit ihren ihren zwei und vier Jahre alten Kindern und einem zwei Monate alten Baby in der Flüchtlingsunterkunft Lokstedter Höhe. Die Familie sollte schon vor der Geburt des jüngsten Sohnes abgeschoben werden. Ihre Duldung wurde verlängert und läuft nun am 18. November ab.

Die Familie wird im Kosovo obdachlos sein, sagt die Abgeordnete Zaklin Nastic der Linksfraction in Eimsbüttel. Eine Abschiebung der jungen Familie sei aus humanitären Gründen kritisch. Doch für die Behörden ist eine drohende Obdachlosigkeit kein Hinderungsgrund für eine Abschiebung. Es ist Aufgabe des jeweiligen Staates für die Unterbringung seiner Landsleute zu sorgen, sagt ein Sprecher der Ausländerbehörde. Der Asylantrag der Familie sei vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgelehnt worden. Weil das Ehepaar keine Pässe besitze, käme es nun zu einer überwachten Ausreise, so der Sprecher. Nastic nennt das Zwangsabschiebung.

Familie M. gehört der Minderheit der serbischen Roma an und ist im Juni aus dem Kosovo geflohen. Die Mutter entkam zu Beginn der dritten Schwangerschaft nur knapp einer Vergewaltigung, sagt Nastic, die mit der Familie in engem Kontakt steht. Sie haben sich kaum noch auf die Straße getraut.

Das Ehepaar M. sorge sich vor allem um das Baby. Der Junge kam drei Wochen zu früh zur Welt und sei ständig krank, sagt Nastic. Die Behörde wisse nichts davon, dass das Baby nicht reisefähig sei, sagt der Sprecher. Uns liegt kein Attest vor. REA

Die Familie wird im Kosovo obdachlos sein

ZAKLIN NASTIC, LINKSFRAKTION EIMSBÜTTEL

Load-Date: November 4, 2013

Baby droht Abschiebung ASYL Fünfköpfige Familie soll ungeachtet des Winters in das Kosovo abgeschoben werden

End of Document

Einkauf nicht für alle; DISKRIMINIERUNG In einem Supermarkt in Bramsche-Hesepe sind Nicht-EU-Bürger ungern gesehen. Wachmänner wurden anscheinend angewiesen, Flüchtlinge nicht reinzulassen

taz, die tageszeitung

Freitag 23. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 22

Length: 467 words

Byline: CARSTEN BISPING

Highlight: DISKRIMINIERUNG In einem Supermarkt in Bramsche-Hesepe sind Nicht-EU-Bürger ungern gesehen. Wachmänner wurden anscheinend angewiesen, **Flüchtlinge** nicht reinzulassen

Body

VON CARSTEN BISPING

Neuerdings hängt ein Schild am Eingang des Bramscher Thomas-Philipps-Markt. Die Aufschrift lautet EU-Bürger sind herzlich Willkommen. Davor stehen zwei Wachleute, die seit elf Tagen Ein- und Austritt überwachen. Über ihr Dasein geben sie der Presse bisher wenig Auskunft, es sei in Vergangenheit vermehrt zu Diebstählen gekommen, sagen sie nur. Auch ihr Arbeitgeber, eine Sicherheitsfirma, möchte der Presse keine Auskunft geben.

Direkt neben dem Supermarkt befindet sich ein Flüchtlingslager. Etwa 600 Asylbewerber leben hier und warten auf ihre Anerkennung. Conrad Bramm, Leiter des Flüchtlingslagers, sprach mit der Sicherheitsfirma und erklärte: Sie sollen den Flüchtlingen des Asylbewerberheims den Einlass verwehren, da es in der Vergangenheit gehäuft zu Diebstählen kam. Nach Aussagen der Polizei Bramsche sei dies aber nicht der Fall, die Zahl der angezeigten Diebstähle beim Thomas-Philipps-Markt bleibe konstant, so ein Pressesprecher. Darauf sprach Bramm laut eigenen Aussagen mit dem Leiter des Supermarkts, der ihm sagte, dass kaum angezeigt werde, da dies verwaltungstechnisch zu aufwändig sei und zu keinen Ergebnissen führe.

Der Hamburger Rechtsanwalt Jens Waßmann sieht in der ganzen Sache eine klare Verfassungswidrigkeit. Das volle Hausrecht des Supermarkt-Eigentümers wird durch die öffentliche Funktion des Supermarkts eingeschränkt. Er richtet sich mit seinen Waren an alle Menschen gleichermaßen. Das Antidiskriminierungsgesetz muss hier also beachtet werden, sagt Waßmann. Verweise und Kontrollen auf Grundlage des bloßen Verdachts und Vorurteils sind rechtswidrig.

Filiz Polat, Sprecherin für Migration und Flüchtlinge der niedersächsischen Grünen, steht im Kontakt mit Bramm. Es muss einen Kläger geben, der davon betroffen ist, um das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Anschlag zu bringen, sagt Polat. Bisher habe aber noch kein Asylbewerber über die Kontrollen am Supermarkt ausgesagt.

Einkauf nicht für alle DISKRIMINIERUNG In einem Supermarkt in Bramsche-Hesepe sind Nicht-EU-Bürger ungern gesehen. Wachmänner wurden anscheinend angewiesen, Flü....

Als Asylbewerber in der Hoffnung auf eine deutsche Staatsbürgerschaft zu klagen, so Polat weiter, sei nun mal schwierig. Sie war vor Ort und hat mit Anwohnern gesprochen, die am Supermarkt standen. Ich bin vor Wochen einkaufen gewesen, das Packvolk, was hier rumhing' ich wollt' schon gar nicht mehr hier her , äußerte sich ein Bürger vor laufender Kamera des NDR. Polat schockiert das: Ich finde es schockierend und beschämend, dass nicht einmal ein Bewusstsein in der Bevölkerung vorherrscht, dass das hier Rassismus ist.

Maren Kaminski, Landessprecherin der Linken in Niedersachsen, kaufte früher selbst beim Supermarkt ein. Bramsche ist SPD-nahe, aber drumherum sind viele CDU-Flicker, oft schwärzer als in Bayern. Dennoch wundert mich das , sagt sie. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) hat das Hausverbot als beschämend bezeichnet.

Load-Date: August 22, 2013

End of Document

1.000 gegen Rassismus; ASYL Linke Gruppen erinnern an Aushöhlung des Asyls und Solingen-Anschlag

taz, die tageszeitung

Montag 27. Mai 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 339 words

Byline: PETER NOWAK

Highlight: ASYL Linke Gruppen erinnern an Aushöhlung des Asyls und Solingen-Anschlag

Body

Die angekündigte Riesendemo in Berlin hat nicht stattgefunden. Mit diesen Slogans hatte das antirassistische Bündnis Fight Racism now! für eine Demonstration geworben, mit der an den 20. Jahrestag der Einschränkung des Asylrechts erinnert werden sollte. Ebenso an den drei Tage später verübten Brandanschlag von Neonazis auf ein von MigrantInnen bewohntes Haus in Solingen, bei dem fünf Menschen starben. Am Samstag fanden sich nun bei strömendem Regen knapp 1.000 Menschen am verlegten Auftaktort in der Wilhelmstraße ein.

Den geplante Auftakt am Mahnmal für die ermordeten Roma hatte die Polizei wegen der Nähe zur Fanmeile des Champions-League-Finale abgelehnt. Bündnissprecher Felix Jourdan fand dies irritierend, kritisierte gegenüber der taz aber vor allem, dass der deutsche Staat für ermordete Roma ein Mahnmal baut und gleichzeitig aktuell verfolgte Roma stigmatisiert und abschiebt. Auch in Redebeiträgen und auf Transparenten wurden Zusammenhänge zwischen dem Rassismus rechter Gruppierungen und der staatlichen Politik thematisiert. Jede Partei hat die Sozialchauvinisten, die sie verdient, lautete etwa die Parole unter dem Konterfei des wegen seiner rassistischen Thesen umstrittenen SPD-Mitglieds Thilo Sarrazin.

An der Spitze der Demonstration gingen Flüchtlinge, die seit September vorigen Jahres in einem Camp am Oranienplatz ihre vollständige Bewegungsfreiheit und die Abschaffung aller Lager fordern. Die wegen des Dauerregens verkürzte Demonstration endete an diesem Camp mit einem witterungsbedingt nur mäßig besuchten Abschlusskonzert.

Viele DemoteilnehmerInnen waren mit Bussen aus verschiedenen westdeutschen Städten angereist. Vor allem das antinationale Ums-Ganze-Bündnis hatte bundesweit nach Berlin mobilisiert und stellte mit einem eigenen Block etwa ein Drittel der DemoteilnehmerInnen. Mit Parolen wie Deutschland ein falscher Gedanke, keine Grenzen, keine Schranken oder Gegen jeden Antisemitismus wandten sich die AktivistInnen gegen jeden positiven Bezug auf Staat und Nation. PETER NOWAK

1.000 gegen Rassismus ASYL Linke Gruppen erinnern an Aushöhlung des Asyls und Solingen -Anschlag

Load-Date: May 26, 2013

End of Document

Wie Deutsche, fast; GEFLÜCHTETE Auch Bremen diskriminiert weniger: Ab dem 1. September zahlt die Stadt Asylbewerbern fast so viel wie Deutschen und setzt ein Verfassungsgerichts-Urteil um

taz, die tageszeitung

Mittwoch 01. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 20

Length: 557 words

Byline: JEAN-PHILIPP BAECK

Highlight: GEFLÜCHTETE Auch Bremen diskriminiert weniger: Ab dem 1. September zahlt die Stadt Asylbewerbern fast so viel wie Deutschen und setzt ein Verfassungsgerichts-Urteil um

Body

VON JEAN-PHILIPP BAECK

Ab dem ersten September bekommen Flüchtlinge in Bremen mehr Geld. Damit wird ein Urteil des Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Bremen umgesetzt. Das entschied bereits Mitte Juli, dass AsylbewerberInnen nicht weniger Geld bekommen dürfen als Deutsche. 19 Jahren lang war das der Fall.

Noch zwei Wochen nach dem Urteil erhielten Flüchtlinge in Bremen Bescheide, in denen ihnen weiterhin weniger Geld zustehen sollte. Hinweise, dass dies verfassungswidrig ist, sind keineswegs freundlich aufgenommen worden, sagt Sabine Zetsche von der Flüchtlings-Initiative. Sozialzentren würden Flüchtlinge auch nicht über die neue Situation informieren.

Dabei war die Angleichung der Leistungen für Flüchtlinge auch in Bremen als lange überfällig begrüßt worden, Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) war froh, dass die Ungleichbehandlung endlich aufgehoben wurde.

Seit 1993 lebten Menschen mit Duldung oder unsicherem Aufenthaltsstatus von 225 Euro ein Drittel weniger als der Hartz-IV-Satz. Das sei mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums unvereinbar, urteilte das BVerfG. Und es legte konkrete Berechnungen vor, die unverzüglich umzusetzen sind: Für erwachsene Flüchtlinge sind das vorerst 336 Euro. Dieser Betrag soll Flüchtlingen in Bremen nun ab September überwiesen werden und die Differenz rückwirkend bis zum 1. August nachgezahlt werden, so Sozialressort-Sprecher Bernd Schneider. Alle, die gegen frühere Bescheide Rechtsmittel eingelegt hatten, bekommen eine Nachzahlung bis zum Zeitpunkt des Widerspruchs, maximal bis zum 1. Januar 2011 – so, wie es das Gericht festgelegt hat. Die Verzögerung liegt laut Sozial-Staatsrat Horst Frehe (Grüne) an Problemen in der Software-Programmierung.

Wie Deutsche, fast GEFLÜCHTETE Auch Bremen diskriminiert weniger: Ab dem 1. September zahlt die Stadt Asylbewerbern fast so viel wie Deutschen und setzt ein Ver....

Nach wie vor aber bleibt eine ungleiche Behandlung: Flüchtlingen kann weiterhin ein Großteil der Leistungen als Gutscheine ausgegeben werden. Das wird in Bremen nicht praktiziert es bedeutet einen höheren Verwaltungsaufwand kann aber jederzeit wieder eingeführt werden, wie etwa in Niedersachsen. Auch medizinisch bekommen Flüchtlinge eine schlechtere Versorgung als Deutsche: Chronische Krankheiten sind zur Behandlung nicht vorgesehen, auch keine Psychotherapie. In Bremen können Flüchtlinge sich ihren Arzt noch frei wählen, das gibt es in vielen anderen Ländern nicht , so Zetsche.

Flüchtlings-Initiativen befürchten, dass es mit einer endgültigen Neuregelung des Gesetzes wieder schlechter wird: Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hält nach Berichten des Fränkischen Tags die ungleichen Leistungen nach wie vor für richtig , die Bundessozialministerin werde die Sätze so ausrechnen, dass der Abstand zu den Hartz-IV- und Sozialhilfesätzen gewahrt bleibt . Andernfalls befürchte er noch mehr Wirtschaftsflüchtlinge . Da stehe Senatorin Stahmann klar gegen den Innenminister, so Sozialressort-Sprecher Schneider: Migrationspolitische Erwägungen dieser Art dürfen nicht das Absenken des Leistungsstandards unter das physische und soziokulturelle Existenzminimum rechtfertigen.

In Bremen beziehen knapp 1.500 Menschen Gelder nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz. Nach aktuellen, vorläufigen Berechnungen muss Bremen ihnen insgesamt 140.000 Euro im Monat mehr zahlen, aus kommunalen Mitteln.

Noch nach dem Urteil gab's für Flüchtlinge weniger Geld als für Hartz-IV-Empfänger

Load-Date: July 31, 2012

Flüchtlinge mit Kick; FUSSBALL Am Samstag spielen bei einem Turnier in Kreuzberg erstmals Flüchtlingsteams gegeneinander. Der Zugang zum Sport ist für Asylbewerber in keiner Weise selbstverständlich

taz, die tageszeitung

Samstag 22. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 43

Length: 520 words

Byline: JENS UTHOFF

Highlight: FUSSBALL Am Samstag spielen bei einem Turnier in Kreuzberg erstmals **Flüchtlingsteams** gegeneinander. Der Zugang zum Sport ist für **Asylbewerber** in keiner Weise selbstverständlich

Body

VON JENS UTHOFF

Das Außenband ist es. Iman* fasst sich immer mal wieder ans Knie. Er ist verletzt, kann zurzeit nicht zwischen den Pfosten stehen. In seiner Heimat, dem Iran, war er Profifußballer. Im Jahr 2010 verließ er sein Land. Zuvor war er vom Islam zu den Zarathustriern konvertiert, einer kleinen, eher im zentralasiatischen Raum angesiedelten Religionsgemeinde.

Von da an war ein Leben im Iran für mich nicht mehr denkbar, sagt der 27-Jährige. Der Staat ist gegenüber religiösen Minderheiten skrupellos. Für den Torwart bedeutete der Wechsel der Religion, dass sich seine Familie sein Vater ist iranischer General von ihm abwandte und dass er diskriminiert wurde.

Man könnte meinen, jemand wie Iman, der seit 16 Monaten in Berlin lebt und dessen Asylverfahren läuft, habe anderes im Kopf als Fußball. Die Champions ohne Grenzen, sein Kreuzberger Fußballteam, waren dennoch ein Glücksfall für ihn, sagt er. Ich habe viele Leute über den Fußball kennengelernt, die mir zum Beispiel helfen, die Sprache zu lernen oder Briefe zu verstehen.

Am heutigen Samstag findet erstmals ein Turnier statt, bei dem Flüchtlingsteams im Mittelpunkt stehen. Die Champions ohne Grenzen sind Mitveranstalter des Kick out Racism Cup im Wrangelkiez. In erster Linie wollen wir Spaß haben, sagt Carolin Gaffron, Trainerin des Teams, aber wir wollen auch Aufmerksamkeit schaffen für die Situation der Flüchtlinge hier. Die Leute haben einfach krasse Schicksale. Dem medial verzerrten Bild, das von Asylbewerbern bisweilen gezeichnet wird, wolle man entgegentreten.

Zugang zum Sport ist dabei für Flüchtlinge nicht selbstverständlich. Während der Berliner Fußball zwar migrantisch geprägt ist, sind die Hürden für neu ankommende Flüchtlinge oft zu hoch. Sie können die Sprache nicht, sie

Flüchtlinge mit Kick FUSSBALL Am Samstag spielen bei einem Turnier in Kreuzberg erstmals Flüchtlingsteams gegeneinander. Der Zugang zum Sport ist für Asylbewerb....

kommen gar nicht auf die Idee, hier in einen Sportverein zu gehen , sagt Carolin. Erst mal stünden bei Sprachkurse, Anwalts- und Amtstermine auf dem Programm, Kontakt zu den Einheimischen gebe es kaum und den Vereinen fehle es an Verständnis für die Situation der Flüchtlinge.

Iman sitzt mit Trainerin Carolin und Jacob, seinem afghanischen Mitspieler bei Champions ohne Grenzen, im Garten eines Flüchtlingswohnheims in Kreuzberg. Sie reden darüber, wie sich Iman gleich beim ersten Training den Daumen brach. Wäre er nicht dauernd verletzt, würde er nun zudem in einer regulären Hansa-Mannschaft spielen.

Mit dem Team fahren die drei im Juli für einige Tage zu einem Turnier nach Rügen wenn sie denn die Verlassenserlaubnis bekommen, denn auch für Jakob und Iman gilt die Residenzpflicht. Sowohl Iman als auch Jacob besitzen derzeit Aufenthaltsgestattungen bis Dezember 2013.

Iman würde irgendwann gerne nach Teheran zurückkehren. Ob er Hoffnung hat für die Zeit nach dem Präsidentschaftswechsel? Nein, da mache ich mir keine Illusionen , sagt er. Er glaubt nicht, dass sich mit dem neuen Präsidenten Hassan Ruhani viel ändern wird, sondern hofft auf einen echten Regimewechsel. So lange wird Iman in Berlin trainieren wenn sein Außenband es zulässt.

*Auf Wunsch der beiden Flüchtlinge werden sie im Text nur mit Vornamen genannt.

Load-Date: June 21, 2013

Monokulturelle Beiräte; Bürgerbeteiligung Der Senat weiß nicht, wie viele Stadtteilpolitiker Migrationshintergrund haben. Die taz schätzt: drei Prozent. Der Bevölkerungsanteil ist aber drei Mal so hoch

taz, die tageszeitung

Mittwoch 17. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 24

Length: 569 words

Byline: EIKEN BRUHN

Highlight: Bürgerbeteiligung Der Senat weiß nicht, wie viele Stadtteilpolitiker Migrationshintergrund haben. Die taz schätzt: drei Prozent. Der Bevölkerungsanteil ist aber drei Mal so hoch

Body

VON EIKEN BRUHN

Wie viele Menschen in den Bremer Beiräten haben Migrationserfahrung? Das wollte die SPD vom Senat wissen. Dessen Antwort: Keine Ahnung, schließlich sei der mögliche Migrationshintergrund bei der Aufstellung als Beiratskandidat kein Kriterium. Er weiß aber, dass in den 22 Kommunalparlamenten 327 Beiratsmitglieder sitzen.

Also: Es gibt sechs Beiräte, in denen je eine Person mit ausländisch klingendem Namen sitzt – fast immer türkisch oder kurdisch. Dies sind: Osterholz, Östliche Vorstadt, Woltmershausen, Neustadt, Vegesack, Findorff. In der Vahr und in Gröpelingen sind es sogar jeweils zwei.

Die Linke hat dabei die beste Quote: Sie stellt nur 22 aller Bremer Beiratsmitglieder, vier von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Die SPD, die 123 Mitglieder in die Stadtteilparlamente entsendet, kommt ebenfalls auf vier. Die Grünen bringen es auf zwei von 77. Die CDU hat 85 Beiräte über die Stadt verteilt, keiner hat einen Migrationshintergrund. Wir haben Nachholbedarf, räumt der Sprecher der Bremer CDU, Gunnar Meister, ein.

Dass die Beiräte von Schwachhausen oder Borgfeld monokulturell sind, erstaunt nicht. Aber warum fehlen MigrantInnen in denen von Walle und Hemelingen, wo der Migrantenteil etwas höher ist als der Bremer Durchschnitt von 28 Prozent?

Das kann ich Ihnen nicht sagen, sagt Wolfgang Golinski (SPD), Beiratssprecher in Walle. Wahrscheinlich, glaubt er, müssten die Parteien mehr Werbung machen. Da steckt kein böser Wille dahinter, aber wenn das Interesse fehlt, sich zu beteiligen, können wir nichts machen.

Ganz so einfach sei es nicht, sagt seine Partei-Genossin, Valentina Tuchel, die als Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft die Anfrage an den Senat gestellt hat. Man müsse sehr gezielt Leute ansprechen. Am besten solche,

Monokulturelle Beiräte Bürgerbeteiligung Der Senat weiß nicht, wie viele Stadtteilpolitiker Migrationshintergrund haben. Die taz schätzt: drei Prozent. Der Bevö....

die viele Kontakte in die migrantischen Gemeinschaften haben und als Multiplikatoren wirken können. Und Rückmeldung geben können, warum die Beiratsarbeit nicht attraktiv erscheint und ob überhaupt bekannt ist, was die Stadtteilparlamente bewirken können.

Anders als der Senat hält Tuchel den Migrationshintergrund für ein wichtiges Kriterium: um Vorurteilen entgegenzuwirken. Das sei auch ihr Vorhaben gewesen, als sie anfang, sich zu engagieren, erzählt sie. Mitte der 90er-Jahre ist Tuchel aus Russland eingewandert, 2005 mit 40 Jahren in die SPD eingetreten, von 2007 bis 2011 war sie Mitglied im Beirat Vahr. Sie wollte nicht mehr zuhören, wenn schlecht über Ausländer geredet wurde. Ängste haben Menschen vor dem Fremden, deshalb muss man auf sie zugehen. Ihr zweites Motiv: Dass nicht an den Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen vorbei geplant wird.

Eigentlich befinden wir uns im kommunalpolitischen Blindflug , sagt Ullrich Höft, Leiter des Ortsamts Hemelingen. Er kenne zwar viele, die sich vor Ort in Projekten engagieren, aber offenbar würden die Parteien noch zu wenig unternehmen, um migrantische Beiräte zu gewinnen. Und dann gebe es noch die Durchstarter , wie er sie nennt, die direkt in der Bürgerschaft landen.

Interessant ist, dass im Beirat Hemelingen zwar keine ehemaligen Flüchtlinge sitzen, dieser aber anders als sein Vegesacker Pendant der Errichtung von Modulbauten für 120 Flüchtlinge zugestimmt hat. Genau wie in Vegesack gibt es bereits ein Flüchtlingsheim. Das hat aber nicht wie dort 60 Bewohner, sondern 250.

Wir befinden uns im kommunalpolitischen Blindflug

Ullrich Höft, Ortsamt Hemelingen

Load-Date: July 16, 2013

Im Wald, weit weg von uns; ASYL Seit Jahren ist die Flüchtlingsunterkunft in Althüttendorf in Verruf. Vor einigen Wochen ist dort ein Mann gestorben - offenbar ist er aus Verzweiflung durchgedreht. Zu einem Umdenken bei den Verantwortlichen führt der tragische Tod jedoch nicht

taz, die tageszeitung

Samstag 02. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 51

Length: 1403 words

Byline: SUSANNE MEMARNIA

Highlight: ASYL Seit Jahren ist die Flüchtlingsunterkunft in Althüttendorf in Verruf. Vor einigen Wochen ist dort ein Mann gestorben - offenbar ist er aus Verzweiflung durchgedreht. Zu einem Umdenken bei den Verantwortlichen führt der tragische Tod jedoch nicht

Body

VON SUSANNE MEMARNIA

Viel Wald gibt es um Althüttendorf. Bäume, so weit das Auge reicht. Ein paar Einfamilienhäuser, eine Dorfschenke, eine schicke Villa namens Daheim. Ihr gegenüber zweigt ein Feldweg von der Bundesstraße ab. Zwischen Bäumen stehen eingezäunt ein halbes Dutzend Baracken - die Gemeinschaftsunterkunft Althüttendorf. Hier in der brandenburgischen Abgeschiedenheit, knapp 20 Kilometer von Eberswalde entfernt, lebte Bernhard Mwanzia aus Kenia. Und irgendwo in diesem Wald starb der 28-Jährige.

Seine Leiche wurde am 8. Dezember gefunden, zehn Tage nach dem Verschwinden des jungen Mannes. Die Obduktion ergab: Erfrieren als Todesursache, Hinweise auf Fremdeinwirkung wurden nicht gefunden. Es gab damals eine kurze Meldung in der Märkischen Oderzeitung, der zuständige Barnimer Landrat Bodo Ihrke (SPD) äußerte sein Bedauern. Die Polizei untersucht derzeit noch, ob Mwanzia Drogen genommen hat. Aber im Prinzip ist der Fall abgeschlossen. Ein junger Mann ist erfroren. Nur warum? Und: Hätte man das verhindern können?

Für Ahmed Abdullah Hasan ist der Fall klar. Er ist einer von 100 Flüchtlings, die derzeit in der Gemeinschaftsunterkunft (GU) leben. Mwanzia ging es schlecht, weil er schon einige Jahre hier lebte. Er wollte sich töten, sagt der Somalier. In jener Nacht Ende November sei Mwanzia ausgerastet, habe seine Sachen aus dem Zimmer in den Flur geschmissen und geschrien, das habe alles keinen Sinn mehr. Dann ist er rausgelaufen in den Wald, nur mit einem Hemd bekleidet, fast nackt, erzählt der 46-Jährige.

Dass ein Flüchtling sterben will, weil er das Leben im Lager, die Perspektivlosigkeit, die Unsicherheit nicht mehr aushält: Für die anderen Flüchtlinge ist das nicht verwunderlich. Auch Hasan erzählt von Depressionen und

Im Wald, weit weg von uns ASYL Seit Jahren ist die Flüchtlingsunterkunft in Althüttendorf in Verruf. Vor einigen Wochen ist dort ein Mann gestorben - offenbar i....

Selbstmordgedanken. Seit zehn Monaten sei er in Althüttendorf und wisse nicht, wie es weitergeht. Der schwerkranke Mann seit einer Schussverletzung hat er einen künstlichen Darmausgang und ständige Schmerzen in Unterleib und Beinen wohnt mit zwei anderen Männern auf knapp 20 Quadratmetern. Dabei bräuchte er mit seiner Krankheit eigentlich etwas Intimsphäre: Manchmal riecht es streng oder macht peinliche Geräusche, sagt er und zeigt in Richtung des Beutels unter seinem Hemd.

In den 1930ern erbaut

Umstritten ist die GU Althüttendorf seit ihrer Einrichtung als Flüchtlingsunterkunft Mitte der 1990er Jahre. Die schon in den 30er Jahren erbaute Feriensiedlung sieht so alt aus, wie sie ist. Mehrere Einzimmerhäuschen aus dünnem Holz gruppieren sich um zwei lange Haupthäuser, die durch einen überdachten Gang verbunden sind. Wer von seiner Baracke zu den Sanitäranlagen oder der Gemeinschaftsküche im vorderen Haupthaus will, läuft je nach Witterung durch Schnee und Matsch. Für Einkäufe, Arzt- oder Ämterbesuche und Sprachkurse müssen die Bewohner mit dem Zug nach Eberswalde fahren.

Eine Schande für den Landkreis ist das Heim, sagt Péter Vida, Vorsitzender des Barnimer Beirats für Migration und Integration. Dass manche Menschen dort jahrelang leben müssen, ist ein Skandal. Der Tod Mwanzias sei zweifelsohne das Ergebnis einer unwürdigen Behandlung und seiner daraus resultierenden psychischen Verfassung. Bea Spreng, Pfarrerin im benachbarten Joachimsthal und Mitglied des Heimbeirats, geht noch weiter und spricht ausdrücklich von einem suizidalen Vorgang. Die Probleme in Althüttendorf seien bekannt: Das Haus sei baulich ungeeignet, zu abgelegen und die Betreuer vor Ort Heimleitung, Sozialarbeiter, Beirat mit den psychischen Schwierigkeiten der Bewohner überfordert.

Der Flüchtlingsrat Brandenburg fordert schon seit Jahren die Schließung von Dschungelheimen wie Althüttendorf. Die rot-rote Landesregierung spricht viel von Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen, sagt Simone Tetzlaff vom Flüchtlingsrat. Aber ihre Taten sprechen eine andere Sprache. Zwar habe die Regierung selbst im Januar 2012 festgestellt, dass Gemeinschaftsunterkünfte außerhalb von Ortschaften also wie die GU Althüttendorf aus integrations- und sozialpolitischer Sicht geschlossen werden müssten. Geschehen sei jedoch nichts.

Anfang des Jahres sei allerdings die landesweite Vorgabe, nach der jedem Flüchtling nur sechs Quadratmeter Wohnfläche zugestanden wird, um ein weiteres Jahr verlängert worden. Mit dieser Vorgabe werden die Heime bis in die hinterletzte Ecke mit Menschen vollgestopft, auch in Gebäudebereichen, die etwa in Althüttendorf gar nicht mehr belegt werden sollten. Die Zustände dort widersprechen menschenrechtlichen Standards, sagt Tetzlaff.

Schlechte Bedingungen

Auch Landrat Ihrke weiß, dass die Bedingungen in Althüttendorf nicht ideal sind, wie sein Sprecher Oliver Köhler erklärt. Von menschenunwürdigen Zuständen möchte er trotzdem nicht reden. Althüttendorf werde vom Landesamt für Soziales und Versorgung regelmäßig überprüft, die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbedingungen würden eingehalten.

Die sind allerdings denkbar gering: Es gibt eine Küche mit drei Herden für 100 Menschen, keine Aufenthaltsmöglichkeiten außer einem Raum mit zwei Computern, keine Spiele, Bücher oder sonst etwas zu tun. Ahmed Abdullah Hasan hat verstanden, was das bedeutet: dass er und die anderen Flüchtlinge hier nicht willkommen sind. Ich habe erwartet, hier gut und freundlich behandelt zu werden, aber das Gegenteil ist der Fall, sagt er während einer kurzen Führung über das Gelände, bei der er zeigen will, wie weit der Weg für manche Bewohner bis zu den Waschräumen ist. Im Flur kommt eine Mitarbeiterin des Heims ihm und der Reporterin entgegen. Ahmed, du weißt doch, dass du Besuch anmelden musst, weist sie Hasan zurecht.

Eigentlich dürfe es so etwas wie Althüttendorf gar nicht geben, sagt Pfarrerin Bea Spreng. Zumal die Menschen dort in einer psychisch sehr schwierigen Lage seien. Es gibt wahnsinnige Ängste und Schwersttraumatisierte. Dafür fehlt die psychologische Betreuung. Das sieht auch die Migrationsbeauftragte des Landkreises, Marieta Böttger. Als Reaktion auf den Todesfall habe der Kreis daher beschlossen, künftig einmal im Monat einen Psychologen und einen Amtsarzt in die GU zu schicken. Aber ob man den Tod Mwanzias hätte verhindern können?

Im Wald, weit weg von uns ASYL Seit Jahren ist die Flüchtlingsunterkunft in Althüttendorf in Verruf. Vor einigen Wochen ist dort ein Mann gestorben - offenbar i....

Böttger bezweifelt es. Ich kannte ihn schon sehr lange. Er passte eigentlich nicht ins Schema. Er hatte inzwischen eine Aufenthaltserlaubnis und war auf Wohnungssuche.

Genau das war möglicherweise das Problem: Geeignete Wohnungen scheinen Mangelware im Landkreis zu sein. Man wolle ja mehr Flüchtlinge aus Althüttendorf in Wohnungen unterbringen, weil man sich der Lage im Heim bewusst sei, sagt Köhler, der Sprecher des Landrats. Aber man fände leider immer weniger bezahlbare Wohnungen, viele Vermieter wollten die Flüchtlinge nicht. Gerade alleinstehende Männer sind schwierig zu vermitteln, erklärt er.

Keine Wohnungen

Péter Vida vom Migrationsbeirat sagt dagegen, es sei Blödsinn, dass es keinen kommunalen Wohnraum gebe die Bürgermeister müssten sich nur einen Ruck geben. Unbestritten ist, dass sich der Kreis etwas einfallen lassen muss, denn die Flüchtlingszahlen steigen: Bisher hatte Barnim 100 Asylbewerber in Althüttendorf und 65 weitere in Wohnungen, vor allem in Bernau und Eberswalde, untergebracht. Seit dem Herbst wurden dem Kreis weitere 94 Menschen vom Land zugewiesen. Anfang dieses Jahres wurde daher eine zweite Gemeinschaftsunterkunft eröffnet: in einem ehemaligen Internat in Wandlitz sind nun ebenfalls 50 Flüchtlinge untergebracht.

Für Vida ist das die falsche Strategie. Wenn so ein Heim einmal eingerichtet ist, dann bleibt es auf Jahre, befürchtet er. Wir müssen die Leute unterstützen in der Entwicklung eines freien Lebenswandels. Dazu gehören Wohnungen.

Für Hasans Nachbar im Zimmer gegenüber muss das wie Hohn klingen. Seit zwei Jahren lebt der junge Mann aus Sierra Leone, der seinen Namen nicht nennen will, in Althüttendorf. Das System weiß von Orten wie diesen, aber man tut nichts, um das zu ändern, sagt er und blickt starr auf den flimmernden Fernseher. Seit zwölf Jahren ist er in Deutschland und hat immer in Heimen gewohnt. Sie sagen, ich soll mir eine Wohnung in Eberswalde suchen, aber dort bekomme ich nichts. Auch einen Vollzeitjob, der ihn von staatlicher Hilfe unabhängig macht, könne er nicht finden. Deswegen bekommt er immer nur kurzfristige Aufenthaltserlaubnisse die ihm die Jobsuche noch mehr erschweren. Inzwischen weiß er nicht mehr, was er tun soll. Es ändert sich sowieso nichts.

Load-Date: March 1, 2013

Warnungen vor Hetze gegen Flüchtlinge; ASYL Das Flüchtlingslager in Bramsche laufe über, weil Menschen nach Deutschland strömen, seit ihnen mehr Taschengeld zusteht, klagt die Leitung. Niedersachsens Flüchtlingsrat und Grüne fürchten, das sei Wahlkampf

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. September 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 21

Length: 674 words

Byline: TERESA HAVLICEK

Highlight: ASYL Das Flüchtlingslager in Bramsche laufe über, weil Menschen nach Deutschland strömen, seit ihnen mehr Taschengeld zusteht, klagt die Leitung. Niedersachsens Flüchtlingsrat und Grüne fürchten, das sei Wahlkampf

Body

VON TERESA HAVLICEK

Vor einer Kampagne gegen Flüchtlinge warnen Niedersachsens Landtagsgrüne und der Flüchtlingsrat. Anlass sind Medienberichte, in denen die Leitung des Flüchtlingslagers in Bramsche bei Osnabrück einen regelrechten Asylbewerberansturm beklagt. Voll bis Oberkante Unterlippe sei sein Lager, zitiert etwa die Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) Conrad Bramm, Leiter des Bramscher Standorts der Zentralen Aufnahmebehörde des Landes Niedersachsen.

Die 600 Plätze seien belegt, nun erwäge man, Container aufzustellen und so 200 weitere Plätze zu schaffen. Eine Begründung für die vermeintlichen Flüchtlingsströme liefert Bramm gleich mit: Das erhöhte Taschengeld, das AsylbewerberInnen seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Juli zusteht, habe einen starken Pull-Effekt. 134 statt 40 Euro steht Flüchtlingen seitdem monatlich zur freien Verfügung zu. In Bramsche hat die Erhöhung laut Bramm für beinahe tumultartige Szenen gesorgt: Wegen des großen Gedränges begleite die Auszahlung ein Sicherheitsdienst.

Die Grünen-Migrationspolitikerin Filiz Polat zeigt sich irritiert über derlei Berichte. Formulierungen wie Flüchtlingsströme und Pull-Effekte begünstigten die Propaganda von Rechtspopulisten, warnt sie. Von der Leitung einer Landesaufnahmestelle für Asylbewerber erwarte sie, dass sie sachlich und nicht mit Halbwahrheiten in der Öffentlichkeit agiert. Der Vorsitzende des Flüchtlingsrats, Norbert Grehl-Schmitt, spricht von einer unglaublichen Entgleisung Bramms. Nach der Erhöhung des Asylbewerber-Taschengeldes Sozialtourismus zu unterstellen, weist er als abstrus zurück: Menschen verließen nicht wegen 134 Euro, sondern wegen katastrophaler Lebensbedingungen ihre Heimat.

Warnungen vor Hetze gegen Flüchtlinge ASYL Das Flüchtlingslager in Bramsche laufe über, weil Menschen nach Deutschland strömen, seit ihnen mehr Taschengeld zust....

Zwar sei die Zahl der Menschen, die im August also nach der Erhöhung nach Deutschland geflohen sind, um 741 gestiegen, sagt er. Niedersachsen musste entsprechend dem Königsteiner Schlüssel im August etwa 70 Personen mehr als im Juli unterbringen. Eine moderate Steigerung, wie Grehl-Schmitt betont, kein Grund, einen Notstand herbeizureden.

Auch aus Bramsche selbst kommt Kritik an den Schilderungen der Lager-Leitung. Das können wir so nicht unterschreiben, sagt etwa Stephan Kreftsiek vom Caritasverband Osnabrück und Koordinator des Arbeitsmarktpjekts Netwin, das Flüchtlinge im Lager berät. Auch die Fluchtgründe seien dort immer wieder Thema die Taschengelderhöhung wird allerdings nicht genannt, sagt Kreftsiek.

Grüne und Flüchtlingsrat fragen sich vielmehr, ob die Lagerleitung in Eigenregie oder in Abstimmung mit der schwarz-gelben Landesregierung in die Öffentlichkeit gegangen ist. Flüchtlingsrats-Chef Grehl-Schmitt befürchtet, sie könnte der ausländerpolitische Wahlkampfauftritt vor der Landtagswahl im Januar sein. Auch Polat von den Grünen sorgt sich vor einem Wahlkampf auf Kosten von Asylbewerbern und fordert Aufklärung von Innenminister Uwe Schünemann (CDU). In einer Anfrage will sie wissen, was die Landesregierung über illegale Beschäftigung und Menschenhandel in Bramsche weiß. Denn auch darüber lässt sich Bramm in der NOZ aus und berichtet von Fällen, in denen Schleusern 12.000 Euro gezahlt wurden, die die Betroffenen nun durch illegale Beschäftigung abarbeiten. Für den Flüchtlingsrat sind das Hinweise auf Organisierte Kriminalität, die Bramm dringend anzeigen müsse.

Bramm selbst war am Dienstag für die taz nicht zu erreichen. Vor ihn stellt sich allerdings der FDP-Innenpolitiker Jan-Christoph Oetjen. Der nennt die Äußerungen des Lagerleiters zugleich Chef der FDP in Bramsche Sachdarstellungen. Mit Wahlkampf oder Rechtspopulismus hätten sie nichts zu tun. Bramm gehe es nicht um den Zustand unserer Gesellschaft, sondern den in der Landesaufnahmestelle Bramsche, sagt Oetjen.

Dass die Taschengelderhöhung eine Anreizwirkung auf Flüchtlinge ausübe, sei aber eine ökonomische Selbstverständlichkeit, heißt es aus der FDP, die gerade erst verkündet hat, sich für die Wahl stärker vom Koalitionspartner CDU abgrenzen zu wollen vor allem beim Thema Ausländerpolitik.

Load-Date: September 18, 2012

"Flüchtlinge sind Akteure"; Diskussion über Klimawandel und -flüchtlinge HEUTE IN HAMBURG

taz, die tageszeitung

Mittwoch 06. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 293 words

Byline: SMW

Highlight: Diskussion über Klimawandel und -flüchtlinge

Body

taz: Herr Scheffran, wie wirkt sich der Klimawandel aus?

Jürgen Scheffran: Die Folgen unterscheiden sich regional stark. Konkret geht es um die Zunahme von Dürren und Stürmen und den Anstieg des Meeresspiegels. Das kann zu Migration führen.

Und die Flüchtlinge kommen dann alle nach Westeuropa?

Das kann man so nicht sagen. Der Klimawandel ist zwar bereits im Gange, aber es gibt Anpassungsmöglichkeiten. Kommt der Wandel aber, dann ist es wichtig, die Flüchtlinge nicht als Bedrohung wahrzunehmen. Sie sind auch nicht nur Opfer, sondern handelnde Akteure, die Netzwerke bauen. Die Geflüchteten arbeiten und unterstützen oft ihre Familie im Herkunftsland mit dem verdienten Geld. Deren persönliches Überleben kann so besser gesichert werden.

Profitieren nur Herkunftsländer von der Migration?

Nein, die Industrienationen erhalten ja das Wissen und die Arbeitskraft der Migranten. Ohnehin werden die demographisch schrumpfenden westlichen Länder in Zukunft Zuwanderer brauchen. Wichtig ist eine konstruktive Migrationspolitik, die auf Zusammenarbeit setzt. Erfahrungen mit Co-Development gibt es etwa zwischen Frankreich und einigen afrikanischen Staaten. Politisch sollte nicht die Bekämpfung von Symptomen angestrebt werden, sondern die Abwendung des Klimawandels.

Aber ist es dafür nicht zu spät?

Mildern kann man ihn schon. Zukünftig müssen Emissionen gesenkt werden. Bleiben wir auf dem bestehenden Pfad, dann wird das Leben und Überleben in vielen Regionen in Zukunft sehr viel schwieriger. INTERVIEW: SMW

"Flüchtlinge sind Akteure" Diskussion über Klimawandel und -flüchtlinge HEUTE IN HAMBURG

Diskussion Klimawandel und Flucht mit Jürgen Scheffran, Peter Wahl (World Economy, Ecology & Development), Dorothee Braun (Rat für nachhaltige Entwicklung) und Ska Keller (Die Grünen, MdEP): 18 22 Uhr, Stadtteilschule St. Pauli, Bernhard-Nocht-Straße 12

Load-Date: June 7, 2012

End of Document

Hilfe ist nicht im Budget; FLÜCHTLINGE | Für die Unterbringung von Asylbewerbern zahlt Niedersachsen den Kommunen zu wenig Geld, die verzichten daher auf Sozialarbeiter. Auch Osnabrücks neue Sammelunterkunft stellt wohl keine Helfer ein

taz, die tageszeitung

Montag 10. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 21

Length: 618 words

Byline: KRISTIANA LUDWIG

Highlight: **FLÜCHTLINGE** | Für die Unterbringung von **Asylbewerbern** zahlt Niedersachsen den Kommunen zu wenig Geld, die verzichten daher auf Sozialarbeiter. Auch Osnabrücks neue Sammelunterkunft stellt wohl keine Helfer ein

Body

VON KRISTIANA LUDWIG

In Osnabrück entsteht ein neues **Flüchtlingsheim**. Eine Sammelunterkunft an einer viel befahrenen Straße mit Wohnungen für Alleinstehende und Familien, jeweils 60 bis 100 Quadratmeter groß. Wie viele Menschen hier künftig leben sollen, könne die Stadt noch nicht sagen, heißt es auf taz-Anfrage. Klar ist, dass die **Flüchtlinge** dort bleiben, bis über ihren **Asylantrag** entschieden wird. Das kann Jahre dauern.

Das Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge, Exil e.V., kritisiert den Plan der Stadt. Das führt zur Ghetto-Bildung, sagt der Vorsitzende Andreas Neuhoff. Denn Sozialarbeiter wird es in dem neuen Heim nicht geben, die stehen schon lange nicht mehr im Landesbudget. Wenn die Stadt Flüchtlinge nicht sich selbst überlassen will, müsste sie also in die eigene Kasse greifen. Für die Unterbringung von Flüchtlingen zahlt das Land Niedersachsen den Kommunen jährlich nur eine Pauschale von 4.826,10 Euro pro Person. Die ist so bemessen, dass sie eigentlich nicht reicht, sagt Neuhoff. Wenn Neuankömmlinge selbstständig in der Stadt leben würden, könnten ihnen zumindest die Nachbarn helfen, sagt Neuhoff.

4.826 Euro im Jahr, das sind 374 Euro im Monat für Unterkunft, Essen und Krankheitsleistungen und 28 Euro für Personal- und Sachkosten also soziale und rechtliche Betreuung. Viel zu wenig, sagen die kommunalen Spitzenverbände. Besonders die Arztkosten stiegen permanent an. Nach ihren Berechnungen hätten die Kommunen zwischen 2004 und 2009 für jeden Flüchtling rund 764 Euro mehr im Jahr ausgegeben. Betreuungskosten sind hier noch gar nicht enthalten.

Hilfe ist nicht im Budget FLÜCHTLINGE I Für die Unterbringung von Asylbewerbern zahlt Niedersachsen den Kommunen zu wenig Geld, die verzichten daher auf Soziala....

Das Land verteilt Asylbewerber auf die Kommunen. Das steht im Landesaufnahmegesetz. In den 90er Jahren stand dort auch noch, dass auf 75 Bewohner ein Sozialarbeiter kommen sollte, lebten noch mehr Menschen in der Einrichtung, sollte eine zweite Stelle geschaffen werden. Laut Stellenbeschreibungen musste ein Sozialarbeiter damals etwa gute Kenntnisse im Ausländer, Asyl- und Sozialhilferecht nachweisen und Englisch sprechen können. Er sollte die Flüchtlinge sowohl beim Zusammenleben verschiedener Kulturkreise unterstützen als auch bei Kontakten zur deutschen Bevölkerung und bei Behördengängen. Das Land bezahlte diese Helfer. Doch seit vor knapp zehn Jahren die Pro-Kopf-Pauschalen eingeführt wurden, ist das vorbei.

Darum können Situationen entstehen wie heute im Landkreis Peine. Dort verwaltet das umstrittene Privatunternehmen K&S Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung ein Asylbewerberheim im Dorf Groß Lafferde. Die Landtagsabgeordnete Filiz Polat (Grüne) forderte bereits vor eineinhalb Jahren, den Vertrag mit K&S nicht zu verlängern und die beengte Unterkunft zu schließen. Erfolglos. Groß Lafferde liegt rund 15 Kilometer von der nächsten Beratungsstelle für Flüchtlinge in Peine entfernt. 49 Menschen leben derzeit in dem Heim, sagt Hausverwalter Bruno Siebert. Jeder von ihnen benötige Hilfe, sagt die Leiterin des Caritas-Migrationsdienstes, Iris Stuke. Doch keiner habe Geld, zu ihr in die Beratung zu kommen. Also fahre sie hinaus, auf eigene Kosten. Denn die Mittel, die die Caritas von der Kommune bekomme, seien zu niedrig. K&S-Verwalter Siebert, der selbst auch die Beratung übernehmen soll, sagt, er verweise gern an die Caritas: Die kennen sich besser mit den Gesetzen aus.

Warum Innenminister Uwe Schünemann (CDU) die Sozialarbeit für Flüchtlinge nicht finanziert, beantwortete er bis Redaktionsschluss nicht. Auch in Osnabrück ist die Pauschale nicht auskömmlich, sagt Sozialrätin Rita Maria Rzycki. Ob sie Betreuung für die neue Unterkunft bezahlen werde? Rzycki legt sich nicht fest: Wir stellen Sozialarbeiter im erforderlichen Umfang zur Verfügung, den wir jedoch derzeit noch nicht kennen.

Load-Date: December 9, 2012

5.157 Euro für die eigene Abschiebung; FLÜCHTLINGE Bayerische Behörden schieben Ali H. in den Iran ab, dort wird er gefoltert. Erst danach wird in Deutschland sein Asylantrag anerkannt. Jetzt bittet die Stadt Erlangen den Flüchtling zur Kasse

taz, die tageszeitung

Montag 06. Februar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 07

Length: 598 words

Byline: MARLENE HALSER

Highlight: **FLÜCHTLINGE** Bayerische Behörden schieben Ali H. in den Iran ab, dort wird er gefoltert. Erst danach wird in Deutschland sein **Asylantrag** anerkannt. Jetzt bittet die Stadt Erlangen den **Flüchtling** zur Kasse

Body

ERLANGEN taz | Stolz zeigt Ali H. seinen blauen Reisepass. Ein solches Ersatzdokument erhalten all jene **Flüchtlinge**, denen Deutschland auf Basis der Genfer **Flüchtlingskonvention** Schutz vor Verfolgung in ihrem Herkunftsland gewährt. Seit 17 Jahren kämpft der 45-jährige Iraner dafür, hierbleiben zu dürfen. Am 28. Januar 2009 hat das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) ihn offiziell als **Asylsuchenden** anerkannt. Damit, so dachte Ali H., sei nun endlich alles geregelt.

Doch vor Kurzem bekam er erneut Post von der Ausländerbehörde: eine Rechnung über 5.157,50 Euro. Die Stadt Erlangen fordert Ali H. auf, die Kosten für seine Abschiebung in den Iran zu bezahlen. Für eine Abschiebung im Jahr 2007, die nun, da sein Asylantrag anerkannt wurde, ungerechtfertigt erscheint.

Am liebsten würde ich Erlangen für immer verlassen, sagt Ali H. Sein Taxi hat er vor dem Bahnhof geparkt, im Wagen spricht er offen. Zwar seien die Bedingungen in der Stadt ideal: die Arbeitslosigkeit ist niedrig, die Menschen sind freundlich. Aber die Ausländerbehörde? Ali H. schüttelt den Kopf. Das Einzige, was ihn noch in Mittelfranken halte, sei seine Adoptivmutter, wie er sagt. Eine 77-Jährige, die ihn aus Sympathie vor sieben Jahren adoptiert habe und um die er sich nun kümmere.

Als Student flüchtete Ali H. aus dem Iran. Immer wieder beantragte er Asyl, zuerst als politisch Verfolgter, später dann nachdem er zum Christentum konvertiert war als Mitglied einer verfolgten religiösen Minderheit. Erfolg hatte er nicht, obwohl er gut integriert ist und als Taxifahrer sein eigenes Geld verdient. 2007 beantragt er bei der Ausländerbehörde in Erlangen eine Reisegenehmigung nach Chemnitz. Dort muss er persönlich vorsprechen, um einen Asylfolgeantrag zu stellen. Statt ihm die Genehmigung zu erteilen, beantragt die Behörde Abschiebehaft. Es waren vier Polizisten, die nachts an meine Türe schlugen, erinnert sich Ali H. aufgebracht. Sie haben mich in Unterhosen mitgenommen. Er wird in den Iran abgeschoben und festgenommen, im Gefängnis geschlagen und

5.157 Euro für die eigene Abschiebung FLÜCHTLINGE Bayerische Behörden schieben Ali H. in den Iran ab, dort wird er gefoltert. Erst danach wird in Deutschland se....

mit dem Kopf unter Wasser getaucht. Sechs Monate später kann er fliehen und kommt zurück nach Deutschland. Nun, da er gefoltert wurde, wird sein Asylantrag anerkannt. Trotzdem soll er die Rechnung für seine Abschiebung bezahlen.

Gnadenlose Beamte

Die Behörde beruft sich auf das Aufenthaltsgesetz des Bundes. Die Kommunen sind dazu verpflichtet, Kosten einzutreiben, die dem Staat durch eine Abschiebung entstanden sind, sagt Peter Gertenbach, Sprecher der Stadt Erlangen. Nach Angaben des BAMF kann eine Abschiebung bis zu 30.000 Euro kosten, wenn dafür eigens eine Maschine gechartert wird. Dass es den Ausländerbehörden der Länder nur selten gelingt, die Kosten einzutreiben, liegt zum einen daran, dass es nur wenige abgeschobene Flüchtlinge zurück nach Deutschland schaffen. Zum anderen hätten die meisten Flüchtlinge kein Geld, so Gertenbach.

Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat kritisiert, dass Ali H. überhaupt abgeschoben wurde, und macht dafür vor allem einen Mitarbeiter der Ausländerbehörde verantwortlich. Es ist ungewöhnlich, dass jemand so gnadenlos vorgeht, sagt Thal. Geschichten wie diese gebe es in Erlangen serienmäßig. Der Mitarbeiter trifft regelmäßig Entscheidungen am rechten Rand und nutzt seinen Ermessensspielraum, um den Flüchtlingen zu schaden, so Thal.

Ali H.s Anwalt hat mittlerweile Klage gegen die Rechnung eingereicht. Die Chancen, dass der Kostenbescheid aufgehoben wird, stehen gut. Wir sehen zu, dass wir zu einer vernünftigen Lösung kommen, sagt der Sprecher der Stadt. MARLENE HALSER

Load-Date: February 5, 2012

Roma müssen draußen bleiben; ASYLPOLITIK Die Zahl der Asylbewerber aus dem Balkan ist stark gesunken. Für das Innenministerium ein Erfolg. Pro Asyl kritisiert die neuen Restriktionen

taz, die tageszeitung

Dienstag 22. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 07

Length: 641 words

Byline: Tobias Schulze

Highlight: ASYLPOLITIK Die Zahl der Asylbewerber aus dem Balkan ist stark gesunken. Für das Innenministerium ein Erfolg. Pro Asyl kritisiert die neuen Restriktionen

Body

BERLIN taz Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat sein Ziel erreicht: Im Herbst hatte er verkündet, den massiven Zustrom serbischer und mazedonischer Staatsangehöriger nach Deutschland stoppen zu wollen. Damals, im Oktober, beantragten 2.673 Serben erstmals in Deutschland Asyl. Kurz zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Asylbewerbern mehr Geld zusteht.

Die meisten Flüchtlinge aus dem westlichen Balkan hat Friedrich jetzt offenbar am Einreisen gehindert – zumindest vorerst. Im Dezember registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nur noch 302 serbische Asylbewerber. Auch der erwartete Ansturm aus Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo brach ab.

Dass die Zahl der Flüchtlinge alljährlich im Dezember sinkt, ist nichts Neues. Es sind vor allem Roma, die spätestens im Herbst in Richtung EU reisen. Rechtzeitig vor den kalten Monaten wollen sie ihren Lebensbedingungen entfliehen. Im vergangenen Dezember kamen aber so wenige Asylbewerber wie seit Jahren nicht – und das trotz Rekordzahlen im Oktober.

Warum sich zum Jahresende 2012 weniger Menschen auf den Weg machten? Insbesondere wegen der vorrangigen und zügigen Bearbeitung der Anträge, sagte Friedrich, als er die Zahlen kürzlich vorstellte. Seit Oktober waren die Mitarbeiter des BAMF angehalten, Akten von Serben, Mazedoniern und Bosniern vor allen anderen abzuarbeiten. Als politisch verfolgt erkannten sie keinen Einzigen an. Auf dem Balkan hat sich das vermutlich herumgesprochen.

Die lückenlosen Abschiebungen zeugen von Gewissenlosigkeit, sagt Bernd Mesovic von Pro Asyl. Der Innenminister hat das Amt wohl angewiesen, alle Leute abzulehnen. Mesovic berichtet von einer Roma-Frau, die in Serbien von Rechtsradikalen angegriffen worden sei. Die serbische Polizei habe ihr nicht geholfen. Trotzdem habe das deutsche Bundesamt ihren Asylantrag abgelehnt.

Roma müssen draußen bleiben ASYLPOLITIK Die Zahl der Asylbewerber aus dem Balkan ist stark gesunken.
Für das Innenministerium ein Erfolg. Pro Asyl kritisiert di....

Das Innenministerium weist die Vorwürfe zurück. Jeder Antrag ist eine Einzelfallentscheidung , sagt Sprecher Hendrik Lörge. Es gibt natürlich keine Weisung von oben. Auf EU-Ebene will das Ministerium an einer Forderung aus dem Oktober festhalten. In bestimmten Fällen sollte es möglich sein, die Visumfreiheit für einzelne Länder auszusetzen , sagt Lörge. Für die betroffenen Balkanstaaten wäre das schmerzhaft.

Als 2009 die Visumpflicht fiel, feierte die Bevölkerung mit Feuerwerk und Konzerten. Die Schlangen vor den EU-Botschaften in Belgrad, Skopje und Sarajevo verschwanden. Arbeitsgenehmigungen erhalten die Bewohner in der EU zwar nur in Ausnahmefällen, doch viele finden trotzdem Wege, im Ausland Geld zu verdienen.

Den Regierungen liegt viel daran, die Visumfreiheit zu erhalten. Schon vor fast zwei Jahren verschärfte die serbische Polizei deshalb die Grenzkontrollen. Wer im Verdacht steht, in der EU missbräuchlich Asyl beantragen zu wollen, darf das Land oft nicht verlassen. Seit den jüngsten Drohungen, die Visumfreiheit einzuschränken, wird noch strenger kontrolliert. Wenn eine Roma-Familie mit sechs Personen im Bus sitzt, wird sie nach dem Zweck der Reise gefragt. Hat sie kein Rückreiseticket, muss sie den Bus verlassen , sagt Kenan Emini, Vereinsvorsitzender des Roma Center Göttingen.

Laut dem serbischen Auslandsradio plant die serbische Regierung noch striktere Maßnahmen. Das Justizministerium wolle falsche Asylbewerbungen serbischer Staatsbürger im Ausland unter Strafe stellen. Dies könnte noch mehr Serben davon abhalten, in Deutschland Asyl zu suchen.

Damit wäre das BAMF entlastet. Weil die Asylanträge aus den Balkanstaaten im Dezember abnahmen, wurde auch das Pensum der Beamten geringer. Jetzt arbeiten sie die zuletzt liegen gebliebenen Akten ab. Von Antragstellern aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern.

TOBIAS SCHULZE

Wenn eine Roma-Familie kein Rückreiseticket hat, muss sie den Bus verlassen

KENAN EMINI, ROMA CENTER

Load-Date: January 21, 2013

Asylbewerber ins Büro; FLÜCHTLINGE Hamburg mietet neue Unterkunft für Hunderte Asylsuchende in leer stehendem Bürokomplex an. Ein Notlager aus nicht winterfesten Zelten soll so ersetzt werden - falls es nicht doch gebraucht wird

taz, die tageszeitung

Samstag 10. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 37

Length: 596 words

Byline: SVEN-MICHAEL VEIT

Highlight: **FLÜCHTLINGE** Hamburg mietet neue Unterkunft für Hunderte **Asylsuchende** in leer stehendem Bürokomplex an. Ein Notlager aus nicht winterfesten Zelten soll so ersetzt werden falls es nicht doch gebraucht wird

Body

VON SVEN-MICHAEL VEIT

Schräg gegenüber ist die Zentrale des Türkei-Reiseveranstalters Öger Tours, um die Ecke führt ein kleiner Weg namens Heimkehr in die Kleingärten des Hamburger Stadtteils Groß Borstel. Eben hier richtet die Hansestadt nun symbolträchtig eine neue Erstaufnahme für **Flüchtlinge** ein.

Wir können am Montag loslegen, sagt Frank Reschreiter, Sprecher der Hamburger Innenbehörde. Am gestrigen Freitagnachmittag hat Hamburg den Mietvertrag für das leer stehende Bürogebäude an der Ecke Heselstücken/Sportallee unterzeichnet, um der wachsenden Flüchtlingszahlen Herr zu werden. Die Miete für 2.416 Quadratmeter liegt bei monatlich 20.000 Euro netto/kalt.

Schräg gegenüber auf der anderen Straßenseite leuchten die weißen Zelte, in denen seit Anfang des Monats Asylsuchende in langen Reihen in Doppelstockbetten nächtigen. Sie stehen auf dem Parkplatz der überfüllten Erstaufnahmestation Sportallee eine echte Notmaßnahme, räumte ihr Leiter Carsten Mahlke bereits vorige Woche ein. Noch vor zwei Jahren waren im Schnitt 30 Menschen pro Nacht in der Erstaufnahme, bei 70 ist die Kapazität erschöpft.

Inzwischen aber kommen täglich mehr als 300 Flüchtlinge mit weiter steigender Tendenz. Laut Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (siehe Kasten) wurden Hamburg davon zwischen Januar und Juli 2012 monatlich zwischen 127 und 172 Asylbewerber zugewiesen. Im August waren es bereits 216 und im September 305.

Asylbewerber ins Büro FLÜCHTLINGE Hamburg mietet neue Unterkunft für Hunderte Asylsuchende in leer stehendem Bürokomplex an. Ein Notlager aus nicht winterfesten....

Und deshalb erweitert Hamburg die Unterbringungsmöglichkeiten. Winterfeste Wohncontainer samt sanitären Anlagen für 300 Menschen werden auf dem Parkplatz Braun in der Nähe des HSV-Stadions an der Autobahnausfahrt Volkspark errichtet. Diesem Plan der Innenbehörde stimmte am Donnerstagabend die zuständige Bezirksversammlung Altona zu. 200 weitere Flüchtlinge kann Hamburg im Lager Nostorf/Horst in Mecklenburg-Vorpommern unterbringen. Der Vertrag wurde am Donnerstag unterzeichnet.

Flüchtlingsinitiativen kritisieren die isolierte Lage der ehemaligen DDR-Kaserne in einem Waldstück, zudem seien die medizinische Versorgung und Bildungsmöglichkeiten schlecht. Sie fordern deshalb seit langem die Schließung des Lagers und wollen dafür am morgigen Sonntag um 13 Uhr vor Ort demonstrieren. Innensenator Neumann (SPD) hingegen verteidigt den neuen Vertrag mit dem Hinweis auf die stetig steigenden Flüchtlingszahlen.

Das wichtigste Element in der neuen Hamburger Unterbringung ist nun das dreigeschossigen Bürogebäude in Groß Borstel, das zunächst für ein Jahr gemietet wurde. Im Parterre sollen kurzfristig Büros, Kantine, Sozialräume und Spielzimmer für die Kinder eingerichtet werden. Dadurch würden 45 Plätze in der Erstunterbringung Sportallee frei, so Innenbehörden-Sprecher Reschreiter. In einem zweiten Schritt könnten in der ersten und zweiten Etage weitere Wohneinheiten eingerichtet werden. Insgesamt sollen in der bestehenden Erstaufnahme und der neuen Heimat gegenüber am Heselstücken mittelfristig um die 300 Flüchtlinge untergebracht werden.

Laut Angebot auf der Homepage des Maklerbüros können die Räume durch Veränderung der Leichtbauwände an die Bedürfnisse der Mieter angepasst werden. Zudem verfüge das Gebäude über getrennte WC-Einheiten auf jeder Etage, Pantry/Teeküche, Personenaufzug und Alarmanlage. Sollten die Flüchtlingszahlen nicht wieder sinken, kann Hamburg nach einem Jahr Mietzeit eine Kaufoption ziehen. Die bis dahin gezahlte Miete würde auf den Kaufpreis von 3,1 Millionen Euro angerechnet. Das nicht winterfeste Zeltlager an der Sportallee soll vorsichtshalber bleiben, sagt Reschreiter: Für den Notfall.

Load-Date: November 9, 2012

Caritas lädt zu Rundem Tisch, Innensenator lehnt ab; FLÜCHTLINGE Henkel nicht zu Gesprächen bereit, solange die Situation am Oranienplatz unklar ist

taz, die tageszeitung

Samstag 07. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 52

Length: 340 words

Highlight: **FLÜCHTLINGE** Henkel nicht zu Gesprächen bereit, solange die Situation am Oranienplatz unklar ist

Body

Die Caritas möchte die Zukunft der von ihr beherbergten **Flüchtlinge** mit dem Senat und allen anderen Beteiligten klären. Deshalb werde der katholische Wohlfahrtsverband noch vor Weihnachten zu einem Runden Tisch einladen, sagte eine Sprecherin der Caritas am Freitag. Dabei soll ein Arbeitsplan festgelegt werden, wer sich um welche Fragen kümmert, bestätigte Schwemmer einen Bericht der Berliner Zeitung. Es müsse geklärt werden, wo die **Flüchtlinge** später unterkommen und wie sie gesundheitlich und psychisch betreut werden. Innensenator Frank Henkel (CDU) lehnte eine Teilnahme ab.

Im Hungerstreik

Die Caritas hat im November 25 Flüchtlinge vom Brandenburger Tor sowie rund 80 Flüchtlinge vom Oranienplatz aufgenommen. Die Flüchtlinge am Brandenburger Tor hatten für ein Bleiberecht und bessere Bedingungen demonstriert. Vertreter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, des Senats und der Bundes-SPD hatten ihnen versprochen, ihre Forderungen nach Arbeitserlaubnis und Abschaffung der Gebietszuweisung zu unterstützen. Eine katholische Wohnungsgemeinschaft bot den Flüchtlinge bis Ende Januar Obdach an.

Für die Flüchtlinge vom Oranienplatz bot die Caritas bis Ende März Plätze in einem ehemaligen Seniorenheim in Wedding an. Was danach mit den größtenteils über die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa eingereisten Asylbewerbern passiert, ist unklar. Caritas-Direktorin Ulrike Kostka möchte mit dem Senat, den Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg, den Kirchen und den Flüchtlingen eine Vereinbarung schließen, wer was wann macht.

Henkel will nicht an dem Gespräch teilnehmen, solange die Situation des Camps am Oranienplatz ungeklärt ist. Auch nach dem Umzug der meisten Flüchtlinge in das Winterquartier zogen neue nach. Henkel fordert bis zum 16. Dezember eine Räumung. Diese Voraussetzungen sind in keiner Form gegeben, ließ Henkel am Freitag mitteilen. Auch die von der Caritas vorgeschlagenen Themenschwerpunkte bieten für uns keinen Anlass für einen Runden Tisch. Rechtliche Veränderungen stünden nicht zur Debatte. DPA

Load-Date: December 6, 2013

Caritas lädt zu Rundem Tisch, Innensenator lehnt ab FLÜCHTLINGE Henkel nicht zu Gesprächen bereit,
solange die Situation am Oranienplatz unklar ist

End of Document

**Lampedusa hat nichts geändert; FLÜCHTLINGSPROTESTE In Hamburg
mehrt sich Kritik am Vorgehen der Polizei gegen Flüchtlinge. In Berlin
kollabieren immer mehr Menschen beim Hungerstreik**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 574 words

Byline: KAI VON APPEN / LENA KAISER / SUSANNE MEMARNIA

Highlight: **FLÜCHTLINGSPROTESTE** In Hamburg mehrt sich Kritik am Vorgehen der Polizei gegen **Flüchtlinge**. In Berlin kollabieren immer mehr Menschen beim Hungerstreik

Body

HAMBURG/BERLIN taz In Hamburg und Berlin gewinnt der Streit über die **Asylbedingungen** in Deutschland und den Umgang mit **Flüchtlingen** weiter an Schärfe. In Hamburg, wo der Senat seit Tagen in einer groß angelegten Polizeiaktion **Flüchtlinge** aus der sogenannten Lampedusa-Gruppe sucht, kam es in der Nacht zu Mittwoch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Auch in Berlin flammten am Mittwoch neue **Flüchtlingsproteste** auf.

Wir haben den Eindruck, dass der Hamburger Senat auf eine Eskalation steuert und nicht an konstruktiven Lösungen interessiert ist, sagte der Vizebischof der evangelischen Nordkirche in Hamburg, Probst Karl-Heinrich Melzer, der taz. Die Kirche kritisiert das Vorgehen der Hamburger Polizei, die seit Tagen Menschen mit dunkler Hautfarbe kontrolliert, um eine Gruppe von Flüchtlingen aufzuspüren und deren Personalien festzustellen. Der Senat schützt nicht das in der Verfassung verankerte Asylrecht, sondern das Kleingedruckte in irgendwelchen Rechtsvorschriften, kritisierte auch Anne Harms, Leiterin der Initiative Fluchtpunkt. Wenn wir einem Flüchtling empfehlen, der Aufforderung des Innensenators nachzukommen, sich der Ausländerbehörde zu stellen, müssen wir ihm sagen, dass er sich an seiner eigenen Abschiebung beteiligt. Wer sich bei der Ausländerbehörde meldet, wird abgeschoben.

In der Nacht zu Mittwoch lieferten sich in Hamburg Autonome Scharmützel mit der Polizei. Antifa-Gruppen hatten dem Hamburger Senat zuvor ein Ultimatum gestellt, die Suche nach Flüchtlingen einzustellen. Am Dienstagabend versammelten sich dann rund um das autonome Zentrum Rote Flora bis zu 2.000 Demonstranten zu einer unangemeldeten Spontandemonstration. Es kam zu Flaschen- und Steinwürfen sowie zu Festnahmen.

Auch in Berlin spitzt sich die Situation beim Hunger- und Durststreik von Flüchtlingen vor dem Brandenburger Tor weiter zu. Am Mittwoch mussten mindestens sieben der 29 Streikenden ins Krankenhaus gebracht werden, weil sie kollabiert waren. Einige von ihnen waren bereits am Dienstag zusammengebrochen und ärztlich behandelt worden. Dennoch waren sie am nächsten Tag zum Protest zurückgekehrt. Die Flüchtlinge fordern die Anerkennung ihrer

Lampedusa hat nichts geändert FLÜCHTLINGSPROTESTE In Hamburg mehr Kritik am Vorgehen der Polizei gegen Flüchtlinge. In Berlin kollabieren immer mehr Mensc....

Asylanträge und eine bessere Lebenssituation in den Flüchtlingsunterkünften. Einige von ihnen waren bereits beim Hungerstreik in München vor einigen Wochen dabei.

Die neue grüne Bundestagsabgeordnete Luise Amtsberg besuchte die Streikenden am Mittwoch und versprach ihnen, sich beim Bundesinnenministerium und dem ihm untergeordneten Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) für einen Gesprächstermin einzusetzen. Die Flüchtlinge hätten erklärt, sobald sich der Leiter des BaMF gesprächsbereit zeige, würden sie auch wieder trinken, sagte eine Mitarbeiterin von Amtsberg der taz. Beim Bundesinnenministerium zeigte man sich davon allerdings unbeeindruckt. Es gibt ein rechtsstaatliches Verfahren, das ist für alle gleich, daher sehe man keine Möglichkeit für Gespräche, erklärte ein Sprecher des Ministeriums der taz.

Ebenfalls am Mittwoch blockierten die Flüchtlinge, die seit rund einem Jahr auf dem Kreuzberger Oranienplatz kampieren, eine Straße und lösten damit für einige Stunden ein lokales Verkehrschaos aus. Mit der Blockade wollten sie an die Flüchtlingskatastrophe vor der italienischen Insel Lampedusa vor einigen Tagen erinnern. KAI VON APPEN,

LENA KAISER, SUSANNE MEMARNIA

Es gibt ein rechtsstaatliches Verfahren, das ist für alle gleich

BUNDESINNENMINISTERIUM

Load-Date: October 16, 2013

Flughafenasyl wird Asylbewerberheim; SCHÖNEFELD Der Abschiebeknast am BER war umstritten, nun hat ihn die rot-rote Landesregierung de facto abgeschafft. Er dient nun als Außenstelle für das überfüllte Erstaufnahmelager in Eisenhüttenstadt

taz, die tageszeitung

Freitag 04. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 638 words

Byline: MARINA MAI

Highlight: SCHÖNEFELD Der Abschiebeknast am BER war umstritten, nun hat ihn die rot-rote Landesregierung de facto abgeschafft. Er dient nun als Außenstelle für das überfüllte Erstaufnahmelager in Eisenhüttenstadt

Body

VON MARINA MAI

Das rot-rot regierte Brandenburg scheint das umstrittene Flughafenasylverfahren durch die Hintertür abzuschaffen. Seit Mitte September erfüllt das dafür vorgesehene Gebäude auf dem Gelände des Flughafens Schönefeld einen anderen Zweck: Es wurde zur Außenstelle für die Zentrale Erstaufnahmestelle für **Asylbewerber** in Eisenhüttenstadt umfunktioniert. Das bestätigte Ingo Decker, Sprecher von Brandenburgs Innenminister Ralf Holzschuher (SPD), der taz.

Dreißig Flüchtlinge, überwiegend Tschetschenen, die auf dem Landweg eingereist sind, haben in dem von Stacheldraht umgebenen Gebäude ein provisorisches Zuhause gefunden. Die Türen sind auf. Die Bewohner dürfen jederzeit ein- und ausgehen, sagt Decker.

Wir haben uns für diese temporäre Nutzung entschieden, weil das Gebäude fast immer leer steht und auf der anderen Seite die Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt überfüllt ist, sagt Decker.

Die Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt ist nur für 500 Personen ausgelegt. Derzeit ist sie mit 700 Bewohnern aber völlig überfüllt. Es wurden provisorische Wohncontainer aufgestellt und eine Turnhalle, die eigentlich der Freizeitgestaltung der Flüchtlinge dienen sollte, mit Betten belegt. Beides erlaubt kein menschenwürdiges Wohnen.

Die Enge führe dem Innenministerium zufolge zu Spannungen unter den Bewohnern. Decker: Da nehmen wir jede Alternative, die wir bekommen können.

Flughafenasyl wird Asylbewerberheim SCHÖNEFELD Der Abschiebeknast am BER war umstritten, nun hat ihn die rot-rote Landesregierung de facto abgeschafft. Er dient....

Das Flughafenasylgebäude in Schönefeld ähnelt von der Einrichtung her einer Jugendherberge, hat auch einen Spielplatz und ein Gebetszimmer. Der Schönheitsfehler: Es ist von einem Stacheldrahtzaun umgeben.

In dem einen Jahr, seit dem das Gebäude in Schönefeld fertiggestellt ist, wurden darin lediglich neun Menschen für kurze Zeit festgehalten, die nach ihrer Einreise in Schönefeld Asyl beantragen wollten. In allen neun Fällen stellte sich jedoch heraus, dass die Asylbegehren der Menschen aus Syrien, dem Iran, der Türkei und Tunesien berechtigt waren. Somit wurde kein einziger nach einem Schnellverfahren wieder zurück in sein Herkunftsland geschickt. Das wäre der eigentliche Zweck des Flughafenasylverfahrens. Die letzten Insassen gab es laut Innenministerium im Juni.

Nur noch ein einziger Raum soll in dem Gebäude am Flughafen für das Flughafenasylverfahren freigehalten werden. Juristisch hat das allerdings einen Haken: Ein verkürztes Flughafenasylverfahren, in dem die Flüchtlinge weniger Rechtsmittel haben als in einem regulären Verfahren, setzt nämlich voraus, dass der Betroffene juristisch als noch nicht nach Deutschland eingereist gilt. Andernfalls hätte jeder einen Anspruch auf ein reguläres Asylverfahren.

Das Gebäude wird damit zum extritorialen Raum erklärt. Wenn dasselbe Gebäude allerdings gleichzeitig einem inländischen Zweck dient, kann das Flughafenasylverfahren vor Gericht scheitern. Das sieht zumindest Bernd Mesovic von pro Asyl so. Wenn dort Leute wohnen und die Tür offen steht, kann man nicht gleichzeitig von einem extritorialen Raum sprechen. Einen einzigen Raum eines deutschen Gebäudes hingegen als nicht zu Deutschland gehörig zu erklären, ist noch provinzieller als alle anderen bisherigen Possen um den BER.

Ingo Decker, der Sprecher des Innenministeriums, sieht das pragmatisch: Das Verfahren ist so mit der Bundespolizei und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgesprochen. Für das Flughafenasylverfahren gibt es derzeit in Schönefeld keinen Bedarf. Wir lassen doch nicht eine Einrichtung, die wir haben und die gut ist, leer stehen.

Für das in der Regel leere Gemäuer muss Brandenburg monatlich 15.500 Euro Miete sowie gut 3.000 Euro Personal- und Betriebskosten zahlen. Zudem fielen bisher nach Angaben der Landesregierung insgesamt 31.500 Euro für Einrichtungsgegenstände an.

Die Türen sind auf. Die Bewohner dürfen rein und raus

INGO DECKER, MINISTERIUMSSPRECHER

Load-Date: October 3, 2013

IN ALLER KÜRZE

taz, die tageszeitung

Dienstag 31. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 245 words

Body

3.791 **Asylbewerber** wurden im vorigen Jahr in Hamburg registriert. Das ist ein leichter Anstieg gegenüber 2010. Davon wurden die meisten in andere Bundesländer weitergeschickt, 1.546 warten in der Hansestadt auf ihr **Asylverfahren**. Das gab die Ausländerbehörde am Montag bekannt. Der größte Teil der **Flüchtlinge** stammt aus Afghanistan, Iran und Irak. +++ Ein Spürhund der Polizei soll bei der Suche nach der seit Donnerstag vermissten 42-jährigen Afghanin helfen. Zuletzt soll sich die Frau in der Wohnung ihres getrennt lebenden Ehemanns in Osdorf aufgehalten und diese in den frühen Morgenstunden verlassen haben. Seitdem fehlt von ihr jede Spur. +++ Ihre Arbeit fortsetzen soll die Zentrale Anlaufstelle Anerkennung für ausländische Mitbürger. Seit Oktober 2010 wurden rund 800 **Migranten** aus 90 Ländern beraten, wie die beruflichen Abschlüsse in ihren Heimatländern anerkannt werden können. Das Projekt, das beim Diakonischen Werk Hamburg angesiedelt ist, soll nach Angaben der Sozialbehörde bis Ende 2013 verlängert werden. +++ Knapp zwei Stunden ausharren mussten rund 250 Reisende am Montag in einem Regionalexpress bei Eidelstedt. Der Zug von Kiel nach Hamburg sei wegen einer technischen Störung der Elektrolok liegen geblieben, sagte ein Bahnsprecher. +++ Nach wie vor nicht vernehmungsfähig ist die Mutter des getöteten Babys Yoshi. Es gebe deshalb noch keine neuen Erkenntnisse, sagte ein Polizeisprecher am Montag. Gegen die Mutter ermittelt die Mordkommission. +++

Load-Date: January 30, 2012

Sollen Asylbewerber Hartz IV bekommen?; FLÜCHTLINGE Asylbewerber erhalten derzeit 40 Prozent weniger als Hartz-VI-Empfänger. Darüber urteilt nächste Woche das Bundesverfassungsgericht DIE SONNTAG FRAGE

taz, die tageszeitung

Samstag 14. Juli 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 18

Length: 1047 words

Byline: Heribert Prantl / Volker Beck / Michael Kleinhans / Michael Frieser / Anette Kramme / Maik Niemann

Highlight: **FLÜCHTLINGE Asylbewerber** erhalten derzeit 40 Prozent weniger als Hartz-VI-Empfänger. Darüber urteilt nächste Woche das Bundesverfassungsgericht

Body

Unser Autor wurde in Syrien politisch verfolgt und möchte anonym bleiben Ich bekomme nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** 145 Euro und 49 Cent monatlich in Form von Lebensmittelgutscheinen. Strom und Miete des **Flüchtlingsheims** zahlt das Sozialamt separat. Dazu kommt noch ein Kleidergutschein alle sechs Monate über 92 Euro. Ich kaufe keine teuren Lebensmittel, aber ich habe es noch nie geschafft, dass das Geld bis zum Ende des Monats reicht. Dann lade ich mich bei meinen Mitbewohnern zum Essen ein. Bar erhalte ich 40 Euro pro Monat. Davon zahle ich meine Telefonkosten, um mit Ämtern und Ärzten zu telefonieren. Hin und wieder leiste ich mir eine Stunde Internetcafé. Wenn wir als **Asylbewerber** den Hartz-IV-Regelsatz bekämen und dazu die Erlaubnis, uns Arbeit zu suchen, dann hätten wir bessere Möglichkeiten, uns zu integrieren. Viele **Flüchtlinge** werden psychisch krank und labil, weil sie jahrelang keine Aufgabe haben. Man verliert die Lebenskraft. Ich möchte für dieses Land etwas Gutes bewirken. Ich möchte, dass ich meine Kräfte und Fähigkeiten einsetzen darf.

Heribert Prantl, 58, Ressortleiter bei der Süddeutschen Zeitung, engagiert sich für Pro Asyl Das Asylbewerberleistungsgesetz lügt. Es lügt schon im Titel. Es ist in Wahrheit ein Asylbewerberleistungsausschlussgesetz. Sinn dieses Gesetzes ist es nämlich, dass Flüchtlinge von staatlichen Sozialleistungen möglichst weitgehend ausgeschlossen werden. Sie erhalten ganz erheblich weniger als das Existenzminimum. Als das Existenzminimum für einen Menschen gelten in Deutschland die Leistungen nach Hartz IV. Flüchtlinge sind aber offenbar vor dem Gesetz nur halbe Menschen. Diese Halbierung des Menschen hat natürlich nichts mit dem tatsächlichen Bedarf, sondern nur etwas mit der sogenannten Anreizminderung und der Nationalität zu tun. Mit dem Existenzminimum spielt man nicht. Wenn es das Existenzminimum in Deutschland ist, dann gilt das für alle Menschen, die in Deutschland leben. Es gibt nur ganze Menschen, nicht halbe. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, heißt es im Grundgesetz. Und: Niemand darf wegen seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Heimat und Herkunft benachteiligt oder bevorzugt werden. Diese Sätze sind klar und eindeutig. Sie dürfen nicht Schall und Rauch sein. Von Schall und Rauch kann kein Gemeinwesen leben. Flüchtlinge können das auch nicht.

Sollen Asylbewerber Hartz IV bekommen? FLÜCHTLINGE Asylbewerber erhalten derzeit 40 Prozent weniger als Hartz-VI-Empfänger. Darüber urteilt nächste Woche das Bu....

Volker Beck, 51, ist menschenrechtspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag. Seit es 1993 beschlossen wurde, haben wir Grünen das Asylbewerberleistungsgesetz aus menschenrechtlichen Erwägungen kritisiert. Denn es führt zu einer diskriminierenden Absenkung von Sozialleistungen für Asylsuchende, Geduldete und Bleibeberechtigte. Spätestens seit der Entscheidung des Verfassungsgerichts zu den Leistungen nach SGB II (Hartz-IV-Gesetz) ist klar: Die Beträge sind nicht nur viel zu niedrig und erfüllen nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, sie sind auch willkürlich festgesetzt worden. Aus unserer Sicht muss das Existenzminimum nicht nur für Deutsche gelten, sondern für alle Menschen in Deutschland. Wir Grünen fordern seit langem die Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Die Bundesregierung hat zwar eingestanden, dass die Leistungssätze des Asylbewerberleistungsgesetzes verfassungswidrig sind, unternommen hat sie seitdem aber nichts.

Michael Kleinhans, 63, arbeitet im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Asylbewerberzahlen sind seit dem Jahre 2007 stark angestiegen. Das heißt also, dass Deutschland enorm attraktiv für Asylbewerber ist. Unsere Erfahrung ist es, dass diese Entwicklung sehr mit den Sozialleistungen zusammenhängt. Wenn wir die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhöhen würden, wäre das ein noch größerer Anreiz, zu uns zu kommen. Die politische Akzeptanz dürfte bei Inländern generell ohnehin eher gering ausfallen, wenn langjährige Erwerbstätige und Steuerzahler dem gleichen Leistungsniveau unterworfen würden wie Personen, die gerade erst eingereist sind. *Im Bundesamt wollte niemand einen Gastbeitrag in der taz zu dieser Frage schreiben. Wir haben diesen Beitrag daher aus den Stellungnahmen von Michael Kleinhans vor dem Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales im Februar 2011 zusammengestellt.

Michael Frieser, 48, ist Integrationsbeauftragter der CDU/CSU-Fraktion. Nein. ALG II und Leistungen für Asylbewerber haben unterschiedliche Ziele. ALG II soll erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen bei der Eingliederung in Arbeit unterstützen. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hingegen sollen die Existenz sichern. Dazu werden Leistungen für Unterkunft, Hausrat, Heizkosten, medizinische Versorgung sowie individuelle Sonderbedarfe erbracht. Auch die Leistungen des Bildungspakets werden gewährt. Der notwendige Bedarf soll dabei grundsätzlich mit Sachleistungen gedeckt werden. Dies ist keine Schikane, sondern teilweise notwendig, um Missbrauch einzudämmen. So werden Schlepper abgeschreckt, die die Situation von verzweifelte Menschen ausnutzen und sie um hier gezahlte Geldmittel erpressen.

Anette Kramme, 44, ist Sprecherin der SPD im Bundestag für Arbeit und Soziales. Wir wollen die Geltung des Asylbewerberleistungsgesetzes begrenzen. Die Dauer wollen wir wieder auf die ursprünglich beabsichtigten zwölf Monate verringern. Sofern jemand sich danach nicht selbst versorgen kann, muss das normale Sozialsystem greifen. Und künftig sollen nur noch Asylbewerber und Geduldete darunter fallen und Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen in die sozialen Regelsysteme integriert werden. Einen Antrag dazu stimmen wir momentan fraktionsintern ab und werden ihn nach der Sommerpause in den Bundestag einbringen.

Maik Niemann, 23, Hauswirtschafter, hat die Frage auf Facebook kommentiert. Warum sollten Asylbewerber Hartz IV bekommen? Wofür? Asylbewerber müssen beziehungsweise dürfen keine Arbeit annehmen; es wäre daher unfair den Arbeitslosen gegenüber, die für die gleiche Leistung eine Gegenleistung erbringen müssen. Das wäre kontraproduktiv und würde den Ausländerhass nur verstärken. Viel eher sollte Deutschland helfen, in den Ländern, aus denen die Asylbewerber kommen, lebenswürdige Verhältnisse für die dort lebenden Menschen zu schaffen. Das wäre für alle das Beste.

Load-Date: July 13, 2012

Mehr als nur Winterflüchtlinge; ASYL Roma vom Balkan werden im Schnellverfahren abgeschoben. Ein Beispiel aus Bayern zeigt, warum jeder Fall geprüft gehört

taz, die tageszeitung

Dienstag 11. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 07

Length: 605 words

Byline: MARLENE HALSER

Highlight: ASYL Roma vom Balkan werden im Schnellverfahren abgeschoben. Ein Beispiel aus Bayern zeigt, warum jeder Fall geprüft gehört

Body

AUS MÜNCHEN MARLENE HALSER

Die Geschichte, die Selma Demirova erzählt, geht ihr nicht leicht über die Lippen. Immer wieder muss die Frau aus Mazedonien, die ihren echten Namen aus Angst vor Repressalien in ihrem Heimatland nicht in der Zeitung lesen will, innehalten. Selma Demirova, wie sie hier heißen soll, gehört ebenso wie ihr Mann und ihr Sohn zur Minderheit der Roma. Diese Volksgruppe wird in Mazedonien laut einem Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) systematisch diskriminiert. Selma Demirovas Geschichte passt dazu.

Mein Mann war nicht zu Hause, als die Männer kamen, erzählt die Frau mit dem langen, dunklen Haar. Er war als Taxifahrer unterwegs. Die Männer wollten Schutzgeld von uns erpressen. Als sich Demirova und ihr damals 16-jähriger Sohn weigerten zu bezahlen, hätten die Männer, die einem parteinahen Sicherheitsdienst angehören sollen, den Jungen geschlagen. Als die Mutter dazwischenging, sei sie vor den Augen ihres Sohnes vergewaltigt worden. Anschließend habe man ihr weder beim Arzt noch bei der Polizei helfen wollen, berichtet Demirova aus Angst vor den Schlägern, und weil die Familie Roma seien.

Die Ärzte weigerten sich, mich zu untersuchen, sagt sie. Die Polizei verhaftete den Sohn, statt die Anzeige aufzunehmen. Als es hieß, er solle für zwei Jahre ins Gefängnis, flüchtete die Familie im Juni dieses Jahres nach Deutschland. Auch bei der Anhörung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben Selma Demirova und ihr Sohn diese Geschichte erzählt. Offizielle Dokumente hätten ihre Geschichte erhärtet, sagt Rechtsanwalt Hubert Heinold, der die Familie vertritt. Trotzdem wurde der Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt und das innerhalb weniger Tage, obwohl andere Asylsuchende oft monatelang auf einen Termin und die Entscheidung über ihren Asylantrag warten. Die Familie hat Einspruch gegen den Bescheid eingelegt. Nun wartet sie auf ein Urteil des Gerichts.

Mehr als nur Winterflüchtlinge ASYL Roma vom Balkan werden im Schnellverfahren abgeschoben. Ein Beispiel aus Bayern zeigt, warum jeder Fall geprüft gehört

In der Tat bearbeitet das BAMF Asylanträge aus Serbien und Mazedonien derzeit mit erhöhter Priorität. Die Behörde begründet die Eile mit dem überproportional und ungewöhnlich hohen Aufkommen an Asylanträgen aus diesen Ländern seit diesem August. Serbien lag mit 2.673 Erstanträgen auf Platz 1, Mazedonien mit 1.351 Erstanträgen auf Platz 2 aller Herkunftsstaaten, so eine Sprecherin.

Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat vermutet hinter den Schnellverfahren, die derzeit fast zu hundert Prozent zu einer Ablehnung der Asylanträge führen, eine politische Kampagne gegen Roma aus den Balkanstaaten. Diese Vorwürfe weist das Bundesinnenministerium zurück. Thal bleibt dabei: Anlass für die Kampagne ist die Überfüllung der Erstaufnahmeeinrichtungen, sagt er. Statt den Platzmangel in den Unterkünften zu beheben, werfen die CSU-Innenminister den Roma vor, sie würden missbräuchlich Asylanträge stellen und kämen nur nach Deutschland, um die vom Bundesverfassungsgericht angehobenen Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen.

Anwalt Heinold will nicht so weit gehen. Es sei gut möglich, dass unter den Roma, die besonders im Oktober und November nach Deutschland kamen, auch einige Winterflüchtlinge seien, so Heinold. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass die Behörden die Einzelfälle sorgfältig prüfen müssen. Und das sei im Fall der Familie von Selma Demirova nicht geschehen. Eine Vergewaltigung, die im Heimatland nicht entsprechend geahndet werde, falle eindeutig unter den Schutzanspruch gemäß den Genfer Flüchtlingskonventionen, so der Rechtsanwalt.

Roma in Mazedonien werden systematisch diskriminiert, hat ein EU-Bericht festgestellt

Load-Date: December 10, 2012

"Weltweit an fünfter Stelle"; MENSCHENRECHTE Die 15. MigrantInnentage beginnen mit einem Film über Israels Rüstungsindustrie HEUTE IN BREMEN

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 24

Length: 284 words

Byline: JAN ZIER

Highlight: MENSCHENRECHTE Die 15. MigrantInnentage beginnen mit einem Film über Israels Rüstungsindustrie

Body

taz: Herr Aytas, heute beginnen die MigrantInnentage mit einem Film über Israels Rüstungsindustrie. Wo genau ist da der Zusammenhang?

Recai Aytas: Der Schwerpunkt dieser 15. MigrantInnentage gegen Ausgrenzung sind die Menschenrechte. Es geht dabei weniger um Staaten als vielmehr um konkrete Inhalte. Und die Arbeit der Rüstungsindustrie ist der Beginn der weltweiten Menschenrechtsverletzungen.

Und in Israel ist diese Branche sehr groß.

Das Land gehört, was viele hier nicht wissen, zu den größten Rüstungsexporturen der Welt, Israel liegt heute weltweit gesehen an fünfter Stelle. Wir zeigen und diskutieren den preisgekrönten, investigativen Film The Lab des israelischen Journalisten Yotam Feldman, der Waffenhändler begleitet hat und auch selbst anwesend sein wird.

Was gibt es im weiteren Programm der MigrantInnentage?

Wir haben insgesamt zwölf Veranstaltungen, unter anderem eine Ausstellung mit Plakaten von Amnesty International zur Lage in Ägypten, Syrien oder Lateinamerika, die noch bis Februar zu sehen sein wird. Am 6. Dezember kommen drei Brüder aus dem Iran und erzählen ihre deutsche Geschichte, am 14. Dezember ist Karim El-Gawhary da, der auch für die taz schreibt. Er stellt sein Buch Frauenpower auf Arabisch Jenseits von Klischee und Kopftuchdebatte vor.

Der Programmflyer zeigt afrikanische Boat-People. Ist die aktuelle Flüchtlingsdebatte auch ein Thema für Sie?

Ja. Am 12. Dezember gibt es eine Diskussion unter der Frage: Unerwünschte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge? , zu der auch Vertreter des Innen- und Bildungsressorts kommen.

"Weltweit an fünfter Stelle" MENSCHENRECHTE Die 15. MigrantInnentage beginnen mit einem Film über
Israels Rüstungsindustrie HEUTE IN BREMEN

INTERVIEW: JAN ZIER

Film & Diskussion: Heute, 19.30 Uhr, Kulturzentrum Lagerhaus, Schildstraße 12 19. Programminfos:
www.migration-bremen.de

Load-Date: November 19, 2013

End of Document

"Anwältin für Migranten"; EHRENAMT Niedersachsens rot-grüne Regierung hat Doris Schröder-Köpf (SPD) zur Beauftragten für Migration berufen. Eigenständig walten lassen will man sie aber nicht. Die Opposition spricht von "Integrations-Wirrwarr"

taz, die tageszeitung

Mittwoch 17. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 21

Length: 634 words

Byline: TERESA HAVLICEK

Highlight: EHRENAMT Niedersachsens rot-grüne Regierung hat Doris Schröder-Köpf (SPD) zur Beauftragten für Migration berufen. Eigenständig walten lassen will man sie aber nicht. Die Opposition spricht von Integrations-Wirrwarr

Body

VON TERESA HAVLICEK

Jetzt ist es besiegelt: Niedersachsens rot-grüne Regierung hat die Landtagsabgeordnete Doris Schröder-Köpf (SPD) am Dienstag zur Beauftragten für Migration und Teilhabe berufen. Als Anwältin für Migranten solle sie in der öffentlichen Diskussion immer wieder das Wort ergreifen, sagte Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) bei Schröder-Köpf's Vorstellung in Hannover.

Die Altkanzlergattin selbst erklärte, ihr gehe es vor allem um die Vernetzung von Landesregierung, -parlament und MigrantInnen. Im Ehrenamt neben ihrem Landtagsmandat wolle sie auch die Regierungsarbeit kritisch begleiten. Kritik werde sie intern laut werden lassen, aber wenn es mal nötig ist, auch anders. Regierungschef Weil betonte, Schröder-Köpf arbeite unabhängig und ohne Weisungen. Sie sei ohnehin eine gestandene Persönlichkeit mit eigenem Kopf.

Allzu eigenständig walten lassen will man Schröder-Köpf jedoch offenbar nicht: Sie übernimmt den Vorsitz von Niedersachsens Integrationsbeirat und wird Mitglied der Integrationskommission des Landtags, künftig Kommission für Migration und Teilhabe. Vorsitzende wird dort aber die Grünen-Migrationspolitikerin Filiz Polat. Und auch der Vorsitz der niedersächsischen Härtefallkommission geht nicht an Schröder-Köpf anders als von Weil noch im Wahlkampf angekündigt. Sie wird in dem Gremium, das über ein Bleiberecht für Ausländer entscheidet, bei denen der Rechtsweg ausgeschöpft ist, stattdessen ständigen Gaststatus mit Rederecht erhalten.

Ein Teilnahmerecht an Kabinettsitzungen, das Weil ihr einst zugesichert hatte, bekommt Schröder-Köpf ebenfalls nicht. Als Gast sei sie aber auch dort willkommen, sagte Weil. Schröder-Köpf selbst erklärt, angesichts der Flut an

"Anwältin für Migranten" EHRENAMT Niedersachsens rot-grüne Regierung hat Doris Schröder-Köpf (SPD) zur Beauftragten für Migration berufen. Eigenständig walten l....

Terminen als Migrationsbeauftragte reiche es ihr, immer dann teilzunehmen, wenn es um Themen geht, die mein Feld betreffen .

Vor allem als Verlautbarungsorgan der Staatskanzlei in Sachen Integration solle die neue Migrationsbeauftragte fungieren, kritisiert die CDU Fraktion. Aus der von Ministerpräsident Weil zugesicherten Beinfreiheit ist ein luftleerer Raum geworden , sagt ihr Parlamentsgeschäftsführer Jens Nacke. Die FDP-Integrationspolitikerin Hillgriet Eilers warnt angesichts neuer Zuständigkeiten vor einem Integrations-Wirrwarr : Waren bislang Sozial- und Innenministerium zuständig, kommt künftig noch die Staatskanzlei hinzu. Dort erhält Schröder-Köpf eine eigene Geschäftsstelle, das Grundsatzreferat Migration aus dem Sozialministerium wandert in die Staatskanzlei. Zugleich bleibt Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) wie ihre Vorgängerin Aygül Özlan (CDU) offiziell auch Integrationsministerin.

Am Ende wird nur SPD-typisch das System aufgepumpt , sagt Eilers. Besonders umstritten: Mit ihrer Geschäftsstelle soll Schröder-Köpf einen eigenen Mitarbeiterstab erhalten. Und dafür gilt Hannovers SPD-Chef Alpetin Kirci als gesetzt. CDU und FDP wittern einen Versorgungsposten und Geschmäcke . Regierungschef Weil weist das als Spekulationen zurück, betont aber, bei derlei Posten gehe um Vertrauensverhältnisse . Details zu Stellenbesetzungen und Budgetfragen werde man bis Ende Juni entscheiden.

Verbände wie die Schura Niedersachsen setzen dagegen große Hoffnungen in Schröder-Köpf. Wir haben sie bisher als sehr kluge und populäre Frau erlebt , sagt der Schura-Vorsitzende Avni Altiner, jetzt hoffen wir, dass sie auch durchsetzungsfähig ist und ein offenes Ohr für die Migranten hat. Auch beim Flüchtlingsrat Niedersachsen zeigt man sich positiv beeindruckt von der Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit der neuen Beauftragten. Hinter den Kulissen, so heißt es, soll sich Schröder-Köpf schon vor ihrem Antritt bei umstrittenen Abschiebefällen eingeschaltet haben. Und auf den angekündigten Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik gepocht haben.

Load-Date: April 16, 2013

Flucht aus Bremen; MIGRATION Weil er in Bremen keine Hilfe fand, reiste ein alleine aus Gambia geflohener 16-Jähriger nach Hamburg. Die Betreuung ist schlecht - der Flüchtlingsrat schlägt Alarm

taz, die tageszeitung

Dienstag 26. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 24

Length: 616 words

Byline: EIKEN BRUHN

Highlight: **MIGRATION** Weil er in Bremen keine Hilfe fand, reiste ein alleine aus Gambia geflohener 16-Jähriger nach Hamburg. Die Betreuung ist schlecht der **Flüchtlingsrat** schlägt Alarm

Body

VON EIKEN BRUHN

Nicht nach Bremen, bitte nicht nach Bremen. Einen anderen Wunsch hatte der 16-Jährige aus Gambia, der hier Modou heißen soll, nicht. Weinend, so erzählt es eine ehrenamtliche **Flüchtlingshelferin** aus Hamburg, kauerte der alleine aus Afrika geflohene Jugendliche vor den MitarbeiterInnen des Hamburger Kinder- und Jugendnotdienst (KJND). Diese hatten ihm gesagt, er müsse zurück nach Bremen.

Von dort war er nach Hamburg geflohen, in der Hoffnung, dass ihm dort geholfen würde. Am 19. Februar wurde er um viertel vor vier morgens in eine Notunterkunft des KJND gebracht, wo ihn die Hamburger Aktivistin kennenlernte, die dort Beratungen für die Minderjährigen anbietet. Auch sie bittet darum, anonym zu bleiben, bis das Familiengericht sie offiziell als Vormund von Modou anerkannt hat.

Seit seiner Ankunft am 20. Januar in Bremen bis zu seiner Flucht nach Hamburg habe sich niemand um ihn gekümmert, erzählt sie. Er sagte, dort gibt es nur Essen und ein Bett, sonst nichts. Das heißt: Keine Schule, keine Hilfe, einen Asylantrag zu stellen, keinen Sprachkurs, keine Freizeitangebote, keine SozialarbeiterInnen, kein Amtsvormund obwohl das Gesetz all dies vorschreibt. Doch das kommt in Bremen seit über einem halben Jahr in vielen Fällen nicht mehr zur Anwendung, weil die Stadt nicht mehr weiß, wo sie die vielen minderjährigen Flüchtlinge unterbringen soll. Ihre Zahl hat sich von 2011 auf 2012 mehr als verdreifacht.

Deshalb bleiben viele derzeit wochenlang in der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge (Zast) im Gewerbegebiet Habenhausen, einer Einrichtung, in der Jugendliche eigentlich nur übergangsweise wenige Tage bleiben sollen, weil sie dort überhaupt nicht altersgemäß betreut und versorgt werden können. Doch die Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen in Bremen können keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, wie David Lukaßen, Sprecher der grünen Sozialsenatorin Anja Stahmann gestern bestätigte. Zu Ostern sollen im einstelligen Bereich neue Plätze

Flucht aus Bremen MIGRATION Weil er in Bremen keine Hilfe fand, reiste ein alleine aus Gambia geflohener 16-Jähriger nach Hamburg. Die Betreuung ist schlecht -

geschaffen werden , sagt er. Außerdem würde an zwei Standorten geprüft, ob dort eine neue Einrichtung eröffnet werden könne.

Die taz hatte im Februar zweimal über die Zustände der unbegleiteten Flüchtlinge berichtet. Weil weder PolitikerInnen noch andere Medien darauf reagiert hatten, schlug gestern der Flüchtlingsrat Bremen erneut Alarm. Jetzt seien es schon 30 Kinder und Jugendliche, die zum Teil seit über sechs Wochen alleine in der Zast leben, teilte der Flüchtlingsrat mit. Manche müssten sich zu dritt ein Zimmer von zwölf Quadratmetern teilen. Auch ein Aufenthaltsraum fehle, Essen gebe es dreimal am Tag in der Kantine, nach dem Abendessen um 17.30 Uhr sei Schluss. Zum Duschen müssten die Jugendlichen darunter befindet sich momentan auch ein 15-jähriges Mädchen über den Hof zu den Erwachsenen gehen, sagte Marc Millies vom Flüchtlingsrat.

Anders als der nach Hamburg geflohene Modou sehen die zu einem Großteil traumatisierten Jugendlichen jetzt hin und wieder auch SozialarbeiterInnen, die sie beraten und etwas mit ihnen unternehmen. Allerdings sind diese nicht von morgens bis abends vor Ort anwesend. Wir stocken deren Stundenkontingent aber gerade auf , so Behördensprecher Lukaßen.

Nach wie vor fehlt eine Instanz, die einen Überblick hat über die verschiedenen Schicksale und entscheiden kann, wer am schnellsten aus der Zast heraus sollte. Modou hatte das Glück, dass er in Hamburg auf SozialarbeiterInnen des KJND stieß, die sich mit der Flüchtlingshelferin einigten, er müsse erst wieder nach Bremen, wenn sie dort einen Platz für ihn gefunden hätten. Den hat er dank deren Engagement jetzt.

Zu Ostern sollen im einstelligen Bereich neue Plätze geschaffen werden

David Lukaßen, Sprecher Soziales

Load-Date: March 25, 2013

Flughafenasyl in Turbulenzen; Schönefeld I In der SPD organisiert sich Widerstand gegen das Asylverfahren am neuen Flughafen - Mitglieder kritisieren das "Wegducken" der Politik vor dem Thema

taz, die tageszeitung

Montag 23. April 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 554 words

Byline: Alke Wierth

Highlight: Schönefeld I In der SPD organisiert sich Widerstand gegen das Asylverfahren am neuen Flughafen Mitglieder kritisieren das Wegducken der Politik vor dem Thema

Body

VON ALKE WIERTH

In der Berliner SPD regt sich Protest gegen das Asyl-Schnellverfahren am neuen Schönefelder Flughafen. Am heutigen Montagabend will die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Migration der Partei über einen Antrag gegen das Verfahren abstimmen. Wird dieser angenommen, wäre der nächste Schritt eine Abstimmung der Delegierten auf dem Landesparteitag der SPD im Juni.

Das Flughafenverfahren, bei dem der Asylantrag innerhalb von 14 Tagen entschieden wird und Flüchtlinge solange auf dem Flughafen festgehalten werden, sei angesichts der massiv gesunkenen Asylbewerberzahlen nicht mehr zeitgemäß, heißt es in dem Antrag der LAG, die derzeit mehr als 600 Mitglieder hat. Zudem habe der Europäische Menschenrechtsgerichtshof das Verfahren bereits 1996 als ungerechtfertigte Freiheitsentziehung bezeichnet. Kritisiert wird zudem das Wegducken der politischen Verantwortlichen in Berlin vor dem Thema. Die Chancen, dass der Antrag auch auf Landesebene angenommen wird, hält die Vorsitzende der LAG, Ülker Radziwill, für sehr gut (siehe Interview).

In Brandenburg hat die SPD bereits im Februar gemeinsam mit Linkspartei und Grünen eine Bundesratsinitiative gegen das Flughafenverfahren beschlossen. Man wolle mit den Berliner GenossInnen eine gemeinsame Position finden, hatte Britta Stark, Innenexpertin der SPD im Brandenburger Landtag, damals im taz-Interview gesagt. In Berlin jedoch hatten CDU und SPD noch im März einen Antrag der Grünen gegen das Verfahren abgelehnt. Zwar erklärte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) damals, er könne sich eine Unterstützung der Bundesratsinitiative gegen das Verfahren vorstellen, doch die SPD regiere nicht alleine. Der für Flüchtlinge zuständige CDU-Innensenator Frank Henkel nannte das Schnellverfahren gerecht. Berlin, sagte Henkel, werde eine Bundesratsinitiative nicht unterstützen.

Flughafenasyl in Turbulenzen Schönefeld | In der SPD organisiert sich Widerstand gegen das Asylverfahren am neuen Flughafen - Mitglieder kritisieren das "Wegduc...."

Frank Zimmermann, Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der Fraktion, sagte der taz am Freitag, für die Durchführung des Verfahrens auf dem Flughafen, der auf Brandenburger Gebiet liegt, sei Berlin zwar nicht zuständig. Man könne aber darüber streiten, ob das Verfahren mit seinen kurzen Fristen sinnvoll ist. Er stehe einer Bundesratsinitiative mit dem Ziel, das Schnellverfahren bundesweit abzuschaffen, aufgeschlossen gegenüber.

Fünf deutsche Flughäfen

Das 1993 eingeführte Flughafenschnellverfahren wird derzeit an fünf deutschen Flughäfen, darunter Schönefeld, durchgeführt. Asylanträge von Flüchtlingen, die ohne Papiere oder aus sogenannten sicheren Drittstaaten kommen, müssen dabei innerhalb von zwei Tagen abgelehnt oder zur weiteren Bearbeitung angenommen werden. Bei Ablehnung bleiben drei Tage Zeit für Widerspruch. Über den muss ein Gericht innerhalb von 14 Tagen entscheiden. Während dieser Zeit dürfen die Schutzsuchenden ihre Unterbringung auf dem Flughafen nicht verlassen. Kritiker bezeichnen diese Unterbringung als Inhaftierung.

Auf dem Flughafen Schönefeld wurden bisher jährlich etwa zwei bis drei Asylanträge im Schnellverfahren bearbeitet, zwischen 1999 und 2011 insgesamt 48. Mit der Erweiterung des Flughafens wird künftig mit etwa 300 Fällen jährlich gerechnet. Gegner des Verfahrens wollen am Samstag auf dem Potsdamer Platz für dessen Abschaffung demonstrieren.

Innensenator Frank Henkel (CDU) nannte das Asylverfahren am Flughafen gerecht

Load-Date: April 22, 2012

Eine Frage der Berechnung; TÜRKEI Die Bundesregierung geht im aktuellen Migrationsbericht von fast 3 Millionen Deutschtürken aus - 20 Prozent mehr als bisher. Grund der spontanen Mehrung ist eine neue Zählweise

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. Februar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 07

Length: 455 words

Byline: DANIEL BAX

Highlight: TÜRKEI Die Bundesregierung geht im aktuellen Migrationsbericht von fast 3 Millionen Deutschtürken aus - 20 Prozent mehr als bisher. Grund der spontanen Mehrung ist eine neue Zählweise

Body

BERLIN taz Es ist nur ein Detail im aktuellen Migrationsbericht, den die Bundesregierung in der letzten Woche vorgelegt hat. In der Studie werden die 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern aufgeschlüsselt. Die mit Abstand größte Gruppe sind demnach jene 2,95 Millionen Menschen, die aus der Türkei stammen. Erstaunlich: Im Bericht von 2010 hatte es noch geheißen, dass 2,48 Millionen aus der Türkei kommende Personen in Deutschland leben. Darauf hat der Mediendienst Integration hingewiesen.

Der Mediendienst Integration ist ein bundesweites Projekt von Migrationsforschern. Er bietet aktuelle Informationen zu Migration, Integration und Asyl.

Kinder, deren Eltern beide denselben Migrationshintergrund haben, haben wir zum ersten Mal Herkunftsländern zugeordnet, wird Günther Brückner, der für den Mikrozensus zuständige Mitarbeiter im Statistischen Bundesamt, zitiert. Dies erkläre, warum sich die Zahl innerhalb von einem Jahr um rund 20 Prozent erhöht hat. Bislang wurden deutsche Kinder mit Migrationshintergrund nur dann einem Land zugeordnet, wenn ein Elternteil deutsch war.

Wenn beide Eltern aus dem Ausland, aber aus verschiedenen Ländern stammen, hatten die Statistiker nämlich ein Problem: Welchem Land sollten sie diese Kinder zuordnen? Also wurden diese Kinder lediglich in der großen Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund ohne Angabe zum Herkunftsland aufgeführt. In diese Gruppe rechnete das Statistische Bundesamt der Einfachheit halber auch Kinder, deren Eltern beide den gleichen Migrationshintergrund haben. Das hat sich nun geändert: Es handelt sich hierbei um 471.000 Kinder türkischer Herkunft, die in Deutschland als Deutsche auf die Welt gekommen sind, sagte Brückner.

Die Zunahme von Personen, die ihren Migrationshintergrund in Asien, Australien und Ozeanien haben, ist in der Statistik noch stärker. Bislang zählte das Bundesamt 326.000 Menschen in der zweiten und dritten Generation, die

Eine Frage der Berechnung TÜRKEI Die Bundesregierung geht im aktuellen Migrationsbericht von fast 3 Millionen Deutschtürken aus - 20 Prozent mehr als bisher. Gr....

in diese Gruppe fallen nach der neuen Zählweise sind es 635.000. Die Zahl der Deutschasiaten ist also höher, als bislang gedacht.

Was diese statistische Verschiebung bedeutet, ist unklar. Da es sich bei den statistisch neu Zugeteilten vor allem um Kinder und Jugendliche handelt, dürften sich damit auch die Bilanzen etwa bei Bildungserfolgen ändern, vermutlich positiv, meint Ferda Ataman vom Mediendienst Integration. Für die bisherigen Aussagen zu den Integrationsfortschritten einzelner Gruppen hat das keine Relevanz, glaubt dagegen Gunilla Fincke, Geschäftsführerin des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Alle großen Studien hätten die Zahlen ohnehin anders zugeordnet oder stützten sich auf andere Daten. DANIEL BAX

Load-Date: February 6, 2013

End of Document

Diskriminiert genug?; ASYLRECHT Summieren sich Diskriminierungen so, dass sie einer schweren Menschenrechtsverletzung gleichen, soll Asyl gewährt werden, sagt eine Gesetzesänderung. Bundesrat soll am Freitag zustimmen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 03. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 07

Length: 553 words

Byline: CHRISTIAN RATH

Highlight: **ASYLRECHT** Summieren sich Diskriminierungen so, dass sie einer schweren Menschenrechtsverletzung gleichen, soll **Asyl** gewährt werden, sagt eine Gesetzesänderung. Bundesrat soll am Freitag zustimmen

Body

BERLIN taz | Bald könnten sich die Chancen für Roma erhöhen, in Deutschland **Asyl** zu erhalten. Im **Asylverfahrensgesetz** wird eine Regel eingefügt, wonach **Asyl** auch bei einer Summierung von Diskriminierungen gewährt werden muss, die jede für sich noch nicht **asylwürdig** ist. Am Freitag wird der Bundesrat dieser Gesetzesänderung voraussichtlich zustimmen. Der Bundestag hat das Gesetz im Juni schon beschlossen.

Derzeit werden Asylanträge von Roma fast immer abgelehnt. Die Anerkennungsquote für Antragsteller aus Serbien und Mazedonien liegt beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) regelmäßig bei unter einem Prozent. Roma werden wegen ihrer Ethnie eben nicht gefoltert und ins Gefängnis gesteckt. Und die bloße Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und bei der Gewährung von Sozialleistungen wird bisher nicht als Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt.

Der neue Paragraph 3a des Asylverfahrensgesetzes verspricht Asyl nun aber auch bei einer Kumulierung unterschiedlicher Maßnahmen, die in der Summe so gravierend sind wie eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung. Künftig müssen Asylverfahren aufwendiger werden, gerade bei Anträgen von Roma, um auch die Summe von Alltagsdiskriminierungen richtig erfassen und bewerten zu können, erklärt Reinhard Marx, der führende deutsche Asyl-Anwalt.

In der Praxis findet das Gegenteil statt. Auf Druck von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat das Asyl-Bundesamt im letzten Sommer ein Schnellverfahren eingeführt, nach dem alle Anträge vom Westbalkan binnen weniger Tage oder Wochen entschieden sein sollen. Das BAMF sagt dazu, die Anträge würden nur prioritär, aber nicht oberflächlich geprüft.

Diskriminiert genug? ASYLRECHT Summieren sich Diskriminierungen so, dass sie einer schweren Menschenrechtsverletzung gleichen, soll Asyl gewährt werden, sagt ei....

Marx' Erfahrung ist eine andere: Das Bundesamt stellt in seinen Ablehnungsentscheidungen nur noch Textbausteine zusammen. Selbst schwerwiegende Misshandlungen werden nicht mehr erwähnt. Dass unter diesen Umständen alltägliche Diskriminierungen angemessen geprüft werden, ist nicht zu erwarten.

Dabei müsste die Verfolgung durch kumulative Maßnahmen schon heute geprüft werden. Die EU-Qualifikations-Richtlinie, die Mindeststandards für die Asyl-Anerkennung definiert, schreibt dies bereits seit einigen Jahren vor. Seit 2007 fand sich auch ein versteckter Passus dazu im deutschen Aufenthaltsgesetz. Die Neuregelung im Asylverfahrensgesetz ändert die Rechtslage also gar nicht, sondern macht sie nur sichtbarer.

Erstaunlich also, dass es in den vergangenen sechs Jahren kein einziges entsprechendes Gerichtsurteil zugunsten von Roma gab. Pro Asyl sucht zwar Präzedenzfälle und würde auch einen Musterprozess finanzieren, bisher aber ohne Erfolg. Hauptproblem ist, dass für Roma die alltägliche Diskriminierung so normal ist, dass sie das im Anhörungsverfahren in der Regel gar nicht vorbringen, sagt Marei Pelzer, Pro-Asyl-Rechtsexpertin.

In einem Musterprozess müsste auch der Einwand geprüft werden, den das Bundesinnenministerium (BMI) geltend macht. Gegen Diskriminierungen müssen erst einmal die Gerichte vor Ort und notfalls der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eingeschaltet werden, sagte BMI-Asylexperte Frank Mengel, nur wenn das scheitert, kann jemand Aufnahme in Deutschland verlangen. CHRISTIAN RATH

Die Neuregelung zum Asyl ändert die Rechtslage nicht, sie macht sie nur sichtbarer

Load-Date: July 2, 2013

Bilder wie aus einem Horrorfilm; LAMPEDUSA Rettungskräfte befürchten bis zu 350 Tote beim Untergang des Flüchtlingsschiffs. Italiens Innenminister fordert Änderung des EU-Asylrechts. EU-Kommissarin will mehr Plätze für Menschen in Not

taz, die tageszeitung

Samstag 05. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AKTUELLES; S. 03

Length: 557 words

Byline: CHRISTIAN JAKOB

Highlight: LAMPEDUSA Rettungskräfte befürchten bis zu 350 Tote beim Untergang des **Flüchtlingsschiffs**. Italiens Innenminister fordert Änderung des EU-**Asylrechts**. EU-Kommissarin will mehr Plätze für Menschen in Not

Body

VON CHRISTIAN JAKOB

BERLIN taz Bei dem Brand auf einem **Flüchtlingsschiff** vor der Mittelmeerinsel Lampedusa sind möglicherweise bis zu 350 Menschen gestorben. Wir haben keine Hoffnung mehr, Überlebende zu finden, sagte ein Mitglied der für die Bergung des Wracks zuständigen italienischen Finanzpolizei am Freitagvormittag. Bis dahin hatten die Rettungskräfte 155 Menschen gerettet und 111 Leichen an Land gebracht. Das Boot war mit 450 bis 500 Menschen besetzt. Die übrigen Opfer konnten noch nicht geborgen werden. Es ist wie in einem Horrorfilm, da unten ist eine Masse von eingeklemmten Körpern, einer über dem anderen im Laderaum, sagte der Taucher Rocco Canell.

Das von der libyschen Hafenstadt Misrata kommende Schiff war am Donnerstag gegen vier Uhr morgens nur einen Kilometer vor der Küste Lampedusas in Seenot geraten. Überlebende berichteten, dass Fischerboote vorbeifuhren, aber nicht anhielten. Die überwiegend aus Somalia und Eritrea stammenden Flüchtlinge entzündeten eine Decke, um so Hilfe herbeizuwinken. Das Schiff fing daraufhin Feuer. Einige Insassen sprangen ins Wasser, andere gingen mit dem Schiff unter. Das Wrack liegt in 40 Metern Tiefe rund 550 Meter vor der Küste. Der mutmaßliche Kapitän, ein 35-jähriger Tunesier, wurde festgenommen.

Es ist die größte Flüchtlingstragödie in der Geschichte Lampedusas und der Festung Europa, sagte Helmut Dietrich von der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, die seit den 1990er Jahren die europäische Grenzpolitik beobachtet.

Für Freitag hatte Italien einen Tag der Staatstrauer ausgerufen. Auf Lampedusa blieben die Geschäfte geschlossen.

Bilder wie aus einem Horrorfilm LAMPEDUSA Rettungskräfte befürchten bis zu 350 Tote beim Untergang des Flüchtlingsschiffs. Italiens Innenminister fordert Änderu....

Heute ist ein Tag des Weinens , sagte Papst Franziskus.

Es ist etwas Grundlegendes verkehrt, wenn Menschen auf der Suche nach Schutz diese gefährlichen Reisen auf sich nehmen müssen , erklärte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres.

Italienische Politiker forderten Änderungen des europäischen Asylrechts. Wir werden laut unsere Stimme in Europa erheben, um die Regeln zu ändern, die die ganze Last der illegalen Einwanderung auf die Länder des ersten Eintritts abwälzen , sagte Italiens Innenminister und Vizeregierungschef Angelino Alfano am Freitag. Das geltende EU-Recht sieht vor, dass die Staaten an den Außengrenzen die alleinige Verantwortung für die Flüchtlinge tragen, die dort nach Europa einreisen also fast alle.

Die EU-Innenkommissarin Malmström sagte, Europa müsse sich stärker bemühen, solche Katastrophen zu verhindern. Sie forderte die Mitgliedstaaten auf, mehr Kontingentplätze für die Umsiedlung von Menschen in Not, das sogenannte Resettlement, bereitzustellen. Dies würde dazu beitragen, dass weniger Menschen ihr Leben in Gefahr bringen müssen, um die europäischen Küsten zu erreichen. Die EU stellte zuletzt rund 5.000 Plätze pro Jahr. Das ist nur nur rund ein Zehntel der weltweiten Resettlement-Plätze und weit weniger, als die USA oder Kanada anbieten.

Bundespräsident Joachim Gauck appellierte an die EU, Flüchtlingen Schutz angedeihen zu lassen. Wegzuschauen, sie hineinsegeln zu lassen in einen vorhersehbaren Tod, missachtet unsere europäischen Werte.

Elias Bierdel, Gründungsmitglied der Organisation Borderline Europe, machte eine völlig verfehlte europäische Politik für die Katastrophe verantwortlich. Die habe das Ziel, Boote aus Afrika abzuwehren, statt Menschen zu retten.

Load-Date: October 4, 2013

Gespräche über Spannungen am Oranienplatz geplant; KREUZBERG Nach dem Messerangriff auf einen Flüchtling wird der Täter noch gesucht

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. Juni 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 555 words

Byline: K. Litschko

Highlight: KREUZBERG Nach dem Messerangriff auf einen Flüchtling wird der Täter noch gesucht

Body

Nach dem Messerangriff auf einen Bewohner des Flüchtlingscamps am Kreuzberger Oranienplatz versuchen Bezirk und Asylbewerber die aufgeheizte Situation zu beruhigen. In den kommenden Tagen soll es ein Gespräch mit Anwohnern unter Leitung von Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne) geben.

Am Montagabend hatte ein junger Deutschtürke einem sudanesischen Campbewohner mit einem Messer in die Brust gestochen. Der Angreifer soll sich laut Polizei beim Durchqueren des Camps mit seinem Kinderwagen provoziert gefühlt haben. Die Flüchtlinge sprachen dagegen von einer anlasslosen Tat. Im Anschluss eilten Bekannte des Angreifers zum Camp und bedrohten die Asylbewerber, die zurückschimpften. Die Polizei musste eingreifen. Auch Anwohner klagten am Folgetag über Probleme mit dem Zeltlager.

Laut Bürgermeister Schulz haben alle Parteien nun zugesagt, sich zeitnah zusammzusetzen und über Probleme zu reden. Auch Napuli Langa vom Flüchtlingscamp erklärte, bei Bedarf stehe man für Gespräche zur Verfügung. Wir wollen mit niemandem Probleme. Den Angriff und die Bedrohungen rechnet Langa Einzelpersonen zu. Es helfe nicht, nun zu generalisieren und zu ethnisieren. Am Dienstagnachmittag war eine Aussprache zwischen Flüchtlingen und Besuchern einer benachbarten Teestube aufgrund der gereizten Stimmung noch gescheitert.

Für die Gespräche boten sich Mitglieder von Allmende, einem Kreuzberger Verein für alternative Migrationspolitik, in dem sich auch viele Deutschtürken bewegen, zur Vermittlung an. Der Kreuzberger CDU-Abgeordnete Kurt Wansner forderte dagegen den Bezirk auf, das Camp innerhalb von zwei Wochen aufzulösen: Die Ausschreitungen seien alarmierend und würden auch Anwohner gefährden.

Der Messerstecher ist unterdessen laut Polizei weiter flüchtig. Die Person sei bekannt, sagte eine Sprecherin. Man habe ihn aber noch nicht sprechen können. Die Polizei musste auch einräumen, fälschlich mitgeteilt zu haben, dass das Opfer nur ambulant behandelt wurde und oberflächlich verletzt worden sei. Tatsächlich sei der Flüchtling noch im Krankenhaus.

Gespräche über Spannungen am Oranienplatz geplant KREUZBERG Nach dem Messerangriff auf einen Flüchtling wird der Täter noch gesucht

Das bestätigen auch Campbewohner. Der Angegriffene habe eine tiefe Schnittwunde erlitten, sei aber ansprechbar. Im Camp hatte die Nachricht über die Klinik-Entlassung für Unruhe gesorgt, weil Mitstreiter den Sudanesen telefonisch nicht erreichten und ihn suchten.

Auch auf einer Demonstration der Flüchtlinge und ihrer Unterstützer am Dienstagabend wurde die Polizei kritisiert. Die Beamten hätten auf den Messervorfall und die folgende Unruhe im Camp martialisch reagiert und brutal Pfefferspray und Schlagstöcke eingesetzt. Moniert wurde auch, dass sich Polizisten weigerten, Englisch zu sprechen. Schon dadurch komme es zu vielen Missverständnissen.

Die Demo zog zum Polizeipräsidium am Platz der Luftbrücke, auch um dort die Freilassung eines Mitstreiters zu fordern. Der Malier wurde mit neun anderen bei den Auseinandersetzungen am Montagabend festgenommen, laut Polizei wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung. Anders als die anderen wurde er nicht entlassen, weil ein Abschiebebescheid gegen ihn vorlag. Tatsächlich wurde der Mann am späten Abend freigelassen. Warum, konnten am Mittwoch weder Polizei noch Campbewohner sagen. K. LITSCHKO

Der Messerstecher ist unterdessen laut Polizei weiter flüchtig. Die Person sei bekannt, sagte eine Sprecherin

Load-Date: June 19, 2013

"Operation Heimkehr" beginnt; ISRAEL Die Regierung schiebt ab Sonntag afrikanische Flüchtlinge ab. Diese Woche wurden einige hundert Südsudanesen festgenommen

taz, die tageszeitung

Freitag 15. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 09

Length: 625 words

Byline: SUSANNE KNAUL

Highlight: ISRAEL Die Regierung schiebt ab Sonntag afrikanische Flüchtlinge ab. Diese Woche wurden einige hundert Südsudanesen festgenommen

Body

AUS TEL AVIV SUSANNE KNAUL

Silab Bangola lebt seit zwei Wochen im Lewinsky-Park, ganz in der Nähe des zentralen Tel Aviver Busbahnhofs. Der Park ist gewöhnlich die erste Station für frisch aus dem Auffanglager entlassene Migranten. Sie haben meinem Arbeitgeber gedroht und gesagt, dass er mich nicht mehr beschäftigen soll, sagt der 30-jährige Guineer, der seit über zwei Jahren in Israel lebt. Jetzt kann ich kein Geld mehr verdienen und weiß nicht, wohin.

Bangola ist Opfer der jüngsten Panik in Israel vor den zahlreichen ins Land kommenden Migranten. Abgeordnete hetzen gegen das wachsende Krebsgeschwür und versprechen Soforthilfemaßnahmen wie die Bestrafung von Arbeitgebern illegaler Einwanderer.

Die Operation Heimkehr soll die Zahl der afrikanischen Flüchtlinge vor allem im Süden Tel Avivs, aber auch in Eilat und anderen Orten, schrittweise reduzieren. Sicherheitsbeamte nahmen diese Woche einige hundert Südsudanesen fest. Insgesamt handelt es sich um 1.500 Personen. Die meisten unterzeichneten eine Freiwilligkeitserklärung, die nötig ist, weil die südsudanesischen Behörden Zwangsausweisungen ablehnen. Israel belohnt zeichnungswillige Erwachsene mit 1.000 Euro, für Kinder gibt es 400. Wer nicht unterschreibt, riskiert Gefängnis. Schon am kommenden Sonntag bringt eine erste Maschine 120 Menschen aus dem Südsudan nach Hause. Im Vergleich zu den 1.000 bis 2.000 Migranten, die jeden Monat über die ägyptische Grenze nach Israel einreisen, ist das eine verschwindend kleine Gruppe. Problematisch für Israels Operation Heimkehr ist, dass die große Mehrheit der Infiltranten, so der offizielle Wortlaut, aus Eritrea und aus dem Nordsudan kommen und laut Genfer Flüchtlingskonvention nicht abgeschoben werden dürfen.

Insgesamt leben laut offiziellen Angaben heute rund 60.000 Migranten in Israel. Dazu kommen 75.000 Ausländer, die legal eingereist und im Besitz einer Arbeitserlaubnis sind. Anstatt neue Arbeiter zu rufen, sollte Israel besser

"Operation Heimkehr" beginnt ISRAEL Die Regierung schiebt ab Sonntag afrikanische Flüchtlinge ab. Diese Woche wurden einige hundert Südsudanesen festgenommen

die Menschen arbeiten lassen, die hier Schutz vor Verfolgung suchen , meint Sigal Rosen, Aktivistin des Hilfszentrums für ausländische Arbeiter. Würde man die Arbeitsplätze im Baubereich, in der Industrie, Landwirtschaft und häuslichen Krankenpflege an Flüchtlinge und Infiltranten geben, wäre das Problem weitgehend gelöst.

Für den Guineer Silab Bangola wäre es die Rettung. Mir reicht es , sagt er erschöpft. Ich kann mich selbst nicht mehr ernähren, die Polizei verfolgt und durchsucht mich. Obwohl der Gedanke an die Heimat düstere Erinnerungen weckt, sei er schon fast entschlossen, freiwillig zu gehen . Mutter und Schwester wurden vor seinen Augen erschossen, als er vor der Zwangsrekrutierung in Sierra Leone floh. Wer sich weigerte, eine Waffe in die Hand zu nehmen, dem schnitten sie die Hände ab , sagt er. Doch Bangola muss auf seine Ausreise warten, denn Guinea unterhält keine diplomatischen Beziehungen mit Israel, und er hat keine gültigen Reisedokumente. Nur irgendwo leben, wo es Frieden gibt , möchte er.

Angestachelt von rassistischen Politikern und der hohen Bevölkerungsdichte im Süden Tel Avivs, der die Stadtverwaltung nicht gewachsen ist, verleihen manche Anwohner ihrem Zorn immer ungezügelter Ausdruck. Mehrere Läden und Wohnungen wurden in Brand gesteckt. Immer öfter kommt es zu Prügeleien. Bangola trifft aber auch Israelis, die Mitleid zeigen . Die private Facebook-Initiative Suppe für Lewinsky mobilisiert jeden Abend Freiwillige, die den Migranten Essen bringen. Ich bin froh über jeden, der kommt , sagt der 40-jährige Israeli Oran Harel, der mit seinem Fahrrad durch den Lewinsky-Park radelt. Die Migranten, sagt er, sind Leute wie du und ich .

Ich kann kein Geld mehr verdienen und weiß nicht, wohin

SILAB BANGOLA, FLÜCHTLING AUS GUINEA

Load-Date: June 14, 2012

"Migration hier sekundär"; Weltgebetstag in Sasel mit französischem Einfluss HEUTE IN HAMBURG

taz, die tageszeitung

Freitag 01. März 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 268 words

Byline: AMN

Highlight: Weltgebetstag in Sasel mit französischem Einfluss

Body

taz: Frau Bostelmann, was ist das Besondere am Weltgebetstag?

Susanne Bostelmann: Der Weltgebetstag wird von französischen Christinnen vorbereitet. An diesem Tag können Gemeinden auf der Welt freiwillig nach der französischen Kirchenordnung den Gottesdienst begehen.

Was kann die Gemeinde Sasel von den französischen Frauen lernen?

Das Thema des Weltgebetstages ist Fremdsein. Das bezieht sich besonders auf Migration. Die Französinnen treten mit bestimmte Fragen an uns heran: Wie geht man als Christ mit Fremden um: Das sollte sich jeder auch außerhalb unserer Gemeinde stellen.

Wie geht man denn in Ihrer Gemeinde mit dem Thema Migration um?

Sasel-Poppenbüttel ist ein eher gut situierter Stadtteil Hamburgs. Wenn es Migranten gibt, dann sind sie sehr gut ausgebildet und haben eine hohe soziale Stellung. Unsere Gemeinde engagiert sich in der Flüchtlingshilfe. Der Gottesdienst könnte mehr Menschen dafür mobilisieren.

Kann der Weltgebetstag Ihre Gemeinde für dieses Thema sensibilisieren?

Auch wenn wir hier kaum betroffen sind, kann man ein Bewusstsein dafür schaffen. Es ist gut, dass die Migrationsproblematik in Frankreich nicht durch die Banlieues, sondern durch die Kirche thematisiert wird. Außerdem sollten wir in Deutschland mehr über soziale Missstände in Frankreich erfahren, da es ja unser Nachbar ist.

Wird es eine breitere Diskussion in Zukunft geben?

Ja, denn Migration hat auch politische Folgen für uns: Können wir als Christen eine Festung Europas wollen? Nein das können wir nicht! INTERVIEW: AMN

"Migration hier sekundär" Weltgebetstag in Sasel mit französischem Einfluss HEUTE IN HAMBURG

Gottesdienst zum Weltgebetstag: 15 Uhr, Saseler Lukaskirche, Auf der Heide 15 www.weltgebetstag.de

Load-Date: February 28, 2013

End of Document

**Flüchtlinge laden Henkel ein; MIGRATION Protestler vom Oranienplatz
fordern den Innensenator zum Nachdenken auf**

taz, die tageszeitung

Montag 02. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 212 words

Byline: SUG

Highlight: MIGRATION Protestler vom Oranienplatz fordern den Innensenator zum Nachdenken auf

Body

Mit einem offenen Brief haben sich die protestierenden **Flüchtlinge** vom Oranienplatz und der Gerhard-Hauptmann-Schule an Innensenator Frank Henkel gewandt. In dem am Sonntag den Medien übermittelten Schreiben bitten sie den CDUler, über ihre Forderungen nachzudenken und sie zu besuchen, bevor er Platz und Schule räumen lasse. Wir glauben, dass Sie schlussfolgern werden, dass unser Protest legitim ist, schreiben sie.

Seit die Caritas vor zehn Tagen ein Haus zur Verfügung gestellt hat, wächst der öffentliche Druck auf die Geflüchteten, wie sie sich selbst nennen, die Besetzung des Oranienplatzes aufzugeben. Henkel stellte vorige Woche dem Bezirk ein Ultimatum: Wenn der Platz bis zum 16. Dezember nicht geräumt sei, werde der Senat das in die Hand nehmen.

Die Flüchtlinge dagegen bekräftigen, Platz und Schule so lange besetzen zu wollen, bis ihre politischen Forderungen erfüllt sind: Abschaffung der Residenzpflicht, des Arbeitsverbots, des Lagersystems und der Abschiebungen. Zudem wehren sie sich gegen die in den letzten Tagen zirkulierende Behauptung, die Flüchtlinge würden von Unterstützern zu einer Fortführung der Besetzung überredet. Das sei eine Diffamierung des selbst organisierten Geflüchteten-Protests und eine kolonial geprägte Sichtweise. SUG

Load-Date: December 1, 2013

Der Protest geht weiter; ASYL Das Camp vor der Innenverwaltung hielt nur eine Nacht, weitere Aktionen sind geplant

taz, die tageszeitung

Dienstag 17. Dezember 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 266 words

Byline: PLU

Highlight: ASYL Das Camp vor der Innenverwaltung hielt nur eine Nacht, weitere Aktionen sind geplant

Body

Kaum ein Auge habe er zugemacht, gestand ein Demonstrant, der die Nacht von Sonntag auf Montag vor dem weiträumig abgesperrten Amtssitz von Innensenator Frank Henkel (CDU) zugebracht hatte. Es war ganz schön frisch. Rund 30 Personen hatten es ihm gleichgetan. Es gab Filme, Musik, eine Volxküche sorgte für heiße Getränke und Essen. Am Montagvormittag wurde die Versammlung beendet.

Zwischen 1.000 und 2.000 Menschen waren am Abend zuvor von Kreuzberger Oranienplatz zu dem am Molkenmarkt gelegenen Amtssitz des Innensensors gezogen, um gegen die geplante Räumung des Protestcamps zu demonstrieren. Henkel hat angekündigt, dass Zeltdorf auf dem Oranienplatz räumen zu lassen, wenn das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg bis zum 18. Januar nichts unternimmt.

Das Nachtlager ist eine von vielen Aktionen, mit denen Flüchtlinge und Unterstützer in der kommenden Zeit auf ihre Forderungen wie Abschaffung der Residenzpflicht aufmerksam machen wollen. Am Mittwoch sei anlässlich des Internationalen Tages der Migration ein Action Day mit dezentralen Aktionen geplant, sagte ein Teilnehmer. Für Freitag ruft die Gruppe Refugeestrikeberlin zu einer Kundgebung auf dem Flughafen Tegel auf. Um 17 Uhr soll am Schalter von Air Berlin gegen Abschiebungen demonstriert werden. Auch in der Weihnachtszeit gehe es weiter, hieß es. Denn: Die Refugees auf dem O'platz haben auch keine Ferien.

Die rechte Partei Pro Deutschland hielt unterdessen am Montag eine Kundgebung mit acht Teilnehmern vor dem Amtssitz der Kreuzberger Bürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) ab. Gefordert wurde Herrmanns Rücktritt. PLU

Load-Date: December 16, 2013

"Ich sitze auf zwei Stühlen"; DISKUSSION Bürgerschafts-Abgeordnete sprechen über ihre Erfahrung als "Migrantin in der Politik" HEUTE IN BREMEN

taz, die tageszeitung

Freitag 14. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 24

Length: 307 words

Byline: JPB

Highlight: DISKUSSION Bürgerschafts-Abgeordnete sprechen über ihre Erfahrung als Migrantin in der Politik

Body

taz: Frau Aytas, was spielt eine größere Rolle, Ihr Migrationshintergrund oder als Frau in der Politik zu sein?

Ruken Aytas: Ich habe mich immer gefragt: Bin ich erst eine Frau oder erst eine Kurdin. Als Frau und Migrantin in die Bürgerschaft zu kommen, ist schwieriger. Das habe ich bei den letzten Wahlen wahrgenommen.

Was sind die Schwierigkeiten?

Frauen werden viele Aufgaben nicht anvertraut oder zugetraut. Ich erlebe das in allen Bereichen, dass ihnen weniger Möglichkeit gegeben wird, ihre Kompetenzen nachzuweisen. Frauen sind teilweise verunsichert, auch durch die Mehrzahl von dominanten Männern.

Und bezogen auf Ihren Migrationshintergrund?

Ich habe es immer nur zusammen wahrgenommen. Aber wenn Menschen mit mir reden, sehen sie mich eher als Migrantin, denn als Frau. Migrantinnen sind noch nicht so verbreitet. Wir sind das einzige Bundesland mit über zehn Abgeordneten mit Migrationshintergrund.

Gibt es Fragen, wo Sie sich mit MigrantInnen anderer Fraktionen stärker einig sind als mit SPD-Genossen?

Nein. In den Fraktionen sind wir uns nicht immer einig und auch wir Migranten sind unterschiedlicher Meinung.

In der Debatte um Zuwanderung oder Flüchtlinge, spielt ein Migrationshintergrund bei der Bewertung keine Rolle?

Darauf beziehe ich mich als Mensch, nicht als Migrantin. Dadurch, dass ich diese Erfahrung habe, kann ich es besser nachvollziehen und es ist meine Pflicht, dies anderen nahezubringen und sie zu überzeugen. So geht das aber bei allen Themen.

"Ich sitze auf zwei Stühlen" DISKUSSION Bürgerschafts-Abgeordnete sprechen über ihre Erfahrung als
"Migrantin in der Politik" HEUTE IN BREMEN

In Niedersachsen schlägt die SPD Doris Schröder-Köpf als Integrationsbeauftragte vor

Ich sitze in der Fragestellung auf zwei Stühlen. Sinnvoll wäre jemand mit Migrationshintergrund, für mich ist die Qualifikation der Person aber auch wichtig. Das habe ich so auch vertreten, als Silke Harth in Bremen Ausländerbeauftragte wurde. Interview: JPB

18 Uhr, Kulturzentrum Lagerhaus

Load-Date: December 13, 2012

End of Document

Abschiebung in 48 Stunden; ASYLRECHT Bayern fordert kurzen Prozess für die Asylanträge von Balkan-Roma. Auch soll die 2009 eingeführte Visafreiheit von Serben und Mazedoniern eingeschränkt werden

taz, die tageszeitung

Donnerstag 04. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 07

Length: 783 words

Byline: CHRISTIAN RATH

Highlight: **ASYLRECHT** Bayern fordert kurzen Prozess für die **Asylanträge** von Balkan-Roma. Auch soll die 2009 eingeführte Visafreiheit von Serben und Mazedoniern eingeschränkt werden

Body

VON CHRISTIAN RATH

FREIBURG taz Bayern will Schnellverfahren für **Asylbewerber** aus Serbien und Mazedonien einführen. Binnen 48 Stunden soll über die Anträge entschieden werden, die in der Regel keine Erfolgsaussicht haben. Außerdem verlangt Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU), die Visafreiheit für beide Balkanstaaten aussetzen.

Rund 4.300 serbische **Flüchtlinge** haben in den ersten acht Monaten des Jahres 2012 in Deutschland **Asyl** beantragt, das sind etwa zehn Prozent aller Antragsteller. Hinzu kommen 2.500 Anträge aus Mazedonien. Keine extrem hohen Zahlen also. Seit August steigen allerdings die Anträge aus beiden Staaten stark an. Über 90 Prozent der Antragsteller sind Roma.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) führt den Anstieg auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zurück, das im Juli eine deutliche Anhebung der Sätze des Asylbewerberleistungsgesetzes forderte. Statt 224 Euro erhalten Flüchtlinge nun 446 Euro monatlich. In Bundesländern wie Bayern, die Sachleistungen oder Gutscheine gewähren, stieg das Taschengeld immerhin von 40 auf 134 Euro.

Die Schutzquote für Antragsteller aus den Balkanstaaten ist allerdings extrem niedrig. Nur 0,3 Prozent der Antragsteller aus Serbien und 0,2 Prozent der Antragsteller aus Mazedonien können in Deutschland bleiben. Selbst in den wenigen erfolgreichen Fällen geben nicht Verfolgung, sondern persönliche Abschiebehindernisse wie Krankheit den Ausschlag. Die aktuelle Schutzquote für andere Flüchtlinge ist viel höher: Aus Afghanistan werden 35 Prozent der Asylsuchenden geschützt, aus dem Irak 62, aus Syrien 94 und aus dem Iran 53 Prozent.

Abschiebung in 48 Stunden ASYLRECHT Bayern fordert kurzen Prozess für die Asylanträge von Balkan - Roma. Auch soll die 2009 eingeführte Visafreiheit von Serben u....

Für das bayerische Innenministerium ist deshalb der Fall klar. Den Antragsstellern aus Serbien und Mazedonien geht es nur darum, in Deutschland für einige Monate Sozialleistungen zu erschleichen, sagte ein Sprecher zur taz. Deshalb soll nun das Asylverfahren für solche Anträge radikal verkürzt werden. Binnen 48 Stunden sollen die Flüchtlinge in der Regel angehört werden und einen Bescheid erhalten. Vorbild ist die Schweiz, die seit August mit Asylbewerbern vom Balkan so verfährt, wenn nach der Anhörung keine weiteren Abklärungen erforderlich sind.

Derzeit braucht das BAMF im Schnitt drei Monate für solche Anträge. Bayerns Innenminister Herrmann kann dem BAMF aber nicht vorschreiben schneller zu arbeiten, da es ein Bundesamt ist. Das zuständige Bundesinnenministerium wollte zu dem Vorschlag zunächst nicht Stellung nehmen.

Pro Asyl würde dem Schnellverfahren nur zustimmen, wenn die Antragsteller in der Anhörung zwingend durch einen Anwalt vertreten werden. Sonst kann ihnen in dieser kurzen Zeit niemand sagen, auf was es im Verfahren eigentlich ankommt, so Rechtsanwalt Hubert Heinold, Vizevorstand von Pro Asyl.

Der zweite Vorschlag von Joachim Herrmann ist noch deutlich radikaler: Als Mittel gegen missbräuchliche Asylanträge will er die Visafreiheit für Serben und Mazedonier wieder aussetzen. Diese war den beiden Staaten erst 2009 gewährt worden. Die Reisefreiheit sollte Reformbemühungen belohnen und zeigen, dass eine EU-Mitgliedschaft von Serbien und Mazedonien möglich ist.

Auch hier kann Bayern nur an andere appellieren. Seit 2001 gilt die EU-Visaverordnung. Darin ist geregelt, aus welchen Staaten Bürger visafrei in die EU einreisen können. Dabei entscheidet der EU-Ministerrat gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, welche Staaten das Privileg erhalten oder wieder gestrichen werden.

Konkret bezieht sich Herrmanns Vorstoß auf eine neue Regelung, die der Rat zwar schon vor einigen Monaten beschlossen hat, die aber noch vom Europäischen Parlament gebilligt werden muss. Danach soll die Visafreiheit bis zu 15 Monate ausgesetzt werden können, wenn die erfolglose Asylanträge stark zunehmen. Entscheiden würde dann die EU-Kommission nach Rücksprache mit den nationalen Regierungen. Die Einführung dieser sogenannten Visumsschutzklausel kommt auch auf Druck von Deutschland und Bayern zustande. Schon vor zwei Jahren, als Asylanträge von Balkan-Roma erstmals stark zunahmen, drohte Herrmann mit einer Aussetzung der Visafreiheit.

Sollte den Serben am Ende tatsächlich die Reisefreiheit in die EU entzogen werden, dürfte dies die innenpolitische Ausgrenzung der Roma weiter verschärfen, weil die Minderheit dann wohl kollektiv für den Rückschlag verantwortlich gemacht würde. Pro-Asyl-Anwalt Heinold findet auch, dass die Asylanträge der Roma in Deutschland überwiegend zu Unrecht abgelehnt werden. Wenn man mal akribisch zusammenstellen würde, was eine Roma-Familie alles an Ausgrenzung und Gewalt erlebt, dann wäre das Maß einer Gruppenverfolgung wohl erreicht.

Die Behörden sagen, es kommen mehr Roma, weil es seit August mehr Geld für sie gibt

Load-Date: October 3, 2012

**Schöne neue Welt: Nix Kohle, nix Autos nix Migranten; GALERIE NAGEL
DRAXLER Galerie**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 25. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 15

Length: 209 words

Byline: MJ

Body

GALERIE NAGEL DRAXLER

Thomas Kilpers neue Werke für Resist! oder let it be! liegt ein Dilemma zu Grunde: Die Krise, auf die sich der sogenannte gesellschaftskritische Künstler bezieht, ist verdammt vielschichtig. Alles hängt miteinander zusammen und hat man einen Strang Fragen begriffen, taucht ein neuer auf. Und Kilper? Kilper nimmt, so wie es der Ausstellungstext beschreibt, der Deutschen liebstes Kind (was uns auch so nachhaltig mit den Polinen, TürkinInnen oder US-AmerikanerInnen verbindet) und tätowiert Motorhauben mit symbolischem Mischmasch. Hier verweisen Pussy Riot auf staatliche Repressionen gegen regierungskritische Statements, dort erinnern Merkel und Hoeneß in trauter Einheit an das Berliner Marx-Engels-Denkmal. Derweil meldet sich Detroit pleite, dimmt das nächtliche Straßenlicht runter und schickt seine Feuerwehr nach Hause. Berlin ist auch pleite, aber da drückt der Bund die Augen so fest zu, dass manch blinde Stelle entsteht. Armut gibt es überall, nur wird sie verschieden verkauft. Und da Afrika gerade voll im Trend liegt, gibt Kilper seiner Galerie-Flachware Namen afrikanischer **Flüchtlinge**, auf dass die **Asylbewerber** individualisiert werden. Wie bekloppt! MJ

- Bis 31. 8., Di. Fr. 11 19, Sa. 11 18 Uhr, Weydingerstr. 2

Load-Date: July 24, 2013

Die Flüchtlinge in höchster Not; PROTEST Kritische Situation am Brandenburger Tor - die ersten der Durststreikenden sind im Krankenhaus

taz, die tageszeitung

Mittwoch 16. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 389 words

Byline: LEONIE SONTHEIMER

Highlight: PROTEST Kritische Situation am Brandenburger Tor die ersten der Durststreikenden sind im Krankenhaus

Body

Keine Schreie sind zu hören, keinerlei Anzeichen von Panik, als dann am Dienstag eine Durststreikende auf dem Pariser Platz kollabiert. Rasch umgibt sie eine Traube anderer Durststreikender. Sanitäter und Polizisten kommen hinzu. Nur zehn Meter weiter lässt sich eine Touristin vor dem Brandenburger Tor fotografieren. Sie schaut in Richtung des Durststreiks, ein strahlendes Lächeln auf den Lippen.

Seit Mittwoch vergangener Woche befinden sich unter dem Brandenburger Tor 28 Flüchtlinge im Hungerstreik. Am Montag haben sie aufgehört zu trinken. Wir werden weitermachen, bis das Gesetz verändert wird, sagt Hamed R., einer der Durststreikenden. Sie fordern die kompromisslose Anerkennung der Asylanträge aller Teilnehmenden des Protests. Hamed R. ist vor zwei Jahren nach Deutschland gekommen. Im Juni war er schon am Hungerstreik von Flüchtlingen in München beteiligt.

Kaum Schutz vor Regen

Um Hamed R. herum versuchen die Non-Citizens, wie die Protestierenden sich selbst nennen, sich vor dem Regen zu schützen. Das Wasser sammelt sich in Planen, die über Schlafende gelegt sind. Auf einer Liste steht, was gebraucht wird: Gummistiefel, Regenschirme, Schlafsäcke und Möglichkeiten zum Trocknen. Noch immer dürfen keine Zelte aufgestellt werden. Noch immer gibt es keine Reaktion von denen, an die sich die Durststreikenden in ihren Statements wenden: Innenminister Hans-Peter Friedrich und Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt.

Gestern Mittag appellierte dagegen Berlins Innensenator Frank Henkel an die Flüchtlinge, sich nicht länger den gesundheitlichen Risiken auszusetzen. Derweil wies ein Sprecher der Berliner Landesregierung die Kritik zurück, der Senat beschäftige sich nicht ausreichend mit dem Thema. Es muss eine vernünftige Lösung her, sagte Senatssprecher Richard Meng, da hilft nicht immer das öffentliche Geklingel. Letztlich seien die Flüchtlinge für ihre Aktionen selbst verantwortlich.

Die Flüchtlinge in höchster Not PROTEST Kritische Situation am Brandenburger Tor - die ersten der
Durststreikenden sind im Krankenhaus

Was ist das für eine Gesellschaft, die nicht weiß, ob ihr Menschen oder Papiere wichtiger sind? , fragt Hamed R. Er versucht, Worte zu finden, die beschreiben, was er fühlt. Aber er wird dabei wütend und wendet sich ab. Die Realität sagt alles , sagt er und zeigt auf das durchnässte Lager um sich.

Bei Redaktionsschluss befanden sich 9 von 28 Durststreikenden im Krankenhaus.

LEONIE SONTHEIMER

Load-Date: October 22, 2013

End of Document

"Gemeinsame Probleme"; MIGRANTINNEN Heute eröffnet in Huchting Bremens erstes Tuwas-Café - das zweite folgt im Mai HEUTE IN BREMEN

taz, die tageszeitung

Montag 29. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 24

Length: 318 words

Byline: SCHN

Highlight: **MIGRANTINNEN** Heute eröffnet in Huchting Bremens erstes Tuwas-Café das zweite folgt im Mai

Body

taz: Frau Piotrowski, was bedeutet Tuwas ?

Jana Piotrowski: Das ist eine Abkürzung und steht für Tu was, Piotrowski mach was oder auch Treffpunkt zur Unterstützung bei Wohnungssuche, Arbeitsvermittlung und Sicherheit mir gefällt allerdings die Variante Tatenfreude, Unterstützung, Wertschätzung, Anerkennung, Solidarität am besten.

Warum?

Weil die Tuwas-Cafés im Mai eröffnet in Vegesack ja noch ein zweites auch ein fester Treffpunkt bleiben sollen, wenn Dinge wie zum Beispiel die Wohnungssuche schon erledigt sind. Momentan ist es ja noch so, dass Flüchtlinge erst in Übergangsheimen auf engstem Raum zusammenleben müssen, und anschließend werden sie wieder auseinandergerissen. In Huchting gibt es ein Wohnheim, aber keinen Treffpunkt, um sich auszutauschen das ändert sich ab heute.

Wie wichtig ist es, dass die MigrantInnen sich untereinander kennenlernen?

Sie sollen sich nicht nur untereinander kennenlernen, auch Deutsche sind in den Tuwas-Cafés herzlich willkommen. Aber die Flüchtlinge einen natürlich gemeinsame Probleme und Interessen wie Behördengänge, Sprachkurse, Wohnungssuche, die für sie sehr schwer ist, oder die Suche nach Arbeit. Es ist hilfreich, wenn man sich da austauschen kann.

Die Cafés sind ja auch für Menschen da, die gerade erst in Deutschland angekommen sind. Gibt es für sie Dolmetscher?

Es gibt pro Café zwei Honorarkräfte, die englisch, französisch, russisch und türkisch sprechen, eine davon spricht arabisch. Alle haben bereits in der Flüchtlingshilfe gearbeitet. In Einzelfällen helfen SprachmittlerInnen, das sind Freiwillige oder Dolmetscher aus der Kartei der Flüchtlingshilfe oder der AWO.

"Gemeinsame Probleme" MIGRANTINNEN Heute eröffnet in Huchting Bremens erstes Tuwas-Café - das zweite folgt im Mai HEUTE IN BREMEN

Das klingt alles eher nach Beratungsstelle als nach Café...

Es gibt Kaffee und Kuchen und eine lockere, gemütliche Atmosphäre, in der man sich auch einfach nur übers Wetter unterhalten kann. Interview: SCHN

15 Uhr, AMeB-Begegnungsstätte, An der Schüttenriede 8, Huchting

Load-Date: April 28, 2013

End of Document

Abschiebung einer jungen Romni entzweit Sozialisten; FRANKREICH Die Proteste gegen Innenminister Manuel Valls werden immer heftiger. Auch aus der eigenen Partei

taz, die tageszeitung

Freitag 18. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 09

Length: 435 words

Byline: RUDOLF BALMER

Highlight: FRANKREICH Die Proteste gegen Innenminister Manuel Valls werden immer heftiger. Auch aus der eigenen Partei

Body

AUS PARIS RUDOLF BALMER

In der sozialistischen Regierungspartei (PS) herrscht Empörung über das Vorgehen der französischen Behörden bei der Abschiebung einer Roma-Familie in den Kosovo, deren Asylanträge abgelehnt worden waren. Nicht mit uns! , protestieren intern und öffentlich zahlreiche PS-Mitglieder. Sie verlangen Rechenschaft von ihrem Parteifreund Manuel Valls, dem für die Polizei und die Flüchtlingspolitik zuständigen Innenminister. Die Kritiker werfen ihm vor, er praktiziere dieselbe repressive Politik gegenüber Migranten und Flüchtlingen wie seine rechten Vorgänger unter Präsident Nicolas Sarkozy.

Anlass des Streits ist die Ausweisung einer Roma-Familie im französischen Jura. Der Familienvater war am Vortag abgeschoben worden. Als die Polizei eintraf, um die restlichen Mitglieder der 2009 aus dem Kosovo eingereisten Familie abzuholen, fehlte eines der sechs Kinder. Die 15-jährige Leonarda nahm an einem Schulausflug teil. Der Polizeipräfekt telefonierte mit dem Schulleiter, der mit einer Lehrerin Kontakt aufnahm. Der Schulbus wurde gestoppt und Leonarda vor den Augen ihrer MitschülerInnen weggebracht.

Im Nachhinein beteuern die lokalen Behörden und das Innenministerium, alles sei nicht so dramatisch verlaufen. Die betroffene Familie habe zweimal erfolglos einen Asylantrag gestellt und nach der Ablehnung alle Beschwerdemittel ausgeschöpft.

Als völlig inhuman bezeichnet dagegen das Netzwerk Erziehung ohne Grenzen (RESF), gestützt auf die Schilderung von Leonardas Geografielehrerin, die Methoden. Die SchülerInnen und die Lehrer waren sehr schockiert. Ich musste am Tag danach in der Klasse darüber diskutieren, weil die Jugendlichen und ihre Eltern sehr beunruhigt waren , sagt sie. Mehrere Schulen waren am Donnerstag aus Protest geschlossen, landesweit gingen

Abschiebung einer jungen Romni entzweit Sozialisten FRANKREICH Die Proteste gegen Innenminister Manuel Valls werden immer heftiger. Auch aus der eigenen Partei

Tausende SchülerInnen auf die Straße. Erziehungsminister Vincent Peillon verlangt, dass die Schule von der Polizei wie eine Schutzzone respektiert werde.

Schockiert über ihren Parteigenossen Valls sind zahlreiche Sozialisten. Der Vorsitzende der Nationalversammlung, der Sozialist Claude Bartolone, ermahnt Valls via Twitter: Es gibt das Gesetz, aber auch Grundwerte, die die Linke nicht infrage stellen kann, ohne ihre Seele zu verkaufen. Für Emmanuel Maurel vom linken PS-Flügel ist die Grenze des Erträglichen überschritten: Vor einigen Jahren hätten die Sozialisten geschlossen gegen solche Praktiken demonstriert. Unter dem Druck der Proteste hat Valls eine Untersuchung angeordnet. Ändern will er an seiner Ausländerpolitik aber nichts.

Das Netzwerk Erziehung ohne Grenzen nennt die Methoden völlig inhuman

Load-Date: October 17, 2013

End of Document

**"Es herrscht eine Kultur der Abwehr"; VIELFALT Der Integrationsbeauftragte
Günter Piening verabschiedet sich mit einer sehr gemischten Bilanz aus
seinem Amt**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. Juni 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 19

Length: 1360 words

Byline: ALKE WIERTH

Highlight: VIELFALT Der Integrationsbeauftragte Günter Piening verabschiedet sich mit einer sehr gemischten Bilanz aus seinem Amt

Body

INTERVIEW ALKE WIERTH

taz: Herr Piening, Sie waren fast ein Jahrzehnt Berlins Oberintegrator. Jetzt verabschieden Sie sich mit dem Satz: Die staatlichen Institutionen haben den Nachweis noch nicht erbracht, dass in Deutschland alle Bevölkerungsgruppen den gleichen Schutz genießen. Das ist eine traurige Bilanz, oder?

Günter Piening: Es gibt eine wirklich traurige Kontinuität in meiner Biografie: 1994 ich war damals Pressesprecher der grünen Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt erlebten wir dort den Magdeburger Herrentag. Nazis jagten stundenlang schwarze Asylbewerber durch die Stadt. Und die Polizei hat hinterher die Asylbewerber festgenommen. Wir mussten damals selbst recherchieren, bis klar war, wer Täter und wer Opfer war. Nun erlebe ich, dass bei den Ermittlungen um die NSU-Zelle Ähnliches passierte: Opfer aus migrantischem Kontext gerieten automatisch in Verdacht, selbst in Täterkreise verstrickt zu sein. Das muss in der Tat der Staat aufarbeiten. Und das geschieht bisher absolut unzureichend.

Was fehlt Ihnen denn?

Es wurde sehr schnell wieder die Debatte um ein NPD-Verbot hochgezogen, es wurde über die Kommunikationsstrukturen zwischen den verschiedenen Ermittlungsbehörden geredet aber die zentrale Frage, warum Ermittlungsbehörden offenbar immer wieder nach diesem Muster vorgehen, wird nicht beantwortet. Und so mogelt man sich um eine Debatte über strukturellen Rassismus herum.

Sie loben Teile der Verwaltung, etwa den Bildungsbereich. Sie erwähnen, dass es immer mehr binationale Partnerschaften gibt: Es gibt also Bevölkerungsteile, die zum Zusammenleben mit Einwanderern bereit und in der Lage sind. Trotzdem flackert immer wieder starker Rassismus auf. Wie kommt das?

"Es herrscht eine Kultur der Abwehr" VIELFALT Der Integrationsbeauftragte Günter Piening verabschiedet sich mit einer sehr gemischten Bilanz aus seinem Amt

Wir in Berlin versuchen, eine Politik zu machen, die aktiv Ressentiments bekämpft und Teilhabe auf gleicher Augenhöhe organisiert. Auf Bundesebene gibt es allerdings eine gegenläufige Entwicklung. Zudem ist zu beobachten und wird ja auch durch Studien unterlegt, dass Ressentiments gegen Einwanderer, die früher eher am Rande der Gesellschaft bestanden, in die Mitte gewandert sind.

Sie haben das Phänomen jetzt beschrieben haben Sie auch eine Erklärung dafür?

Es gibt heute ein viel stärkeres Von-oben-nach-unten-Treten in unserer Gesellschaft. Der Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer nennt das rohe Bürgerlichkeit. Selbst alternative Mittelschichten fangen plötzlich an, Unterschichtenbashing zu betreiben. Das hängt damit zusammen, dass alle Positionen in dieser Gesellschaft bedroht sind, dass man sehr schnell auf die soziale Rutsche kommt. Wir sehen das etwa im Bildungsbereich, wo breite Kreise von Mittelschichtseltern etwa Projekte zu einer durchlässigeren Schule blockieren. Es geht um die Sicherung von sozialen Positionierungen.

Nicht um ethnische Herkunft?

Doch, das überlagert sich. Bei der Frage, wer dazugehören darf, geht es auch um Fremdheit, die als bedrohlich empfunden wird. Deshalb geht es ja auch nie um alle Einwanderer, sondern um bestimmte Gruppen. Das sind vor allem Einwanderer aus muslimischen Ländern. Da fällt die soziale Abwertung leichter, nach dem Motto: Die gehören hier nicht dazu. Und Politik ist immer versucht, auf solche Stimmungen aufzusitzen, weil sie glaubt, dass da Honig zu saugen ist.

Und wenn sie nicht bloß Honig saugen will, setzt sie einen Integrationsbeauftragten ein, der sich kümmert?

Moment: Man muss auch sehen, dass wir hier in Berlin es geschafft haben, diese Dinge abzuwehren. Der organisierte Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bekommt hier keinen Fuß auf den Boden. Wir stehen im deutschen und europäischen Kontext gut da. Damit das klappt, muss Politik eine klare Kante zeigen. Kluge Politik setzt deshalb nicht nur einen Integrationsbeauftragten ein, sondern gibt ihm echte Kompetenzen.

Und die hatten Sie?

Der Integrationsbeauftragte hat keine Weisungsmacht. Das heißt: Die Schulpolitik macht der Schulsenator, die Innenpolitik macht der Innensenator. Der Beauftragte kann nur gemeinsam mit den wirklich Mächtigen Strategien und Konzepte entwickeln und ist dann darauf angewiesen, dass die diese Botschaft auch aufgreifen. Was das betrifft, verlasse ich Berlin mit einem relativ guten Gefühl: Wir haben seit 2003 neue Bleiberechtsmöglichkeiten für Flüchtlinge geschaffen, wir haben die Dauer des Einbürgerungsverfahrens verkürzt, Berlin ist ein Vorbild bei der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und wir haben den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst deutlich erhöht. Vor allem aber haben wir neue Formen der Beteiligung von Migrantinnen und Migranten entwickelt. Und wir haben das Gesetz zur Partizipation.

Was hat nicht geklappt? Was in all den Jahren nicht gelungen ist, ist eine wirklich grundsätzliche Veränderung des Aufenthaltsrechts. Das ist nicht auf Berliner, sondern auf bundespolitischer Ebene zu entscheiden, und da herrscht tatsächlich überwiegend noch eine Kultur der Abwehr. Das sind aber Rahmenbedingungen, die wir auf Landesebene nicht ändern können. Wir können nicht in Berlin die Mehrstaatlichkeit einführen oder beschließen, dass Menschen, die Hartz IV beziehen, trotzdem eingebürgert werden.

Es gibt ja auch Erfolge mit Schattenseiten: Das Partizipationsgesetz ist dafür ein Beispiel. Es schreibt allen Behörden die interkulturelle Öffnung vor. Es sind aber keinerlei finanzielle Mittel für das Erreichen dieses Ziels damit verbunden. Heißt das, Sie haben die Bildungssenatoren rumgekriegt, die Innensenatoren, aber nicht den Finanzsenator?

Das stimmt nicht ganz. Für den Prozess der interkulturellen Öffnung hat es Mittel gegeben, etwa im Rahmen verschiedener Programme zur Verwaltungsmodernisierung. Selbstverständlich würde ich mir eine Stadt wünschen, die in diesen Bereich mehr investieren kann. Mein Kollege aus Baden-Württemberg hat mir kürzlich gesagt, dass er

"Es herrscht eine Kultur der Abwehr" VIELFALT Der Integrationsbeauftragte Günter Piening verabschiedet sich mit einer sehr gemischten Bilanz aus seinem Amt

nicht in meiner Haut stecken möchte. Die haben eine Arbeitslosenquote unter Migranten von 8 Prozent. Wir haben immer noch 23 Prozent, obwohl wir die Quote bereits halbiert haben. Wir sind eine arme Stadt, und dadurch haben wir viele Probleme, was die Menschen betrifft, und eingeschränkte Möglichkeiten, diese zu lösen. Da brauchen wir einen langen Atem.

Nun hat sich ja der Anteil von MigrantInnen unter den Azubis in Behörden tatsächlich erhöht. Allerdings erhebt etwa die Polizei zwar, wie viele MigrantInnen dort anfangen, aber nicht, wie viele die Ausbildung bis zum Ende durchhalten. Ihr eigenes Integrationsbüro baut die Berliner Polizei gerade so um, dass es sich vor allem mit internen Diskriminierungserfahrungen der eigenen migrantischen Beschäftigten befasst. Eine andere Untersuchung belegt, dass es auch in Lehrerzimmern kräftiges Mobbing von KollegInnen migrantischer Herkunft gibt. Wie offen ist die Berliner Verwaltung für Ihre Ideen wirklich?

Verwaltung ist ein Tanker, es braucht Geduld, da Bewegung zu erzeugen. Anfangs stoßen Projekte der interkulturellen Öffnung fast immer auf großen Widerstand bei den Beschäftigten.

Worauf gründete sich dieser Widerstand, was waren seine Argumente?

Zum einen ist der Begriff der Bürgerfreundlichkeit im öffentlichen Dienst einer, an den sich so mancher Beamte erst mal gewöhnen muss. Zum Zweiten ist es ja auch ein Eingeständnis, wenn ich zugeben muss, dass ich es mit einer Klientel zu tun habe, für die meine Kompetenzen nicht ausreichen. Das weckt Verteidigungshaltung. Nehmen Sie die Vorgabe: Deutsch ist Amtssprache. Wenn sich Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Situationen begeben, wo sie sich sprachlich nicht sicher fühlen, wird das Machtverhältnis zwischen Bürger und Behörde infrage gestellt.

Es geht wieder um soziale Positionierung?

Und auch wieder um Stereotype: Natürlich haben auch Menschen, die in Behörden arbeiten, Bilder von Einwanderern im Kopf. Wir haben mal eine Abfrage gemacht bei Fachberatern in Jobcentern, welche Kompetenzen sie eigentlich an Einwanderern sehen. Das war erschreckend: Viele sahen nämlich nur Defizite.

Bevor Sie sich jetzt von Ihrem Amt zurückziehen: Was wollen Sie Ihrem Nachfolger, Ihrer Nachfolgerin auf den Weg mitgeben?

Integrationsbeauftragter in Berlin ist einer der schönsten Jobs der Welt.

Berlin ist ein Vorbild bei der interkulturellen Öffnung der Verwaltung

Load-Date: June 26, 2012

"Action in Hellersdorf"; FLÜCHTLINGE Nach Protesten gegen ein neues Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf debattieren jetzt Politiker: Sollen Nazi-Demos neben solchen Heimen verboten werden?

taz, die tageszeitung

Donnerstag 22. August 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 1006 words

Byline: SEBASTIAN ERB / CEM GÜLER

Highlight: FLÜCHTLINGE Nach Protesten gegen ein neues Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf debattieren jetzt Politiker: Sollen Nazi-Demos neben solchen Heimen verboten werden?

Body

AUS BERLIN SEBASTIAN ERB UND CEM GÜLER

Sechs Übertragungswagen sind geparkt, auch Journalisten ausländischer Medien sind da. Nachbarn des ehemaligen Gymnasiums, das jetzt ein Flüchtlingsheim ist, werden von Fernsehteams zu Sachverständigen in Migrationsthemen erkoren. Es gibt kaum genügend Passanten für Interviews. Action in Hellersdorf, sagt ein alter Mann und muss lachen.

Es ist ein friedlicher Medienrummel am Mittwochvormittag in Hellersdorf am Rande Berlins. Ein Flüchtling kommt aus dem Haus und wird gleich von Journalisten umringt. Ob er Angst habe, wollen die Reporter von dem jungen Mann wissen, und was er in Deutschland machen möchte. Ein paar verlegene Antworten später ist er wieder im Heim verschwunden. Eine Frau schiebt ihren Kinderwagen vorbei und fragt: Sind wir jetzt alle Nazis? Dann kurzzeitig Aufregung unter den Unterstützern, die neben dem Heim ein Zelt pavillon aufgebaut haben. Steht ein Naziangriff bevor? Das Gerücht zerschlägt sich schnell wieder.

Die Journalisten verfolgen das alles aufmerksam, denn Deutschland schaut jetzt auf den Osten Berlins. Hellersdorf ist zu einem Symbol geworden. Zu einem Symbol, wie man Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz suchen, nicht empfangen sollte. Und das ist zumindest die Hoffnung von Politikern und Aktivisten wie am Ende die Solidarität mit den Neuankömmlingen dann doch überwiegt.

In Hellersdorf macht seit Wochen eine Bürgerinitiative, die anonym im Internet auftritt und in der auch Neonazis mitmischen, Stimmung gegen das neue Flüchtlingsheim. Und ein Teil der Anwohner stimmt mit ein in die Nein zum Heim -Rufe. Die ersten Bewohner mussten Anfang der Woche unter Polizeischutz ins Heim einziehen, sieben Asylbewerber haben die Unterkunft schon wieder fluchtartig verlassen. Keiner wird gezwungen, zurück nach

"Action in Hellersdorf" FLÜCHTLINGE Nach Protesten gegen ein neues Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf debattieren jetzt Politiker: Sollen Nazi-Demos neben s....

Hellersdorf zu gehen , heißt es aus dem für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständigen Landesamt für Gesundheit und Soziales. Gleichzeitig hoffen die Verantwortlichen, dass sich die Lage schnell beruhigt.

Denn die Stimmung ist aufgeheizt. Daran hat auch die rechtsextreme NPD ihren Anteil, die eine Kundgebung direkt am Heim angekündigt hatte. Am Mittwoch demonstrierte auch eine Handvoll Rechtspopulisten von Pro Deutschland . Jetzt wird diskutiert: Wie soll die Politik mit den Provokationen der Neonazis umgehen?

Die Landesintegrationsbeauftragte Monika Lücke fordert, dass um Flüchtlingsheime eine Bannmeile eingerichtet wird, in der nicht gegen Asylbewerber demonstriert werden darf. Ein Verbot von Nazidemos in der Nähe von Heimen hatte zuvor auch der Flüchtlingsrat Berlin gefordert. Die Demonstrationsfreiheit sei zwar ein hohes Gut , sagte Lücke, sie darf aber nicht auf Kosten der Menschen gehen, die erneut um Leib und Leben fürchten müssen, wenn zu Hass gegen sie aufgestachelt wird . Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) hält diese Forderung für nicht zu Ende gedacht und falsch. Es ist nicht die Aufgabe des Staates zu entscheiden, wogegen demonstriert werden darf , sagte er der taz. Für Henkel ist es eine gefährliche Debatte . Ein Verbot von Versammlungen sei an strenge Bedingungen geknüpft. Ich werde als Verfassungssenator nicht die Verfassung aushöhlen. Stattdessen müssten rechtsextremen Kundgebungen, so wie in Hellersdorf, kluge Zeichen entgegengesetzt werden.

In Hellersdorf wollte die NPD ursprünglich direkt vor dem Heim demonstrieren. In einem sogenannten Kooperationsgespräch mit der Versammlungsbehörde wurde dann auf den rund einen Kilometer entfernten Alice-Salomon-Platz umgeschwenkt. Dort versammelten sich am Dienstag gegen 18 Uhr rund 30 Neonazis, von denen sich nur ein paar in die erste Reihe wagten mit Regenschirmen in der Hand. Einige Eier, eine Flasche und Holzlatten flogen später auch in Richtung der Nazis.

Die NPD-RednerInnen sprachen von Asylmissbrauch und Überfremdung . Doch sie hatten keinen, der ihnen zuhörte. Die Reden gingen in den Rufen der rund 800 Gegendemonstranten unter. Vor allem junge Leute, viele aus den Reihen der Antifa, waren nach Hellersdorf gefahren, um sich den Neonazis entgegenzustellen. Ein Teil der NPD-Anhänger wurde dann zur Straßenbahn geleitet. Gegendemonstranten blockierten die Gleise, die Polizei räumte. Flaschen und Steine flogen, nach Polizeiangaben wurden fünf Straßenbahnscheiben beschädigt. Ein Polizist wurde von einer Flasche im Gesicht getroffen. Insgesamt nahm die Polizei 25 Personen vorläufig fest.

Die Diskussion darüber, wie mit Flüchtlingen umgegangen wird, ist spätestens jetzt kein Berliner Thema mehr. Bundespolitiker aller Parteien meldeten sich zu Wort. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), der sich regelmäßig selbst alarmistisch zu Asylbewerberzahlen äußert, warnte vor einer rechtsradikalen Instrumentalisierung der Flüchtlingsdebatte, der SPD-Vorsitzende beschreibt die Bilder aus Hellersdorf als beschämend . Den Vorschlag des CDU-Innenpolitikers Wolfgang Bosbach für ein Krisentreffen von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zu Flüchtlingsheimen kritisierten nicht nur Grüne, Linke und SPD. Wir brauchen keinen Krisengipfel, sondern erstens eine entschiedene Absage an Rassismus und Neofaschismus und zweitens Solidarität mit Flüchtlingen , sagte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag Ulla Jelpke. Auch im Innenministerium sieht man dafür keine Notwendigkeit. Oppositionspolitiker erneuerten die Forderung nach Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerber. Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist jüngst gestiegen, sie liegt aber immer noch weit unter der der 1990er Jahre.

Die Aktivisten in Hellersdorf betonen inzwischen, dass nicht alles schlecht sei. Sie bekämen nun auch viel Hilfe. Anwohner bringen Decken und Kaffee am Pavillon vorbei, an dem UnterstützerInnen ihre Mahnwache abhalten. Und trotzdem: Zehn Aktivisten wollen wieder neben dem Heim übernachten. Sie wollen die Flüchtlinge vor Übergriffen schützen. Auch wenn sie nicht genau wissen, was sie machen, wenn Nazis kommen.

Hellersdorf ist zum Symbol geworden, wie man Flüchtlinge nicht empfangen sollte

Load-Date: August 21, 2013

Alt von Amts wegen; BEHÖRDENWILLKÜR Brandenburgs Innenminister hat versprochen, dass seine Behörden bei Altersfestsetzungen von jungen Flüchtlingen nichts erfinden - doch daran gibt es Zweifel

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 712 words

Byline: KERSTEN AUGUSTIN

Highlight: BEHÖRDENWILLKÜR Brandenburgs Innenminister hat versprochen, dass seine Behörden bei Altersfestsetzungen von jungen Flüchtlingen nichts erfinden doch daran gibt es Zweifel

Body

VON KERSTEN AUGUSTIN

Im Potsdamer Landtag war sich Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) seiner Sache sehr sicher. Er stritt die Vorwürfe gegen die Ausländerbehörde in Eisenhüttenstadt ab: Die Zentrale Ausländerbehörde hat in keinem Fall Geburtsdaten von Flüchtlingen eigenständig und willkürlich festgelegt, sagte er am vergangenen Freitag vor dem Brandenburger Parlament. Aber kann er sich wirklich so sicher sein? Der taz liegen Dokumente vor, die seiner Darstellung widersprechen. In mindestens einem Fall hat die Ausländerbehörde offenbar einem Flüchtling einen Heimausweis ausgestellt, in dem dieser volljährig ist obwohl die Hamburger Bundespolizei den Flüchtling zuvor als minderjährig eingestuft hatte.

Die taz hatte in der vorigen Woche mehrmals über die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Brandenburg berichtet. Junge somalische Flüchtlinge, die in den vergangenen Monaten in Eisenhüttenstadt angekommen sind, hatten der Ausländerbehörde vorgeworfen, ihre Minderjährigkeit nicht anzuerkennen. Auch das zuständige Jugendamt, das die Jugendlichen in Obhut nehmen muss, bis das tatsächliche Alter geklärt ist, wurde nicht oder erst viel später hinzugezogen. Auf Anfrage der Grünen musste sich der zuständige Innenminister Holzschuher am Freitag im Landtag äußern.

Holzschuher sagte den Abgeordneten, dass das Alter der jungen Flüchtlinge bereits vor der Ankunft in Eisenhüttenstadt festgelegt worden sei: Bei den Heimausweisen werden die Altersangaben des Asylsuchenden oder aber amtliche Altersfeststellungen übernommen, die andere Behörden bereits getroffen haben. Er sprach von größter Sorgfalt, die beim Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen angewandt werden müsse, und ordnete eine Untersuchung an: Wir haben den Menschen, die in Not geraten sind, immer eine helfende Hand gereicht. Die Verantwortung für die fragwürdige Altersfeststellung der jungen Flüchtlinge stritt er jedoch ab.

Alt von Amts wegen BEHÖRDENWILLKÜR Brandenburgs Innenminister hat versprochen, dass seine Behörden bei Altersfestsetzungen von jungen Flüchtlingen nichts erfind....

Der Fall des somalischen Flüchtlings Mohamed A. widerspricht Holzschuhers Darstellung. Am 5. November stellt die Bundespolizei in Hamburg ein Formular aus, das ihm bescheinigt, Asylsuchender zu sein (siehe Foto). Als Geburtsdatum nennt das Formular nur das Geburtsjahr 1999, er wäre demnach also 13 oder 14 Jahre alt. Zwei Tage später wird Mohamed A. nach Eisenhüttenstadt gebracht und erhält von der dortigen Ausländerbehörde einen Heimausweis. Darauf steht nun, dass er am 5. November 1995 geboren wurde. Er soll also an genau dem Tag volljährig geworden sein, als ihm die Bundespolizei in Hamburg seine Minderjährigkeit attestierte. Er selbst behauptet, minderjährig zu sein.

Unklar ist, ob Mohamed A. in den beiden Tagen in Hamburg noch mit anderen Behörden zu tun hatte und diese ihm weitere Unterlagen ausstellte. Es bleibt dennoch verwunderlich, wie die Geburtsdaten des jungen Flüchtlings zustande kommen.

Prinzipiell sei es egal, wo das Alter der Flüchtlinge festgelegt werde, sagt Niels Espenhorst vom Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Wenn er mit einem Papier in Eisenhüttenstadt ankommt, das aussagt, dass er minderjährig ist, muss er in Obhut genommen werden und das geprüft werden. Espenhorst kritisierte die Aussage des Innenministers im Landtag: Es ist naheliegend, mit dem Zeigefinger auf andere zu zeigen. Aber wenn er wirkliches Interesse an Aufklärung hat, muss er prüfen, was in Brandenburg falsch läuft. Espenhorst bescheinigte den Behörden in Brandenburg ein flächendeckend fehlendes Problembewusstsein.

Nun könnte sich Innenminister Holzschuher darauf berufen, dass der Heimausweis nicht der amtliche Ausweis, die sogenannte Aufenthaltsgestattung, ist. Trotzdem bleibt die Frage, warum die Ausländerbehörde in Eisenhüttenstadt ein anderes Datum als die Bundespolizei angibt.

In einem weiteren Punkt widersprechen sich die Aussagen des Innenministers mit den Aussagen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Holzschuher sagte im Landtag: Die Aufenthaltsgestattung, die den Aufenthaltsstatus während des Asylverfahrens absichert, wird vom BAMF erteilt. Eine Sprecherin des BAMF sagte der taz: Aufenthaltsgestattungen werden von der jeweils zuständigen örtlichen Ausländerbehörde ausgestellt.

Wir haben den Menschen in Not immer eine helfende Hand gereicht

RALF HOLZSCHUHER, INNENMINISTER

Load-Date: November 26, 2013

Lieber tot als wieder zurück nach Russland; NIEDERLANDE Der russische Oppositionelle Alexander Dolmatow nimmt sich in Haft das Leben. Zuvor ist sein Asylantrag abgelehnt worden. Das könne nicht der Grund für den Freitod sein, meinen die Behörden

taz, die tageszeitung

Samstag 19. Januar 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 08

Length: 391 words

Byline: BERHARD CLASEN

Highlight: NIEDERLANDE Der russische Oppositionelle Alexander Dolmatow nimmt sich in Haft das Leben. Zuvor ist sein Asylantrag abgelehnt worden. Das könne nicht der Grund für den Freitod sein, meinen die Behörden

Body

BERLIN taz | Alexander Dolmatow, Aktivist der nicht registrierten russischen Oppositionspartei Das andere Russland , hat sich am Donnerstag in der Abschiebehaft das Leben genommen. Ich bin in einem Gefängnis in Rotterdam waren die letzten Worte, die er Stunden vor seinem Tod an seine Freundin per SMS geschickt hatte. Kurz zuvor war sein Asylantrag abgelehnt worden. In der kommenden Woche sollte die Berufungsverhandlung stattfinden. Obwohl laut Dolmatows Anwältin Oxana Tschelyschewa der Rechtsweg noch nicht ausgeschöpft war, habe man Dolmatow zu verstehen gegeben, dass er mit seiner Abschiebung rechnen müsse. Bereits am 13. Januar hatte er versucht, sich umzubringen.

Dolmatow hatte politische Verfolgung zu befürchten. Die Weigerung der niederländischen Behörden, ihm Asyl zu gewähren, war nicht richtig , sagte die russische Migrationsexpertin Swetlana Gannuschkina der taz. Haben denn die niederländischen Behörden nicht gewusst, dass Dolmatow bei einer Rückkehr nach Russland mit einer mehrjährigen Gefängnisstrafe zu rechnen hatte? , fragte Ljudmilla Alexejewa von der Moskauer Helsinki Gruppe.

Die niederländischen Behörden glauben jedoch nicht an einen asylrelevanten Grund des Selbstmordes. Dolmatows letzte Nachricht zeige eindeutig, dass sein Freitod nicht in Zusammenhang mit der Ablehnung seines Asylantrages stehe, erklärte Onno Elderenbosch von der niederländischen Botschaft in Moskau.

Doch nicht nur die russischen Behörden hatten auf Dolmatow Druck ausgeübt. Die niederländischen Behörden hätten dem Ingenieur, der bei dem Werk Taktische Raketenwaffen eine Top-Stellung gehabt hatte, eine Zusammenarbeit nahe gelegt, sagte der ebenfalls in den Niederlanden als Flüchtling lebende russische Antifaschist Denis Solopow dem Kommersant.

Lieber tot als wieder zurück nach Russland NIEDERLANDE Der russische Oppositionelle Alexander Dolmatow nimmt sich in Haft das Leben. Zuvor ist sein Asylantrag a....

Doch Dolmatow habe sich geweigert, Geheimnisse preiszugeben. Dolmatow war seit zwei Jahren in der russischen Oppositionsszene aktiv. Bei einer Demonstration am 6. Mai 2012 in Moskau war er verhaftet worden. Nach Drohungen durch den Geheimdienst FSB und zwei Hausdurchsuchungen floh er am 9. Juni 2012 in die Niederlande. Russlands Behörden gehen unerbittlich gegen die Organisatoren und Teilnehmer der Demonstration am 6. Mai vor. 18 sind angeklagt, ein weiterer wurde im November zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Gegen 12 Demonstranten wird strafrechtlich ermittelt. BERHARD CLASEN

Load-Date: January 18, 2013

End of Document

**Willkommen im Kanzleramt; ARBEITSMARKT Beim Integrationsgipfel wirbt
Angela Merkel für die Zuwanderung - und gleiche Chancen von
Unternehmern mit Migrationshintergrund**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 29. Mai 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 528 words

Byline: DANIEL BAX

Highlight: ARBEITSMARKT Beim Integrationsgipfel wirbt Angela Merkel für die Zuwanderung und gleiche Chancen von Unternehmern mit Migrationshintergrund

Body

VON DANIEL BAX

Eine Exportnation wie Deutschland brauche Fachkräfte aus aller Welt, stellte Angela Merkel am Dienstag nach dem Integrationsgipfel klar. Einwanderung sei deshalb Chance und Bereicherung, sagte sie auf der abschließenden Pressekonferenz. Doch Unternehmer ausländischer Herkunft litten oft unter einer strukturellen Benachteiligung, etwa bei der Kreditvergabe. Im öffentlichen Dienst müsse der Anteil von Migranten steigen.

Beim sechsten Integrationsgipfel im Kanzleramt ging es um die Zuwanderung aus den EU-Staaten des Südens und die Chancen von Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Angela Merkel nutzte diesen Anlass, um ein selten klares Bekenntnis zur Einwanderung auszusprechen.

Die Krise in Südeuropa und die EU-Osterweiterung haben Deutschland einen Zuwanderungsboom beschert: Mehr als eine Million Menschen sind im vergangenen Jahr hierher gezogen, so viele wie seit 1995 nicht mehr. Die meisten von ihnen sind gut qualifiziert – sogar besser als die deutsche Durchschnittsbevölkerung, wie eine Studie der Bertelsmann-Stiftung jüngst ermittelt hat.

Jörg Dräger vom Stiftungsvorstand warnte jedoch, sich auf dieser Entwicklung auszuruhen: Deutschland ist vor allem für Nicht-EU-Ausländer zu unattraktiv. Nur eine kleine Minderheit der Neuzuwanderer käme von außerhalb der Europäischen Union. Es kommen zu wenige, und die wenigen bleiben nicht lange genug, so Dräger.

FDP-Wirtschaftsminister Philipp Rösler nutzt das Thema, um sich von seinem Koalitionspartner abzusetzen, und fordert die doppelte Staatsbürgerschaft und ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, um Deutschland für Zuwanderer attraktiver zu machen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag schlägt außerdem vor, in allen

Willkommen im Kanzleramt ARBEITSMARKT Beim Integrationsgipfel wirbt Angela Merkel für die Zuwanderung
- und gleiche Chancen von Unternehmern mit Migrationshinte....

größeren Städten Deutschlands Welcome-Center für Einwanderer einzurichten, wie es sie zum Beispiel schon in Hamburg gibt.

Was die Integration der Migranten betrifft, die schon lange hier leben, legte die Bundesagentur für Arbeit gestern aber dramatische Zahlen vor. Mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen in Deutschland stammen demnach aus Zuwandererfamilien, hat eine Umfrage unter mehreren Millionen Menschen ergeben.

Auch bei der Integration von Einwanderern in den öffentlichen Dienst liegt Deutschland europaweit ganz weit hinten, wie ein OECD-Vergleich ergeben hat. Die Türkische Gemeinde in Deutschland fordert deshalb, sich eine Zielmarke zu setzen, um den Anteil von Polizisten und anderen Beamten mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Sie hat sogar einen Gesetzentwurf formuliert, den sie Angela Merkel gestern überreichte.

Auf einen anderen Aspekt weisen die Kirchen und die Flüchtlingsorganisationen hin. Sie fürchten, das Bundesprogramm für geduldete und bleibeberechtigte Flüchtlinge könnte geplanten Kürzungen zum Opfer fallen. Gerade dieses Programm habe vielen Flüchtlingen erst den Weg in den Arbeitsmarkt eröffnet, sagte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider. Ende März hatte sich auch die Integrationsministerkonferenz für eine Fortsetzung des Programms ausgesprochen.

Meinung + Diskussion SEITE 11

Die neuen Zuwanderer sind besser qualifiziert als der Rest der deutschen Bevölkerung

Load-Date: May 28, 2013

leserbrieфе

taz, die tageszeitung

Montag 22. Juli 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BREMEN AKTUELL; S. 24

Length: 236 words

Body

LESERBRIEFE

Gröpelinger SPD bemüht sich erfolgreich

- betr.: Monokulturelle Beiräte , taz Bremen v. 17. 7. 2013

Liebe taz, Folgendes zum Beirat Gröpelingen: Die SPD in unserem Stadtteil hat sich seit Jahren bemüht, Menschen mit **Migrationshintergrund** für die Beiratsarbeit zu gewinnen. Dies ist aus unserer Sicht bei der Wahl 2011 auch gelungen, denn wir hatten auf unserer Liste fünf KandidatInnen mit **Migrationshintergrund** aufgestellt: Halime Cengiz, Aydin Guerlevik, Adedipo Ogunyena, Aftab Chand und Elombo Bolayela. Zwei von ihnen, die gleichzeitig für die Bremische Bürgerschaft kandidiert haben, sind aufgrund ihrer zahlreichen Personenstimmen direkt ins Parlament gewählt worden: Elombo Bolayela und Aydin Guerlevik!

Als Beiratsmitglieder gewählt wurden Halime Cengiz (mit türkischem Migrationshintergrund) und Adedipo Ogunyena, der aus Nigeria eingewandert ist. Weiterhin ist der 20jährige Aftab Chand, dessen Eltern aus politischen Gründen in Pakistan verfolgt und in Bremen als Asylbewerber anerkannt wurden, im Fachausschuss für Soziales, Jugend, Gesundheit und Inneres tätig. Mit Martin Brzostowski hatten wir übrigens sogar noch einen sechsten Kandidaten mit Migrationshintergrund aufgestellt. Er ist aus Polen eingewandert und so gut integriert, dass ich es bereits vergessen hatte! Martin B. ist im Fachausschuss Arbeit, Wirtschaft, Häfen und Umwelt tätig. BARBARA WULFF, SPD-Sprecherin im Beirat Gröpelingen

Load-Date: July 21, 2013

Abgeschoben in die Depression; ASYLPOLITIK Nach der Ausweisung leiden junge Flüchtlinge aus dem Kosovo oft an psychischen Krankheiten, sagt das Kinderhilfswerk Unicef. Experten fordern, ihnen ein Bleiberecht zu geben

taz, die tageszeitung

Donnerstag 29. März 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 07

Length: 383 words

Byline: KAREN GRASS

Highlight: **ASYLPOLITIK** Nach der Ausweisung leiden junge **Flüchtlinge** aus dem Kosovo oft an psychischen Krankheiten, sagt das Kinderhilfswerk Unicef. Experten fordern, ihnen ein Bleiberecht zu geben

Body

BERLIN taz Schon bei Erwachsenen wären die Zahlen besorgniserregend, für Kinder sind sie katastrophal: Fast die Hälfte der aus Deutschland und Österreich ins Kosovo abgeschobenen Jugendlichen leidet an Depressionen, ein Viertel hat Selbstmordgedanken. Dies sind die Ergebnisse einer aktuellen Studie des Kinderhilfswerk Unicef, für die 131 Erwachsene und 164 Kinder befragt wurden, die seit 2010 aus einem der beiden EU-Länder ausreisen mussten.

Diese Menschen leiden neben Armut unter einer großen Antriebslosigkeit, die Kinder sind oftmals zu keiner menschlichen Regung mehr fähig, sagte Verena Knaus, Leiterin des Studienteams, am Mittwoch in Berlin. Besonders Angehörige der kosovarischen Minderheiten etwa Roma, Aschkali und Kosovo-Ägypter litten nach der Abschiebung an starken psychischen Belastungen. Dies stellt eine Gefahr für Leib und Leben, also ein Abschiebehindernis dar, sagte Knaus der taz. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte, Tom Königs (Grüne), sagte dazu, es müsse dringend eine bundesweite Bleiberechtsregelung für Angehörige kosovarischer Minderheiten gefunden werden.

Deutschland führt seit 2009 wieder Minderheitenangehörige ins Kosovo zurück, seit 2010 besteht ein offizielles Rückübernahmeabkommen mit dem jungen Staat. Seitdem haben laut der Bundesregierung mehr als 30 Prozent der ehemals 11.770 ausreisepflichtigen Roma, Aschkali und Kosovo-Ägypter das Land verlassen. Viele wohnten länger als zehn Jahre hier. Aktuell leben noch 8.178 Minderheitenangehörige in Deutschland, die jederzeit ausgewiesen werden können. Etwa die Hälfte von ihnen sind Minderjährige.

Sie seien auch nach Ende der Kosovokriege entgegen häufiger Darstellungen deutscher Innenpolitiker immer noch von Diskriminierung betroffen, sagte Knaus: Neben der Sprachbarriere verhindern in der Praxis tatsächlich auch Schulleiter, dass Kinder aus Minderheitenfamilien im Kosovo in die Schule gehen. 70 Prozent der Kinder blieben

Abgeschoben in die Depression ASYLPOLITIK Nach der Ausweisung leiden junge Flüchtlinge aus dem Kosovo oft an psychischen Krankheiten, sagt das Kinderhilfswerk U....

deshalb zu Hause, die Arbeitslosigkeit in den Familien betrage 95 Prozent. Diese Perspektivlosigkeit sei ein Grund dafür, dass jedes dritte befragte Kind unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung leide.

Die Autoren der Studie fordern, das Kindeswohl mehr in der Migrationspolitik zu beachten. So fordert es auch eine UN-Konvention. KAREN GRASS

Load-Date: March 28, 2012

End of Document

Leider ganz legal eingereist; PROZESS Eine iranische Menschenrechtlerin kämpft um Asylanerkennung nach zehn Jahren in Hamburg. Bundesamt sieht keine "beachtliche" Verfolgungswahrscheinlichkeit

taz, die tageszeitung

Donnerstag 22. März 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 22

Length: 401 words

Byline: MARCO CARINI

Highlight: PROZESS Eine iranische Menschenrechtlerin kämpft um Asylanerkennung nach zehn Jahren in Hamburg. Bundesamt sieht keine beachtliche Verfolgungswahrscheinlichkeit

Body

VON MARCO CARINI

Erhebliche Mängel bei der Einhaltung der Menschenrechte, Verbot jeder politischen Betätigung, Unterdrückung der Frauen, Hinrichtungen auf Rekordniveau – erst vorige Woche zog der UNO-Sonderberichterstatter für Menschenrechte eine verheerende Bilanz der Zustände im Iran.

Dennoch soll die Iranerin Halimeh Bazi, die jahrelang in dem islamisch geprägten Staat gegen das Regime aktiv war, kein Asyl in der Bundesrepublik erhalten. Die Asylanträge der Frau, die seit zehn Jahren in Hamburg lebt, wurden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bislang stets abgelehnt. Am heutigen Donnerstag geht es nun vor dem Hamburger Verwaltungsgericht erneut um die Zukunft der engagierten Frau, die in den 50er-Jahren im Iran geboren wurde.

Bevor die ausgebildete Näherin im Jahr 2002 nach Deutschland ausreiste, kämpfte sie in ihrem Heimatland für die Rechte der Frauen, für höhere Löhne und gab eine kommunistisch orientierte Zeitung heraus. Wie fast ihre gesamte Familie wurde sie in den 80er-Jahren inhaftiert und gefoltert – doch während ihre Mutter und ihre Schwester an den Spätfolgen der Misshandlungen starben, überlebte Halimeh Bazi.

2002 gelang es ihr dann sogar, den Iran mit einem Besuchervisum ganz legal zu verlassen, da ihr Bruder in Deutschland lebte. Doch dass ihre Flucht auf legalem Weg erfolgte, wird ihr später zum Verhängnis: Sie sei nachweislich unverfolgt aus dem Iran ausgereist, lautet einer der Gründe der Asyl-Ablehnung.

Zwar räumt das Bundesamt unumwunden ein, dass die iranischen Behörden die politischen Aktivitäten ihrer Staatsangehörigen im Ausland intensiv und umfassend überwachen würden, doch führe ihre exilpolitische

Leider ganz legal eingereist PROZESS Eine iranische Menschenrechtlerin kämpft um Asylenerkennung nach zehn Jahren in Hamburg. Bundesamt sieht keine "beachtliche....

Tätigkeit für die iranische Opposition in Hamburg nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit zu einer politischen Verfolgung .

Ein Unterstützungskomitee hat bislang 562 Unterschriften für einen sicheren Aufenthaltsstatus der Frau gesammelt und wird vor dem Prozessauftritt eine Kundgebung vor dem Gerichts veranstalten. Doch selbst wenn der Widerspruch scheitern sollte, mit einer sofortigen Abschiebung muss Halimeh Bazi zunächst nicht rechnen. Zwar gäbe es keinen formellen Abschiebestopp in den Iran, sagt Innenbehördensprecher Frank Reschreiter, doch eine alte schwarz-grüne Verabredung, jeden Einzelfall dem Innensenator vorzulegen, sei noch in Kraft.

Dass ihre Flucht aus dem Iran auf legalem Weg gelang, wurde Halimeh Bazi zum Verhängnis

Load-Date: March 21, 2012

End of Document

EU-Richtlinie ignoriert, 17-Jährigen ausgewiesen; ASYL Ehsan Jafary hatte nach seiner Abschiebung Anspruch auf Unterkunft und Betreuung. In der Praxis werden Jugendliche wie er alleine gelassen

taz, die tageszeitung

Montag 02. Januar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 679 words

Byline: FABIAN JELLONNEK

Highlight: ASYL Ehsan Jafary hatte nach seiner Abschiebung Anspruch auf Unterkunft und Betreuung. In der Praxis werden Jugendliche wie er alleine gelassen

Body

TRIER taz | Ehsan Jafary sitzt zum zweiten Mal auf der Straße. Der 17-jährige Afghane wurde am 19. Dezember erneut aus dem Saarland nach Italien in die Obdachlosigkeit abgeschoben obwohl Deutschland damit gegen eine EU-Richtlinie für minderjährige Flüchtlinge verstößt.

Jafary war alleine nach Italien eingereist, hatte dort einen Asylantrag gestellt und war dann nach Deutschland gekommen. Im Saarland lebte er in einer Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Da Jafary die EU über Italien betrat, muss er nach der Dublin-II-Regelung dort sein Asylverfahren beenden. Deutschland kann ihn dafür nach Italien abschieben. Jedoch verlangt eine ergänzende Richtlinie zu Dublin II von den abschiebenden Behörden, sicherzustellen, dass die Jugendlichen im Ankunftsland in Empfang genommen werden, einen Vormund sowie einen Platz in einer geeigneten Unterkunft erhalten.

Schon bei seiner ersten Rückführung nach Italien habe er auf der Straße leben müssen, sagt Jafary. Er schlug sich erneut nach Deutschland durch. Doch obwohl in Italien sich selbst überlassen, verfügte das Verwaltungsgericht Saarlouis im Dezember die zweite Abschiebung.

Aus Mailand wandte sich Jafary via Facebook an einen Saarbrücker Freund. Wieder habe er keinen Schlafplatz. Mir ist kalt, ich weiß nicht, wo ich hinsoll, schreibt Jafary. Er habe ohne Erfolg bei kirchlichen Stellen und der Polizei nach Obdach gesucht.

Peter Gillo macht der Hilferuf fassungslos. Er ist Direktor des Jugendamts Regionalverband Saarbrücken, das Jafarys deutschen Amtsvormund stellt. Wir geben uns große Mühe, die Flüchtlinge jugendgerecht unterzubringen und zu integrieren. Aber dann schiebt man sie einfach ins Ungewisse ab, sagt Gillo.

EU-Richtlinie ignoriert, 17-Jährigen ausgewiesen ASYL Ehsan Jafary hatte nach seiner Abschiebung Anspruch auf Unterkunft und Betreuung. In der Praxis werden Jug....

Die deutsche Vormundschaft endet erst, wenn ein neuer Vormund existiert. Doch die Praxis zeigt, deutsche Behörden können dafür im Fall Italiens nicht sorgen. In Hessen scheitern deshalb viele Abschiebungen. Das Verwaltungsgericht Saarlouis sah jedoch keinen Grund, die Abschiebung auszusetzen, wie es das Jugendamt erreichen wollte.

Im saarländischen Innenministerium schiebt man derweil die Verantwortung auf das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Laut BAMF sei Jafary am Flughafen Mailand von den zuständigen italienischen Behörden in Empfang genommen worden, sagte das Ministerium zur taz. Welche Behörden gemeint sind, solle man direkt mit dem BAMF klären.

Im Bundesamt will man sich jedoch nicht zu Einzelfällen äußern. Auch allgemeine Fragen bleiben unbeantwortet. Wie viele Jugendliche wegen Dublin II 2011 nach Italien abgeschoben wurden? Statistisch nicht erfasst. Welche Aufnahmekapazitäten die italienischen Jugendeinrichtungen haben? Eine konkrete Zahl liegt nicht vor. Minderjährige erhalten entsprechend der Gesetzeslage in Italien einen Vormund. Weitere Informationen sind für das Verfahren nicht erforderlich, sagt BAMF-Sprecherin Rochsana Soraya.

Der taz liegt ein Papier des BAMF über Dublin-II-Rückkehrer nach Italien vor, mit dem auch in Jafarys Fall vor Gericht argumentiert wurde. Im Kapitel über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zitiert das BAMF das Flüchtlingshilfswerk UNHCR mit den Worten, dass in den Aufnahmezentren für Minderjährige immer Plätze zur Verfügung stehen. Auf taz-Anfrage kann das UNHCR das Zitat nicht bestätigen: Vielmehr ist der Zugang zu Aufnahmeplätzen nicht immer unproblematisch, sagt Henrike Janetzek vom UNHCR. Nach Angaben des Hilfswerks kamen 2011 bis Ende November ca. 2.600 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Italien. Für einen Teil seien bis heute keine angemessenen Unterkünfte gefunden worden, sagt Janetzek.

Thomas Berthold, Referent beim Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, fordert deswegen, Abschiebungen nach Dublin II für Minderjährige auszusetzen. Wenn wir es mit dem Kindeswohl ernst meinen, sind solche Rückführungen nicht akzeptabel. FABIAN JELLONNEK

Den deutschen Behörden genügen Gesetzestexte. Nicht, ob sie eingehalten werden

Die Rückführungen sind nicht akzeptabel

THOMAS BERTHOLD, BUNDESFACHVERBAND UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE

Load-Date: January 1, 2012

gestern in LMd heute in den Nachrichten

taz, die tageszeitung

Freitag 12. Oktober 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 2

Length: 318 words

Body

Hoffnung für Klimaflüchtlinge

Die Schweiz und Norwegen haben am 2. Oktober die sogenannte Nansen-Initiative gestartet. Unter Berufung auf Fridtjof Nansen, der von 1922 bis 1927 als erster Hochkommissar des Völkerbunds für Flüchtlingsfragen wirkte, wollen die Regierungen beider Länder erweiterte Rechte für die Klimaflüchtlinge durchsetzen. Nach UN-Schätzungen werden bis 2050 mehr als 200 Millionen Menschen wegen des Klimawandels ihre Existenzgrundlage verlieren. Klimaflüchtlinge genießen heute nicht den Schutz der internationalen Flüchtlingskonventionen, die einen Asylanspruch nur für politisch Verfolgte anerkennen. Ziel der Nansen-Initiative sind neue Richtlinien über Einreise, Aufenthalt und Grundrechte von Menschen, die vor Naturkatastrophen fliehen müssen.

Die Lage und die besonderen Probleme der Klima- und Umweltflüchtlinge beschrieb Philippe Rekacewicz, Redakteur und Kartograf von Le Monde diplomatique, bereits im März 2008 unter dem Titel Wer nicht bleiben kann, muss fliehen. Die Prognosen über den Klimawandel sagen besonders katastrophale Folgen für ein Land voraus, über das man eine eindrucksvolle Reportage in Le Monde diplomatique vom April 2007 nachlesen kann. Unter dem Titel Klimaflüchtlinge in Bangladesch beschreibt Donatien Garnier, was es für die Bangladescher bedeutet, wenn der Meeresspiegel weiter ansteigt.

Griechenlands Faschisten

Die Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) tritt innerhalb wie außerhalb des Parlaments immer radikaler auf. Auf den Straßen spielen sich die Neonazis zunehmend als inoffizielle Ordnungsmacht auf, indem sie Migranten, die als Straßenhändler arbeiten, die Verkaufsstände zerstören. Über die Neonazis im griechischen Parlament schrieb Jiannis Papadopoulos im Juli 2012 in Le Monde diplomatique. Laut einer aktuellen Umfrage würde Chrysi Avgi heute bei Wahlen 12 bis 15 Prozent der Stimmen gewinnen und damit drittstärkste Partei werden.

Load-Date: October 11, 2012

Stotterstart für Anlaufstelle; GRAUZONENMEDIZIN Neue Clearingstelle soll papierlosen Flüchtlingen im Krankheitsfall helfen. Medizinische Regelversorgung Abschiebebedrohter ist nicht geplant

taz, die tageszeitung

Mittwoch 01. Februar 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 453 words

Byline: MARCO CARINI

Highlight: GRAUZONENMEDIZIN Neue Clearingstelle soll papierlosen Flüchtlingen im Krankheitsfall helfen. Medizinische Regelversorgung Abschiebebedrohter ist nicht geplant

Body

VON MARCO CARINI

Offiziell soll die medizinische Beratungsstelle für kranke Flüchtlinge ohne Papiere am heutigen 1. Februar ihren Betrieb aufnehmen. Doch Josef Däullary, Geschäftsführer des Flüchtlingszentrums an der Adenauerallee, meldet verzögerten Vollzug: Wir brauchen noch ein paar Tage, sagt er. Mit der Clearingstelle wird ein Projekt umgesetzt, dass die GAL 2008 in der schwarz-grünen Koalition durchgesetzt hat – nur sei von der ambitionierten Idee kaum noch etwas übrig, sagen ihre Erfinder.

Schon vom Koalitionspartner CDU war der von der Ärztekammer und Flüchtlingsinitiativen vehement unterstützte anonyme Krankenschein gekippt worden. Über ihn hätten die behandelnden Ärzte ihre Leistungen auch dann abrechnen können, wenn ihre Patienten keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben. Dies wäre eine Möglichkeit, diese Menschen in die medizinische Regelversorgung zu bekommen, sagt Ärztekammer-Sprecherin Sandra Wilsdorf. Der Staat dürfe sich nicht darauf ausruhen, dass es Ärzte gibt, die umsonst arbeiten.

Doch es gibt noch mehr Probleme. Die 500.000 Euro, die für das Projekt in den kommenden drei Jahren zur Verfügung stehen, seien ursprünglich für ergänzende Leistungen gedacht gewesen, die laut Asylbewerberleistungsgesetz nicht übernommen werden, sagt die GAL-Abgeordnete Antje Möller. Etwa für Prothesen und dringend notwendige Zahnschienen, die in dem Regelwerk als kosmetische, nicht aber medizinisch notwendige Leistungen deklariert sind.

Da aber auch die medizinische Grundversorgung von Menschen ohne Papiere weder vom schwarz-grünen Senat noch von der jetzigen SPD-Regierung geregelt wurde, werden die begrenzten Gelder nun für die medizinische Basisversorgung ausgegeben und vermutlich schnell verbraucht werden. Eine Lebertransplantation und das Geld ist weg, sagt Möller.

Stotterstart für Anlaufstelle GRAUZONENMEDIZIN Neue Clearingstelle soll papierlosen Flüchtlingen im Krankheitsfall helfen. Medizinische Regelversorgung Abschieb....

Zudem hat sich das aus vielen Flüchtlingsinitiativen bestehende Netzwerk zerlegt, das das Projekt unterstützen sollte. Weil das Netzwerk sich mit der Sozialbehörde nicht über die Finanzierung der neuen Clearingstelle einigen konnte, sprang das Deutsche Rote Kreuz als Träger kurzfristig ab.

Auch das Medibüro, dass jährlich 2.000 bis 3.000 erkrankte Migranten betreut, scherte aus. Das Projekt ist zum Scheitern verurteilt, sagt Arne Cordua vom Medibüro. Ambulante Behandlungen würden nur zum Teil bezahlt, eine Anschlussfinanzierung gebe es nicht und das Medibüro solle der Clearingstelle seine Klienten und Ärzte ehrenamtlich vermitteln.

Trotz dieses Stotterstarts will die Ärztekammer, so Wilsdorf, das Projekt nicht zernörgeln, sondern konstruktiv begleiten. Denn bei allen Problemen bedeute die Clearingstelle eine faktische Verbesserung für die Gesundheitsversorgung von abschiebungsbedrohten Flüchtlingen.

Load-Date: January 31, 2012

End of Document

Populismus im Sommerloch; KOMMENTAR: SIMONE SCHNASE ÜBER DIE BREMER CDU

taz, die tageszeitung

Donnerstag 16. August 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 21

Length: 243 words

Byline: SIMONE SCHNASE

Body

KOMMENTAR: SIMONE SCHNASE ÜBER DIE BREMER CDU

Dass der Anteil der IntensivtäterInnen mit Migrationshintergrund hoch ist, ist unbestritten. Deswegen aber aus etwas mehr als vierzig Prozent rund die Hälfte zu basteln, ist dieselbe Stimmungsmache wie das Zusammenlegen zweier Straftatbestände zur Kategorie Gewaltdelikte. Laut CDU steht die angesichts dieses Rechenspiels ganz weit vorne.

Betrachtet man das Ranking selbst unter diesem Gesichtspunkt, sind die Gewaltdelikte aber auf Rang drei von fünf, also genau in der Mitte. Und nimmt man die so zusammengerührten Straftatbestände Raub und Körperverletzung einzeln, dann liegen sie an vierter und fünfter Stelle. Tatsächlich ganz weit vorne stehen Diebstahlsdelikte.

Aber egal, das Hauptproblem liegt ja darin, dass manch einE MigrantIn noch nicht gelernt hat, wie man deutsche Diskotheken betritt, nämlich unbewaffnet. Sagt zumindest Bremens CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Röwekamp. Und begründet das mit einem anderen kulturellen Verständnis.

Ursachen wie strukturelle Benachteiligung, Perspektivlosigkeit, Geldmangel angesichts der jämmerlichen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz klammert er genauso aus wie die Tatsache, dass MigrantInnen häufiger von der Polizei kontrolliert werden. Und merkt nicht, dass er in seinem Sommerloch-Populismus die Mehrzahl der IntensivtäterInnen vernachlässigt: die deutschen.

Ursachen wie Perspektivlosigkeit und Geldmangel klammert die CDU aus

Load-Date: August 15, 2012

Das Mittelmeer bleibt eine Todesfalle; FLUCHT I Schon lange waren nicht mehr so viele "Boatpeople" aus Afrika nach Europa unterwegs wie diese Woche

taz, die tageszeitung

Samstag 10. November 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 07

Length: 513 words

Byline: DOMINIC JOHNSON

Highlight: FLUCHT I Schon lange waren nicht mehr so viele Boatpeople aus Afrika nach Europa unterwegs wie diese Woche

Body

VON DOMINIC JOHNSON

BERLIN taz | Fast täglich werden diese Woche im Mittelmeer wieder **Flüchtlingsboote** mit Hunderten Insassen gefunden, immer wieder auch Leichen. Das Drama der afrikanischen Boatpeople, die auf dem unsicheren Seeweg nach Europa ihr Leben lassen, erreicht wieder einmal einen traurigen Höhepunkt.

Jüngster Fall ist der eines aus Libyen gestarteten Bootes mit 250 bis 300 Menschen aus Eritrea an Bord, das am Donnerstag nach vier Tagen auf dem Wasser in Seenot geriet. Per Satellitentelefon benachrichtigten die Eritreer Landsleute in Schweden und Italien. Diese alarmierten die italienischen Behörden, welche die Verantwortung an die Streitkräfte Maltas weiterreichten, die das Boot lokalisierten. Nachdem am Freitag der Motor ausfiel, lud Maltas Marine die Insassen auf ihre eigenen Patrouillenboote um. Sie waren am Freitagnachmittag auf dem Weg nach Malta.

Nicht alle Flüchtlingsdramen enden so glücklich. Am 4. November hatte die italienische Küstenwache zehn Leichen, davon sieben Frauen, auf halbem Weg von Libyen auf die italienische Insel Lampedusa aus dem Meer gefischt. Ihr Boot wurde mit 70 weiteren entkräfteten somalischen Flüchtlingen aufgespürt und nach Lampedusa gebracht. Am 5. November landeten 171 Boatpeople auf einem griechischen Fischkutter in Kalabrien, am 6. November landeten weitere 77 Flüchtlinge auf Malta und 107 auf Lampedusa. Die Gründe für diesen starken Zuwachs der Flüchtlingszahlen sind bisher nur zum Teil bekannt. Er betrifft nicht nur die Route von Libyen nach Italien, sondern auch die von Marokko nach Spanien. Eine am Dienstag in Marokko vorgelegte Bilanz bezifferte die in den zwei Vorwochen auf dem Weg nach Spanien ertrunkenen Flüchtlinge auf mindestens 90. Ein Boot sank mit 54 Insassen, ein weiteres mit 19, zwei weitere Tragödien mit jeweils 14 und 2 Toten wurden gemeldet. Und im Oktober gab es mehrfach Versuche schwarzafrikanischer Migranten, illegal den Grenzzaun zwischen Marokko und der spanischen Exklave Melilla zu überwinden.

Das Mittelmeer bleibt eine Todesfalle FLUCHT I Schon lange waren nicht mehr so viele "Boatpeople" aus Afrika nach Europa unterwegs wie diese Woche

Medienberichten führen die verstärkte Ausreisewelle aus Marokko auf eine plötzlich hereingebrochene Kältewelle sowie auf systematische Razzien der marokkanischen Armee und Polizei zurück. Zwischen Ende Mai und Ende Oktober wurden nach amtlichen Angaben 10.000 afrikanische Illegale aus Marokko ausgewiesen in der Praxis heißt das zumeist, dass sie an die algerische Grenze gefahren und auf der anderen Seite sich selbst überlassen werden. 20.000 bis 25.000 seien noch im Land.

Einer der bekanntesten Flüchtlings- und Migrantenhelfer in Marokko, Camara Laye, befindet sich seit der Nacht zum 21. Oktober unter dem Vorwurf des Alkohol- und Zigarettenschmuggels in Haft. Die Polizei sagt, sie habe in seinem Haus drei Alkoholflaschen und 20 Zigarettenschachteln gefunden. Der Guineer Camara Laye lebt legal im Land und führt den Rat der subsaharischen Migranten in Marokko (CMSM). Für Freitag war eine Sitzblockade vor dem Gerichtsgebäude in der Hauptstadt Rabat vorgesehen, wo er angehört werden sollte. Seine Unterstützer sagen, sein Anwalt habe keinen Zugang zu ihm gehabt.

Load-Date: November 9, 2012

End of Document

"Die Ausländerbehörde ist eine harte Nuss"; MIGRATION 30 Jahre Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migranten (KuB) in Kreuzberg

taz, die tageszeitung

Donnerstag 14. November 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 355 words

Byline: S. MEMARNIA

Highlight: MIGRATION 30 Jahre Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migranten (KuB) in Kreuzberg

Body

taz: Frau Karpenstein, die KuB hat am Mittwoch ihren 30. Geburtstag gefeiert. Nun gibt es in der Stadt viele Organisationen, die Flüchtlinge beraten. Was ist das Besondere an Ihnen?

Johanne Karpenstein: Wir sind für alle da – auch für jene, die immer schwieriger Zugang bekommen zu Beratungsangeboten, weil ihr Aufenthaltstitel nicht gesichert ist. Zu uns können alle kommen, auch Papierlose. Und wir kümmern uns um alles, kein Anliegen wird abgewiesen. So etwas gibt es immer weniger.

Warum?

Das Problem ist die Projektförderung. Damit sind immer Maßgaben verbunden – und heute geht es meist in Richtung Integrationspolitik. Die Papierlosen, Geduldeten fallen da untern Tisch, sie sollen ja gar nicht integriert werden.

Wie hat sich Ihre Klientel in den letzten Jahren verändert?

Im Moment ist auf jeden Fall Syrien eine große Nummer. Und Nichteuropäer, die im Zuge der Krise in südeuropäischen Staaten hierherkommen. Wir haben zurzeit sehr viele AfrikanerInnen, die etwa in Spanien gelebt haben, mit und ohne Aufenthaltstitel, und dort als Erstes durchs Rost gefallen sind bei der sich ausbreitenden Arbeitslosigkeit. Die Misere ist, dass sie hier kein Anrecht haben auf Unterstützung durch die Sozialsysteme. Das betrifft übrigens auch viele Leute vom Camp am Oranienplatz und aus der besetzten Schule in Kreuzberg.

Gerade wird viel diskutiert über die Wohnsituation von Flüchtlingen. Ist das Thema in Ihren Beratungen?

Jede vierte Beratung, schätze ich, geht um die Unterbringung. Der Bedarf ist unglaublich hoch. Vor allem bei den eben genannten Leuten, die nicht ins deutsche Sozialsystem passen. Und selbst für Leute, die ein Anrecht hätten auf eine Wohnung, ist es fast unmöglich, eine zu bekommen.

"Die Ausländerbehörde ist eine harte Nuss" MIGRATION 30 Jahre Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migranten (KuB) in Kreuzberg

Beratungsstellen für Roma sagen, ihre Klienten klagen zunehmend über Alltagsrassismus. Was hören Sie dazu?

Unsere Klienten berichten regelmäßig von kleinen Schikanen, am Arbeitsplatz oder bei Behörden. Gerade die Ausländerbehörde ist eine harte Nuss. Vor Kurzem etwa hat mir eine Sachbearbeiterin dort erzählt: Die Leute, die vor Lampedusa sterben, sind selber schuld.

INTERVIEW: S. MEMARNIA

Das ganze Gespräch unter www.taz.de/berlin

Load-Date: November 13, 2013

End of Document

Erst zum Arzt, dann abgeschoben; MEDIZIN Ausländer ohne geregelten Aufenthaltsstatus oder Versicherung werden medizinisch unzureichend versorgt, klagt die Ärztekammer

taz, die tageszeitung

Freitag 03. Mai 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 06

Length: 465 words

Byline: HEIKE HAARHOFF

Highlight: MEDIZIN Ausländer ohne geregelten Aufenthaltsstatus oder Versicherung werden medizinisch unzureichend versorgt, klagt die Ärztekammer

Body

AUS BERLIN HEIKE HAARHOFF

Sie sind nicht krankenversichert oder haben keinen legalen Aufenthaltsstatus, und das hat Auswirkungen auf ihre Gesundheit: Mehr als eine halbe Million Menschen mit **Migrationshintergrund** in Deutschland leben nach Angaben der Bundesärztekammer mit dem Risiko, im Krankheitsfall nicht angemessen behandelt zu werden. Wir Ärzte halten das für unerträglich, es widerspricht unserem Ethos, dass Menschen aus Angst vor Abschiebung oder wegen eines fehlenden Versicherungsschutzes gar nicht oder erst sehr spät zum Arzt gehen, sagte der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesärztekammer, Ulrich Clever, am Donnerstag in Berlin.

In einer Stellungnahme fordern Clever und seine Kollegen von der Zentralen Ethikkommission bei der Bundesärztekammer die Bundesregierung zum Handeln auf: Notwendige Therapien dürften nicht länger an bürokratischen Hürden scheitern. Besonders bedenklich sei, dass Kindern und Jugendlichen medizinische Versorgung vorenthalten werde, beklagte der Kommissionsvorsitzende und Tübinger Medizinethikprofessor Urban Wiesing: Das Verfahren muss so gestaltet sein, dass es Eltern möglich ist, ihre Kinder Ärzten vorzustellen, ohne Gefahr zu laufen, ausgewiesen zu werden. Die Ärzte sprachen sich für einen anonymen Krankenversicherungsschein aus.

Zwar hätten die rund 35.000 Asylsuchenden, die knapp 50.000 geduldeten Flüchtlinge und die bis zu 600.000 Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Anspruch auf notwendige medizinische Versorgung, sagte Wiesing. Sobald jedoch kein Notfall vorliege, entschieden faktisch Mitarbeiter des Sozialamts oder Heimleiter von Asylbewerberunterkünften, also medizinisch nicht fachkundige Personen, über die Kostenübernahme und damit über die Behandlung. Ärzte, Kliniken und Labore, die dies für unethisch hielten, würden für ihr Engagement bestraft: Im Zweifel bleiben wir auf den Kosten sitzen, sagte Clever.

Erst zum Arzt, dann abgeschoben MEDIZIN Ausländer ohne geregelten Aufenthaltsstatus oder Versicherung werden medizinisch unzureichend versorgt, klagt die Ärztek....

Ein weiteres Problem sei die Aushebelung der ärztlichen Schweigepflicht. Seit 2010 gelte zwar eine Rechtsverordnung, wonach Notfallbehandlungen für Menschen ohne Papiere vom Sozialamt bezahlt werden müssen, ohne dass die Daten der Patienten an die Ausländerbehörden weitergegeben werden. Diese Regelung funktioniere aber in der Praxis nicht. Vielen Ärzten und Behörden sei sie schlicht nicht bekannt. Zudem greife sie nur bei medizinischen Notfällen, nicht aber bei planbaren Eingriffen wie Herzoperationen oder Chemotherapien. Bei Letzteren seien die Sozialämter verpflichtet, die Daten an die Meldebehörden oder die Polizei weiterzugeben. Wiesing: Kranke Menschen stehen dann vor der Entscheidung: Lasse ich mich behandeln oder werde ich ausgewiesen?

Kranke stehen vor der Entscheidung: Therapie oder Ausweisung?

URBAN WIESING, ETHIKKOMMISSION

Load-Date: May 2, 2013

End of Document

In Hamburg sagt man Tschüss; UNERWÜNSCHT Seit März kommen Hunderte afrikanische Flüchtlinge aus Italien nach Hamburg. Willkommen sind sie nicht: Die Stadt bezahlt höchstens das Rückfahrticket

taz, die tageszeitung

Samstag 27. April 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 41

Length: 249 words

Byline: LENA KAISER

Highlight: UNERWÜNSCHT Seit März kommen Hunderte afrikanische **Flüchtlinge** aus Italien nach Hamburg. Willkommen sind sie nicht: Die Stadt bezahlt höchstens das Rückfahrticket

Body

Seit Februar sind in Hamburg alle Essensausgaben für Obdachlose überfüllt. Hunderte Afrikaner sind aus italienischen **Flüchtlingslagern** in die Stadt gekommen, in der Hoffnung, hier eine Perspektive zu finden.

Bis Mitte April konnten diese Menschen noch im Winternotprogramm für Obdachlose unterkommen. Jetzt leben sie auf der Straße. Der Hamburger Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) fühlt sich für die neuen Migranten, die in den Wirren des arabischen Frühlings 2011 aus Nordafrika nach Italien kamen und jetzt hier sind, nicht mehr verantwortlich. Arbeit bekommen sie hier nicht. Weil Deutsche und Europäer auf dem Arbeitsmarkt Vorrang haben.

Als Ende Februar die EU-Finanzierung für die Auffanglager in Italien auslief, schloss die Regierung in Rom die Lager. Die Behörden stellten den afrikanischen Flüchtlingen in allen Mitgliedsländern des Schengen-Vertrags gültige Papiere aus und drückten ihnen 500 Euro in die Hand. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sollten sie sich mit dem Geld in Italien integrieren. De facto war das Geld ein Abschiedsgeschenk: die Belohnung dafür, dass sie das Land verlassen.

In Italien haben die Flüchtlinge keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Sie fliehen vor der Obdachlosigkeit. Doch in Deutschland ist die Situation nicht besser. Ohne Arbeitserlaubnis bekommen sie keinen Aufenthaltsstatus und ohne den kein Geld. In Hamburg will man sie auch nicht haben.

Der SPD-Senat zahlt ihnen das Zugticket zurück nach Italien. LENA KAISER

Schwerpunkt SEITE 44,45

Load-Date: April 26, 2013

In Hamburg sagt man Tschüss UNERWÜNSCHT Seit März kommen Hunderte afrikanische Flüchtlinge aus Italien nach Hamburg. Willkommen sind sie nicht: Die Stadt bezahl....

End of Document

IN ALLER KÜRZE

taz, die tageszeitung

Freitag 23. März 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HAMBURG AKTUELL; S. 24

Length: 253 words

Body

In dem Asylverfahren von Halimeh Bazi ist gestern kein Urteil ergangen. Das Verwaltungsgericht verhandelte die Klage der Iranerin gegen den Beschluss des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, sie abzuschieben (taz berichtete). Das Amt hält die Wahrscheinlichkeit, dass Bazi in Iran verfolgt wird, für gering.

Vor dem Gericht warben Unterstützer für die Aktivistin. Das Urteil soll in zwei Wochen verkündet werden. +++ Ein neuer Radweg im Hafen verbindet jetzt den Alten Elbtunnel mit der Elbinsel Wilhelmsburg. Damit werde der Hafen für Bürger und Touristen mit dem Fahrrad erlebbar gemacht, sagte Wolfgang Hurtienne, Geschäftsführer der Hafenbehörde HPA, gestern bei der Eröffnung. Die Strecke ist Teil der Veloroute 11 von Harburg zum Hamburger Rathaus. +++ Die Behinderungen im Zugverkehr von und nach Schleswig-Holstein haben länger angehalten als zunächst erwartet. Nach Angaben der Bahn sollte die Weichenstörung am Hauptbahnhof frühestens heute Morgen, 5 Uhr, behoben sein. Züge aus Kiel und Flensburg endeten bis dahin in Altona und fahren auch von dort wieder zurück. +++ Die Lufthansa Technik will ihre Kosten senken. Im abgelaufenen Jahr sei der Umsatz mit einem Plus von 1,9 Prozent auf 4,1 Milliarden Euro geringer gewachsen als der Markt, teilte die Technik-Tochter des Lufthansa-Konzerns gestern in Hamburg mit. Das operative Ergebnis lag demnach mit 257 Millionen Euro um elf Millionen Euro unter dem Vorjahreswert. Ziel sei es, das Ergebnis bis 2014 um mehr als 110 Millionen Euro zu verbessern. +++

Load-Date: March 22, 2012

Reihenweise Zusammenbruch; FLÜCHTLINGE Die Hungerstreikenden vom Brandenburger Tor geben nicht auf - obwohl immer mehr von ihnen kollabieren. Grüne Abgeordnete versucht zu vermitteln, aber Bundespolitik zeigt keine Gesprächsbereitschaft

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. Oktober 2013

Copyright 2013 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 683 words

Byline: KERSTEN AUGUSTIN / SUSANNE MEMARNIA

Highlight: **FLÜCHTLINGE** Die Hungerstreikenden vom Brandenburger Tor geben nicht auf obwohl immer mehr von ihnen kollabieren. Grüne Abgeordnete versucht zu vermitteln, aber Bundespolitik zeigt keine Gesprächsbereitschaft

Body

VON KERSTEN AUGUSTIN UND SUSANNE MEMARNIA

Die Situation der Hunger- und Durststreikenden am Pariser Platz spitzt sich weiter zu. Am Mittwoch mussten mindestens sieben Menschen nach einem Kreislaufkollaps ins Krankenhaus gebracht werden. Tags zuvor waren es neun. Angesichts der Dramatik versuchte die neu gewählte grüne Bundestagsabgeordnete Luise Amtsberg ein Gespräch zwischen den **Flüchtlingen** und einem Vertreter des Bundesinnenministeriums zu vermitteln erfolglos.

Essen. Brook Tadele träumt davon: All die schönen Dinge, die ich früher gekocht habe! Der Äthiopier ist gelernter Koch, jetzt isst er nichts mehr seit acht Tagen, seit drei Tagen trinkt er nichts. Für ihn ist es nicht der erste Hungerstreik. Schon im Sommer auf dem Rindermarkt in München war er dabei. Doch die Bedingungen auf dem Pariser Platz sind schlechter. Die Polizei erlaubt keine Zelte. Auch die Politik reagiert bisher nicht auf die Forderungen der Flüchtlinge: In München gab es viele Verhandlungen, hier kommt niemand vorbei. Tadele ist frustriert, hat aber Hoffnung. Unsere Gruppe ist immer noch stark.

Von Touristen beobachtet

Seit dem 9. Oktober befinden sich auf dem Pariser Platz 29 Flüchtlinge aus Afghanistan, Äthiopien, Pakistan, Sierra Leone und Senegal im Hungerstreik, seit Montag verweigern sie zusätzlich auch das Trinken. Sie fordern die Anerkennung ihrer Asylträge.

Aufmerksamkeit ist den Flüchtlingen am Pariser Platz sicher. Viele Touristen kommen vorbei, machen erst ein Foto vom Brandenburger Tor, dann eins von den Flüchtlingen in ihren Schlafsäcken. Regenschirme dienen den

Reihenweise Zusammenbruch FLÜCHTLINGE Die Hungerstreikenden vom Brandenburger Tor geben nicht auf
- obwohl immer mehr von ihnen kollabieren. Grüne Abgeordnete v....

Streikenden als unzureichender Schutz gegen Regen und neugierige Blicke. Zwei Polizisten schlendern um die Szenerie und beobachten die Flüchtlinge, schreiben mit, wenn einer von ihnen vom Krankenwagen abtransportiert wird.

Beeindruckt vom Durchhaltewillen der Flüchtlinge, aber auch ratlos, wie es weitergehen soll, zeigt sich Canan Bayram, grüne Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus. Sie war am Mittwoch gemeinsam mit Amtsberg bei den Flüchtlingen. Sie wirken sehr entschlossen, so ihre Einschätzung. Ein Gespräch wie beim Hungerstreik im vorigen Jahr mit der Bundesintegrationsbeauftragten Maria Böhmer, die zwar Verständnis zeigte, aber nichts entscheiden konnte, werde die Menschen wohl nicht zum Aufhören bewegen, befürchtet sie. Sie wollen mit Entscheidern sprechen. Dennoch, so Bayram, hätten die Flüchtlinge sich bereit erklärt wieder zu trinken, sobald vonseiten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BaMF) Gesprächsbereitschaft signalisiert würde.

Daraufhin schrieb die neu gewählte grüne Bundestagsabgeordnete Luise Amtsberg noch am Mittwoch einen Brief an den Bundesinnenminister, dem das BaMF unterstellt ist. In dem Schreiben, das der taz vorliegt, bittet sie, angesichts der sich stündlich weiter zuspitzenden Situation der Gruppe zeitnah ein Gesprächsangebot zu unterbreiten. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums lehnte dies gegenüber der taz allerdings ab. Das Asylrecht ist ein rechtsstaatliches Verfahren, das ist für alle gleich.

Wie lange der Streik noch weitergeht, ist völlig offen. Einen Durststreik können Menschen normalerweise nur wenige Tage durchstehen. Wie das jedoch ist, wenn die Betroffenen zwischenzeitlich im Krankenhaus aufgepäppelt werden, kann niemand sagen. Die Polizei will von sich aus jedenfalls nicht tätig werden. Es gebe keine Pläne, den als Dauermahnwache genehmigten Streik zu beenden, sagte ein Polizeisprecher, solange die Personen bei Bewusstsein sind.

So wird Suleiman Barrie wohl auch wieder am Platz stehen. Er trägt ein Plastikband mit einer Patientennummer um den Arm. Er war Dienstag kollabiert und im Krankenhaus: Ich kann mich nicht mehr erinnern, was passiert ist. Aufgewacht bin ich im Rettungswagen. Im Krankenhaus hat er eine Infusion bekommen, die Ärzte haben ihn aufgefordert, den Hunger- und Durststreik zu beenden. Doch er sitzt wieder auf dem Pariser Platz, hat aufgesprungene Lippen und sagt: Wir müssen weitermachen, wir wollen nicht zurück in die Lager. Zum Abschied gibt er einen schwachen Händedruck.

Inland SEITE 6

Load-Date: October 16, 2013

Hüter des Grenzwalls; "Haben Sie nachts die Hubschrauber gehört?", fragt der Flüchtlingsaktivist. Diese überwachen ständig den Zaun. Im Auftrag der EU

taz, die tageszeitung

Donnerstag 06. Dezember 2012

Copyright 2012 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: THEMEN DES TAGES; S. 05

Length: 1281 words

Byline: EDITH KRESTA

Highlight: Haben Sie nachts die Hubschrauber gehört? , fragt der **Flüchtlingsaktivist**. Diese überwachen ständig den Zaun. Im Auftrag der EU

Body

AUS MELILLA EDITH KRESTA

Hoch oben thront Melilla la Vieja, das alte Melilla. Eine imposante mittelalterliche Befestigungsanlage mit dicken Mauern, geheimen Fluchtwegen, verwinkelten Gassen, großzügigem Meeresblick. Die geschichtsträchtige Stadtanlage ist das touristische Aushängeschild der autonomen spanischen Stadt an der afrikanischen Küste, die Marokko schon immer und erfolglos für sich reklamiert hat.

In Melilla lebt es sich gut , sagt Alejandro Jiménez Rodanes. Der Chef des Tourismusbüros führt durch die Stadt. Die Löhne sind um ein Drittel höher als in Spanien, es gibt Steuerfreiheit, und alles ist subventioniert , erklärt er. Und fügt stolz hinzu: Wir sind eine offene Stadt. 60 Prozent der Einwohner Melillas sind Christen, 40 Prozent Muslime, eine kleine indische Gemeinde gibt es auch.

Verdrängungsleistung

Vor allem aber ist der Einfluss Marokkos allgegenwärtig: Pfefferminztee in den Cafés, verschleierte Frauen und Männer in der traditionellen Dschellaba, auffallend viele alte Mercedesse, exzellenter Fisch und Meeresfrüchte. Aber auch westliche Ladenketten, Stilettos und Miniröcke gibt es, andalusische Nächte, Tapas-Bars, Dealer, Trinker, Spielcasinos.

Um in Melilla steuerfrei zu shoppen oder unbeschwert zu golfen, bedarf es jedoch einer großen Verdrängungsleistung: Hunderte von Afrikanern haben in den letzten Wochen und Monaten versucht, von Marokko aus illegal in die spanische Exklave zu gelangen, trotz ständiger Kontrollen. Derzeit harren nach Angaben der spanischen Behörden rund 1.000 afrikanische Armutsflüchtlinge im Grenzgebiet aus. Die vom Tourismuschef beschworene Offenheit Melillas ist hier am Ende.

Hüter des Grenzwalls "Haben Sie nachts die Hubschrauber gehört?", fragt der Flüchtlingsaktivist. Diese überwachen ständig den Zaun. Im Auftrag der EU

Wir befinden uns in einem permanenten Kriegszustand, erklärt José Palazón Osma. Der scheu wirkende Leiter einer Privatschule für Wirtschaft sitzt beim Feierabendbier in einer der vielen Bars am Hafen. Der Druck durch die Migranten auf die Stadt ist enorm. José Palazón Osma ist um die 50 Jahre alt und in der Flüchtlingsarbeit aktiv. Seine Organisation PRODEIN engagiert sich vor allem für den Schutz von alleingelassenen Flüchtlings- und Migrantenkindern. Und sie versucht, den an der Grenze ausharrenden Flüchtlingen zu ihrem Recht zu verhelfen. Zum Beispiel, wenn nach 60 Tagen keine Rückführung stattgefunden hat. Dann müssen sie freigelassen werden, erklärt José Palazón Osma. Doch in Melilla sitzen die Leute manchmal sechs Jahre fest. Wenn sie dann nach Spanien geschickt würden, hätten sie keine Papiere, nichts. Dort werden sie wieder aufgegriffen, und so geht es immer weiter.

Der am Hafen gelegene neuere Stadtteil von Melilla ist von der Anlage her eine typisch rechteckige Garnisonsstadt mit geraden Straßen, großen Plätzen, Parkanlagen. Drumherum wurden in den 70er Jahren die gesichtslosen, verfallssüchtigen Wohnsilos wie überall in Spanien hochgezogen, auch an dem bescheidenen Strandabschnitt der Stadt.

Im Zentrum erzählen 900 eindrucksvolle, wenn auch meist heruntergekommene Jugendstilbauten von der bürgerlichen Hochzeit dieser Militärstadt. Ein Schüler Gaudís, Enrique Nieto, baute hier in den 1920er Jahren im modernistischen Stil. Waren 1921 noch 40.000 Soldaten in Melilla stationiert, sind es heute noch 12.000. In Zeiten einer Berufsarmee sind Glanz und Gloria des spanischen Militärs Vergangenheit. Melilla lebt heute von der Steuerfreiheit, der Unterstützung Spaniens und der Europäischen Union. Es gibt keine Industrie, keine Landwirtschaft, keinen Handel – allenfalls Drogen- und Menschenschmuggel, sagt José Palazón Osma.

Golfplatz am Grenzzaun

Die spanische Exklave soll touristisch vermarktet werden. Vor allem, seit im 100 Kilometer entfernten marokkanischen Saidia der Massentourismus Einzug gehalten hat und Melilla hofft, ein attraktives, weil europäisches Ausflugsziel zu werden. Für diese touristische Initiative haben die Verantwortlichen einen Golfplatz direkt am dreifach gesicherten Grenzzaun nach Marokko und neben dem Zentrum für Migranten, CETIS, gebaut. Ein verzweifelter Versuch, der tristen Realität und wüsten Umgebung mit einer Freizeitanlage zu trotzen. Oder einfach eine Geschmacksverirrung aus Platzmangel.

Haben Sie die Hubschrauber in der Nacht gehört?, fragt Flüchtlingsaktivist José Palazón Osma. Die überwachen ständig die Grenze. Und strahlen die Leute mit ihren Scheinwerfern an, damit die marokkanische Polizei leichteres Spiel hat. Die spanische Regierung betont, dass sich die Zusammenarbeit mit den marokkanischen Behörden – die die Souveränität Spaniens über Ceuta, Melilla und die kleinen Inseln ansonsten nicht anerkennen – hinsichtlich der Illegalen sehr gut gestaltet.

Sechs Meter hoch ist der Hightechzaun, der die ganze Stadt umgibt. Infrarotkameras überwachen die Anlage, außerdem wurden Bewegungs- und Geräuschmelder installiert. Das Schlagwort Festung Europa ist hier traurige, spürbare Realität.

Die Leute von der Guardia Civil wären selbst manchmal erschrocken, wie die Marokkaner mit den Migranten umgehen, berichtet José Palazón Osma. Sie schlagen sie. Sie setzen sie in der Wüste aus, verletzen ihnen die Beine. Viele Leute verschwinden einfach. Oder sterben. Marokko sei da wilder als Spanien, wo immerhin die Menschenrechte gelten würden. Bitter fügt er hinzu: Aber die Europäische Union bezahlt ja Marokko und Melilla, damit diese Drecksarbeit gemacht wird.

Das spanische Innenministerium ist inzwischen beunruhigt über die neuen Methoden, die die Migranten nutzen, um auf spanisches Territorium zu gelangen. So war eine Gruppe in den vergangenen Wochen mit Motorbooten auf mehreren winzigen Felseninseln gelandet, die der Küste vorgelagert sind. 41 Schwarzafrikaner hatten sich auf einem Eiland namens Alhucemas absetzen können, das zu Spanien gehört. Es liegt rund 84 Kilometer vor Melilla und ist gerade einmal 170 Meter lang und 86 Meter breit.

Hüter des Grenzwalls "Haben Sie nachts die Hubschrauber gehört?", fragt der Flüchtlingsaktivist. Diese überwachen ständig den Zaun. Im Auftrag der EU

Der Fall ging ausnahmsweise durch die Medien. Die Flüchtlinge wurden nach Marokko zurückgebracht. Das passiert andauernd , sagt José Palazón Osma. Man spricht bloß nicht darüber. Das marokkanische Militär misshandelt die Menschen, da ist er sich sicher. Die Aggressivität habe zugenommen.

Als es den Zaun noch nicht gab , erklärt er, konnten die Marokkaner ohne große Formalität über die Grenze. Sie kamen in die Stadt, um Arbeit zu suchen. Wenn es Arbeit gab, dann arbeiteten sie, wenn nicht, dann gingen sie wieder. Als der Zaun errichtet wurde, blieben viele. Aus Angst, am nächsten Tag nicht mehr einreisen zu können. Damit fing das ganze Elend an.

Der letzte Franco

Melilla ist klein, die Leute kennen sich. Wie kommt die Arbeit von Osmas Organisation an? Die Leute haben Angst, sich auf das Thema Migration einzulassen , sagt er. Vor allem den Politikern gefällt das nicht. Melilla ist und war eine konservative Stadt.

Direkt am Anlegeplatz der Fähre steht noch heute das Denkmal des Kommandanten Franco. Das einzig übrig gebliebene Franco-Denkmal in ganz Spanien. Konservative spanische Generale begannen hier am 17. Juli 1936 die Revolte gegen die Spanische Republik. Franco, der zu dieser Zeit Militärgouverneur auf den Kanarischen Inseln war, rief zur Revolution auf, reiste unverzüglich nach Marokko und übernahm die Führung des putschenden Militärs.

Vom hoch oben gelegenen Parador der Stadt, ein Hotel im Baustil der 70er Jahre mit Brauntönen und schweren Clubsesseln, hat man einen guten Überblick: auf den Hafen, wo Tag und Nacht die Fährschiffe brummen, die Richtung Cadiz auf dem spanischen Festland auslaufen; auf das scheußliche Hochhaus, das die spanische Regierung der Stadt zur Fünfhundertjahrfeier 1997 schenkte; auf den Berg Grurugú in Marokko, wo sich die illegalen Migranten verstecken und auf ihre Gelegenheit zur Überwindung der Grenze warten. Immer wieder von Neuem.

Load-Date: December 5, 2012